

Kräupl/Ludwig

Wandel kommunaler Lebenslagen,  
Kriminalität und Sanktionserwartungen

Kriminologische Forschungsberichte  
aus dem  
Max-Planck-Institut für  
ausländisches und internationales  
Strafrecht

Band 56

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Günther Kaiser

# **Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen**

Bevölkerungsbefragung in einer städtischen  
Region Thüringens 1991/92  
(Jenaer Kriminalitätsbefragung)

Günther Kräupl und Heike Ludwig

Freiburg i. Br. 1993

*Heike Ludwig*, Prof. Dr. phil. habil. (1955); Studium der Sozialpsychologie von 1972 bis 1976 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Kriminologie in Jena von 1978 bis August 1991; 1983 Promotion zum Dr. phil. zu Fragen der Fehlentwicklung Jugendlicher; 1990 Habilitation zu psychologisch-kriminologischen Problemen sozialer Desintegration und Resozialisierung; 1991 Berufung zum Professor für Sozialwissenschaften an den Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Jena.

*Günther Kräupl*, Prof. Dr. jur. habil. (1942); 1960-1964 Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg; mehrjährige Tätigkeit in der Justiz; 1968 Promotion an der Universität Jena (zur Gruppenkriminalität Jugendlicher); ab 1971 hier Oberassistent für Strafrecht und Kriminologie; Habilitation 1974 (zur Kriminalitätsanalyse); Berufung zum Hochschuldozenten 1975 und zum Professor für Kriminologie 1979 in Jena; 1989/90 einjährige Gastprofessur an der American University, Dept. of Justice, Law and Society, in Washington, DC.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Kräupl, Günther:** Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen: Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens 1991/92; (Jenaer Kriminalitätsbefragung / G. Kräupl; H. Ludwig. Max-Planck-Inst. für Ausländisches und Internat. Strafrecht, 1993 (Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht Freiburg i. Br.; Bd. 56) ISBN 3-86113-011-4  
NE: Ludwig, Heike::Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht <Freiburg, Breisgau>: Kriminologische Forschungsberichte aus...

© 1993 Eigenverlag Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales Strafrecht,  
Günterstalstraße 73, D-79100 Freiburg i. Br.  
Telefax 07 61/70 81 294

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany/Imprimé en Allemagne

Herstellung: BARTH • computersatz & druckservice  
77966 Kappel-Grafenhausen  
Telefax 0 78 22/6 11 58

*Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b>	IX
<b>1. Die Stadt in der Gesellschaft als kriminologisches Forschungsfeld</b>	1
1.1. Gesellschaftliche Umwälzung und Kriminalität - Grenzen und Integration kriminologischer Erklärungsansätze	1
1.2. Städtische Existenz- und Tätigkeitsfelder der Ausbildung oder/und Beschränkung sozialer Fähigkeiten (Untersuchungsansätze)	10
1.3. Jenas stadtgeschichtliche Ausgangssituation	14
<b>2. Methodik, Untersuchungsverlauf und Methodenkritik</b>	19
2.1. Indikatorenauswahl	19
2.2. Voruntersuchung	21
2.3. Stichproben für die Hauptuntersuchung in den Befragungsorten Jena und Kahla	23
2.4. Schriftliche Befragung in Jena und Kahla	26
2.5. Interviews in Jena	26
2.6. Dateneingabe und Fehlerkontrolle	28
2.7. Auswertungsmethoden	28
2.8. Methodenkritik	29
<b>3. Gesellschaftliche Umwälzung, Kriminalität und Sanktionserwartungen in der städtischen Region Jena/Kahla</b>	32
<b>3.1. Kriminalitätslage und ihre Reflexion in der Bevölkerung</b>	32
3.1.1. Registrierte Kriminalität, reale Viktimisierung und das vermutete Opferrisiko	32

---

3.1.2. Kriminalitätsfurcht	40
3.1.3. Bevorzugte Informationsquellen und Kriminalitätserklärungen	45
<b>3.2. Arbeit und Sozialstruktur als kriminologischer Differenzierungsrahmen</b>	48
3.2.1. Soziodemographische Daten	48
3.2.2. Erwerbssituation und Folgen von Arbeitslosigkeit	53
3.2.3. Vergleich der Befragungsorte Jena und Kahla	59
<b>3.3. Mikrosoziale Verhältnisse, Werte und Devianz</b>	61
3.3.1. Mikrosoziale Beziehungen im Umbruch	61
3.3.2. Lebensziele	67
3.3.3. Normenverunsicherung	71
3.3.4. Devianzen (Alkohol, Rauschgift)	73
<b>3.4. Haltungen zu Sanktionen sowie zu Instanzen öffentlicher Sozialkontrolle</b>	74
3.4.1. Allgemeine Gewichtung kriminalitätskontrollierender Sanktionen	74
3.4.2. Erwartungen von Opfern an Sanktionen	84
3.4.3. Öffentliche Partizipation und Haltungen zu formellen Instanzen sozialer Kontrolle	85
<b>3.5. Persönlichkeitsvariablen</b>	89
3.5.1. Einordnung des Freiburger Persönlichkeitsinventars (FPI-R) in das Projektanliegen	89
3.5.2. Darstellung und Diskussion der Skalenwerte des FPI-R	91
3.5.3. Sekundärfaktorenanalyse des FPI-R im Ergebnis unserer Befragung	96
3.5.4. Persönlichkeitsspezifika, individuelle Reflexion des gesellschaftlichen Umbruchs und kriminalitätsrelevante Einstellungen	99
<b>4. Exkurse</b>	108
4.1. Datenstrukturierung durch Faktorenanalyse	108
4.2. Gewaltkriminalität und Gewaltakzeptanz	115

---

<b>5. Konsequenzen für kommunale Kriminalitätsvorbeugung und -kontrolle</b>	122
<b>Literatur</b>	133
<b>Anlagen:</b>	145
Tabellen der Primärdaten	145
Fragebogen	201





## Vorbemerkung

Das demokratische Aufbegehren der ostdeutschen Bevölkerung im Herbst 1989 und der Beitritt ihres Staatswesens zur Bundesrepublik Deutschland eröffneten eine Zeit gesellschaftlicher Umwälzungen, wie sie in der Geschichte kaum umfassender, radikaler und dichter zu finden ist. Sie bietet Gelegenheit, gleichsam wie im Zeitraffer den Zusammenhang von sozioökonomischen, politischen, moralischen, geistigen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen und dem Verhalten großer Menschengruppen zu beobachten. Selten eröffnet sich dem Sozialwissenschaftler eine solche Quasi-Laborsituation (drastischer bezeichnet bei *Giesen & Leggewie* 1991 als "Experiment Vereinigung - Ein sozialer Großversuch"), um Theorien dieser Dimension prüfen zu können. Dem konnten wir uns ohne Zeitverlust zuwenden, weil das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br. rechtzeitig diese Gunst der Stunde zu nutzen suchte und großzügig wissenschaftliche und technische Hilfe gewährte. Dafür danken wir vor allem dem Direktor, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Günther Kaiser, sowie Herrn Prof. Dr. Helmut Kury. Gemeinsam wurde ein Projekt konzipiert mit dem Thema "Gesellschaftliche Umwälzung von Lebensverhältnissen, deviantes Verhalten und Kriminalität - ein Vergleich kommunaler Gemeinwesen aus den neuen und alten Bundesländern". Dieses Projekt wurde auf einem Kolloquium im Juni 1991 in Jena erörtert, das als "Erstes deutsch-deutsches kriminologisches Kolloquium" in die Literatur einging und angesichts des Tempos der weiteren Entwicklung seine historische Einmaligkeit behalten wird (vgl. Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle. Das Erste deutsch-deutsche kriminologische Kolloquium, hrsg. v. *H. Kury*, Freiburg i. Br. 1992).

Der vorliegende Band, dessen Edition wir ebenfalls dem Institut verdanken, bietet Ergebnisse des ostdeutschen Teilprojekts (Untersuchungen in den Thüringer Städten Jena und Kahla um die Jahreswende 1991/1992). Wir

haben uns zu einer möglichst raschen und griffigen Publikation entschlossen, um sowohl dem Tempo und der Attraktion dieses historischen Vorgangs als auch dem Interesse und dem dringenden Kenntnisbedarf einer gesellschaftlichen Praxis zu entsprechen, die sich selbst in dieser Umwälzung befindet. Dem sollen eine konzentrierte Darstellung und Interpretation wesentlicher Ergebnisse auf einer mittleren Ebene der Verallgemeinerung dienen. Die theoretischen Grundlagen werden deshalb nur kurz erörtert. Die im Text verarbeiteten Daten sind ausgewählt. Um den Zugriff auf das Gesamtergebnis zu ermöglichen, werden der Fragebogen und die Tabellen der Primärdaten (ohne Persönlichkeitsvariablen) als Anlagen beigelegt.

Einmal mehr bestätigte unsere Untersuchung, daß der Gang der Forschung nicht identisch ist mit der Weise, in der die Resultate dargestellt werden sollten. Im ursprünglichen Konzept war vorgesehen, neben der großen Mittelstadt Jena (mit ca. 102.000 Einwohnern) auch eine kleinstädtische Gemeinde im Umland (Kahla mit ca. 10.000 Einwohnern) einzubeziehen, um eventuelle Differenzen festhalten zu können. Die Hypothese war, daß sich der Umbruch im kleinstädtischen Milieu innerhalb einer mehr ländlichen Umgebung ausgeglichener, sozial stärker abgefedert und kontrollierter vollzieht, andererseits aber die geistige Verarbeitung desintegrierender und anomischer Einbrüche eher die Kriminalitätsfurcht erhöht und zu rigideren Sanktionserwartungen drängt.

Diese Hypothese hat sich jedoch weitgehend nicht bestätigt. Die Angleichung der Lebenswelten und -stile war offenbar weiter gediehen als vermutet. Nicht zuletzt dürfte dazu auch die gewachsene Kommunikation zwischen Jena und seinem Umland beigetragen haben. Wir entschlossen uns deshalb, im Interesse einer höheren Datenbasis beide Datenmengen zu vereinigen und die wenigen signifikanten Unterschiede lediglich beim jeweiligen Sachverhalt zu vermerken. Dies entspricht dem Lebenszusammenhang der Menschen in dieser Region eher als eine nur scheinbar begründete Separierung nach formellen Verwaltungsgrenzen.

Als wir begannen, dieses Manuskript zu schreiben, löste Europa gerade für kurze Zeit seinen Blick von den Kriegen auf dem eigenen Kontinent, um mit ähnlicher Hilflosigkeit auf die Straßengewalt in Los Angeles zu schauen: eine mörderische Sozialrevolte im ethnischen Gewand und in kriminellen Formen inmitten eines städtischen Gemeinwesens einer als modern zu verstehenden Gesellschaft. Bereits wenige Wochen später begann Ähnliches in

einigen englischen Städten, hier ohne ethnische Verbrämung. Tiefste Betroffenheit löste dann die andauernde Gruppengewalt junger Menschen gegen Asylbewerberheime in Deutschland aus. Die unerwartete Dimension, Intensität und nationalistische Artikulation der Straßenschlachten in der Hafenstadt Rostock schreckten die Welt.

Bei aller charakteristischen Unterschiedlichkeit dieser Vorgänge sind doch auch die Zusammenhänge in der Zeit und im Auslösungshintergrund nicht zu übersehen. Sie machen bewußt, daß kriminologische Untersuchungen der vorliegenden Art immer weniger in den Verwaltungsgrenzen solcher Regionen oder Länder gedacht und interpretiert werden können. Vielmehr drängen mehr und mehr globale Zusammenhänge sogar in diese überschaubar ausgewählten sozialen Organismen. Das bezieht sich nicht nur vordergründig auf ethnische oder multikulturelle Momente, wie sie mehr oder weniger in der bisherigen kriminologischen Theorienbildung bereits Berücksichtigung fanden. Es sind weitergehende Zusammenhänge, die international begriffen und beeinflußt werden müssen. Der gemeinsamen Menschheitsverantwortung ist unabweislich zugewachsen, daß gesellschaftliche Produktivität sowie individuelle Verwirklichung immer weniger in den nationalen Grenzen gehalten sind. Und dies bezieht sich auch auf solche Eingriffe in die Subsistenz und die Selbstverwirklichung fremder Gruppen und Menschen, die als kriminelle Rechtsgutverletzungen definiert sind. Der Vorgang wird zwar besonders augenscheinlich in den gewaltigen Migrationsbewegungen, die gerade in Osteuropa aufbrechen, beschränkt sich jedoch bei weitem nicht darauf. Die globale Dimension und zunehmende Internationalisierung der Kriminalität berühren inzwischen existentielle Grundlagen der Menschheit. Die in der Geschichte bislang vorwiegend individuelle Form kriminalisierten Verhaltens wird von Gruppen- und Organisationsformen in den Hintergrund gedrängt, die auf überindividueller Ebene eingebettet sind in gesellschaftliche und internationale Strukturen. (Das verweist schließlich auch auf die momentan bereits deutlich werdenden Grenzen des herkömmlichen Strafrechts.) Höher angelegte kriminologische Erklärungen scheinen nötig zu sein. Die Kriminologie hat die einfache internationale Komparation zu überschreiten und diese Menschheitszusammenhänge aufzunehmen.

Wie auch immer: Einmal mehr bestätigte sich, daß gesellschaftliche Konfliktbündel zuerst und besonders intensiv in städtischen Gemeinwesen auf-

brechen. Einerseits bietet die Stadt eine günstige Sozialform für die produktive Teilung von Arbeit und für vielfältige Tätigkeiten, somit für die Ausbildung individueller Fähigkeiten in differenzierten Entfaltungsmilieus. Zugleich formiert sich darin stets zuerst der Widerspruch zwischen allgemein angestrebter Lebenskultur, unterschiedlichsten Gruppenchancen der Teilhabe und individuellen Zugängen. Darin liegen Ansatz und Erwartungen für kommunale Kriminalitätsprävention, schließlich der Grund, unsere Untersuchung auf eine städtische Region zu konzentrieren.

Die Thüringer Untersuchung wäre ohne die zuverlässige Mitarbeit vieler Studenten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena nicht möglich gewesen. Ihnen sei ebenso herzlich gedankt wie Herrn stud. jur. Andreas Hoffmann, dessen technische Assistenz besondere Erwähnung verdient. Nicht zuletzt haben Frau Monika Faßler und Herr Norbert Kleekamp vom Rechenzentrum der Friedrich-Schiller-Universität in Jena umfangreiche Hilfe geleistet.

Wir danken den Verwaltungen von Jena und Kahla für ihre sehr kooperative Unterstützung. Das praktische Interesse an dieser Studie war stets spürbar. Es hat uns angeregt und nährt unsere Hoffnung, daß die vorliegenden Ergebnisse helfen könnten, zumindest Einsichten zu vertiefen und die Richtungen weiteren Nachdenkens anzudeuten. Geschlossene Konzepte zu liefern, war angesichts des allgemeinen Erkenntnisstandes nicht zu erwarten.

Jena, im Frühjahr 1993

Günther Kräupl  
Heike Ludwig

# 1. Die Stadt in der Gesellschaft als kriminologisches Forschungsfeld

## 1.1. Gesellschaftliche Umwälzung und Kriminalität - Grenzen und Integration kriminologischer Erklärungsansätze

Der Umbruch gesellschaftlicher Systeme, Staatswesen und Mentalitäten in Mittel- und Osteuropa bietet eine kaum wiederkehrende Gelegenheit, den Wandel von Devianz und Kriminalität gleichsam als ontogenetisch verkürzten Prozeß der historischen Phylognese dieser Erscheinungen zu untersuchen. Diese Einmaligkeit hat vermuten lassen, daß bisherige Erklärungen und Präventionskonzepte nicht hinreichen könnten. Angesichts der Dimension der heutigen Vorgänge erweist es sich als unumgänglich, die rapide Veränderung des gesellschaftlichen Ganzen bzw. ganzheitlicher Lebenswelten der Menschen mit in den theoretischen Ansatz zu nehmen. Dies ist trotz aller beklagten Unschärfen bei der Umsetzung in griffige Untersuchungsansätze unverzichtbar und kann mit Theorien mittlerer Reichweite nicht einfach abgedeckt werden. Es offenbart sich die Abhängigkeit des geistesgeschichtlichen Rhythmus von solchen wirklichen historischen Vorgängen, die gegenwärtig (wieder einmal) zu übergreifenden Erklärungen drängen. Dafür stehen momentan Begriffe wie Wandel, Transformation, Umbruch oder gar Revolution. Andererseits läßt sich noch heute, nach bereits mehr als zwei Jahren, kein gesellschaftstheoretisches Verlaufsmo- dell, gleichsam eine schlüssige Theorie des sozialen Wandels (dieser Dimension!), finden (vgl. *Gutsche* 1992, S. 29), worin sich ein entsprechender kriminologischer Ansatz einpassen bzw. woraus sich ein solcher Ansatz systematisch genug, also operationalisierbar, herleiten ließe. Vorhandene Theorien des sozialen Wandels und entsprechende kriminologische Theorien dieser Ebene lassen sich nicht einfach übernehmen; das dürfte auch für Präventionskonzepte gelten.

So erklärt sich, daß Umbruchsvorgänge unerwartete Verläufe nehmen. Die ersten Prognosen über die ökonomische Neuformierung in Ostdeutschland haben ebenso am Widerstand der Realität ihre unerwarteten Grenzen offenbart wie die Prognosen zur Kriminalitätsentwicklung. Der ökonomische Umbruch erfolgt tiefgreifender, komplizierter und langwieriger als erwartet. Die befürchtete Kriminalitätsexplosion fand (noch) nicht statt.

Letzteres trifft nicht nur auf die extrapolierenden Voraussagen über Quantitäten, sondern auch auf die qualitative Delikts- und Täterstruktur zu. So scheint der Boden für Drogenkriminalität resistenter als vermutet zu sein, während die Gewalttäter ihre Motivationen und Aktionen weniger in den erwarteten Stereotypen der Straßenkriminalität artikulieren, sondern in einer politisch radikalen Form und einer erschreckenden Brutalität. Trotzdem traten Anomie und soziale Desorganisation insgesamt weniger ein. Der anfangs selbstverständlich behauptete Wertewandel findet bei weitem so radikal nicht statt, weil Werte der Moderne in der jungen Generation bereits erheblich angelegt waren. Mikrosoziale Netze erweisen sich als deutlich stabiler. Strafeinstellungen waren ursprünglich überraschend liberal, werden jedoch seit dem zweiten Umbruchsjahr (hoffentlich nur zeitweilig) repressiver.

Der Zusammenhang von gesellschaftlicher Wende und Devianz dränge von vornherein dazu, die kriminologisch relevanten "Wendeveriablen" zuerst auf makrostruktureller Ebene zu definieren und massenstatistisch zu verfolgen. Darin scheint jedoch sofort das auch in der Soziologie anhaltende Dilemma auf, inwieweit dabei mikrosoziale Kontexte und das Individuelle zu unvermittelt angeschlossen und nivelliert werden (vgl. *Friedrichs* 1988). So steht wieder einmal die Frage, wie kriminologische Forschung den Zusammenhang dieser drei Ebenen hinreichend erfassen kann, zumal sich innerhalb moderner Gesellschaften ein neuartiger Zusammenhang, also auch Widerspruch, zwischen diesen Ebenen herausbildet (vgl. *Beck* 1986, S. 116 -120). Dem sollte in der vorliegenden Studie durch die methodische Grundentscheidung entsprochen werden, keine flächendeckende massenstatistische Erhebung durchzuführen, sondern auf überschaubare soziale Organismen (kommunale Gemeinwesen) zu beschränken.

Am zeitlichen Ausgangspunkt solchen Erklärungsbedarfs lag es sicher nahe, den modernisierten Anomieansatz erneut aufzunehmen und ihn für diese Umwälzungsvorgänge herzurichten. Zweifellos bündelt sich im Verhältnis von abstrakten gesellschaftlichen bzw. kulturellen Angeboten, dem sozialstrukturell unterschiedlich gerahmten Aktionsspielraum der Menschen und schließlich ihren individuellen Verwirklichungsmöglichkeiten ein relevanter Zusammenhang. Er wird jedoch zu unvermittelt auf die Ebene individueller Verhaltensvarianten transformiert. Es bleiben Fragen offen nach der syndromatischen Vermittlung der sozialstrukturellen Differenzen

hin zu diesen individuellen Lebensalternativen, deren Wahl sonst nicht genügend erklärbar ist. So scheint es doch angebracht zu sein, von der mittleren Ebene aus die Zugänge zu suchen, zumal die dort angesiedelten kriminologischen Theorien der Sozialisation (hauptsächlich verstanden als Lern- und Kontrollmechanismen) für eine Operationalisierung leichter und überhaupt für Theorienanreicherung offen genug erscheinen (vgl. *Kaiser* 1989, S. 92). Andererseits erweisen sie sich jedoch gerade vor dem Hintergrund der historischen Transformation einer ganzen Gesellschaft als begrenzt und eher für Erklärungen in grundstrukturell stabilisierten Gesellschaften geeignet.

Es könnte hilfreich sein, als übergreifenden Ausgangspunkt die in der modernen "Risikogesellschaft" (nach *Beck* 1986) stattfindende Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen zu nehmen, wozu wesentlich eine Auflösung kollektiver sozialer Identifizierung gehört, so daß individuelle Konflikte aus dem Versagen neuer Identitätsbildung erklärbar werden (vgl. *Heitmeyer* 1989, S. 63 - 81). Solcherart Individualisierung ist ein sehr widersprüchlicher Vorgang, der seine Risiken z.B. darin entfaltet, daß Selbstbestimmung und Vielfalt individuellen Lebens zunehmen, zugleich aber auch die Alleinverantwortung für abstrakter gewordene gesellschaftliche Erwartungen, Anforderungen, Abhängigkeiten. Diese Risiken wären eher kollektiv austragbar und bewältigbar. So kann die Auflösung traditioneller Möglichkeiten kollektiver sozialer Identitätsbildung zu "existenzbedrohender Desintegration" (*Heitmeyer* 1984, S. 74, nach *Baethge* 1985, S. 307) führen. Dieser Ansatz erweist sich als gut geeignet für die Erklärung von Gruppenverhalten, das über eine Etikettierung anderer Menschengruppen als ungleich und unterlegen sowie deren unterdrückende, auch gewaltsame Ausgrenzung einen sozialen und personalen Identitätsgewinn sucht.

Eine integrative Zusammenschau makro- und mikrosozialer Prozesse in ihren objektiven und subjektiven Dimensionen kann auch über das Lebensstilkonzept versucht werden: Wandel von Lebensstilen im Sinne von Gestaltungs- und Bewältigungsmustern in bestimmten Strukturen objektiver und subjektiver Lebensmomente, wobei es um die konfliktproduzierende Differenz zwischen makrostruktureller Neuformierung und einem in erheblich anderen Sozialisationsverhältnissen gewachsenen Lebensstil geht (vgl. *Boers, Ewald, Kerner, Lautsch & Sessar* 1992, S. 24 f., für ihre im März/ April 1991 durchgeführte Bevölkerungsbefragung; vgl. auch *Ewald*

1992, S. 538 f., unter Berufung auf *Diewald* 1990, *Zapf* u.a. 1987 sowie *Zapf* 1990).

Das vorliegende Projekt wählt einen Ansatz, der sich ähnlich um eine Integration dieser Ebenen bemüht, jedoch die Vermittlung der jeweils objektiven und subjektiven Dimension in der menschlichen Tätigkeit sucht. Danach erweist sich sozial produktives, das heißt umweltgestaltendes und -kontrollierendes sowie kooperatives Verhalten abhängig vom Inhalt, der Vielfalt und Intensität der Aktivierungsanforderungen auf den wesentlichen Ebenen und Feldern menschlicher Existenz und Tätigkeit, worin sich zugleich die Subjektivität des einzelnen und seine menschlichen Beziehungen konstituieren, ausbilden, auch verkümmern und verändern.

Dieses Verhältnis von allgemeinen Möglichkeiten tätiger Fähigkeitsausbildung und individueller Beschränkung enthält drei beachtliche Dimensionen:

1. eine historische Dimension im Hinblick auf die Kultur gewordenen, den Menschen als Standard erscheinenden Ansprüche an individuelle Existenzsicherung und Produktivität. Dabei sind die Unschärfe des Kulturbegriffs und die Schwierigkeit bewußt, trotz machtbestimmter Definitionsprozesse auch historische Standards fixieren zu können (vgl. *G. Albrecht* 1990, S. 5 - 20). Zumindest läßt die Werteforschung hoffen, bestimmte Elementarstrukturen abheben zu können, wie erneut *Haferkamp* (1989) verteidigte, gerade auch für die Kriminologie;
2. eine sozialstrukturelle (makro- und mikrosoziale Rahmenbedingungen erfassende) Dimension, die den Zugang zu dieser Kultur differenziert und die realen Möglichkeiten des einzelnen rahmt, daran aktiv gestaltend und legitim teilzuhaben;
3. eine personale Dimension, in der das Individuum Entfaltungsschritte auf einer jeweils nächsten Fähigkeits- und Individualitätsstufe erreichen kann, gemessen an Eigenaktivität (der Lebensgestaltung), Bewußtheit (eigener Realitätskontrolle) und Soziabilität (im kooperativen Lebensprozeß) (vgl. *Schmidt* 1985, S. 27 f.).

Nach diesem Tätigkeitskonzept lautet die Prämisse, daß Menschen dann zu egoistischen statt zu soziablen Formen der Befriedigung ihrer sinnlich-



vitalen und/oder produktiven Bedürfnisse greifen, wenn sie sich in ihren (an der Zeitkultur gemessenen) Möglichkeiten erheblich eingeschränkt erleben, selbständig ihre Existenz zu sichern, ihre subjektiven Potenzen tätig einzubringen, sinngebende menschliche Beziehungen herzustellen und Konflikte kooperativ zu lösen. Dabei meint "eingeschränkt": jeweils im Verhältnis zur allgemeinen, historisch gewachsenen Kultur der Gesellschaft und im Verhältnis zur sozialstrukturellen Position (womit Devianz in allen Makrogruppen erklärbar wird). Notwendig ist also, an solchen für gesellschaftliche Existenz und Produktivitätsfortschritt unabdingbaren, Kultur gewordenen Anforderungen an die Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen zu messen (vgl. *Narr* 1983, S. 46). Vergleichbare Vorgänge von konfliktreichen Individualisierungsschüben finden sich in der Geschichte (so im Verfall feudaler Verhältnisse sowie in der Zeit der industriellen Revolution) auf dem Wege einer Neuformierung gesellschaftlicher Verhältnisse, wobei Kriminalität stets erst einmal massiv anstieg, Gewaltkriminalität am schnellsten (vgl. *Shelley* 1981, S. 26 - 31).

Auch die Stadtsoziologie stützt solches Herangehen. Sie rückt die unmittelbaren Möglichkeiten (also auch Beschränkungen) in den Blick, die der einzelne für eine aktive Gestaltung städtischer Lebensumwelt hat (vgl. *Esser* 1988, S. 49; *Mühlich* u.a. 1978, S. 69 - 72; *Rolinski* 1990, S. 210 - 216).

Ausgangs- und Orientierungspunkt sollen somit diese unmittelbaren Verhältnisse sein, in denen der Mensch sozial tätig seine Persönlichkeit konstituiert, formt und ändert, möglicherweise auch deformiert. Solche Tätigkeit hat grundsätzlich jeweils immer eine existenzsichernde sowie eine produktive Dimension und realisiert sich auf verschiedenen Feldern sozialen Lebens. Mit Blick auf diese Felder wäre zu fragen, inwieweit bestimmte Menschengruppen in der Ausbildung von Fähigkeiten zu eigenaktiver Existenzsicherung und sozialer Produktivität (produktive Konfliktbewältigung eingeschlossen) erheblich beschränkt sind bzw. sich über individuelle Sinngebungsprozesse beschränkt wähnen, so daß sie Kompensation in einem von historisch gewachsenen Kulturnormen abweichenden Verhalten suchen.

Wenn es nun richtig ist, daß diese Eigenaktivität des Menschen gerade jetzt einen deutlichen Schub erfährt (vgl. *Musil* 1988, S. 24; *Schäfers* 1988, S. 100), dann werden erhebliche Aktivierungsschranken zu Differenzierungen bzw. Ungleichheiten führen, die nicht mehr bereits an der sozialmateriellen Lage hinreichend erklärbar sind. Selbst auf der Ebene solcher

Existenzsicherung scheint zum Schnittpunkt der künftigen Konfliktlage die Frage zu werden, inwieweit ein sozialstaatliches Netz nicht nur die Subsistenz garantiert, sondern Tätigkeitsangebote enthält, die soziale Fähigkeiten zu bewahren oder auszubilden vermögen. Es geht in der nachindustriellen Gesellschaft nicht mehr vordergründig um Einschränkungen auf dem Niveau von Deprivation, sondern mehr und mehr um verbleibende beschränkende Ungleichheiten in der Befriedigung von Bedürfnissen und tätigen Ausbildung von Fähigkeiten produktiver Art angesichts der rapide wachsenden und fließenden Anforderungsstrukturen einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Dies vollzieht sich vor dem Hintergrund höherer materieller Selbständigkeit als Kulturgewinn und äußert sich in einer Vervielfältigung von Lebensstilen, die jedoch auch neue Akzeptanzen herausfordern usw. (vgl. *Beck* 1986, S. 138; *Herlyn* 1988, S. 112 f.). Solches Geltendmachen von Selbstentfaltung gebiert also ungewohnte Formen von Aktivität und sozialer Mobilität, möglicherweise auch als deviant erscheinend.

Vor diesem Hintergrund sind nun in Ostdeutschland ganze Lebenswelten neu einzurichten (Arbeiten, Wohnen, menschliche Beziehungen und deren Normen, Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten), zugleich ein Ringen um eine entsprechend veränderte Identität und die Fähigkeit, eigenverantwortlich damit fertig zu werden. Selbst elementare Verhaltensweisen großer Menschengruppen müssen neu formiert werden. Weitflächig ist ein mehr passives (persönlichkeitsbeengendes) Lebenskonzept zu überwinden, das sich (immerhin) auf soziale Abstützung verlassen konnte, jedoch (mit hohem Produktivitätsverlust) relativ unabhängig von der eigenen Leistung. Darin liegen natürlicherweise erhebliche Risiken des individuellen Versagens und der erlebten oder selbst bevorzugten sozialstrukturellen Ausgrenzung bzw. des Versuchs einer kollektiven Bewältigung in subkulturellen Geselungen. Zugleich zeigen Befragungsergebnisse ein hohes Zutrauen eigenverantwortlicher und selbstverwirklichender Lebensbewältigung unter den neuen Verhältnissen (etwa auf dem Zweidrittel-Niveau - vgl. *Boers* u.a. 1992, S. 33).

Die darin aufscheinende Widersprüchlichkeit der Bewältigungssituation ist die eigentliche, komplizierte Lebenswirklichkeit. Es treffen Orientierungen aufeinander, die nach alltagstheoretischen Vorstellungen kaum nebeneinander bestehen dürften, worin aber zugleich unerwartete Aktivitäts-

potentiale liegen. Insbesondere die hiesige Jugend steht im Schnittpunkt mehrerer Umbruchslinien ihrer bisherigen Sozialisation. Erfahrene Jugendforscher meinen, sie werde in kurzer Zeit wie kaum in der Geschichte eine neue und uns ziemlich ungewohnte Generationsmentalität entwickeln (vgl. *Friedrich & Förster* 1991, S. 349). Zum einen ist diese Jugend noch unter staatssozialistischen Bedingungen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aufgewachsen, hatte also eher ein Lebenskonzept der überschaubaren Zukunftsplanung, des verringerten Risikos und einer begrenzten Individualitätsausbildung. Heutige Gewalt jedoch gleichsam nur als explodierenden Ausbruch aus einem damaligen Stau von verdrängten Emotionen erklären zu wollen, die aus beschränkten Grundbedürfnissen und deren repressiver Verwaltung resultieren (vgl. *Maaz* 1990), übersieht allgemeinere Entwicklungen im Rahmen internationaler Modernisierungszwänge, denen auch dieses ehemalige Gesellschaftssystem nicht völlig entzogen war. Zwar jeweils verzögert, so hat gerade die Jugend immer zuerst auf solche Entwicklungen reagiert. Schon die Halbstarckenkrawalle in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) der 50er Jahre fanden in den 60er Jahren ein milderes ostdeutsches Pendant in kaum publik gewordenen, aber doch erheblichen Formen devianten Gruppenverhaltens. Die später in den westlichen Ländern einsetzende Subkulturierung hatte in den 80er Jahren auch hier recht intensiv begonnen (vgl. *Korfes* 1992; *Otto & Wenzke* 1992; *Niederländer* 1990, S. 17).

Schon Mitte der 80er Jahre hatten ostdeutsche Jugendforscher eine bemerkenswerte Mentalitätsangleichung an Lebensweisen der westeuropäischen Jugend vermerkt (vgl. *Friedrich* 1990). Der bereits ein Jahrzehnt vorher in der dortigen Jugendkultur festgestellte Wertewandel hin zu Selbstentfaltung und Partizipation fand dann auch hier gravierend statt (vgl. *Förster & Schubarth* 1991, S. 60). Zugleich kam es in den 80er Jahren zu einem erheblichen Verfall von Identifizierung mit dem offiziell erwarteten Lebensstil. Schon hier wuchs ein nicht mehr zu verdeckendes Gewaltpotential (vgl. *Kräupl* 1992a). Ein erster Vergleich west- und ostdeutscher Jugendlicher nach der Wende wurde resümierend mit den Worten angekündigt: "Anders und doch gleich" (Jugendwerk der Deutschen Shell 1990). Und der Report "Jugend '92" faßt zusammen: Die simple Vermutung, daß die jungen Leute in Ostdeutschland durch ihre Sozialisationsbedingungen deutlich beengter, unsicherer und autoritär anfälliger seien,

weiche mit "Erstaunen" sozialwissenschaftlichen Ergebnissen, wonach "die großen und dramatischen Unterschiede zwischen den jüngeren Generationen in den neuen und den alten Bundesländern schlichtweg ausbleiben" (Zinnecker 1992, S. 26).

Aber selbst die weniger dramatischen Unterschiede bergen notwendig zu beachtende Nuancen. So ergab unsere Untersuchung eine unerwartete Stärke der mikrosozialen Netzwerke und eine in der DDR-Sozialisation erworbene Fähigkeit, Lebenskonflikte innerhalb der als Rückzugswelten ausgebildeten Kleingruppen der Familie, des Bekanntenkreises etc. zu verarbeiten. Dies bestätigte auch eine vergleichende Dunkelfelduntersuchung (als Studentenbefragung) in Jena, Gießen und Potsdam (vgl. Kreuzer & Schneider 1992), wonach hier die familiäre Einbindung für das Austragen von Lebenskonflikten sowie überhaupt die sozial-kommunikative Beziehung als Lebenssinn (noch) höher angesetzt werden. So verwundert dann nicht, wenn der gleichlautende Lebenswert "Entfaltung" gerade auch unter der jungen Generation in den ostdeutschen Ländern mehr im Zusammenhang mit "sozialer Hilfsbereitschaft" steht und von daher einen ebenfalls anzutreffenden Zusammenhang mit hedonistischen Werten entwickelt, wohingegen in den westdeutschen Ländern "Entfaltung" unmittelbarer auf "politische Partizipation" orientiert ist (vgl. Gensicke 1992), eine in Ostdeutschland unterentwickelte Erfahrung.

Diese Jugend ist zwar neben ihrer fortschrittlichen Werteorientierung mit einem guten rationalen Wissensstand und hoher Leistungszumutung ausgerüstet (vgl. Kühnel 1991; Averkorn & Claus 1992, S. 44). Ungenügend entwickelt ist jedoch die Fähigkeit zur selbstaktiven und innovativen Anwendung (vgl. Hoffmann 1991, S. 80). Das kann nur in einem tätigen und konfliktreichen Lebensprozeß erlernt, d.h. erfahren werden. Die Ausgangspotentiale äußern sich in einer deutlich überwiegenden Zuversicht, die eigene Zukunft in dieser Gesellschaft beherrschen zu können (vgl. Zinnecker 1992, S. 32), und die Jugend bezeichnet sich in der Nähe des Zweidrittel-Niveaus zufrieden mit der persönlichen Situation (vgl. Averkorn & Claus 1992, S. 40; Böhnisch u.a. 1992, S. 22). Ähnlich antworten die Populationen kriminologischer Befragungen, und zwar gleichermaßen Nichttäter wie Täter, wobei selbst die individuellen Lebensziele von Gewalttätern vorherrschend in den Grundstrukturen der vorhandenen Gesellschaft, deren Lebens- und Konsumangeboten, verbleiben (vgl. Boers u.a. 1992, S. 57;

*Kräupl, Ludwig & Lewandowski* 1992). Jedoch: "Den Gewinnen im Politischen und Ökonomischen stehen deutliche Verluste im Sozialen und im Arbeitsbereich gegenüber" (*Zinnecker* 1992, S. 32). Das zwingt, sich in diese Seiten der besonderen Lebenswelten hineinzuversetzen. Denn: "Die geeinte Jugend ist unmittelbar zu Ende, wenn wir uns den Fragen zuwenden, die etwas über Lebenslagen, das alltägliche Handeln, die Lebensläufe oder die interne soziale Gliederung von Jugend in den neuen Bundesländern aussagen" (*Zinnecker* 1992, S. 28).

Versucht man nun, unseren Tätigkeitsansatz mit diesem historischen Vorgang zusammenzubringen, so verhilft dieser Ansatz den Untersuchungen zu mehreren Spezifika. Zum einen setzt er entsprechend den Entfaltungstendenzen der nachindustriellen Gesellschaft ausdrücklicher an der selbstbestimmenden und individualitätsausbildenden (oder eben -beschränkenden) Aktivität der Menschen in ihren Lebensgruppen an. Zum zweiten erleichtert das Untersuchungsfeld "Stadt", die unmittelbaren Lebenswelten und Lebensstile der Menschen konkreter hereinzunehmen. Das soziale Gemeinwesen "Stadt" im Sinne eines Produktions-, Kultur- und Lebensorganismus läßt den Wirkungszusammenhang syndromatischer Konfliktlagen mit deviantem Verhalten und Kriminalität bis in das individuelle (Er-)Leben eher nachvollziehen und dürfte doch zugleich hinreichend die gesamtgesellschaftliche Situation indizieren. Zum dritten wird die Untersuchung abgerundet durch eine eher tätigkeitsbezogene und fähigkeitsabbildende Persönlichkeitsuntersuchung, um Gefahren einer Nivellierung des Individuellen zu begegnen.

Kommunale Gemeinwesen wurden in Deutschland in den letzten 15 Jahren zweifellos intensiver als je zuvor kriminologisch untersucht (vgl. *Kerners* Forschungsanalyse 1988, S. 135). Die Akzente sind unterschiedlich gesetzt, z.B. kriminalgeographisch bis sozialräumlich (wie bei *Schwind, Ahlborn & Weiß* 1978; *Langer* 1983), auf das Dunkelfeld gerichtet (wie *Stephan* 1976; *Schwind, Ahlborn & Weiß* 1978, 1989) oder auf infrastrukturelle Sanierung (wie *Keim & Meyer-Franck* 1981; *Plate, Schwinges & Weiß* 1985), auf besondere Stadtgebiete beschränkt (wie *Frehsee* 1978) oder als Bestandsaufnahme kommunaler Vorbeugung gedacht (wie *Vahlenkamp* 1989 als Umfrage bei 103 deutschen Städten). Eine anregende Zusammenschau der Vielfalt des Organismus einer Mittelstadt bis hin zur individuellen Dimension versuchten *Villmow & Stephan* (1983). Ergebnisse einer Befragung in Hamburg 1984/85 sind um den

Zusammenhang von Kriminalitätsfurcht, Verhaltensreaktionen und Sanktionseinstellungen zentriert (vgl. *Boers* 1991). Insgesamt offenbart dieses kommunale Forschungsfeld gewichtige wissenschaftliche und eminent praktische Zugänge zu modernen Konzepten der Kriminalitätsvorbeugung (vgl. zusammenfassend *H.-J. Albrecht* 1992; *Karger* 1992; für die internationale Situation *Graham* 1990; *Wikström* 1990; *Schwarzenegger* 1992).

Die verbleibende Spannung zwischen praktischem Anspruch und Erkenntnisgrenzen erklärt sich, wenn man die Stadtsoziologie befragt. Dort finden sich imposant vielfältige und auch kriminologisch anregende Untersuchungsergebnisse, jedoch eingestandenermaßen keine Theorie, die das Phänomen "Stadt" griffig genug faßt. Sogar die für die Stadtdefinition dominierenden Merkmale Konzentration, Dichte, Vielfalt und Verflechtung erweisen sich mehr nur als methodologischer Natur. Sie führen nicht genügend an die systematisch-inhaltliche Bestimmung heran. Inhaltlich meint, die eigentliche stadtkulturelle Lebenssubstanz zu begreifen, um sie schließlich operationalisieren zu können. So hat die Kriminologie keine Modellvorstellung zur Verfügung, die sie für ihre Zwecke nur noch herrichten müßte. Eigene Zugänge waren zu suchen.

## **1.2. Städtische Existenz- und Tätigkeitsfelder der Ausbildung oder/und Beschränkung sozialer Fähigkeiten (Untersuchungsansätze)**

Die operationalisierenden Untersuchungsschnitte sind derart an den urbanen Organismus zu legen, daß die wichtigsten Existenz- und Tätigkeitsfelder der Menschen im Schnittpunkt gehalten werden, auf denen individuelle Möglichkeiten zur Ausbildung sozialer Fähigkeiten kriminologisch bedeutsam beschränkt sein können. Dafür waren schließlich Variablen auszuwählen, die dem Untersuchungsprogramm zugrunde lagen.

Erstens: Arbeit und Sozialstruktur

Arbeitstätigkeit konstituiert soziale Befähigung entsprechend ihrem gegenständlichen Inhalt, der Mitbestimmung, der Kooperation mit anderen und dem Wert für andere (vgl. ausführlicher *Kräupl* 1990). Arbeitsteilung ist als

stadtsoziologischer Ansatz für eine Theorie sozialräumlicher Organisation genannt (vgl. *Friedrichs* 1977, S. 62 ff.). Auch die stadtgeschichtliche Analyse abweichenden Verhaltens unterstreicht die Relevanz von Niveaus der Qualifikation und des Arbeitsangebots (vgl. *Sack* 1973, S. 376).

Qualifikationsentwertungen im Umbruch der Arbeitsanforderungen sind ein zu untersuchendes Problem. Als Variablen wurden genommen: die Wirkungen erheblich erhöhter Anforderungen aus den Inhalten der Arbeit sowie Arbeitslosigkeit.

Die neue Art und Teilung der Arbeit hat im Rahmen sozialer Grundsicherheit bereits die alten, mit der Industrialisierung entstandenen Sozialstrukturen umgeformt (vgl. *Beck* 1986, S. 116, 121 - 160). Sie sind mit herkömmlichen Klassen- und Schichtenbegriffen nicht mehr faßbar. Das wird oft durch das Adjektiv "neu" vor Begriffen wie Unterschicht oder Armut auszudrücken versucht. Dieses Neue ist zu hinterfragen, wenn zwischen einem abstrakt definierten Arbeiteranteil und städtischer Delinquenz bzw. Viktimisierung kein erheblicher Zusammenhang mehr gefunden wird (vgl. *Villmow & Stephan* 1983, S. 362, 371 f.). Vielmehr müssen die konkreten Tätigkeitsinhalte zur Differenzierung herangezogen werden, die vor dem Hintergrund sozialstaatlicher Stabilisierung nun über Fähigkeits-, Bildungs- und Einkommensunterschiede diese "neuen" Ungleichheiten ergeben. Dazu dienen als Variablen: die materielle Lebenslage und deren Veränderung, das Bildungsniveau und die Verwertbarkeit bisheriger Bildung.

Zweitens: Mikrosoziale Milieus, menschliche Beziehungen und Werte

Wie vermitteln sich urbane Rahmenzustände in das mikrosoziale Leben?

Die These, daß soziale Einbindung zuerst in kooperativer Tätigkeit stattfindet, wird von soziologischen Untersuchungen bestätigt: In Mittelstädten erweist sich der Arbeitsplatz als stärkster Fokus für Netzwerke persönlicher Beziehungen (vgl. *Pappi & Melbeck* 1988, S. 247).

Jena hatte trotz seiner etwa 102.000 Einwohner bisher keine ausgesprochen großstädtische Lebensweise entwickelt. Nach einer Jenaer Kulturstudie (1986) wollten 75 % der Bevölkerung nicht in eine "richtige Großstadt" ziehen. Die Verbindungen zwischen Arbeit und Wohnen waren relativ dicht, sowohl räumlich als auch inhaltlich (mehr als dreiviertel der Arbeitenden entwickelten persönliche Beziehungen am Arbeitsplatz). Hinzu

trat, daß die sogenannten Arbeitskollektive vor 1989 zu einer sehr einflußreichen sozialen (und sogar strafrechtlichen) Kontrollinstanz geworden waren (vgl. *Kahl, Wildsorf & Wolf* 1984, S. 59). Eine Variable war folglich die Veränderung menschlicher Beziehungen im Prozeß einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Arbeitswelt.

Für die ostdeutsche Situation liegt sicher eine Besonderheit darin, daß der Prozeß der individuellen Verselbständigung noch nicht so akut erfahren worden war. Nach der Jenaer Kulturstudie (1986) war zu etwa 90 % das engere Milieu (Wohnung, Familie, Freundeskreis) der bevorzugte Reproduktionsraum. Das vermindert durchaus nicht die Konflikt- und Versagensrisiken, enthält jedoch auch ein nutzbares solidarisches Potential bzw. mikrosoziale Netze für eine abgefederte Konfliktbewältigung. Dafür wurden als Variablen genommen: die Zufriedenheit mit der Nachbarschaft, die Veränderung des Freundeskreises, der Bedeutungswandel der Familie, das Erleben von Anomie und sozialer Desorganisation sowie die Kriminalitätsfurcht im Wohnumfeld, das geschätzte Opferrisiko und die erlebte Viktimisierung (zugleich als Dunkelfeldindikator).

Hier ließen wir auch die Probleme der moralischen und geistigen Befindlichkeit angesiedelt, um einer abstrakten Annahme von "Wertewandel" zu entgehen. Moral bildet sich (oder verfällt) hauptsächlich in der Erfahrung tätiger Kooperation mit anderen und der eigenen Bewältigung dortiger Konflikte. Neue Werte werden in der praktischen Tätigkeitserfahrung produziert, ebenso anomische Zustände. Man muß also in die realen Existenzen und Tätigkeitsräume steigen, um Zugänge zu öffnen. Wir sahen von hier aus die Prozesse moralischer und geistiger Neuorientierung, des Gewinns von Identität und Zukunftssinn als relevante Variablen: individuelle Lebensziele, Toleranz gegenüber alternativen Lebensstilen, Devianz und Gewalt.

Bei der geistigen Befindlichkeit interessierten als Variablen: das Erleben der eigenen Stellung in der Gesellschaft und das Verhältnis von Einstellungsbegründungen durch ein rationales Weltbild und/oder das Alltagsbewußtsein (eingeschlossen Medieneinflüsse), insbesondere zu Kriminalität und Strafe.

Schließlich war ergänzend nach den Risiken zu fragen, die ein Ausweichen in die Droge fördern könnten.



### Drittens: Kommunale Mitgestaltung und Instanzen der Kriminalitätskontrolle

Vom Maß realer Partizipation an den Belangen des Gemeinwesens hängen integrative Artikulation und Bewältigung von Konflikten erheblich ab. Anders gesagt: Die Nichtachtung elementarer Verhaltensnormen im öffentlichen Umgang miteinander entspricht der Nichtteilhabe an dieser Öffentlichkeit, worin diese Normen aber letztlich nur produziert werden können. Somit war wichtig, zu erfahren, wie die veränderten Möglichkeiten einer Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen des Landes und der Stadt eingeschätzt werden (Erleben von Mit- und Fremdbestimmung).

Die Einstellungen zu Instanzen der Kriminalitätskontrolle (Polizei, Strafjustiz, Strafen und andere Sanktionen) sowie zu informellen Alternativen der Konfliktschlichtung finden sich in der kriminologischen Forschung der letzten Jahre recht intensiv erhoben. Für diese Variablen wurde weithin auf bekannte (also auch vergleichbare) Indikatoren zurückgegriffen. Insbesondere interessierten die Ausgangseinstellungen und deren Veränderung im Umbruchsprozeß.

### Viertens: Relevanz von Persönlichkeitsvariablen für das Erleben und Bewältigen dieser Konfliktfelder

Im Sinne der konzeptionell vorgesehenen Vertiefung der individuellen Dimension stellte sich die Frage, welcher Anteil an Varianz der oben skizzierten Existenz- und Tätigkeitsfelder durch Persönlichkeitsvariablen erklärt wird. Analysiert werden sollten Variablen, welche die individuellen, in der bisherigen Sozialisation erworbenen Fähigkeiten zum Umgang mit veränderten Anforderungen und Bedingungen abbilden.

Einige empirische Untersuchungen thematisieren sehr nachhaltig den Einfluß von Persönlichkeitsvariablen im Zusammenhang mit Viktimisierungsprozessen und Anzeigeerstattung. *Stephan* beispielsweise fand mittels des FPI deutliche Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern (1976). Auch für die Anzeigeerstattung betonte er ein größeres Gewicht der Persönlichkeitsmerkmale gegenüber Sozial- und Statusmerkmalen. Gerade im Zusammenhang mit den gravierenden sozialen Wandlungsprozessen in den neuen Bundesländern sind Analysen von Bedeutung, die zu erklären versuchen, welche Menschen unter welchen sozioökonomischen Be-

dingungen und welchen in der bisherigen Sozialisation ausgeprägten Persönlichkeitseigenschaften die als veränderte Anforderungen aufgefaßten Lebenssachverhalte am angemessensten zu bewältigen imstande sind und welche Bedingungskonstellationen zu Devianz und Kriminalität führen können. Mit dem Freiburger Persönlichkeitsinventar-Test (FPI-R) sollte ein Persönlichkeitsfragebogen eingesetzt werden, der diesem Anliegen (Anforderungsbewältigung auf der Basis sozialer Fähigkeiten) Rechnung trägt.

### **1.3. Jena stadtgeschichtliche Ausgangssituation**

Die ungeheure Dynamik des gesellschaftlichen Umbruchs macht wohl mehr als jede andere kriminologische Problemstellung darauf aufmerksam, daß die historische Dimension unverzichtbar hereinzunehmen ist. Es sind doch gerade der Verfall, die Entstehung oder auch Bewahrung von gesellschaftlicher Realität, die sich heute als Problem stellen. Somit ist ein Blick auf die Vergangenheit nötig, in der die Ausgangssituation gewachsen ist, von der aus heutiger Wandel stattfindet. Dieser Rückblick soll sich beschränken auf das engere Untersuchungsfeld, die Stadt Jena, und soll hier wiederum aus dem farbigen Bild der allgemeinen Stadtgeschichte (vgl. Stadt und Kultur 1986; Thüringen in der deutschen Geschichte 1986) einige historisch-kriminologisch bedeutsame Entwicklungszüge herausheben (vgl. z.B. ähnlich Sack 1973), wie sie sich aus den oben fixierten Untersuchungsansätzen aufdrängen.

Der historische Grundvorgang der Urbanisierung sowie das treibende Lebensmoment von Städten besteht doch darin, eine günstige Sozialform für die produktive Teilung der Arbeit und von sonstigen Tätigkeiten, d.h. für die Ausbildung individueller Fähigkeiten und Lebensstile in sehr differenzierten Entfaltungsmilieus, zu bieten. Zugleich bestätigt die beinahe nur noch routiniert vermerkte Hochkriminalitätsbelastung (so auch die International Crime Survey von 1989 - vgl. *van Dijk, Mayhew & Killias* 1990, S. 46), daß die Stadt von ihrem historischen Beginn an immer den intensivsten Widerspruch bot zwischen entwickelter bürgerlicher Kultur, unterschiedlichsten Gruppenchancen der Teilhabe und den gruppeninternen individuellen Zugängen. Darin liegen das Ausgangsproblem und auch der Ansatz für kommunale Kriminalitätsprävention. Gerade in modernen Gesellschaften gewinnen

Eigenart und Eigenleben kommunaler Gemeinwesen für Prävention und Alternativen zum Strafrecht erneut an Bedeutung.

Dabei erweist sich einmal mehr als nötig, den historischen Charakterwandel der Stadt und ihrer Kriminalität von der frühbürgerlichen Urbanisierung über die großindustrielle Städteexplosion bis zur gerade begonnenen Enturbanisierung (vgl. *Korte* 1986, S. 117 f.) in ihrer soziokulturellen Substanz genauer zu unterscheiden. Es waren zu jeder Zeit radikale Umbrüche in den Anforderungen produktiver Tätigkeit, die von großen Menschengruppen nicht (sofort) bewältigt werden konnten. Stadtkriminalität war zwar in Masse und Schwere immer dominierend, machte jedoch andererseits historisch eigenartige Entwicklungsphasen mit deutlichen Veränderungen, auch Reduzierungen, durch (vgl. *Gurr* 1976). Wenn sich heute ein linearer Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Kriminalitätshäufigkeit zumindest in mittleren Städten nicht mehr so einfach konstatieren läßt (vgl. *Villmow & Stephan* 1983, S. 361), so darf angenommen werden, daß sich der Organismus "Stadt" gegenüber seinem ein Jahrhundert dominierenden Industrialisierungscharakter ändert. Das dürfte beachtenswert sein.

Jena gehörte bereits zu Beginn seiner beinahe 800jährigen Stadtgeschichte zu den gewerblichen Zentren des Thüringer Raumes. Gewerbevielfalt, überregionale Handelsbeziehungen, geistige Aktivität durch Klöster und ein städtisches Schulwesen bereits im 13. Jahrhundert sowie eine frühe und relativ hohe bürgerlich-städtische Selbstbestimmung bereits am Anfang des 15. Jahrhunderts charakterisierten das ursprüngliche Potential sozialer Produktivität. Die plebejische Stadtarmut konnte weitgehend in die Arbeitsprozesse eingebunden werden. Bereits im 14. Jahrhundert wurden Extreme sozialer Desintegration wegen des Verlusts individueller Fähigkeiten, die sinnlich-vitale Existenz selbständig zu sichern, in kommunalen Arbeitsangeboten und Sozialeinrichtungen abzufangen versucht. Mitte des 16. Jahrhunderts wurde die Universität gegründet, die seitdem wesentlich die allgemeine weltanschauliche Atmosphäre und Schöpferkraft der Stadt mitbestimmt.

Jena blieb über seine nachfolgende Geschichte stets ein relativ geschlossener, sich eher nur zögernd verändernder Organismus, der weniger durch innere Sozialkonflikte erschüttert wurde, sieht man von den Auswirkungen der drei großen Kriege seit dem Dreißigjährigen Krieg ab. Daraus erklärt sich eine überdauernde relative Stabilität der sozialen Strukturen.

Zweifellos beengte die politisch-administrative Aufsplitterung Thüringens seit dem 16. bis ins 18. Jahrhundert auch Jenas Entfaltung. Daraus sind wohl bis heute eine gewisse Provinzialität und starke regionale Verwurzelung geblieben. Jedoch erweiterten andererseits die aufklärerischen Bestrebungen der Landesherren und der Universität den beispiellosen Aufstieg der Kultur und Wissenschaft im Raum Jena/Weimar zur Klassik. Aus dieser Quelle werden noch heute humanistisch-liberale Argumentationen geschöpft, verbunden mit einer starken historischen Orientierung des Geisteslebens. Davon ist auch das öffentliche Bewußtsein spürbar beeinflußt, und eine kommunale Kultur der Konfliktaustragung könnte daran anknüpfen.

Die industrielle Revolution setzte sich in Thüringen zögerlicher und erst zu den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts hin durch, noch vor Jena in den anderen städtischen Zentren. Jedoch konnte auf dem Boden der gewachsenen Geistes- und Produktionskultur auf engem Raum in relativ kurzer Zeit eine sehr anspruchsvolle und zur großen Industrie expandierende Verbindung zwischen optischem Handwerk und Wissenschaft sowie schließlich einer industriellen Glaschemie zustande kommen. Dies erfolgte eher eingebunden in die Manufaktur- und handwerkliche Produktion kleinerer und mittlerer Betriebe, so daß überschießende Vorgänge der Zuwanderung fremder Arbeitskräfte und der Urbanisierung weithin nicht, jedenfalls nicht explosiv stattfanden (Einwohnerzahlen noch 1871 = 8.300, 1890 = 13.500). Erst ab der Jahrhundertwende setzte eine intensivere Zuwanderung ein (1900 = 20.000 Einwohner, 1914 = 49.000 Einwohner, davon ca. 11.000 bei Zeiss beschäftigt), dann jedoch bereits aufgefangen durch ein für diese Zeit ungewöhnliches Sozialprogramm der Zeiss-Stiftung (anspruchsvolle Wohnsiedlungen durch Baugenossenschaften, Schulen, Kulturstätten und Einrichtungen städtischer Infrastruktur). Die andernorts nicht beherrschten Konflikt- und Devianzpotentiale solcher Migration blieben somit hier geringer als in den Zentren der großen Industrie, die diesen Umbruch dominierten.

Anfang des Jahrhunderts begann auch die Eingemeindung stadtnaher Dörfer, deren historisch gewachsene Strukturen noch heute deutlich erkennbar, also auch atmosphärisch wirksam geblieben sind. Es sei vorweggenommen, daß sich gerade um diese verbliebenen Gemeindegemeindekerne ein ausgewogeneres soziales Klima erhalten konnte.

Als wesentlich für die weitere Geschichte erwiesen sich die vielfältige und anspruchsvolle Struktur der Arbeitsinhalte dieses Industriestandortes

sowie die vergleichsweise guten Arbeitsbedingungen. Es bildete sich ein starker Facharbeiterstamm, der sich in privilegierten Existenzformen erlebte, die wiederum eine der Zeit vorausseilende Reproduktion des individuellen Arbeitsvermögens und Räume für Persönlichkeitsentfaltung außerhalb der Arbeit zuließen. Sicher lagen darin zugleich auch konservative Momente. Diese tradierende Lebenserfahrung blieb selbst während der DDR-Zeit als Geist eines sprichwörtlich gewordenen "Zeissianertums" lebendig und dürfte spürbar die Umbrüche der Gegenwart noch abfedern.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund wurde auch der nochmalige Zuzug von etwa 34.000 Arbeitskräften am Ende der 60er Jahre recht problemlos bewältigt. 1970 erreichte Jena 100.000 Einwohner, eine Zahl, die bis heute nur wenig überschritten wurde. Davon wohnt etwa die Hälfte in sogenannten Neubaugebieten. Zwar fand auf diesem Wege eine beachtliche Trennung von Arbeiten und Wohnen statt, jedoch erreichten die räumlichen Dimensionen dieser Trennung niemals großstädtisches Niveau, wie überhaupt eine eher mittelstädtische Atmosphäre erhalten blieb. Außerdem gewannen diese Neubaugebiete recht schnell Stabilität aus einer sozialen Durchmischung, die etwa gleichverteilt vom Ungelernten bis zum Hochschullehrer reichte.

Als die Untersuchung konzipiert wurde, schien diese Geschichte auf beachtliche Potentiale der Aussteuerung von Umbruchskonflikten zu verweisen. Das ist sicher noch nicht damit widerlegt, daß die ersten Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik Jena an der Spitze der Straftatenhäufigkeit unter ähnlichen Thüringer Städten ausweisen, allerdings noch moderat im Verhältnis zu vergleichbaren Städten Westdeutschlands. Wichtiger scheint die Chance einer aus dieser Geschichte gespeisten Kultur kommunaler Konfliktbewältigung. Das dramatische Phänomen extremistisch motivierter Gruppengewalt junger Menschen läßt heute besonders deutlich erkennen, wie erheblich eine solche regionale Kultur des Aussprechens, Austragens und Bewältigens von Lebenskonflikten innerhalb eines Gemeinwesens ist. Nicht zuletzt verweisen auch die in jüngerer Zeit herausgearbeiteten erheblichen regionalen Unterschiede in der strafjustitiellen Sanktionshandhabung (vgl. Pfeiffer & Savelsberg 1990) auf einen solchen Hintergrund, der näher auszuleuchten wäre. Schließlich sind dafür nicht einfach nur Arbeitsweisen der Kontrollinstanzen verantwortlich (wie Polizei und Justiz), sondern regionale Unterschiede in den allgemeinen Bedingungen, unter denen

Menschen zu Tätern oder Opfern werden und Sanktionen ansetzen. Daraus wachsen zunehmend kommunale Verantwortungen für Kriminalitätsprävention. Der Zusammenhang von Täter, Opfer und Umfeld, in dem sich der in der Straftat verwirklichte Konflikt unmittelbar artikuliert, ist unabweisbarer Teil des Lebens in kommunalen Gemeinschaften.

## 2. Methodik, Untersuchungsverlauf und Methodenkritik

### 2.1. Indikatorenauswahl

Dem theoretischen Anliegen des Forschungsprojektes entsprechend, die aktuelle Kriminalitätssituation in einer städtischen Region der neuen Bundesländer an Hand einer Dunkelfeldstudie zu beschreiben und relevante Einstellungen der Bürger zu analysieren sowie diese Problemfelder in den Gesamtzusammenhang der sich ändernden Lebensumstände zu stellen, wurden Indikatoren zu folgenden Bereichen aus bewährten Instrumentarien entnommen und modifiziert oder völlig neu formuliert:

1. Indikatoren zur Soziodemographie;
2. Indikatoren zum Erleben von Veränderungen in zentralen Tätigkeits- und Lebensbereichen (Arbeit, Nachbarschaft, Öffentlichkeit der Stadt);
3. Indikatoren zur Erfassung von Werten (z.B. Lebenszielen), kriminalitätsrelevanten Einstellungen und zum Erleben anomischer Zustände;
4. Indikatoren zur Dunkelfeldanalyse von 15 Deliktsbereichen;
5. Indikatoren zur Analyse von Strafeinstellungen der Bürger (Reaktionsnotwendigkeit und -intensität von Strafrecht auf 21 vorgegebene Deliktsbereiche, Befürwortung der Todesstrafe);
6. Persönlichkeitsfragebogen FPI-R mit den Skalen: Lebenszufriedenheit, soziale Orientierung, Leistungsorientierung, Gehemmtheit, Erregbarkeit, Aggressivität, Beanspruchung, körperliche Beschwerden, Gesundheitssorgen, Offenheit, Extraversion und Emotionalität.

Zu den einzelnen Indikatorengruppen:

**Zu 1.** Zur Soziodemographie wurden die in den Sozialwissenschaften üblicherweise angewandten Variablen erhoben: Alter, Geschlecht, Familienstand, Kinderanzahl, Haushaltsgröße, Haushaltsstellung, Schul- und Berufsabschluß, Erwerbssituation und Familiennetoeinkommen. Zusätzlich

formuliert wurde ein Indikator, der die individuelle finanzielle Situation im Vergleich zum Zeitraum vor dem gesellschaftlichen Umbruch erfragt.

**Zu 2.** Die Indikatoren zum Erleben von Veränderungen in zentralen Tätigkeits- und Lebensbereichen sowie zu kommunalen Aspekten wurden neu erarbeitet. Grundlage war das dargestellte theoretische Konzept.

**Zu 3.** Aus dem Gießener Delinquenzfragebogen für die Befragung von Gießener, Jenaer und Potsdamer Studenten im Dezember 1990 wurden die Indikatoren "Lebensziele" und "Motive für den Rauschgiftkonsum" entnommen. Der Indikator "Lebensziele" wurde dabei um die Merkmale "für die Familie sorgen", "familiäres Leben pflegen" und "sparen für eine größere Anschaffung" erweitert, und es wurden Formulierungen verändert, um angezielte Zusammenhänge präziser zu erfassen.

Der Baden-Württemberger Kriminalitätsumfrage von 1981 wurden zwei Fragen zum Vorliegen anomischer Situationen sowie die Fragen zu den Polizeiaufgaben und zur gedanklichen Beschäftigung mit der Möglichkeit, Opfer von Straftaten zu werden, entnommen und leicht modifiziert. Aus der Anomie-Skala von *Fischer, Lippert* und *Zoll* (1980 – vgl. ZUMA-Handbuch) gingen zusätzlich vier Indikatoren zur Normenverunsicherung und aus der Skala "Reaktionsbereitschaft des politischen Systems" (vgl. ZUMA-Handbuch) ein Indikator in unsere Befragung ein.

Die Fragen zur Kriminalitätsfurcht wurden ebenso wie die Indikatoren zur Reaktion auf Viktimisierung und zum nächtlichen Sicherheitsgefühl in Anlehnung an die vom Max-Planck-Institut Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt 1990 auf dem Territorium der damaligen DDR sowie der alten Bundesländer durchgeführten Opferstudie formuliert (vgl. *Kury* u.a. 1992), in die wiederum Fragen aus einer vorherigen internationalen Opferbefragung (vgl. *van Dijk, Mayhew & Killias* 1990) aufgenommen worden waren.

Zusätzlich formuliert wurden Indikatoren zur Analyse sozialer Desorganisation im Wohngebiet und ihrer subjektiven Reflexion, zur Analyse der Bereitschaft, Ausländer im Land aufzunehmen, sowie zur Akzeptanz von Gewalt gegen Ausländer bzw. allgemein zur Durchsetzung politischer Ziele.



**Zu 4.** Die Fragen nach einer Viktimisierung durch vorgegebene Delikte wurden der erwähnten Opferstudie (vgl. *Kury* u.a. 1992) entnommen, um Vergleichbarkeit mit anderen Untersuchungen zu gewährleisten.

**Zu 5.** Der gesamte Komplex zur Analyse von Sanktionserwartungen der Bürger wurde bis auf die oftmals eingesetzte Frage nach einer Befürwortung oder Ablehnung der Todesstrafe vollständig neu konzipiert. Es wurden deviante Verhaltensweisen vorgegeben, für die eine angemessene Sanktion auszuwählen war. Diese Deliktvorgaben betrafen häufige Opfersituationen sowie Verhaltensweisen, die nach früherem DDR-Recht nicht als Straftat behandelt worden waren bzw. aktuell hinsichtlich ihrer Kriminalisierung diskutiert werden, wie z.B. Vergewaltigung in der Ehe und Schwangerschaftsabbruch.

**Zu 6.** Der FPI-R wurde in seiner in den westlichen Bundesländern standardisierten Form eingesetzt.

## 2.2. Voruntersuchung

Um die erste Fassung des vorliegenden Fragebogens zu testen, waren 400 Adressen Jenaer Bürger mit einem Alter über 14 Jahre nach dem Zufallsprinzip aus dem zentralen Einwohnerregister für die neuen Bundesländer in Berlin-Biesdorf ausgewählt worden. Ohne Mahnungspostkarte betrug der Rücklauf 43,5 %. Darin waren die Altersgruppen von 14 bis 17 Jahren und älter als 65 Jahre unter ihrem jeweiligen prozentualen Anteil an der Bevölkerung repräsentiert. Die Indikatoren zur Kriminalitätsanalyse waren als kombinierte Täter-Opfer-Befragung formuliert worden. Im Ergebnis der Voruntersuchung wurden zahlreiche Veränderungen am Fragebogen vorgenommen. Formulierungen wurden exakter und eindeutiger gefaßt. In einem Zusatzblatt hatten die Bürger auf mißverständliche Fragestellungen aufmerksam gemacht und auch überflüssige bzw. zusätzliche Fragen aufgelistet. Indikatoren wurden durch weitere Antwortalternativen ergänzt, und der Fragebogen wurde hinsichtlich der einbezogenen Merkmalsbereiche übersichtlicher gestaltet. Die Formulierungen wurden dahingehend geprüft, ob sie sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern verständlich

sein würden. Für die Vergleichsuntersuchung in Freiburg wurden die Fragen herausgenommen, die spezifisch auf die Veränderungen in den neuen Bundesländern zugeschnitten waren.

Da die Voruntersuchung gezeigt hatte, daß eine Täterbefragung zum damaligen Zeitpunkt kaum auf Antwortbereitschaft stieß, wurde darauf verzichtet. Dem Anliegen der Untersuchung konnte auch die Opferbefragung genügen.

Aus dem Hamburger Forschungsprojekt (vgl. *Boers* 1991; *Sessar* 1992) waren in der Voruntersuchung zwei Fragen gestellt worden, die interessante Ergebnisse zeigten. Es ging darum, sich Situationen mit strafrechtsrelevanten Handlungen (Handtaschenraub und leichte Körperverletzung) vorzustellen und aus den vorgegebenen Möglichkeiten der Konfliktlösung die akzeptabelste auszuwählen. Ziel dieser Fragen war, die Akzeptanz von Bemühungen um einen Täter-Opfer-Ausgleich zu erfassen. Dabei zeigte sich, daß solche Möglichkeiten der Konfliktregulierung bei der leichten Körperverletzung eher akzeptiert wurden als beim Handtaschenraub. Daraufhin stellten wir uns die Aufgabe, die in der Bevölkerung herrschenden Sanktionsvorstellungen detaillierter zu erfragen, weil gerade in Umbruchsituationen die Bewertung von Straftaten im Zusammenhang mit der aktuellen Lebenssituation interessant sein dürfte. Ebenso versprach der Vergleich zwischen den neuen und den alten Bundesländern aufschlußreiche Ergebnisse. Deshalb wurde ein vollständig neu konstruierter Fragenkomplex (Frage 75 = V 75 des Fragebogens) zu diesem Gegenstand formuliert. Es wurden 21 Handlungen und Reaktionsvarianten vorgegeben, beginnend mit der Verneinung der Zuständigkeit des Strafrechts bis zu den Bestrafungsmöglichkeiten nach dem Strafgesetzbuch, woraus die Befragten die jeweils angemessen erscheinende Reaktion auswählen sollten. Mehrfachantworten waren möglich. Dieser Komplex konnte leider aus Zeitgründen vor der Hauptuntersuchung nicht getestet werden.

## **2.3. Stichproben für die Hauptuntersuchung in den Befragungsorten Jena und Kahla**

### *2.3.1. Stichprobenziehung und -charakteristik für den Befragungsort Jena*

Für die Hauptuntersuchung in Jena wurden 4.000 Adressen Jenaer Bürger wiederum im zentralen Einwohnerregister der neuen Bundesländer per Zufall gezogen. Jede vierte Adresse wurde für die Interviews vorgesehen, d.h. also 1.000 Adressen. 3.000 Jenaer Bürger waren somit in die schriftliche Befragung einbezogen. Davon kamen 99 Fragebögen als unzustellbar zurück, da die betreffenden Personen entweder verzogen oder verstorben waren. Die reale Ausfallquote aus solchen Gründen dürfte jedoch höher liegen. Bei den 1.000 Interviews, die eine exaktere Erfassung von Ausfallgründen zuließen, lag die Anzahl von verstorbenen oder verzogenen Bürgern bereits bei 62.

Wir erhielten im Rahmen der schriftlichen Befragung 1.420 ausgefüllte Rückantworten. Damit liegt die Rücklaufquote, bezogen auf die real möglichen Antworten (2.901), bei 49 %. Die Antworten kamen zu 45,1 % von männlichen und zu 54,9 % von weiblichen Bürgern. Der jeweilige Anteil an der Wohnbevölkerung Jenas im Alter von mindestens 14 Jahren betrug per 30. Juni 1991 46,4 % (männlich) und 53,6 % (weiblich), so daß sich in der Antwortpopulation der quantitative Anteil der Geschlechter in der Jenaer Bevölkerung gut widerspiegelt. Auch bezüglich der Altersgruppen ergibt ein Vergleich der Verteilung in der Antwortpopulation und der Wohnbevölkerung Jenas ein reales Abbild (Graphik 1).

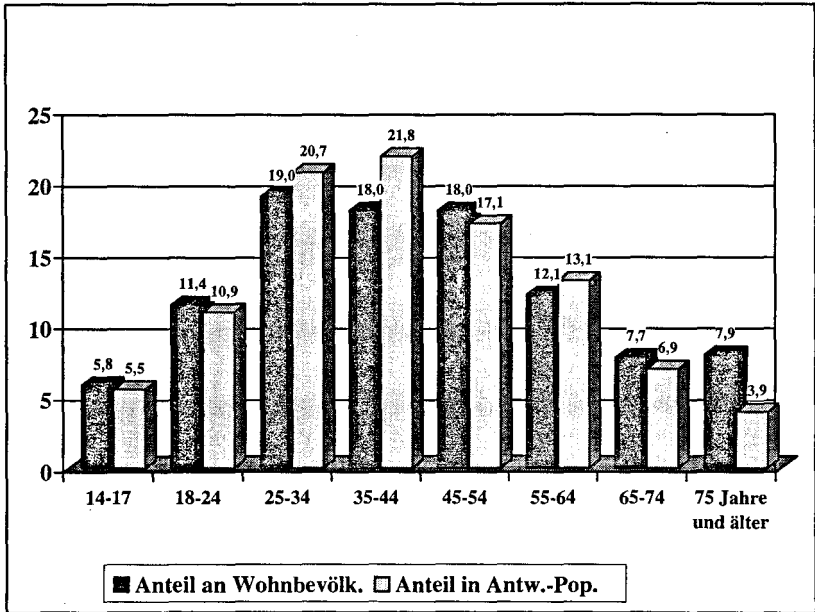
Lediglich die Altersgruppen über 65 Jahre sind etwas unterrepräsentiert, was angesichts der Anforderungen, die die Beantwortung des Fragebogens stellt, nicht verwundert.

Über die Repräsentativität der Befragungsergebnisse gibt auch die Verteilung der Berufsabschlüsse (Qualifikationsgrad) Auskunft (Tabelle 1).

Auch bezüglich des Qualifikationsgrades wurde eine gute Repräsentativität der einzelnen Bevölkerungsgruppen erreicht. Das gilt auch für den hohen Anteil von Fach- und Hochschulabsolventen.

Zusammenfassend kann man davon ausgehen, daß die Ergebnisse der schriftlichen Befragung als hinreichend repräsentativ für die Jenaer Wohnbevölkerung anzusehen sind.

Graphik 1: *Altersverteilung der Antwortpopulation im Vergleich zur Wohnbevölkerung in Jena*



(Angaben in Prozent)

Tabelle 1: *Berufsabschlüsse in der Antwortpopulation Jena*

noch in Schule/Ausbildg. bzw. keine abgeschl. Berufsausbildg.	11,8 %
Teilfacharbeiter	1,5 %
Facharbeiter	39,1 %
Meister	4,6 %
Fachschule	22,3 %
Hochschule/Universität	20,7 %

### 2.3.2. Stichprobenziehung und -charakteristik für den Befragungsort Kahla

Die Stichprobe für den Vergleichsort Kahla wurde vom Einwohnermeldeamt Jena-Land direkt gezogen, da hierfür nicht auf die Daten des Einwohnerregisters in Berlin zurückgegriffen werden konnte. Es waren nach den Erfahrungen der alters- und geschlechtsmäßigen Zusammensetzung der Jenaer Wohnbevölkerung Vorgaben zur Auswahl der Stichprobe gemacht worden. 556 Adressen wurden dementsprechend nach dem Zufall gezogen. Davon haben 231 geantwortet. Da 14 Bürger nachweislich verzogen oder verstorben waren, entspricht dies einer Antwortquote von 42,6 %.

Der Vergleich von Stichprobe und Antwortpopulation ergibt folgendes Bild:

Tabelle 2: *Geschlechterverteilung der Stichprobe im Vergleich zur Antwortpopulation in Kahla*

	Stichprobe	Antwortpopulation
männlich	44,1 %	45,9 %
weiblich	55,9 %	54,1 %

Tabelle 3: *Altersverteilung der Stichprobe im Vergleich zur Antwortpopulation in Kahla*

	Stichprobe	Antwortpopulation
14-21 Jahre	11,4 %	11,1 %
22-31 Jahre	23,8 %	22,7 %
32-41 Jahre	23,8 %	24,0 %
42-51 Jahre	22,1 %	25,3 %
52-61 Jahre	9,8 %	7,1 %
62-71 Jahre	5,7 %	6,7 %
72-81 Jahre	3,3 %	3,1 %

Aufgrund der unterschiedlichen Art der Stichprobenziehung weicht die Altersgruppierung im Vergleich zur Graphik 1 ab. Die Tabellen 2 und 3 lassen erkennen, daß die Antwortpopulation in Kahla die gezogene Stichprobe repräsentiert.

Die Berufsausbildungen (Tabelle 4) zeigen einen geringeren Anteil von Hochschulabschlüssen und einen höheren Anteil von Facharbeitern als in Jena, was durch die Spezifik des Produktionsstandortes und die Rahmenbedingungen insgesamt erklärbar ist, also die reale Situation widerspiegelt.

## **2.4. Schriftliche Befragung in Jena und Kahla**

Gleichzeitig mit den beginnenden Interviews wurden Ende November 1991 3.000 Fragebögen in Jena und 556 Fragebögen in Kahla verschickt. Kurze Zeit vor Befragungsbeginn war in den Regionalzeitungen auf die Untersuchung und ihr Anliegen aufmerksam gemacht und um Beteiligung gebeten worden. Eine Woche nach Zusendung der Briefe mit Fragebogen und frei-gestempeltem Rückantwortcouvert wurden mit einer Postkarte nochmals alle in die schriftliche Befragung einbezogenen Bürger um ihre Beteiligung gebeten. Der Rücklauf ausgefüllter Fragebögen erstreckte sich über den gesamten Monat Dezember 1991 bis Anfang 1992. Die Auswertung der Häufigkeit des Rücklaufes innerhalb bestimmter Zeitintervalle war geplant, erwies sich jedoch als nicht durchführbar, da die Post die Rückantworten nicht täglich zur Verfügung stellen konnte, sondern in beliebigen Zeiträumen zusammenfaßte.

## **2.5. Interviews in Jena**

Tausend der per Zufallsprinzip ausgewählten Adressen Jenaer Bürger in einem Alter über 14 Jahre wurden für Interviews vorgesehen. Diese Bürger erhielten eine Woche vor Beginn eine Ankündigungspostkarte, womit auf das Anliegen aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten wurde. In die Interviewdurchführung waren vierzig Studentinnen und Studenten sowie zwei Mitarbeiterinnen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät einbezogen. Die Interviewer wurden in zwei Veranstaltungen sowohl in die inhaltliche

Problematik der Befragung als auch in die Anforderungen des Interviewvorgangs eingewiesen. Interviewerausweise wurden ausgestellt.

Im Zeitraum vom 23.11. bis 20.12.1991 konnten insgesamt 542 Interviews durchgeführt werden. Das entspricht (nach Abzug der nicht beeinflussbaren Ausfallgründe) einer Ausschöpfung von 68,3 % der vorgesehenen Stichprobe und damit einer überwiegend guten Bereitschaft der Bürger. Die häufigsten Ausfallgründe waren Wohnungswechsel, unrichtige Adresse, längere Abwesenheit vom Wohnort, Krankheit. Der Fragebogen war identisch mit dem der schriftlichen Befragung. Da viele Fragen zahlreiche Antwortvarianten vorsahen, wurde dem Interviewten ein Exemplar des Fragebogens vorgelegt. Die Antworten trug der Interviewer in sein Exemplar ein. Der Persönlichkeitsfragebogen FPI-R wurde vom Befragten völlig selbständig ausgefüllt. 46,2 % der Interviewten waren Männer und 53,8 % Frauen. Es zeigt sich kein geschlechtsspezifischer Unterschied der Beteiligung an den beiden Formen der Befragung, und diese Zahlen entsprechen der Verteilung der Geschlechter in der Wohnbevölkerung.

Auch die Altersverteilung in der Interviewstichprobe ist repräsentativ (Tabelle 5).

Es fällt auf, daß die Altersgruppen 14 bis 17 Jahre sowie ab 65 Jahre im Interview häufiger vertreten sind als in der schriftlichen Befragung. Offenbar fühlen sich diese Altersgruppen vom Interview stärker angesprochen als von einer schriftlichen Befragung.

Die beruflichen Abschlüsse sind auch im Interview in der gesamten Palette angemessen vertreten. Jedoch haben sich Bürger mit Hoch- oder Fachschulabschluß an der schriftlichen Befragung stärker beteiligt als am Interview.

Tabelle 4: *Berufsabschlüsse in der Antwortpopulation Kahla*

noch in Schule/Ausbildg. bzw. keine abgeschl. Berufsausbildg.	9,3 %
Teilfacharbeiter	1,8 %
Facharbeiter	52,0 %
Meister	7,1 %
Fachschule	20,4 %
Hochschule/Universität	9,3 %

Tabelle 5: *Altersverteilung in der Interviewstichprobe*

14-17 Jahre	7,8 %
18-24 Jahre	11,3 %
25-34 Jahre	18,0 %
35-44 Jahre	17,6 %
45-54 Jahre	21,3 %
55-64 Jahre	11,1 %
65-74 Jahre	8,5 %
75 Jahre und älter	4,4 %

Die Verteilung von Alter, Geschlecht und Qualifikationsgrad erlaubt es, für die Gesamtheit von interviewten bzw. schriftlich befragten Bürgern die Ergebnisse als repräsentativ für Jena und Kahla zu betrachten.

## 2.6. Dateneingabe und Fehlerkontrolle

Auf der Basis des Fragebogens wurden die Daten mittels Data-Entry II eingegeben, so daß SPSS-Dateien entstanden. Die Eingabearbeiten wurden von computererfahrenen Studenten geleistet, die vorher an einem speziellen Lehrgang im Rechenzentrum der Friedrich-Schiller-Universität Jena teilgenommen hatten. Vor Beginn der statistischen Auswertung wurden per Zufall 100 Datensätze ausgewählt, kontrolliert und Fehlereingaben ausgezählt. Die Fehlerquote in bezug auf die Dateien 1 und 2 (Fragebogen ohne Persönlichkeitsvariablen) betrug 0,57 %; im Rahmen der Datei 3 (FPI-R) wurden 0,4 % Fehlereingaben registriert. Somit sind auf der Basis der eingegebenen Daten statistische Auswertungen und inhaltliche Interpretationen möglich, da diese geringe Fehlerquote die Ergebnisse nicht verändert.

## 2.7. Auswertungsmethoden

Alle Rechenarbeiten wurden aufgrund der Datenmenge (ca. 1,5 Millionen Einzeldaten) mit Hilfe eines Großrechners im Rechenzentrum der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt. Gerechnet wurde mit den



Statistikpaketen SPSS und SAS. Neben der Häufigkeitsanalyse wurden Zusammenhänge zwischen einzelnen Variablen (mittels Chi-Quadrat-Methode) berechnet. Zusätzlich wurden Faktorenanalysen, Diskriminanzanalysen und Clusteranalysen zur statistischen Auswertung des Datenmaterials herangezogen. Bei allen Rechnungen wurde die Angemessenheit der angewandten Verfahren in bezug auf das Skalenniveau der jeweils einbezogenen Daten berücksichtigt.

Sofern im Rahmen der Dateninterpretation Zusammenhänge zwischen Variablen ausgewiesen werden, handelt es sich generell um eine signifikante Beziehung, die überwiegend im Bereich von  $p \leq 0.001$  liegt. Aus Platzgründen wird das Signifikanzniveau im Text nicht jeweils angegeben.

## 2.8. Methodenkritik

Der Fragebogen war sehr umfangreich und stellte hohe Anforderungen an Konzentration und Reflexion der befragten Bürger. Für nachfolgende Studien sollte er gekürzt werden. Zum Untersuchungszeitpunkt lagen jedoch kaum Erkenntnisse zur subjektiven Verarbeitung des gesellschaftlichen Umbruchs im Zusammenhang mit Devianz und Kriminalität vor. Ebenso wenig konnte auf frühere Untersuchungen relevanter Fragen zurückgegriffen werden, so daß zunächst diese umfangreiche Indikatorenatterie als notwendig angesehen wurde. Die Fragen zur Strafbarkeit vorgegebener Handlungen waren erst im Anschluß an die Voruntersuchung formuliert worden, so daß sie nicht mehr getestet werden konnten. Zu diesen Fragen ist kritisch zu vermerken, daß die gewählte Form unhandlich ist für den Vergleich der einzelnen Fragestellungen und den Fragebogen quantitativ sehr erweitert. Zum zweiten verlangt die Beantwortung sehr komplexe Einschätzungen, mit denen ein Teil der Befragten Schwierigkeiten hatte, da detailliertes Wissen über die Eingriffsintensität und Wirksamkeit strafrechtlicher Sanktionen in der Bevölkerung zu gering ist. Dies haben vor allem die Interviews gezeigt. Damit ist gleichzeitig auf die wichtige Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention von und zum Umgang mit Kriminalität hingewiesen.

Vorrangig aus finanziellen Gründen wurden die Interviews nicht einem Befragungsinstitut übertragen. Im Ergebnis der Befragung können wir aber auf gute Erfahrungen mit den studentischen Interviewern verweisen. Sie

zeigten sich hoch motiviert, sorgfältig und fähig, Bürger für ein solches Gespräch zu gewinnen. Eine im Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern in der gleichen Form durch die Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH (GFM-GETAS) Hamburg durchgeführte Untersuchung erreichte eine Stichprobenausschöpfung von 69,9 % (vgl. *Boers* u.a. 1992, S. 18). Die Studenten haben also eine vergleichbare Ausschöpfung erzielen können. Die Teilung der Befragung in eine mündliche und schriftliche Form sollte vor allem methodische Aspekte der empirischen Sozialforschung klären helfen, insbesondere die Frage, inwiefern diese Form Einfluß auf das Antwortverhalten hat. Wenn die in Chi-Quadrat-Tabellen deutlich werdenden Unterschiede in der Beantwortung des Fragebogens systematisch geprüft werden, so lassen sich zwei Tendenzen erkennen, die den Einfluß der Befragungsform beschreiben: Zum ersten sind im Interview bei Einschätzungen auf der Basis vierstufiger Skalen die Extreme stärker besetzt, während in der schriftlichen Befragung eher die eingeschränkte Zustimmung oder Ablehnung zu finden sind. Beispiel dafür sind die Indikatoren zu den Ursachen des Kriminalitätsanstieges, den Polizeiaufgaben und zur Wahrscheinlichkeitseinschätzung, im nächsten Jahr Opfer von Straftaten zu werden. Zum zweiten ist auffällig, daß die Interviewten weniger Normenverunsicherung äußern, sozial bezogene Lebensziele (z.B. uneigennützig Hilfe) stärker, dagegen karrierebezogene Ziele weniger stark betonen, geringere Kriminalitätsfurcht äußern und sich gedanklich weniger mit der eigenen Opferwerdung beschäftigen. Die reale Viktimisierung unterscheidet sich jedoch in den beiden Befragungsformen nicht. Diffizile Fragen, z.B. nach der Bereitschaft, Ausländer im Lande aufzunehmen, werden im Interview eher im Sinne prosozialer Verhaltensweisen beantwortet. Bezogen auf dieses Beispiel heißt dies, daß sich im Interview mehr Bürger für die Aufnahme von Ausländern aussprechen. Im Interview werden auch durchgehend mildere strafrechtliche Sanktionen vorgeschlagen als in der schriftlichen Befragung. Besonders deutlich treten diese Unterschiede in der Befürwortung der Todesstrafe hervor. Während im Interview 49,3 % diese Strafe bejahen, sind es in der schriftlichen Befragung sogar 61,1 %. Dies sind in der Gesamtheit Hinweise darauf, daß gerade bei sehr diffizilen Fragestellungen und im Zeitraum sozialer Umwälzungsprozesse die Befragungsform einen deutlichen Einfluß auf die geäußerte

Meinung hat. Die anonyme schriftliche Befragung erbringt hier möglicherweise ein exakteres Abbild der erfragten Sachverhalte.

### **3. Gesellschaftliche Umwälzung, Kriminalität und Sanktionserwartungen in der städtischen Region Jena/Kahla**

#### **3.1. Kriminalitätslage und ihre Reflexion in der Bevölkerung**

##### *3.1.1. Registrierte Kriminalität, reale Viktimisierung und das vermutete Opferrisiko*

Vorangestellt sei der Versuch eines kriminalstatistischen Ausschnitts mit allen Grenzen, die sich ergeben aus der Kürze des Zeitraums, den Differenzen in der kriminalstatistischen Erfassung 1990 und den Schwierigkeiten der Datenerfassung während des Aufbaus der Landeskriminalämter 1991, die eine zu niedrige Registrierung in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vermuten lassen (vgl. Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. PKS 1990 und 1991; *Lehnert & Schumacher 1991; von der Heide 1993; Polizeiliche Kriminalstatistik Thüringens 1991*).

Dieses bewußt knapp gehaltene Zahlenbild soll lediglich einen Hintergrundeindruck über Grundproportionen vermitteln, die mehr oder weniger adäquat auch die Alltagsreflexion in der Bevölkerung strukturieren. Außerdem soll ein punktueller Vergleich zwischen dieser registrierten und der durch unsere Opferbefragung festgestellten tatsächlichen Viktimisierung versucht werden, um zu Schätzungen des Dunkelfeldes kommen zu können. Hier soll nicht in die Diskussion um akzeptable Messungen und den Vergleich von Polizeilicher Kriminalstatistik (Hellfeld im Sinne der Zahl polizeilich registrierter und als Straftaten bearbeiteter Fälle) und dem Dunkelfeld (im Sinne nicht angezeigter Delikte) eingegriffen werden. Unbestritten ist die Notwendigkeit, in dieses teilweise erheblich verbleibende Dunkelfeld einzusehen, um der realen Kriminalitätslage, aber auch dem Anzeigeverhalten der Bevölkerung und ihrer Einstellung zur Polizei bzw. auch zu informellen Regelungen strafrechtlich relevanter Konflikte näher zu kommen. Dafür verspricht zweifellos eine kombinierte Täter- und Opferbefragung sicherste Werte. Jedoch bleiben wie bei der Polizeilichen Kriminalstatistik auch bei Dunkelfelderhebungen nur grobe Näherungen möglich, die nicht durch eine Scheinexaktheit mit Werten hinter dem Komma beschönigt werden sollten. Wir verstehen deshalb unsere Ergeb-

nisse und Vergleiche nur als tendenzielle Proportionalitäten, die solche Zahlenexaktheit weder zulassen noch benötigen, um eine hinreichende Einschätzung von Grundstrukturen der Realität zu erlauben.

Tabelle 6: *Kriminalität in Thüringen 1990/91*

Gesamtkriminalität	Gesamtzahl der angezeigten Straftaten				
	Alte Bundesländer		Thüringen	Jena	
1990	4.455.333		29.145	k.A. (= keine Angaben)	
1991	4.752.175 (incl. Gesamt-Berlin)		95.789	k.A.	
	Straftaten pro 100.000 Einwohner				
	Alte Bundesländer	davon in Städten bis 100.000 Einw.	Neue Bundesländer	Thüringen	Jena
1990	7.108	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1991	7.311 (incl. Gesamt-Berlin)	7.385	3.723	3.668	7.245
<b>Gewaltkriminalität</b>	Anteil an der Gesamtkriminalität				
	Alte Bundesländer		Thüringen	Jena	
1990	2,5 %		k.A.	k.A.	
1991	2,7 % (incl. Gesamt-Berlin)		1,6 %	1,9 %	
	Gewaltstraftaten pro 100.000 Einwohner				
	Alte Bundesländer		Thüringen	Jena	
1990	175		11	k.A.	
1991	194		60	k.A.	
<b>Diebstähle</b>	Anteil an der Gesamtkriminalität				
	Alte Bundesländer		Thüringen	Jena	
1990	60,5 %		k.A.	k.A.	
1991	60,5 % (incl. Gesamt-Berlin)		63,7 %	63,3 %	
	Diebstähle pro 100.000 Einwohner				
	Alte Bundesländer		Thüringen	Jena	
1990	4295		k.A.	k.A.	
1991	4472 (incl. Gesamt-Berlin)		2337	k.A.	

Anteile junger Tatverdächtiger an der Gesamtzahl der Verdächtigen	Alte Bundesländer 1990	Alte Bundesländer (und Gesamt-Berlin) 1991	Thüringen 1991
Jugendliche	9,8 %	9,5 %	14,9 %
Heranwachsende	10,4 %	10,2 %	13,1 %

Als Gesamtumfang "erlebter Opferwerdung" (Viktimisierung) wird der Anteil der Befragten genommen, die im Jahr vorher (zwischen November 1990 und November 1991) selbst Opfer eines der vorgegebenen (einschließlich "sonstigen") Delikte (Fragen 50 bis 64) geworden waren (Opferrate). Zwar haben die vierzehn vorgegebenen Delikte eine besondere Alltagsrelevanz (Varianten von Diebstahl aus und von Fahrzeugen, Straßendiebstahl, Einbruch, Sachbeschädigung, Raub, Betrug, Körperverletzung, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung), jedoch sind sie nur eine Auswahl, die auch unvollständig durch die summarische Abschlußfrage ergänzt bleibt, ob eine Opferwerdung durch ein nicht genanntes Delikt stattgefunden hatte. Zum zweiten macht die Begriffskonstruktion "erlebte Opferwerdung" darauf aufmerksam, daß die Selbstdefinition dieser Delikte durch die Opfer nicht der juristischen Definition entsprechen muß. Oft dürfte es sich um leichtere Sachbeschädigungen, betrugsähnliche Manipulationen oder rohe Belästigungen im noch nicht kriminellen Vorfeld handeln, was schließlich auch die hohe Rate von Nichtanzeigen wegen der Einschätzung als Bagatellen oder als selbst bewältigbare Konflikte erklärt (vgl. 3.4.3.).

Danach wännen sich von den 2.194 Befragten (Summe auswertbarer Fragebögen) 898 als zumindest einmalige (d.h. ein- oder mehrmalige) Opfer eines dieser Delikte. Bezogen auf die Gesamtzahl der Befragten ergibt sich somit eine Opferrate von 40,9 %.

Diese Opferrate erscheint - verglichen mit vorherigen Untersuchungsergebnissen - bereits relativ hoch. So hatten *Kury* u.a. noch 1990 in der ostdeutschen Region für den von ihnen erfaßten 5-Jahres-Zeitraum (1986 bis 1990) bei 11 ähnlichen Deliktvorgaben eine Opferrate von nur 28,2 % ermittelt (für die alten Bundesländer 32,6 % - vgl. 1992, S. 48). *Boers* u.a. hatten im März/April 1991 für den zurückliegenden 5-Jahres-Zeitraum eine ostdeutsche Opferrate von 48,2 % (für Thüringen 41,4 %) erhalten, wobei für Gemeindegrößen zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner eine Rate

von 45,6 % und für Städte zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner eine Rate von 55,8 % ermittelt wurden (vgl. 1992, S. 63, 71, 73). Bildet man aus den Opferraten dieser beiden Gemeindegrößen den Mittelwert, um der Jenaer Größe besser zu entsprechen, so läge dieser Wert noch um etwa 10 Prozentpunkte höher als die von uns ermittelte Opferrate. Sie scheint also noch unter dem ostdeutschen Entwicklungsdurchschnitt zu liegen. Natürlich sind solche Vergleiche wegen der unterschiedlichen Zeiträume, Untersuchungsfelder und Deliktvorgaben nur grob möglich.

Differenziert man die Jenaer Opferzahl nach der Häufigkeit der Viktimisierung, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 7: *Häufigkeit der Viktimisierung pro Opfer*

einmal	427	47,6 %
zweimal	285	31,7 %
dreimal	85	9,5 %
viermal	61	6,8 %
fünfmal	16	1,8 %
sechsmal	11	1,2 %
siebenmal	7	0,8 %
achtmal	4	0,4 %
elfmal	1	0,1 %
zwölfmal	1	0,1 %
Total	898	100 %

Der Anteil der lediglich einmaligen Opferwerdung beträgt 47,6 %, der mehrmaligen Opferwerdung 52,4 %. *Boers* u.a. hatten 1991 für den vorherigen 5-Jahres-Zeitraum einen Anteil mehrmaliger Opferwerdung von nur 45,6 % in der ostdeutschen Region festgestellt (vgl. 1992, S. 63), während *Kury* u.a. 1990 ebenfalls für einen vorausgegangenen 5-Jahres-Zeitraum in dieser Region sogar nur 28,1 % Mehrfachviktisierungen vermerkt hatten (vgl. 1992, S. 158). Daraus könnte geschlußfolgert werden, daß eine mehrmalige Opferwerdung, also eine erhöhte Viktimisierungsgefährdung bestimmter Menschen, zunimmt.

Löst man diese Häufigkeiten (der Tabelle 7) in die Gesamtzahl der erlittenen Delikte auf, so erhält man 1.746 Deliktsfälle. Das entspricht einer durchschnittlichen Belastung jedes Opfers mit 1,9 Fällen (vgl. dagegen die von *Boers* u.a. in den ostdeutschen Ländern für den 5-Jahres-Zeitraum 1986-1991 gefundene Belastung von 1,7 Fällen pro Opfer - 1992, S.64).

Versucht man nun einen stets nur mit großer Vorsicht zu interpretierenden Vergleich mit der Häufigkeitsziffer der Polizeilichen Kriminalstatistik (Anzahl registrierter Straftaten/Fälle pro 100.000 der Bevölkerung), so wäre die in der Jenaer Befragung von 2.194 Bürgern mitgeteilte Gesamtzahl von 1.746 Deliktsfällen hochzurechnen auf 100.000 Einwohner. Dies ergäbe eine Häufigkeit von 79.581 Fällen pro 100.000 Einwohner Jenas (im Alter unserer Stichprobe von 14 Jahren und älter). Setzt man die Häufigkeitsziffer der polizeilich registrierten Fälle von Straftaten pro 100.000 Einwohner (allerdings jeden Alters) im gleichen Jahr in der Stadt Jena davor, nämlich 7.245, so ergäbe sich ein In-etwa-Verhältnis von 1:11. Dabei wäre zu beachten, daß sich diese recht ungünstig darstellende Relation zwischen polizeilich registrierten Straftaten zu den Deliktsfällen, die in unserer Befragung mitgeteilt wurden, zu einem Teil aus den technischen Erfassungsschwierigkeiten der Polizeilichen Kriminalstatistik im ersten Jahr ihrer Anwendung in den neuen Bundesländern erklärt.

Um der Deliktsstruktur der angegebenen Fälle einer Viktimisierung näher zu kommen, sollen die Anteile der von einem bestimmten Delikt zumindest einmal betroffenen Befragten aufgelistet sein. Auf die Frage nach einer selbst erlittenen Viktimisierung durch eines der vorgegebenen Delikte (Fragen 50-64) gaben nachfolgende Anteile der Befragten mindestens einen solchen Vorfall an (Tabelle 8).

Die Aufzählung ist weniger eine juristische Gruppierung als vielmehr am Opfererleben orientiert. Sie läßt erkennen, daß unter den Eigentumsdelikten der Anteil kraftfahrzeugbezogener Delikte ungewöhnlich hoch ist, nicht zuletzt Ausdruck der momentanen Herrschaft des Autos in den Konsumbedürfnissen. In der ebenfalls überraschend hohen Betrugsziffer äußern sich Unsicherheit und Empfindlichkeit gegenüber zweifellos auch nichtkriminellen Praktiken unlauteren Geschäftsgebarens sowie der freien Preisbildung, wie sie in der Vergangenheit nicht bekannt waren. Dies kann auch deshalb vermutet werden, weil 1991 in Jena insgesamt lediglich 153 Betrugsfälle angezeigt und dafür eine Aufklärungsquote von 75 %



angegeben wurden. Damit ist einmal mehr angemahnt, diese Deliktsangaben vorsichtig und nicht ohne weiteres als latente Kriminalität zu interpretieren.

Tabelle 8: *Deliktsanteile der Fälle ein- oder mehrmaliger Viktimisierung* (wobei die mehrmalige Viktimisierung ebenfalls nur als ein Fall gezählt wurde)

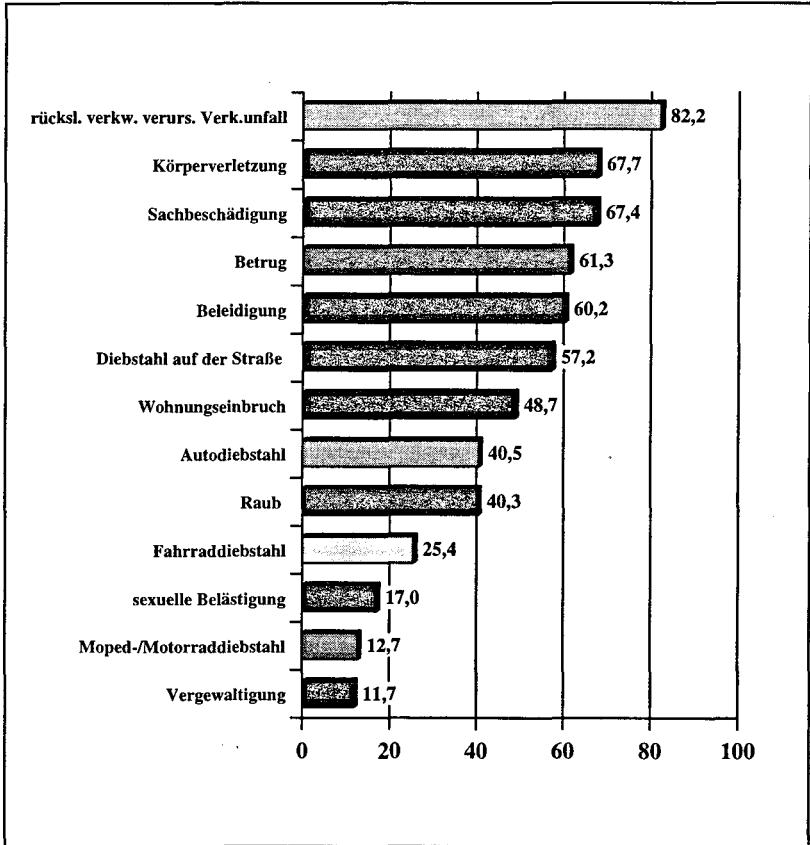
	einmalige Viktimisierung	mehrmalige Viktimisierung (gesamt)	ein- oder mehrmalige Viktimisierung	davon Prozent aller Befragten (n=2.194)
Betrug	226	174	400	18,2 %
Autobeschädigung	162	74	236	10,8 %
Diebstahl aus Autos bzw. von Autoteilen	134	56	190	8,7 %
Wohnungseinbruch (incl. Versuch)	118	24	142	6,5 %
einfacher Diebstahl (ohne Fahrzeugbezug)	93	13	106	4,8 %
Körperverletzung (ohne oder mit Waffen)	81	22	103	4,7 %
Motorrad-/Moped-/Fahrraddiebstahl	52	15	67	3,1 %
Raub (incl. Versuch)	27	4	31	1,4 %
Autodiebstahl	13	4	17	0,8 %
sexuelle Belästigung	10	2	12	0,5 %
Vergewaltigung (incl. Versuch)	6	0	6	0,3 %
sonstige Delikte	28	10	38	1,7 %
<b>Total</b>	<b>950</b>	<b>398</b>	<b>1.348</b>	

Um zu erfahren, wie das Risiko beurteilt wird, im nachfolgenden Jahr in eine Opfersituation gelangen zu können, waren allen Befragten ebenfalls vierzehn Delikte vorgegeben. Als "eher wahrscheinlich" oder "sehr wahrscheinlich" werden die Risiken bei folgenden Delikten angesetzt (Frage 65):

Bei Vorlage konkreter Schädigungssachverhalte wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer verkehrswidriger Rücksichtslosigkeit zu werden, am höchsten bejaht. Das Auto ist häufigstes Ziel und Mittel deliktischen Verhaltens. Der

Straßenverkehr ist in der Grauzone zum kriminellen Handeln bevorzugtes Feld eines Ausagierens von Anomie in der Öffentlichkeit (Graphik 2).

Graphik 2: *Opferisikovermutung für das nachfolgende Jahr (1992)*



(Angaben in Prozent)

Neben dem Betrug werden im Zweidrittel-Bereich Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung angegeben, Delikte, die mit Defiziten in der öffentlichen Ordnung und im zwischenmenschlichen Verhalten zu tun haben. Sie bleiben sicher oft im Vorfeld krimineller Schwere, machen

jedoch die Normgrenzen unscharf. Solches Verschwimmen von Normen findet sehr augenscheinlich im Autoverkehr statt, beginnend bei einer unaufhaltsamen Okkupation der Fußwege und selbst der Grünflächen durch den ruhenden Verkehr bis hin zur aggressiven Fahrweise, bei der das Auto wie eine Waffe eingesetzt wird.

Interessant sind die Differenzen zwischen den realen Anteilen bestimmter Delikte an der Viktimisierung und der Einschätzung des Risikos, Opfer eines dieser Delikte zu werden. Hierin lassen sich gleichsam Prognosen zur Kriminalität sowie zu den Möglichkeiten entnehmen, sich gegen Viktimisierung schützen zu können. Nimmt man einige Delikte, die im hiesigen Alltag besonders akut sind, so zeigen sich folgende Relationen zwischen realer Viktimisierung und der Opferrisikovermutung:

Tabelle 9: *Relation zwischen realer Viktimisierung und Opferrisikovermutung bei ausgewählten Delikten*

	reale Viktimisierung (aus Tabelle 8)	Opferrisikovermutung (aus Graphik 2)	Relation zwischen Viktimisierung und Opferrisikovermutung
Autodiebstahl	0,8 %	40,5 %	1 : 51
Raub	1,4 %	40,3 %	1 : 29
Körperverletzung	4,7 %	67,7 %	1 : 14
Wohnungseinbruch	6,5 %	48,7 %	1 : 7
Betrug	18,2 %	61,3 %	1 : 3

Beim Autodiebstahl wird offenbar der höchste Risikozuwachs erwartet. Das entspricht der allgemeinen Dominanz des Autos in den (nachholenden) Konsumbedürfnissen sowie als Ziel und Mittel normabweichenden Handelns; andererseits werden die Schutzmöglichkeiten offensichtlich nur als gering eingeschätzt. Es folgen Raub und Körperverletzung als die im Verhältnis zur Vergangenheit besonders spürbar angestiegenen Gewaltdelikte. Dagegen scheinen die Möglichkeiten des (Selbst-)Schutzes gegen Wohnungseinbruch und Betrug offenbar schon höher angesetzt.

Das Risiko, Opfer einer Straftat werden zu können (Frage 66), beschäftigt diejenigen mehr, die allgemein Verluste des Zusammengehörig-

keitsgefühls (Fragen 22, 28) oder in der Lebensordnung des Wohnfeldes (Frage 32) vermerken, in ihrer Haltung zur Kriminalität stärker von Alltagsmedien bestimmt sind (Frage 48), über eigene Opfererfahrung verfügen (Fragen 51, 52, 53, 54, 55, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 - also weitgehend unabhängig von der Art der Delikte) und weniger Vertrauen in die Arbeit von Polizei und Justiz haben (Fragen 69, 73).

### 3.1.2. Kriminalitätsfurcht

Um Kriminalitätsfurcht erfassen zu können, wird sie herkömmlich in drei Konstituierende zerlegt: eine kognitive (die rationale Einschätzung von Kriminalitätslage und Opferrisiko), eine emotionale (das Unsicherheitsgefühl) und eine konative (das Reaktionsverhalten der Abwehr, des Schutzes bzw. des Vermeidens) (vgl. *Schneider* 1987, S. 768; *Schwind, Ahlborn & Weiß* 1989, S. 127 - 129; *Boers* 1991, S. 42 - 44, der weiterführend ein "interaktives Modell zum Verständnis der Kriminalitätsfurcht" entwickelte, um gesellschaftliche und mikrosoziale Zusammenhänge mit hereinzunehmen, S. 207 - 210).

Die rationale Einschätzung der Kriminalitätslage im Sinne eines Bildes auf der Ebene des Alltagswissens wurde mit der Frage zu fixieren gesucht, ob und wie sich die Kriminalität in den letzten beiden Jahren (1990, 1991 - die Jahre seit der politischen Wende im Herbst 1989) verändert hat (Frage 41). Beinahe ausnahmslos (von 96,8 %) wird eine Zunahme der Kriminalität reflektiert. Soweit eine vergleichbare Registrierung nach der Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen werden kann, findet sich auch für Thüringen ein erheblicher Anstieg der registrierten Fälle von 1990 (vgl. *Lehnert & Schumacher* 1991, S. 340) zu 1991 (vgl. zu den ostdeutschen Ländern insgesamt von *der Heide* 1993; *Ewald* 1993). Selbst angesichts der Erfassungsschwächen der Polizeilichen Kriminalstatistik läßt ein Vergleich der Häufigkeitsziffern (Straftaten pro 100.000 der Bevölkerung) in Thüringen 1991 mit 3.668 immer noch eine deutlich geringere Gefährdung erkennen als in den alten Bundesländern (incl. Gesamt-Berlin) mit 7.311, wobei allerdings von den thüringischen Städten Jena mit 7.245 die höchste Ziffer erreichte, also etwa dem Durchschnittsniveau des westdeutschen Raumes sowie der dortigen Städte bis etwa 100.000 Einwohner (Städte von

20.000 bis unter 100.000 = 7.385; Städte von 100.000 bis unter 500.000 = 8.796) nahe kam. Auch wenn diese Häufigkeit hier noch merklich geringer ist, so wird doch die Dynamik dieses Phänomens eindringlicher wahrgenommen als die realen Häufigkeitsdifferenzen. Hinzu tritt eine Ausgangssituation vor dem Jahre 1990, wonach in der damaligen DDR eine deutlich geringere Häufigkeit registriert worden war. Heutige Hochrechnungen der Kriminalstatistik der ehemaligen DDR nach den Erfassungskriterien der Polizeilichen Kriminalstatistik der BRD ergeben, daß vor 1989 die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten pro 100.000 Einwohner der DDR ein gutes Drittel bis beinahe die Hälfte (und nicht nur das vormals propagierte Zehntel) des Niveaus in den alten Bundesländern ausmachte (vgl. *von der Heide & Lautsch* 1991b; *von der Heide* 1993). Die erste Dunkelfelderhebung im Frühherbst 1990 in beiden deutschen Staaten, durchgeführt vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt, ergab sogar für die ehemalige DDR bei ausgewählten Alltagsdelikten eine Häufigkeit von etwa zwei Dritteln des BRD-Niveaus (vgl. *Kury* 1992b, S. 158).

Der rational vermerkte Kriminalitätsanstieg hat also hauptsächlich Gründe in dieser wirklichen Entwicklung, aber zweifellos auch in einer bis dahin ungewohnten Publizität dieser Vorgänge. Die Ausgangssituation läßt einerseits den realen Anstieg drastischer erscheinen und begründet andererseits überhöhte Empfindsamkeit gegenüber allen Indikatoren und Informationen, die diesen Anstieg widerspiegeln. So erklärt sich, daß in allgemeinen Umfragen nach Besorgtheiten der Bevölkerung (wie different auch die Fragevorgaben waren) innerhalb dieser beiden Jahre ein ständiges Aufladen des Sachverhalts "Kriminalitätsanstieg" vermerkt wurde, bis er schließlich im Frühjahr 1992 zu den führenden Lebenssorgen der ostdeutschen Bevölkerung aufgestiegen war (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.4.1992).

Dieser Vorgang dürfte im historischen Kontext nicht so sehr überraschen, zum einen wegen der Voraussehbarkeit eines Kriminalitätsanstiegs in gesellschaftlichen Umbrüchen solcher Dimension, zum zweiten angesichts der vermerkten Eindruckskraft solchen Anstiegs und drittens im Verhältnis zu dem 1992 noch weithin funktionierenden Netz sozialer Sicherungen, in deren Kontext die Kriminalität einen hohen Besorgnisrang einnehmen konnte. Entsprechend ist zu vermuten, daß mit einer Annäherung der

Kriminalitätsbelastung an deutsches Durchschnittsniveau, mit einer Stabilisierung der Lebenswelten, aber gleichzeitig auch mit einer weitergehenden sozialen Differenzierung andere Nöte in den Vordergrund drängen. Das ändert nichts am Problem selbst, sondern lediglich an dessen Reflexion im Alltagsbewußtsein.

Ebenfalls noch auf der kognitiven Ebene differenziert sich die Einschätzung der Kriminalitätslage weiter auf in der Opferrisikovermutung (Frage 65; vgl. 3.1.1.). Immerhin wurde bei sechs der vorgegebenen vierzehn Alltagsdelikte von mehr als 50 % der Befragten das Risiko, Opfer zu werden, als "sehr wahrscheinlich" oder zumindest "eher wahrscheinlich" angenommen.

Es ist bekannt, daß kognitives Einschätzen von Kriminalität und Opferrisiko, somit auch deren Anstieg, nicht unbedingt das eigene (Un-)Sicherheitsgefühl beeinflussen muß. Die allgemeine Kriminalitäts- und Risikolage ist eine andere Ebene subjektiver Reflexion als das unmittelbare Gefühl persönlicher Unsicherheit/Bedrohtheit (vgl. *Schwind, Ahlborn & Weiß* 1989, S. 128, unter Berufung auf *Kerner* 1980, S. 270). Dies deutet sich auch bei den von uns Befragten an, wonach zwar 96,8 % einen Kriminalitätsanstieg sehen, jedoch nur 44,6 % die Frage, wie oft sie an die Möglichkeit denken, Opfer (irgend-)einer Straftat zu werden (Frage 66), positiv beantworten ("sehr oft"/"oft"/"manchmal"). Das entspricht im übrigen auch etwa dem Durchschnitt der Opferrisikovermutung nach vorgegebenen Delikten (Frage 65; vgl. 3.1.1.). Folglich ist auf der emotionalen Ebene das gefühlsmäßige Erleben der persönlichen (Un-)Sicherheit in der unmittelbaren Umwelt zu erfassen, selbst wenn dies angesichts der Definitions-, Erklärungs- und Operationalisierungsunschärfen (vgl. *Boers* 1991, S. 42 - 44) nur vage möglich ist. Dieses seit den 60er Jahren zuerst in amerikanischen, später auch in deutschen Untersuchungen angezielte Sicherheitsgefühl wird von der gängigen Frage indiziert, wie sicher man sich in seiner Wohngegend fühlt, bei Dunkelheit allein auf die Straße zu gehen (Frage 44; vgl. auch *Boers* 1991, S. 7 f.).

20,0 % der von uns Befragten fühlen sich "sehr unsicher", 48,0 % "etwas unsicher". Ordnet man diese Situation in das Bild eines mehr optischen, weil die Unterschiede in den städtischen Kulturen und den Untersuchungsmethoden nivellierenden Proportionsvergleichs ein, so vermitteln die seit Anfang der 70er Jahre in westdeutschen Städten erreichten Ergebnisse

(Stuttgart 1973 - vgl. *Stephan* 1976, S. 434; Hamburg 1984/85 - vgl. *Boers* 1991, S. 278; Bochum 1986/87 - vgl. *Schwind, Ahlborn & Weiß* 1989, S. 133) folgendes Bild:

Tabelle 10: *Unsicherheitsgefühl bei Dunkelheit in der eigenen Wohngegend*

Stuttgart	1973	21 %
Hamburg	1984/85	18 %
Bochum	1986/87	18 %
Jena/Kahla	1991/92	20 %

Immerhin liegt das Unsicherheitsgefühl in der jenaischen Region bereits über dem Niveau von Hamburg und Bochum, Metropolen mit einem Mehrfachen der Jenaer Einwohnerzahl. Für die ostdeutschen Länder insgesamt ermittelten *Boers* u.a. 21,6 % der Befragten, die sich "sehr unsicher" fühlen, dagegen retrospektiv nur 3 % für die Zeit vor 1989 (vgl. 1992, S. 88, 91).

Nähert man sich dieser Situation von den positiven Antwortvarianten her, so findet lediglich noch die Frage nach der Furcht, nachts allein in der Wohnung zu sein (Frage 43), eine (knappe) furchtlose Mehrheit (53,8 %). Dagegen fühlen sich nur noch 32 % bei Dunkelheit auf der Straße ihres Wohngebietes ziemlich bzw. sehr sicher (Frage 44). Etwa entsprechend meinen nur 31,2 %, daß sie ihre Lebensgewohnheiten aus solcherart Sicherheitsbedürfnissen beibehalten (Frage 45).

Auch hier ist die Ausgangssituation zu beachten, wonach in der ehemaligen DDR ein deutlich geringeres Kriminalitätsniveau herrschte, insbesondere bei der schweren Gewaltkriminalität, und die Aufklärungsquote selbst bei nachrechnenden Korrekturen mit etwa 55 % anzusetzen war (vgl. *von der Heide & Lautsch* 1991a, S. 14), was zweifellos mit der Dichte des Kontrollsystems in geschlossenen Grenzen zu tun hatte. Für die Situation 1991 vermerkte das Bulletin der Bundesregierung "Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland": "Gerade in Bereichen, die das Sicherheitsgefühl der Bürger in besonderem Maße berühren, wie Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen oder Kfz-Diebstähle, ist eine Zunahme der absoluten Zahlen und ein gleichzeitiger Rückgang der Aufklärungsquote festzustellen" (S. 537).

Zwischen erlittener Opferwerdung und diesem Sicherheitsgefühl konnte keine Korrelation ausgemacht werden. Opfererfahrung vermindert dieses Sicherheitsgefühl nicht (vgl. ähnlich auch bei *Boers* 1991, S. 344 f.; *Kury* 1992b, S. 183 - 184). Wichtig zu wissen sind jedoch die Korrelationen zwischen solcher Verunsicherung einerseits und Solidarverlusten (am Arbeitsplatz - Frage 22; in der Nachbarschaft - Frage 25; allgemein in der Öffentlichkeit - Frage 28) sowie Erscheinungen von Anomie und sozialer Desorganisation (Verwahrlosung der Wohngegend, ungenügende Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, gewaltbereite Gruppen dieses Alters - Frage 32). Dies unterstreicht einerseits die bekannten Zusammenhänge zwischen radikalem sozialen Wandel, Anomie und deviantem Verhalten, drängt jedoch zu einem vertieften Verständnis dieser Vorgänge mit Blick auf Umbrüche (auch Verluste) in den Aktivitätsangeboten und -bedingungen (insbesondere der Arbeit, kommunalen Öffentlichkeit und im Wohnumfeld), in denen Normen letztlich tätig gelebt werden, sich auflösen oder eben über veränderte Inhalte und Bedingungen neu produziert werden müssen.

Das etwa gleich hohe Unsicherheitsgefühl in amerikanischen Großstädten veranlaßt *Boers* zur von ihm selbst als spekulativ bezeichneten Vermutung, "daß die Bewohner eines noch immer schnellen Umbrüchen unterliegenden, sozial höchst heterogenen Einwanderungslandes in ganz anderer Weise an Devianz und Anomie als 'natürliche' Begleiterscheinungen des sozialen Wandels gewöhnt sind (und bereit sind, dies zu akzeptieren), als dies den Bürgern eines mitteleuropäischen, sozial vergleichsweise homogenen Wohlstandsstaates möglich ist" (S. 342). Diese "ganz andere Weise" dürfte angesichts der globalen Vorgänge und der jüngst in Mitteleuropa aufbrechenden Strukturen und Bewegungen nicht mehr so zutreffen.

Unsicherheit korreliert auch mit einem hohen Einfluß der Alltagsmedien (Tageszeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen - Frage 48). Sie ist jedoch dann geringer, wenn eine mehr selbstbestimmte weltanschaulich-rationale Meinungsbildung stattfindet. Das Problem erledigt sich also nicht schon über Appelle an die Alltagsmedien, sondern verlangt darüber hinaus verwissenschaftlichte Informations- und Bildungsangebote zur Kriminalität und zu deren Prävention.

Schließlich läßt die konative Komponente der Kriminalitätsfurcht nach dem Vermeide- und Abwehrverhalten fragen: Wirkt sich das Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit auf der Straße der eigenen Wohngegend (Frage 44)



auf die Lebensgewohnheiten aus (Frage 45)? Von den Befragten reagieren 68,8 % mit einer Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten im Sinne solchen Vermeidens oder Abwehrens. Dabei dominiert das Vermeiden: 59,1 Prozentpunkte von diesen 68,8 % geben besondere Vorsicht in bezug auf Weg und Zeit, ein grundsätzliches Ausgehen nur in Begleitung und beschränkt auf das nur unbedingt Notwendige an. Nur die restlichen 9,7 Prozentpunkte wännen sich auf eine Selbstverteidigung eingerichtet.

Da diese beiden Fragen miteinander gekoppelt sind, geht es hier hauptsächlich um Risiken körperlicher Angriffe auf der Straße, wo ein Abwehrverhalten noch gering vorbereitet ist. Angesichts der hoch vermuteten Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Gewaltdelikts werden zu können (vgl. 3.1.1.), scheint einem Vermeide- und Abwehrverhalten noch nicht sehr vertraut zu werden. Hier sind offenbar Lernprozesse nötig, wie sie für den Schutz gegen Angriffe, die auf das Eigentum gerichtet sind (insbesondere Einbruch und Betrug), bereits stärker ausgebildet zu sein scheinen (mit Ausnahme kraftfahrzeugbezogener Delikte). Dazu war keine ausdrückliche Frage gestellt, jedoch wird diese Aussage von der Tatsache gestützt, daß geringere Differenzen zwischen Opferrisikovermutung und realer Opferhäufigkeit bestehen (vgl. 3.1.1.). Dieses "nachholende" Lernen, wie Eigentum geschützt werden kann, ist wohl individuell am intensivsten einflußbar und technisch möglich.

Trotz dieser Situation der Kriminalitätsfurcht findet ein übermäßiger Rückzug aus dem öffentlichen Raum (noch) nicht statt. Auf die abendliche Sicherheitslage im Wohngebiet reagieren nur 17,9 % damit, nicht allein auszugehen.

### *3.1.3. Bevorzugte Informationsquellen und Kriminalitätserklärungen*

Zu den im vorigen Abschnitt behandelten "personalen" Kriminalitätseinstellungen, aus denen Kriminalitätsfurcht gespeist wird, treten allgemeinere "soziale" Einstellungen zu Kriminalität und Strafe (vgl. Boers 1991, S. 207 - 210). Von den vorgegebenen Informationsquellen, aus denen solche allgemeineren Haltungen wesentlich gestützt sein könnten (Frage 48), wird am stärksten die Berichterstattung des Fernsehens besetzt: 68,1 % fühlen

sich davon "überwiegend" oder "in starkem Maße" beeinflusst. Darin bestätigen sich Kraft und Verantwortung gerade dieses Mediums.

Als nächste Einflußgröße folgt die "persönliche Weltanschauung" mit 63,8 % im Sinne einer mehr selbstbestimmten rationalen Meinungsbildung vor dem Hintergrund komplexeren Wissens über die Welt. Gerade diese Bewußtseinsstufe erweist sich als sehr bedeutsam, korreliert sie doch mit geringerer Kriminalitätsfurcht und höheren Bereitschaften zu präventivem Engagement bei größerer Zurückhaltung gegenüber einer Verschärfung von Strafrecht (vgl. 3.1.2. sowie 3.4.1.).

Als drittstärkste Quelle werden von 46,7 % die Tageszeitungen bezeichnet. Dieses starke Potential wirft (erneut) die Frage auf, inwieweit eine dem Tagesabsatz geschuldete Berichterstattung auf diesem Feld "Haltungen" in Rechnung stellt, die gefördert werden müßten, bzw. inwieweit eine häufig zu sehr verkürzte und vereinfachte Darstellung und Bewertung von Kriminalitätserscheinungen eben auch solche konstruktiven Haltungen behindern. Das läßt sich momentan sehr augenscheinlich nachvollziehen, wenn Gruppengewalt Jugendlicher von vornherein durch politische Bewertungen abgehoben und skandalisiert wird, ohne die tatsächlichen Motivationen, Befindlichkeiten und Lebenssituationen dieser Jugendlichen zu hinterfragen.

An vierter Stelle folgt mit 40,6 % das Gespräch über kriminalitätsbezogene Erfahrungen anderer Menschen. Solche Gespräche erhöhen (im Moment noch) die Kriminalitätsfurcht.

Eigene Erfahrungen als Täter, Opfer oder aus der Beziehung zu Straffälligen werden lediglich von 19,8 % als bedeutsam angegeben. Dies überrascht insofern, als die reale Opfererfahrung deutlich höher ist (vgl. 3.1.1.). Kino und Video werden dagegen nur von 14,6 % mit solcher Wirkung angesetzt, ein Indiz dafür, daß der illusorische Charakter dieser Medien in der Befragungssituation kalkuliert wird, was jedoch sicher nicht den wirklichen Langzeiteinfluß ausweist.

Eine Faktorenanalyse deutet ausgewogenere Kriminalitäts-, Viktimisierungs- und Strafhaltungen bei einem mehr erfahrungsgeleiteten und selbständig rational begründeten Bild an (vgl. 4.1.).

Aus der Gewichtung von Sachverhalten, die im Alltagsbewußtsein häufig zur Kriminalitätserklärung herangezogen werden (Frage 42), sollten zwei Aussagen gewonnen werden: Führt der Zusammenhang von gesellschaft-

lichem Umbruch und Kriminalitätsanstieg bevorzugt zu vereinfachten Erklärungen (im Sinne einer deutlichen Konzentration auf nur wenige Sachverhalte, die mehr vordergründig eine Sündenbockfunktion erfüllen könnten)? Und: Inwieweit sind anspruchsvollere Präventionsbereitschaften angelegt (entgegen verkürzenden "Recht und Ordnung"-Konzepten)?

Aus zwölf vorgegebenen populären Ursachenvermutungen (wie Strafverfolgungsschwäche, Familienstörungen, Migration, Moralverfall, Drogen, materielle Lebensbedingungen - Frage 42) wurden auf die ersten drei Plätze gesetzt: 1. die Ausbreitung aggressiver Gruppen, 2. die Inkonsequenz der Polizei, 3. die wirtschaftlichen Verhältnisse. - Bei aller Begrenztheit solcher Reflexionen im Alltagsbewußtsein sind damit immerhin drei wesentliche Dimensionen angesprochen: Ausgehend vom besonders unmittelbaren Erleben bestimmten Gruppenverhaltens werden institutionelle Reaktionsdefizite vermerkt, um schließlich auch auf die ökonomischen Verhältnisse zu verweisen. Insofern scheint die Öffentlichkeit für komplexere Erklärungen durchaus gut ansprechbar. Hingegen werden die letzten drei Plätze den Sachverhalten "Zunahme des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung", "hohe Bevölkerungsdichte" und schließlich "häufiger Ortswechsel der Bevölkerung" zugewiesen. Darin liegt eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber vereinfachenden Erklärungen der Kriminalität aus ethnischen Gründen, Kulturkonflikten bzw. aus demographischen Sachverhalten (großstädtische Ballungen und Migration). Diese Akzentuierung läßt annehmen, daß Vorbehalte gegenüber Einwanderungsbewegungen (vgl. Frage 37) primär noch aus sozialexistentiellen Ängsten erwachsen, nicht aus ethnischer Intoleranz, geschweige denn rassistischen Haltungen.

Diese Grobstruktur kriminologischen Alltagsbewußtseins scheint abgeschlossen zu sein für anspruchsvollere Präventionskonzepte. Dies wird schließlich dem Grunde nach bestätigt von den differenzierenden Sanktionserwartungen (vgl. 3.4.1.).

## 3.2. Arbeit und Sozialstruktur als kriminologischer Differenzierungsrahmen

### 3.2.1. Soziodemographische Daten

Die gravierenden Umwälzungen in den neuen Bundesländern äußern sich auf allen für menschliche Existenz und Tätigkeit relevanten Feldern. Zentrales Moment ist dabei der Arbeitsprozeß und die sich daraus ergebende soziale Struktur. Veränderungen der soziodemographischen Basis wären zweifellos erst über längere Zeiträume beachtlich, so daß unsere Ergebnisse eher nur Ausgangspunkte im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch markieren, während die Arbeitstätigkeit unmittelbarer und sehr intensiv in die Umbruchsprozesse einbezogen ist.

Von den insgesamt 2.194 an der Befragung beteiligten Bürgern waren 45,9 % männlichen und 54,1 % weiblichen Geschlechts (Frage 1). Die Altersspanne reichte von 14 bis 96 Jahren (Frage 2). Die meisten der Befragten, 65,5 %, waren verheiratet, 19 % waren ledig, 5,3 % lebten in einer Lebensgemeinschaft, 5,7 % waren geschieden und 4,4 % verwitwet (Frage 3). Kinderlos waren 8,0 % der Untersuchungspopulation, 32,7 % hatten ein Kind und 42,4 % zwei Kinder (Frage 4). Es bestätigte sich die bereits in der Voruntersuchung getroffene Feststellung, daß Verheiratete mit zwei Kindern (wobei die Kinder z.T. nicht mehr im Haushalt leben) die Hauptgruppe der Befragten stellten.

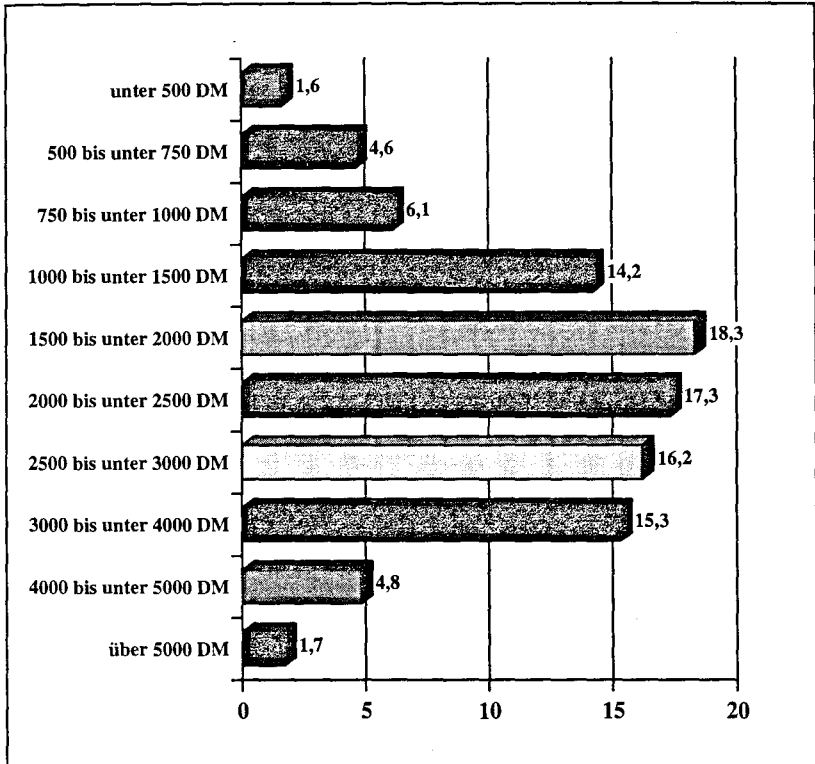
Die Anzahl der insgesamt in den Haushalten lebenden Personen (Frage 6) verteilt sich in der Untersuchungspopulation folgendermaßen:

Tabelle 11: *Haushaltsgröße*

1 Person	10,2 %
2 Personen	31,1 %
3 Personen	28,5 %
4 Personen	25,1 %
5 Personen	3,9 %
mehr Personen	1,3 %

Das Nettoeinkommen der Haushalte weist folgende Differenzierungen auf:

Graphik 3: *Haushaltsnettoeinkommen*



(Angaben in Prozent)

Aussagekräftiger zur finanziellen Situation der Befragten ist jedoch das Nettoeinkommen bezogen auf die Anzahl der Haushaltsmitglieder. Die folgende Übersicht (Tabelle 12) dokumentiert die Situation im November/Dezember 1991 für Ein- bis Vier-Personen-Haushalte.

(Anmerkung: Entweder haben einige der Befragten die Frage nicht exakt verstanden und als Nettoeinkommen des Haushaltes nur das eigene Einkommen angegeben oder z.B. die Miete mit als Abzüge eingeordnet, denn Mehrpersonenhaushalte in den Einkommensgruppen unter 1.000 DM hätte

es eigentlich nicht geben dürfen, es sei denn, diese Bürger hätten Anspruch auf Sozialhilfe gehabt, der nicht genutzt worden war.)

Tabelle 12: *Nettoeinkommen der Haushalte nach Personenzahl*

	1-Personen-Haushalt	2-Personen-Haushalt	3-Personen-Haushalt	4-Personen-Haushalt
unter 500 DM	4,6 %	0,7 %	1,2 %	1,3 %
500 bis unter 750 DM	25,7 %	2,9 %	2,2 %	1,5 %
750 bis unter 1000 DM	23,4 %	6,6 %	3,0 %	1,5 %
1000 bis unter 1500 DM	35,3 %	18,1 %	9,3 %	7,7 %
1500 bis unter 2000 DM	6,0 %	29,1 %	18,5 %	11,5 %
2000 bis unter 2500 DM	2,7 %	18,5 %	18,8 %	20,8 %
2500 bis unter 3000 DM	0,9 %	12,1 %	21,0 %	22,1 %
3000 bis unter 4000 DM	1,3 %	8,7 %	18,7 %	21,8 %
4000 bis unter 5000 DM	keine	2,7 %	5,8 %	7,7 %
über 5000 DM	keine	0,4 %	0,3 %	3,8 %

Die individuelle Einschätzung finanzieller Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (nach Abzug der notwendigen Lebenshaltungskosten, wie Ernährung, Miete und Kleidung) zeigt eine sehr differenzierte Situation. Es war danach gefragt, ob sich diese Möglichkeiten im Vergleich zur Zeit vor dem gesellschaftlichen Umbruch verbessert oder verschlechtert hatten (Frage 9). Dabei wird folgende Differenzierung deutlich: Einen größeren Spielraum in der heutigen Situation bejahen 31,4 % der Befragten. Gleich groß geblieben ist dieser Spielraum für 24,2 %, während er für 19,9 % gleich gering geblieben ist. Für 24,5 % der Befragten hat sich der finanzielle Spielraum verringert.

Die 14- bis 17jährigen Befragten geben zu 42,0 % eine Zunahme ihrer finanziellen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung an, während die älteren Bürger, vor allem die Altersgruppe 55 bis 64 Jahre, deutlich häufiger eine

Abnahme ihrer finanziellen Möglichkeiten erleben (36,4 % der 55- bis 64jährigen), was im Zusammenhang mit der hohen Anzahl von Bürgern im Vorruhestand auf der Basis geringer Löhne stehen dürfte. Bei den Altersgruppen von 18 bis 54 Jahre ist weniger das Alter als vielmehr der Qualifikationsgrad entscheidend. Die Bürger mit Hochschulabschluß gehen zu 39,9 % von einer Zunahme und weitere 31,1 % von einem gleichbleibend hohen finanziellen Spielraum aus, während umgekehrt die Teilfacharbeiter zu 48,4 % und Facharbeiter sowie Meister zu 29,0 % eine Verschlechterung ihrer diesbezüglichen finanziellen Situation erleben. Eine Geschlechtsspezifität ist nicht feststellbar. Damit ist auf die hohe Bedeutung individueller Qualifikation im Rahmen sozialstruktureller Zusammenhänge hingewiesen.

Die Schulabschlüsse (Frage 5) als ein relevanter Indikator widerspiegeln einen hohen Ausbildungsstandard in der Befragungspopulation:

Tabelle 13: *Schulabschlüsse*

noch in Ausbildung	5,2 %
unter 8.Klasse/kein Abschluß	2,0 %
Polytechn. Hilfsschule/Sonderschule	0,8 %
8. Klasse Polytechnische Oberschule/Hauptschule	20,8 %
10. Klasse Polytechnische Oberschule/Realschule	37,6 %
Abitur	33,6 %

Der Schulabschluß zeigt eine signifikante Altersabhängigkeit, d.h. jüngere Bürger haben deutlich häufiger einen höheren Schulabschluß. Ein Schulabgang ohne Abschluß findet sich fast nur bei älteren Bürgern.

Die beruflichen Abschlüsse (Frage 10) bestätigen dieses Bild eines hohen Ausbildungsstandes. 19,5 % der Befragten haben eine Hochschule/Universität abgeschlossen, 22,1 % eine Fachschule. 40,8 %, also die größte Gruppe der Befragten, verfügen über den Abschluß als Facharbeiter, 4,8 % haben zusätzlich die Qualifikation als Meister erworben. 1,5 % haben einen Teilfacharbeiterabschluß, und 10,3 % befinden sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung, so daß nur 1 % der Befragten über keinen beruflichen Abschluß verfügt.

Auch hier können die jüngeren Bürger tendenziell auf einen höheren Abschluß verweisen. Diese Daten belegen den über Generationen gestie-

genen Bildungsabschluß, der in vielen soziologischen Analysen für die alten, aber auch für die neuen Bundesländer festgestellt wird. Er ist Ausdruck übergreifender gesellschaftlicher Entwicklungen, wie die zunehmend höhere Komplexität von Arbeitsinhalten, die Abnahme rein körperlicher Arbeit sowie eine höhere berufliche Mobilität und Flexibilität.

Der Qualifikationsgrad zeigt auch eine signifikante Geschlechtsspezifität. Trotz des hohen Qualifikationsstandes von Frauen in der ehemaligen DDR sind in den (selten vorkommenden) geringen Qualifikationsgraden (ohne Abschluß und Teilfacharbeiter) Frauen deutlich überrepräsentiert, was sich insbesondere auf ältere Frauen beziehen dürfte. Bei Facharbeitern ist das Geschlechterverhältnis in etwa ausgeglichen. Fachschulen haben 25,6 % der Frauen und 18,2 % der Männer abgeschlossen, während den Universitäts- und Hochschulabschluß 24,0 % der Männer, aber nur 15,6 % der Frauen erreicht haben. Ein Befund, der sowohl die Bildungsmöglichkeiten von Mädchen und Frauen in der ehemaligen DDR reflektiert als auch das Weiterexistieren einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die über eine höhere Belastung der Frauen mit Familie und Haushalt geringere Aufstiegschancen in höchstqualifizierte Positionen mit sich brachte. Die Berufsgruppen (Frage 16) waren folgendermaßen in der Untersuchungspopulation repräsentiert:

Tabelle 14: *Berufsgruppen*

landwirtschaftlicher Beruf	0,1 %
akademischer Beruf (Geisteswissenschaften)	8,0 %
akademischer Beruf (Natur- u. Technikwissensch.)	18,7 %
Arzt, Tierarzt, Apotheker, Schwester	11,9 %
Handwerks- und Dienstleistungsberufe	19,3 %
Facharbeiterberufe im öffentl. Dienst (Post, Reichsbahn, öffentl. Institut., Sekretärin)	13,0 %
Facharbeiterberufe in Versicherung/Banken/Handel	15,0 %
Produktionsarbeiterberufe	14,0 %

Eine Frage zur Selbsteinordnung in ein soziales Schichtmodell, die häufig in sozialwissenschaftliche Studien einbezogen ist, wurde nicht gestellt. Ein hoher Anteil von Nichtantwortenden (knapp ein Viertel der Befragten) im



Rahmen der Untersuchung von *Boers* u.a. (vgl. 1992, S. 74) verweist auf die Unsicherheiten bei einer derartigen Selbsteinordnung in den neuen Bundesländern zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

### 3.2.2. *Erwerbssituation und Folgen von Arbeitslosigkeit*

Die Erwerbssituation in der Untersuchungspopulation zeigt folgendes Bild (Frage 11):

Tabelle 15: *Erwerbssituation*

	Anteil an der Gesamtstichprobe	Anteil bei Männern	Anteil bei Frauen
erwerbstätig (auch selbständig)	57,5 %	61,6 %	53,7 %
arbeitslos	9,5 %	9,0 %	10,1 %
Hausfrau/-mann	2,1 %	0,0 %	3,8 %
Rentner/Pensionär	15,9 %	12,5 %	19,0 %
Vorruhestand	3,7 %	4,9 %	2,6 %
Schüler/Student	7,7 %	7,7 %	7,8 %
Auszubildender	2,6 %	2,7 %	2,6 %
Wehr-/Zivildienstleistende	0,5 %	0,9 %	0,1 %
Sonstiges	0,5 %	0,8 %	0,3 %

Die Erwerbssituation ist signifikant vom Alter abhängig. In der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre sind, vorrangig ausbildungsbedingt, erst 46,4 % erwerbstätig. In den Altersgruppen bis 54 Jahre bewegt sich diese Zahl zwischen 74 % und 83 %. Von den 55- bis 64jährigen sind jedoch nur noch 29,1 % erwerbstätig. Dies dokumentiert, daß auf der Grundlage von Vorruhestand und Altersübergangsgeld eine große Anzahl von Menschen aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist.

Die Arbeitslosenquote in der Gesamtstichprobe beträgt 9,5 %, bezogen auf alle Befragten. Die Arbeitslosenquote ist mit 15,0 % am höchsten in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre, gefolgt von den 35- bis 44jährigen mit 12,7 % und den 18- bis 24jährigen mit 11,2 %. Die Frauen haben mit 56,7 % den

größeren Anteil an den Arbeitslosen. Sie stellen aber auch den größeren Anteil von Bürgern im Rentenalter. Ihre Erwerbssituation weist also generell spezifische Züge auf.

Der Berufsabschluß zeigt ebenfalls signifikante Beziehungen zur Arbeitslosigkeit. Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit mit 18,8 % bei den Bürgern ohne beruflichen Abschluß, am niedrigsten mit 4,5 % bei den Meistern. Von den Facharbeitern sind 13,3 % arbeitslos. Bei Fachschulabschluß beträgt diese Quote 9,1 % und bei Hochschulabschluß bei 7,5 %.

Es läßt sich also festhalten, daß tendenziell Frauen und wenig Qualifizierte besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Tendenz reflektieren auch andere Studien, z.B. die Analysen von *Frister*, *Kallabis* und *Liljeberg* zur Struktur der Arbeitslosigkeit in Ostberlin und dem Lande Brandenburg von 1992.

Zur Dauer der Arbeitslosigkeit (Frage 12 A) machen die Betroffenen im November/Dezember 1991 folgende Angaben:

Tabelle 16: *Dauer der Arbeitslosigkeit*

bis 4 Wochen	29,3 %
4 Wochen bis unter 3 Monate	6,0 %
3 Monate bis unter 6 Monate	23,3 %
6 Monate bis unter 1 Jahr	28,8 %
länger als ein Jahr	12,6 %

(Anmerkung: In der Rubrik "bis 4 Wochen" finden sich auch zahlreiche Bürger, die zum 1.1.92 arbeitslos geworden sind. Zu diesem Zeitpunkt sind in Jena zahlreiche Entlassungen vorgenommen worden.)

Die Dauer der Arbeitslosigkeit weist keine geschlechts- und altersspezifischen Zusammenhänge auf. Trotzdem fällt auf, daß 14,7 % der arbeitslosen Frauen schon länger als ein Jahr arbeitslos sind. Dies trifft "nur" für 9,7 % der Männer zu. In bezug auf die Altersgruppe sind von den 18- bis 20jährigen Arbeitslosen bereits 21,7 % länger als ein Jahr ohne Arbeit. Auch qualifikationsabhängig zeigen sich diesbezüglich keine signifikanten Zusammenhänge. Die Tendenz geht in eine Richtung, wonach von den Teilfacharbeitern der höchste Anteil (28,6 %) über ein Jahr arbeitslos ist.

Die Arbeitslosen wurden nach den psychischen Folgen dieser Situation gefragt (Frage 13): Minderwertigkeitsgefühle gegenüber den Berufstätigen äußern 21,9 % von ihnen. Ein Gefühl der Perspektivlosigkeit ist bereits bei 36,7 %, Zukunftsangst bei 41,9 % entwickelt. 13,5 % beobachten an sich selbst eine zunehmende Aggressivität gegenüber den Mitmenschen. Das Gefühl verminderter Leistungsfähigkeit erleben 22,3 % der Arbeitslosen, 27,0 % die Verarmung sozialer Kontakte. 16,7 % meinen, daß sie ihr finanzielles Auskommen haben.

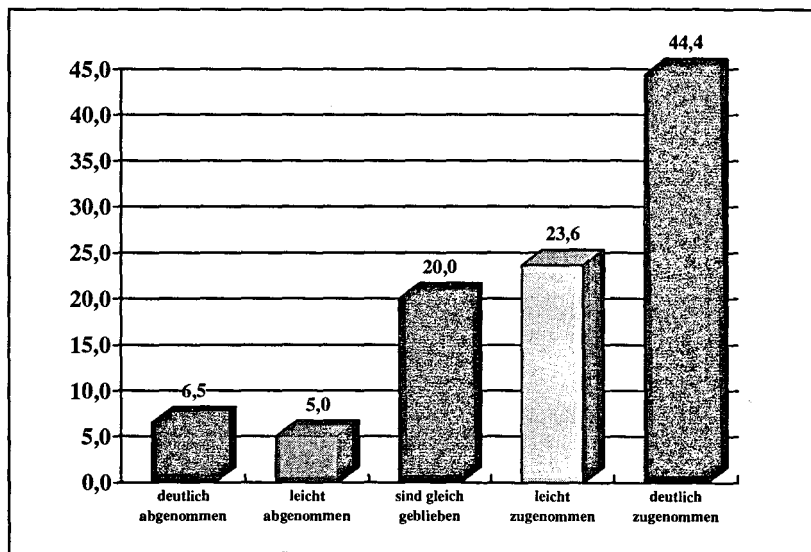
In diesem Zusammenhang interessiert die Veränderung individueller finanzieller Möglichkeiten mit dem gesellschaftlichen Umbruch, bezogen auf Arbeitslose, auch wenn die Zeiträume nicht identisch sind. 16,0 % der jetzt Arbeitslosen schätzen ein, daß diese Möglichkeiten gleich groß geblieben sind, 14,5 % sprechen von einer Verbesserung. 28,0 % der Arbeitslosen sind der Ansicht, daß ihr diesbezüglicher Spielraum ebenso gering ist wie vor dem Umbruch. Aber 41,5 % der Arbeitslosen haben eine Verringerung ihrer finanziellen Möglichkeiten hinnehmen müssen. Die finanzielle Situation scheint somit für einen beträchtlichen Teil der Arbeitslosen eine wesentliche Rolle zu spielen. Ebenso problematisch müssen jedoch die erlebte Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst sowie deren Auswirkungen auf Einstellungen und Meinungen bewertet werden. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steht von den erfragten psychischen Folgen einzig die zunehmende eigene Aggressivität gegenüber Mitmenschen in signifikantem Zusammenhang. Sie steigt bereits mit der Dauer der Arbeitslosigkeit von 3 Monaten deutlich an und verbleibt dann auf diesem Niveau. Bei anderen Sachverhalten deutet sich folgendes an: Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst sind bereits zu Beginn der Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau ausgeprägt und scheinen in einem Prozeß der Gewöhnung bzw. des Sich-Abfindens abzunehmen. Im Zusammenhang mit diesen Interpretationen ist Vorsicht geboten, da es sich um eine relativ geringe Anzahl Arbeitsloser in der Gesamtpopulation handelt, so daß innerhalb von Kontingenztafeln bei ausschließlichem Bezug auf Arbeitslose manche Felder gering besetzt sind. Diesen Fragen der psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern müßte deshalb vertieft und in größeren Populationen Arbeitsloser nachgegangen werden.

Mit dem gesellschaftlichen Umbruch haben sich die Bedeutungen und Inhalte der Arbeitstätigkeit für viele Menschen gewandelt. Wir haben

danach gefragt, ob und wie sich die Anforderungen am Arbeitsplatz im Vergleich zur Zeit vor November 1989 verändert haben (Frage 21). Die nachfolgende Darstellung (Graphik 4) widerspiegelt in der subjektiven Reflexion den Anstieg der Arbeitsanforderungen für den größten Teil der Befragten:

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich nicht, jedoch spielt die Altersgruppe eine signifikante Rolle. Die wenigen Erwerbstätigen der Altersklasse 14 bis 17 Jahre vermerken die stärkste Zunahme von Arbeitsanforderungen, wobei sicher auch der Übergang von der Schule zum Beruf eine Rolle spielt. Daneben äußern auch die Altersklassen über 45 Jahre in besonders starkem Maße, daß sich die Arbeitsanforderungen erhöht haben. Ebenso beeinflußt der Qualifikationsgrad diese Einschätzung. Am stärksten polarisiert sind die Antworten der Meister. Während 17,2 % eine Abnahme der Arbeitsanforderungen konstatieren, betonen 57,9 % eine deutliche Zunahme. Bei den anderen Qualifikationsgruppen sind die Antworten ähnlich wie in der Gesamtpopulation verteilt.

Graphik 4: Anforderungen der Arbeit



(Angaben in Prozent)

Interessant ist die Frage, wie die in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in dieser überwiegend erhöhten beruflichen Anforderungssituation eingeschätzt werden (Frage 18). Daß ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auch unter diesen Bedingungen nicht ausgeschöpft werden, betonen 15,9 % der Befragten. 60,2 % meinen, daß ihr Wissen und ihre Fähigkeiten ausreichen, um die veränderten Anforderungen zu meistern, so daß also dreiviertel aller Befragten einen deutlichen Optimismus bezüglich ihrer individuellen Fähigkeit, mit den geänderten Anforderungen umzugehen, äußern. Lediglich 6,3 % meinen, daß ihre in der Ausbildung erworbene Befähigung, gemessen an der heutigen Situation, völlig unzureichend ist. 3,2 % haben ihre Ausbildung erst nach 1989 absolviert und können sich diesbezüglich nicht äußern. Auch hier hat der Qualifikationsgrad einen deutlichen Einfluß. Bürger mit Hochschulabschluß vertrauen in stärkerem Maße ihrer Befähigung, den gestiegenen Arbeitsanforderungen entsprechen zu können. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich hier ebenfalls nicht.

Der Fragebogen enthält einige Fragen zur Charakteristik der individuellen Arbeitstätigkeit (Frage 19). Die überwiegende Mehrheit der Befragten (86,9 %) ist alles in allem mit ihrer Arbeit zufrieden. 88,2 % bezeichnen ihre Tätigkeit auch als interessant. Nur 34,2 % der Befragten fühlen sich für ihre Arbeit angemessen bezahlt. Bei dieser Einschätzung spielt sicher eine Rolle, daß die Befragten ihre Arbeit mit der in westlichen Bundesländern vergleichen und die gegenwärtigen Tarifunterschiede zum Tarifgebiet West in Frage stellen. Die Arbeit der Befragten ist überwiegend (86,0 %) so strukturiert, daß Zusammenarbeit mit anderen Kollegen möglich ist. Diese Zusammenarbeit wird von 89,1 % positiv bewertet. 33,7 % betonen, daß es zwischen den Kollegen auch Kontakte über die Arbeit hinaus gibt. Allerdings meinen 26,4 % der Befragten, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl am Arbeitsplatz nach dem gesellschaftlichen Umbruch deutlich abgenommen hat (Frage 22). Weitere 29,4 % meinen, daß ein leichter Rückgang festzustellen ist, so daß man sagen kann, daß für etwa 56 % mit den veränderten Bedingungen am Arbeitsplatz (Konkurrenz, Kampf um den Arbeitsplatz bei hohem Risiko der Arbeitslosigkeit) die soziale Komponente der Arbeitstätigkeit, die für die Menschen der ehemaligen DDR von hoher Bedeutung war, zurückgegangen ist. 37,9 % betonen, daß auch unter den gegenwärtigen Bedingungen der Zusammenhalt der Kollegen am Arbeitsplatz konstant geblieben ist; 6,3 % sprechen sogar

von einer Zunahme. Auch hier zeigen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede, während wiederum die Altersgruppe der Befragten diese Einschätzungen deutlich beeinflusst. Die Befragten der Altersgruppe 45 bis 54 Jahre stellen in besonders starkem Maße eine Abnahme des Zusammengehörigkeitsgefühls am Arbeitsplatz fest. Das ist verständlich, da hier der Druck auf den einzelnen, alles zu tun, um die eigene Beschäftigung zu sichern, besonders hoch und die Mobilitätsbereitschaft geringer ist als in den jüngeren Altersgruppen. Der Verlust des Arbeitsplatzes wiegt in diesem Alter besonders schwer. Der Qualifikationsgrad, der ansonsten bei allen Einschätzungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit Einfluß hat, spielt hier keine Rolle.

Bei allen erfragten Sachverhalten zur Arbeitstätigkeit gibt es keine signifikanten Unterschiede in den Einschätzungen zwischen Männern und Frauen. Daß stathöhkere Positionen trotzdem überwiegend von Männern besetzt sind und Geschlechtsstereotype weiter gewirkt haben, ist bereits an anderer Stelle betont worden. Aber die gleichartigen Einschätzungen von Männern und Frauen zu so verschiedenartigen Momenten der Arbeit, wie Interessantheitsgrad, Eigeninitiative, nervliche Anspannung, Zusammenarbeit, belegen die weitgehende Gleichstellung der Geschlechter in bezug auf die inhaltlichen Aspekte der Arbeitstätigkeit.

Die Altersgruppen zeigen jedoch sehr deutliche Spezifika. Die 18- bis 34jährigen üben häufiger Tätigkeiten mit schwerer körperlicher Anstrengung, Ältere dagegen überwiegend geistige Arbeit aus. Die höchste nervliche Anspannung im Arbeitsprozeß konstatieren die 35- bis 44jährigen. Mit zunehmendem Alter erleben mehr Befragte die Arbeit als interessant. Bei den 18- bis 24jährigen sind das 83 %, bei den 45- bis 54jährigen steigt diese Zahl auf 91,9 %. Mit dem Alter wächst bei denjenigen, die im Arbeitsprozeß stehen, auch die Arbeitszufriedenheit. Offenbar spielt dann die Arbeit generell eine noch wichtigere Rolle für den einzelnen, und es verändern sich die Bewertungsaspekte.

Auch vom Qualifikationsgrad hängt die Bewertung der eigenen Arbeitstätigkeit ab. Mit zunehmend qualifiziertem Berufsabschluß wird schwere körperliche Arbeit seltener und das Überwiegen geistiger Arbeit und nervlicher Anspannung deutlicher. Das Maß an notwendiger Eigeninitiative und die Einschätzung der Tätigkeit als interessant steigen in dieser Richtung an. Kontakte zwischen den Kollegen über die Arbeit hinaus

werden jedoch mit steigendem Qualifikationsgrad seltener. Befragte mit Hochschulabschluß fühlen sich am ehesten angemessen bezahlt; Facharbeiter tendieren in die entgegengesetzte Richtung. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß für Erwerbstätige mit Hochschulabschluß nach dem gesellschaftlichen Umbruch ein stärkerer Lohnzuwachs zu erfahren war als für die Facharbeiter. Bei der Gesamteinschätzung der Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitstätigkeit gibt es wiederum keine qualifikationsabhängigen Unterschiede.

### 3.2.3. Vergleich der Befragungsorte Jena und Kahla

Neben der Stadt Jena mit ca. 100.000 Einwohnern wurden in die schriftliche Befragung auch Bürger der Kleinstadt Kahla einbezogen, die ca. 17 km von Jena entfernt liegt und etwa 10.000 Einwohner hat. Damit sollten signifikante Unterschiede, die mit der Lebensweise und den Lebenswelten in der jeweiligen Kommune verbunden sind, festgestellt werden.

In Jena sind das Abitur und der Hochschulabschluß häufiger zu finden als in Kahla. Ein- und Zwei-Personen-Haushalte sind in Jena öfter anzutreffen. Das Haushaltsnettoeinkommen und die subjektive Reflexion individueller finanzieller Möglichkeiten zeigen keine Unterschiede.

Die unterschiedliche Struktur der Arbeitsplätze (Frage 17) wird dadurch illustriert, daß sich 46,7 % der Kahlaer, aber nur 23,1 % der Jenaer Befragten nach ihrer beruflichen Stellung als Arbeiter bezeichnen, während in Jena 70,0 % (Kahla 47,6 %) im Angestelltenverhältnis tätig sind. Diese Unterschiedlichkeit widerspiegelt sich auch in den Bewertungen der eigenen Arbeitstätigkeit. In Jena sind weniger Arbeitsplätze mit körperlich anstrengender Arbeit, dafür mehr mit überwiegend geistiger Arbeit zu finden. Alle anderen Einschätzungen der Arbeitstätigkeit, z.B. ihrer Kommunikationsmöglichkeiten, angemessenen Bezahlung, ihres Interessantheitsgrades sowie der Zunahme der Arbeitsanforderungen, werden in gleicher Weise von den Befragten in Jena und Kahla reflektiert.

Die Fragen zum mikrosozialen Umfeld ergeben nur wenige Unterschiede. In Kahla als Kleinstadt ist natürlich die Mobilität innerhalb der Kommune geringer. Es gibt dort mehr Bürger, die bereits seit ihrer Geburt in der heutigen Wohnung leben. Es tragen sich jedoch mehr Bürger Kahlas mit dem Gedanken, aus Deutschland auszuwandern, in die westlichen Bundes-

länder oder in eine größere Stadt zu ziehen als in Jena. Dies ist wohl als Folge der eingeschränkten Möglichkeiten einer Kleinstadt, z.B. bei Arbeitslosigkeit, zu sehen. Die Zufriedenheit mit der Nachbarschaft ist in Jena und Kahla nicht unterschiedlich, was darauf hinweist, daß in beiden Populationen gewachsene Nachbarschaften weiterhin bestehen und überwiegend akzeptiert werden.

Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden in Kahla ungünstiger eingeschätzt. Keine Unterschiede finden sich dagegen im Erleben der Belastung durch allgemeine Verwahrlosung der Wohngegend und durch das Auftreten gewalttätiger Gruppen. Auch die Lebensziele stimmen in beiden Populationen sehr überein. Allein das kommunikationsorientierte Lebensziel "einen Kreis guter Freunde/Freundinnen haben" wird in Jena stärker betont. Im Bereich der Werte und des Erlebens von Normenverunsicherung zeigen sich ebenfalls nur wenige markante Unterschiede. Die Jenaer Befragten akzeptieren in der gegenwärtigen komplizierten wirtschaftlichen Situation die Aufnahme von Ausländern in stärkerem Maße als die Bürger Kahlas. Auch wird Gewalt gegen Ausländer in Jena deutlicher abgelehnt.

Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen Entscheidungsprozessen werden von Jenaer Bürgern häufiger als persönlich bedeutsam artikuliert. Hierin widerspiegeln sich wohl weniger kommunale Einflußfaktoren, vielmehr sind diese Unterschiede überlagert durch die differente Qualifikationsstruktur.

Die Zunahme von Kriminalität in den letzten zwei Jahren wird in Jena intensiver reflektiert als in Kahla (97,7 % zu 89,5 %). Bei einer Betrachtung der Ursachen für den Kriminalitätsanstieg widerspiegeln sich die jeweiligen konkreten Lebensumstände: In Jena wird der Bevölkerungsdichte, den Drogen, der Zunahme des Ausländeranteils an der Bevölkerung und der Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen mehr Bedeutung eingeräumt, während in Kahla den mangelnden Freizeitmöglichkeiten ein größerer Stellenwert beigemessen wird.

Das nächtliche Sicherheitsgefühl im Wohngebiet ist in Jena geringer, deshalb gehen prozentual mehr Jenaer Bürger abends nicht allein auf die Straße.

Alle weiteren Indikatoren zum Erleben von Kriminalität weisen keine signifikanten Unterschiede in der Beantwortung auf. Auch bei der



Opferwerdung sind nur zwei Differenzen beobachtbar. Sachbeschädigungen an Autos werden häufiger in Jena und Betrugssituationen häufiger in Kahla berichtet. Jedoch geben die Jenaer Befragten über fast alle angegebenen Delikte hinweg (außer Sexualdelikte, Betrug und Wohnungseinbruch) eine höhere Wahrscheinlichkeit an, im nächsten Jahr Opfer einer Straftat zu werden. Dem Schutz vor Gewaltangriffen und dem Schlichten von Streitigkeiten in der Öffentlichkeit durch die Polizei wird in Jena ebenfalls mehr Bedeutung zugemessen.

Andererseits wird sowohl die gegenwärtige Arbeit der Polizei als auch ihre Arbeit vor 1989 von den Jenaer Befragten positiver eingeschätzt. Das kann auch damit im Zusammenhang stehen, daß Kahlaer Bürger, die Opfer einer Straftat geworden waren, häufiger von der Polizei "abgewimmelt" wurden, als sie Strafanzeige erstatten wollten.

Insgesamt betrachtet, weist die relativ geringe Anzahl von signifikanten Unterschieden in der Beantwortung auf eine bemerkenswerte Angleichung von Lebensumständen und Haltungen der Bürger in Jena und Kahla hin. Wegen der geringen Entfernung ist davon auszugehen, daß Kahlaer Bürger in Jena arbeiten und/oder Freizeit- und Einkaufsangebote nutzen, so daß sich Lebensräume überschneiden. Darin liegen schließlich die Gründe für unsere Entscheidung, bei den Auswertungen von der Gesamtpopulation auszugehen.

### **3.3. Mikrosoziale Verhältnisse, Werte und Devianz**

#### *3.3.1. Mikrosoziale Beziehungen im Umbruch*

Lebensstile und Lebenswelten sind im starken Maße auch vom unmittelbaren sozialen Umfeld des einzelnen beeinflußt. Die Verknüpfung von makrostrukturellen Veränderungen und individueller Bewältigung wird wesentlich durch dieses soziale Umfeld vermittelt. Werte und Normen erfahren hier ihre Bestätigung, oder sie verfallen. Wie werden gewachsene soziale Beziehungen im sozialen Umbruch erlebt?

Die Bevölkerungsmobilität war aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der ehemaligen DDR gering entwickelt. Dies reflektiert sich z.B in der Wohndauer in Jena bzw. Kahla (Tabelle 17) (Frage 29).

Tabelle 17: *Wohndauer in Jena bzw. Kahla (zusammengefaßt)*

bis 2 Jahre	1,8 %
2 bis 5 Jahre	3,1 %
5 bis 10 Jahre	6,8 %
10 bis 20 Jahre	22,7 %
über 20 Jahre	65,4 %

Auch die Wohndauer in der jetzigen Wohnung verweist auf diesen Sachverhalt (Frage 23):

Tabelle 18: *Wohndauer in jetziger Wohnung*

bis 3 Monate	2,0 %
bis 2 Jahre	13,2 %
mehr als 2 Jahre	76,7 %
seit der Geburt	8,1 %

Für die Mehrzahl der Befragten sind also Nachbarschaftsbeziehungen über lange Jahre gewachsen, und nur für einen geringen Anteil haben sich seit dem gesellschaftlichen Umbruch Nachbarschaften räumlich verändert. Wie wird zum Befragungszeitraum die Zufriedenheit mit der unmittelbaren Nachbarschaft beurteilt (Frage 24)?

Tabelle 19: *Zufriedenheit mit der Nachbarschaft*

eher unzufrieden	7,2 %
etwas unzufrieden	14,7 %
ziemlich zufrieden	54,2 %
sehr zufrieden	23,9 %

Dreiviertel der Befragten äußern sich also zufrieden über ihre Nachbarschaft. Wenn nach der Veränderung des Zusammengehörigkeitsgefühls in der Nachbarschaft seit dem Umbruch gefragt wird (Frage 25), zeigt sich hier (im Gegensatz zum Arbeitsprozeß) eine

wesentlich höhere Stabilität der Beziehungen. 75,4 % meinen, daß sich diesbezüglich nichts geändert hat. 3,1 % sprechen von einer Zunahme der Zusammengehörigkeit, und nur 21,5 % erleben ein Nachlassen. Bei diesen Bewertungen spielen signifikante geschlechts- und altersspezifische Zusammenhänge eine Rolle. Frauen und ältere Bürger bewerten die Nachbarschaft positiver, die Veränderungen werden jedoch in gleichem Maße erlebt. Während der Berufsabschluß hier generell keinen signifikanten Einfluß hat, wirkt sich die Erwerbssituation aus. Die größte Unzufriedenheit äußern junge Menschen, die sich in der Berufsausbildung befinden; die Zufriedenheit ist am stärksten bei Rentnern, Vorruheständlern und Hausfrauen, also bei denjenigen, die nachbarschaftliche Kontakte am intensivsten erleben und auch benötigen. Nach dem Urteil über Veränderungen der Nachbarschaftsbeziehungen gefragt, konstatieren Auszubildende, Schüler und Studenten sowie auch Arbeitslose überdurchschnittlich eine Abnahme des Zusammenhalts, während wiederum Rentner, Vorruheständler und Hausfrauen die Konstanz oder Zunahme von Beziehungen betonen.

Zusätzlich war nach dem Zusammengehörigkeitsgefühl in der Öffentlichkeit der Stadt gefragt (Frage 28), dessen Rückgang intensiv erlebt wird. 69,0 % der Befragten bejahen eine Abnahme, 26,5 % gehen von einem gleichbleibenden Zusammenhalt aus, und 4,5 % meinen, daß diese Gemeinschaftlichkeit zugenommen hat. Es werden wiederum geschlechts- und altersspezifische Zusammenhänge deutlich. Frauen reflektieren in etwas geringerem Maße den Rückgang von Zusammengehörigkeit in der Öffentlichkeit. Auch bei den Altersgruppen offenbaren sich sehr unterschiedliche Sichtweisen. Die Altersgruppe 14 bis 17 Jahre und diejenigen über 65 Jahre reflektieren in wesentlich geringerem Maße eine Abnahme; sie gehen weithin von der Konstanz des erfragten Sachverhaltes aus.

Konkretisierend wurde die Verteilung der Population nach Wohngebieten erfragt, um Zusammenhänge zu Spezifika des Wohnumfeldes erfahren zu können.

Die Altersgruppen sind in den Wohngegenden Jenas sehr unterschiedlich verteilt. Abhängig von der Entstehungszeit findet man dort häufiger junge oder ältere Bürger, weshalb auch die Anzahl der Haushaltsmitglieder sehr different ist. In den Wohngebieten mit Einfamilienhäusern wohnen überdurchschnittlich viele Bürger mit Hochschulabschluß. Auch die Erwerbs-

situation ist unterschiedlich. Prozentual am höchsten ist der Anteil der Rentner und Vorruheständler in den Wohngebieten Nord I und II. Der Anteil Arbeitsloser ist am höchsten im Zentrum der Stadt und in den Neubaugebieten Lobeda und Winzerla.

Die generelle Einschätzung der Zufriedenheit mit der Nachbarschaft ist nicht wohngebietspezifisch, aber die Abnahme des Zusammengehörigkeitsgefühls wird am häufigsten von den Bewohnern der Neubaugebiete Lobeda und Winzerla geäußert.

Auch die Bindung an den Heimatort Jena ist wohngebietsabhängig. Geringer ausgeprägt ist diese Bindung bei denjenigen, die in genannten Neubaugebieten und im Zentrum der Stadt wohnen. In diesen Wohngebieten werden auch die Verwahrlosung der Wohngegend, ungenügende Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und das Auftreten gewalttätiger Gruppen am belastendsten erlebt (Frage 32 A-C).

Jedoch werden diese Belastungen insgesamt in starkem Maße geäußert. Die allgemeine Verwahrlosung der Wohngegend erleben 70,8 % der Befragten als belastend. Unzureichende Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind für 66,9 % und gewalttätige Gruppen für 60,3 % der Population problematisch. Hierzu werden altersspezifisch bzw. auch geschlechtsspezifisch unterschiedliche Einschätzungen abgegeben. Es überlagern sich der Alterseinfluß und die Wohngebieteigenheit, da die Altersgruppen in den Wohngebieten unterschiedlich repräsentiert sind.

Unzureichende Freizeitmöglichkeiten für Minderjährige werden vor allem von jungen Bürgern und Frauen hervorgehoben. Die Verwahrlosung der Wohngegend wird von den Bürgern zwischen 25 und 65 Jahren deutlich stärker betont als von den jüngeren und älteren Befragten. Männer und Frauen äußern sich nicht unterschiedlich. Gewalttätige Gruppen werden von fast allen Altersgruppen bis 65 Jahre in stärkerem Maße als belastend erlebt als von den älteren Bürgern, und Frauen äußern sich eher in dieser Richtung als Männer.

Diese Einschätzungen zu Symptomen sozialer Desorganisation sind auch vom Qualifikationsgrad abhängig. Die Teilfacharbeiter registrieren deutlich weniger die Verwahrlosung ihres Wohngebietes, auch die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden weniger problematisch eingeschätzt, während sie sich stärker von gewalttätigen Gruppen belastet fühlen. Vom Facharbeiter bis zum Hochschulabsolventen sind die Ein-

schätzungen wenig different, was auf ein relativ ähnliches Anspruchsniveau in bezug auf die erfragten Sachverhalte hinweist.

Die Bindung an den Heimatort ist bei den Befragten in folgenden Differenzierungen zu beobachten (Frage 31):

Tabelle 20: *Bindung an den Heimatort*

fühle mich in Jena/Kahla heimisch	78,7 %
würde lieber in anderer Stadt/gedend wohnen	7,6 %
würde lieber in ein Dorf ziehen	4,7 %
würde lieber in eine kleinere Stadt ziehen	2,0 %
würde lieber in eine größere Stadt ziehen	1,6 %
würde lieber in die westlichen Bundesländer ziehen	3,3 %
würde lieber auswandern	2,1 %

Ältere Bürger fühlen sich in noch stärkerem Maße in Jena heimisch, während der Wunsch, in die westlichen Bundesländer zu ziehen, prozentual am höchsten (5,2 %) bei den 25- bis 34jährigen entwickelt ist. Nicht unerwartet ist der Wunsch auszuwandern am stärksten bei den 18- bis 24jährigen ausgeprägt, immerhin beachtliche 7,3 % dieser Altersgruppe. Geschlechtsspezifische Unterschiede spielen hier keine Rolle. Qualifikationsabhängige Unterschiede dokumentieren sich in dem überdurchschnittlichen Wunsch von Hoch- und Fachschulabsolventen, in eine andere Gegend der Stadt zu ziehen. Teilfacharbeiter und Facharbeiter tragen sich dagegen überdurchschnittlich mit der Absicht, in die westlichen Bundesländer zu gehen.

Noch wichtiger für den einzelnen sind jedoch die Beziehungen in seiner eigenen Familie. Die Studie "Familie im Umbruch" von Meyer und Schulze (1992) verweist darauf, daß in der gegenwärtigen Situation in den neuen Bundesländern die Familienangehörigen verstärkt materiell und emotional aufeinander angewiesen sind, was kurzfristig zu einer Erhöhung familiärer Stabilität führen dürfte. Andererseits wird aufgrund der Belastungszunahme und Ausdehnung familiärer Funktionen (z.B. Verantwortlichkeit für den Bildungsweg der Kinder, Pflege der älteren Familienangehörigen, Wegfall von Betreuungseinrichtungen) ein Anwachsen interner Spannungen erwartet. Wir haben ebenfalls nach der Veränderung der Bedeutsamkeit der Familie seit

dem November 1989 gefragt (Frage 34). 1,5 % der Befragten antworten, daß die Bedeutung der Familie für sie abgenommen hat. 61,7 % gehen von einer gleichgebliebenen Intensität der Beziehungen aus, und für 36,8 % ist die Familie seit dem gesellschaftlichen Umbruch bedeutsamer geworden. Während die Beziehungen im Freundeskreis überwiegend von gemeinsamen Unternehmungen bestimmt werden, dominiert im erweiterten Familienverband (Eltern, Geschwister, Verwandte) die gegenseitige Unterstützung als Form des gemeinsamen Umgangs. Diese Unterstützung ist ein wichtiges Moment bei der Bewältigung der neuen Anforderungen des Alltags.

Auf die Frage, ob insgesamt soziale Kontakte seit dem Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs zu- oder abgenommen haben (Frage 26), betonen 66,8 %, daß sich hieran nichts geändert hat. Für 25,5 % der Befragten hat sich jedoch der Umfang sozialer Kontakte verringert, und nur für 7,7 % hat sich eine Erweiterung ergeben. Die Zunahme sozialer Kontakte wird vor allem von den 14- bis 17jährigen betont (wobei hier sicher auch das Hineinwachsen in das Jugendalter die Ausweitung solcher Kontakte in den vorherigen zwei Jahren bedingt hat). Bereits bei den 18- bis 24jährigen ist die Abnahme sozialer Kontakte prozentual häufiger zu finden als die Zunahme. In der gesamten Altersspanne zwischen 25 und 65 Jahren wird von 27 % bis 32 % eine Abnahme sozialer Kontakte mitgeteilt, während über 80 % der älteren Bürger über 65 Jahre von einem gleichbleibenden Niveau sprechen. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dabei nicht festzustellen.

Gründe für den Rückgang sozialer Kontakte könnten in politischen Polarisierungen im Familien- und Bekanntenkreis vermutet werden. In der Hauptsache jedoch scheinen der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Arbeitslosigkeit Kontakte zwischen den Kollegen zu verringern und zu Verlusten an sozialem Eingebundensein zu führen. Vor 1989 ging die Intensität der Kontakte am Arbeitsplatz weit über das hinaus, was in den westlichen Bundesländern für ein intaktes Arbeitsteam gilt. Gemeinsame Unternehmungen und vor allem Gespräche auch über private Angelegenheiten gehörten zu den Erfahrungen, die letztlich auch die Familien von Konfliktstoff entlasteten.

### 3.3.2. Lebensziele

Lebensziele bestimmen in vielfältiger Art und Weise aktuelles Handeln, indem sie einen Rahmen von Absichten und Handlungsbereitschaften setzen. Sie sind in starkem Maße durch die individuelle Sozialisation geprägt und ein Charakteristikum der Wertestruktur des einzelnen Individuums. Werte wiederum können allgemein als handlungsleitende Motive angesehen werden, die situationsübergreifend die Auswahl und Beurteilung von Verhaltensweisen und Ereignissen bestimmen. Die Änderung von Werten, insbesondere von Lebensvorstellungen, aufgrund des gesellschaftlichen Umbruchs im Längsschnitt zu beobachten, war für uns ein wesentliches Anliegen, da solche grundsätzlichen Handlungsbereitschaften natürlich auch Einstellungen zur Kriminalität und Strafe beeinflussen und generell die Beurteilungsperspektive bestimmen. Der von uns vorgegebene Katalog von Lebenszielen (Frage 33) war angelehnt an die Delinquenzbefragung ost- und westdeutscher Erstsemesterstudenten im Jahre 1990 (vgl. Kreuzer & Schneider 1992). Auf einer vierstufigen Skala sollten die einzelnen Indikatoren bezüglich ihrer individuellen Bedeutsamkeit eingeschätzt werden. Da jedoch Indikatoren in ihrer Formulierung geändert und auch zusätzlich formuliert worden waren, ist ein Vergleich nur bedingt möglich (abgesehen von der Populationsspezifität). Die Rangreihe der vorgegebenen Lebensziele hat in unserer Befragungspopulation folgendes Aussehen:

Tabelle 21: *Lebensziele* (Mittelwerte)

Sorge für die Familie	3,58
familiäres Leben pflegen	3,51
materiell gesichert leben	3,46
zufriedenstellende Arbeit	3,43
gute Freunde haben	3,01
uneigennützig Hilfe leisten	2,75
für größere Anschaffung sparen	2,74
Leben genießen	2,67
was Neues erleben	2,65
ein bißchen Luxus leisten	2,22

nach der Mode kleiden	2,08
Wünsche immer durchsetzen	1,96
Karriere machen	1,96
hohes gesellschaftliches Ansehen	1,70
in Interessenverbänden engagieren	1,59
gewerkschaftlich engagieren	1,52
in Parteien engagieren	1,24

In einer Faktorenanalyse ergaben sich (nach Varimax-Rotation) vier Faktoren, die geeignet sind, die Struktur der Lebensziele in der Befragungspopulation zu beschreiben (Varianzaufklärung 49,0 %).

**Faktor 1** ist benannt "Karriereorientierte Lebensziele". Dabei sind folgende Einzelindikatoren dominant:

Indikator	Ladung im Faktor
Karriere machen	0,68
Luxus leisten	0,56
hohes gesellschaftliches Ansehen	0,55
sparen	0,51
nach der Mode kleiden	0,48
Wünsche durchsetzen	0,46
Leben genießen	0,42
materiell gesichert leben	0,33
uneigennützig Hilfe leisten	0,29
was Neues erleben	0,28
zufriedenstellende Arbeit	0,22

Die Mittelwerte der einzelnen Lebenszielindikatoren belegen, daß in der Befragungspopulation vor allem familienorientierte und kommunikationsorientierte Werte dominieren, während karriereorientierte relativ gering verbreitet sind. Wie bereits in der Delinquenzbefragung bei Erstsemesterstudenten in Jena, Potsdam und Gießen (vgl. *Kreuzer & Schneider 1992*) zeigt sich auch in unserer Untersuchungspopulation die Dominanz sozialbezogener Lebensziele bei den Bürgern der neuen Bundesländer.



**Faktor 2** ist benannt "Familienorientierte Lebensziele". Die bestimmenden Indikatoren sind:

Indikator	Ladung im Faktor
Sorge für die Familie	0,84
familiäres Leben pflegen	0,84
materiell gesichert leben	0,56
sparen	0,43
zufriedenstellende Arbeit	0,41
uneigennützige Hilfe leisten	0,32

**Faktor 3** verbindet "Kommunikationsorientierte Lebensziele":

Indikator	Ladung im Faktor
was Neues erleben	0,69
gute Freunde haben	0,65
Leben genießen	0,63
uneigennützige Hilfe leisten	0,45
nach der Mode kleiden	0,38
Luxus leisten	0,31
in Interessenverbänden engagieren	0,21

**Faktor 4** beschreibt "Gesellschaftspolitisch orientierte Lebensziele":

Indikator	Ladung im Faktor
gewerkschaftlich engagieren	0,73
in Interessenverbänden engagieren	0,67
in Parteien engagieren	0,64
hohes gesellschaftliches Ansehen	0,36
uneigennützige Hilfe leisten	0,29
zufriedenstellende Arbeit	0,24
gute Freunde haben	0,21
Karriere machen	0,21

Die Jugendforschung kommt (bei unterschiedlichen Indikatoren) zu entsprechenden Ergebnissen. Während die Werteprioritäten bei Jugendlichen in den alten und neuen Bundesländern weitgehend ähnlich sind, bestehen Unterschiede in der Verbreitung und Intensität der Werteorientierungen. "So wird beispielsweise deutlich, daß mehr Jugendlichen in Ostdeutschland die familiäre Sicherheit und ein abwechslungsreiches Leben wichtig sind. Hinzu kommen häufigere Zustimmungen der jungen Ostdeutschen zu Werten wie 'Soziale Ordnung' (Stabilität der Gesellschaft), 'Höflichkeit' (gute Umgangsformen) und 'Achtung vor der Tradition'" (*Zinnecker & Fischer* 1992, S. 232). Diese etwas stärkere Tendenz zum Bewahrenden wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Jugendlichen in den neuen Bundesländern häufig gleichzeitige Veränderungen in allen relevanten Lebensbereichen erlebt haben und erleben. Bei den "Orientierungen in der Gesellschaft" kommen *Zinnecker* und *Fischer* zum Ergebnis, "daß die jungen Westdeutschen - anders als ein verbreitetes Stereotyp dies will - etwas stärker privatistisch orientiert sind als die jungen Ostdeutschen" (1992, S. 235). Unsere Ergebnisse deuten ähnliches an. Zum einen findet man eine verstärkte Orientierung auf die Familie und familiäre Sicherheit, andererseits betonen die Befragten ihr Interesse an sozialen Kontakten, vor allem auch im Arbeitsbereich, und generell eine hohe soziale Orientierung (vgl. auch 3.5.2.). Die extrem niedrige Wertigkeit gesellschaftspolitisch orientierter Lebensziele wiederum ist ein Indiz für die häufig angeführte "Politikmüdigkeit".

Zahlreiche Lebensvorstellungen sind signifikant geschlechtsspezifisch ausgeprägt. Während für Frauen "hohes gesellschaftliches Ansehen", "Karriere machen", "gewerkschaftlich engagieren" und "sparen für eine größere Anschaffung" weniger bedeutsam sind als für Männer, legen sie stärkeren Wert auf modische Kleidung, einen Kreis guter Freunde, auf das familiäre Leben und die uneigennütige Hilfe für andere. Über alle erfragten Sachverhalte gibt es altersspezifische Differenzierungen. Karriere- und berufsorientierte Lebensziele spielen mit zunehmendem Alter eine geringere Rolle. Generell sind Lebenszielvorstellungen für die Altersgruppe ab 65 Jahre naturgemäß weniger bedeutsam.

Für die 35- bis 65jährigen sind die Werteausprägungen vielfach sehr ähnlich, während sich die 14- bis 34jährigen nochmals deutlich abheben und jugendspezifische Momente größeres Gewicht haben (z.B. "was Neues

erleben"). Einzig die "uneigennütige Hilfe" wird in allen Altersgruppen etwa gleichermaßen betont. Auch die Sorge um die Familie und die Pflege familiären Lebens bleiben bis ins hohe Alter hinein von großem Belang.

Der Qualifikationsgrad wirkt generell auf Lebensvorstellungen. Wiederum ist allein die "uneigennütige Hilfe für andere" in allen Gruppen in gleicher Weise ausgeprägt. Die meisten Signifikanzen sind bedingt durch die Antwortunterschiede zwischen denen, die sich noch im Ausbildungsprozeß befinden und allen anderen Gruppen. Erlebnisorientierte Lebensziele ("was Neues erleben" u.a.) sowie auch kommunikationsorientierte Ziele sind bei ihnen deutlicher artikuliert (wobei hier die Überlappung mit Altersspezifika ein wesentliches Moment ist). Mit dem Qualifikationsgrad nehmen die Wichtigkeit einer zufriedenstellenden Arbeit und gesellschaftspolitisch orientierte Lebensvorstellungen zu. Die Sorge für die Familie ist in allen Qualifikationsgruppen in gleicher Weise sehr bedeutsam.

Insgesamt betrachtet, sind die nur gering differenten Lebensvorstellungen vom Facharbeiter bis zum Hochschulabsolventen beachtenswert. Es wäre interessant, diese Fragestellungen im Längsschnitt zu verfolgen, um zu sehen, ob und wie sich Lebenszielvorstellungen bei zunehmender sozialer Differenzierung verändern.

### 3.3.3. *Normenverunsicherung*

Die Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen in modernen Industriegesellschaften bringt die Auflösung kollektiver sozialer Identifizierung mit sich (vgl. 1.1.) und damit zunächst Unsicherheiten für das einzelne Individuum. Die massiven Umwälzungen in den neuen Bundesländern beschleunigen diesen Prozeß aus einer Gesellschaft heraus, in der makrostrukturell weitgehende Gleichheit von Lebensplänen und Lebenslagen gefordert und im unmittelbaren Umfeld auch angelegt war. Die Verunsicherung von relevanten Verhaltensnormen ist ein Vorgang, der auf individueller Ebene bedeutsame Wandlungen erkennen läßt.

Die symptomatisch auf Normenverunsicherung ausgerichtete Indikatorenatterie (Teile von Frage 37) aus der Anomie-Skala von *Fischer, Lippert* und *Zoll* (vgl. ZUMA-Handbuch) widerspiegelt folgende Situation zum Befragungszeitpunkt: 53,1 % der Befragten stimmen zu, wenn

formuliert wird: "In der heutigen Zeit schaut man nicht mehr durch, was eigentlich passiert."

Daß die Dinge in der gegenwärtigen Situation so schwierig geworden sind, daß man nicht mehr weiß, was los ist, bejahen "nur" 47,1 %; hier ist mit 52,9 % die knappe Mehrheit gegenteiliger Ansicht.

Die Abnahme sozialer Zusammengehörigkeit zeigt sich auch in der hohen Zustimmung (81,6 %) zur Aussage, daß sich "die meisten Menschen in Wirklichkeit gar nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht". Dies ist als Feststellung gegenwärtigen Erlebens zu interpretieren und nicht als generelle Orientierung. Im Gegenteil, im Ensemble aller Ergebnisse wird deutlich, daß man mit diesen Veränderungen im sozialen Kontext unzufrieden ist.

Das hohe Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen betonen 57,4 % der Befragten, und 41,4 % meinen deshalb, daß jeder heute so mit sich selbst beschäftigt ist, daß er nicht an morgen denken kann. Aber 54,4 % sind trotz aller aktuellen Probleme und Unsicherheiten mit Blick auf die Zukunft überwiegend optimistisch. Solche Zuversicht, die vor allem auf dem Vertrauen in eigene Fähigkeiten beruht, ist nunmehr bereits in vielen Befragungen festgestellt worden.

Diese kurz skizzierte Normenverunsicherung ist in hohem Maße altersgruppenspezifisch; sie steigt mit zunehmendem Lebensalter an. Die Zunahme wird relevant ab 45, aber noch deutlicher ab 55 Jahre. Von ebenso offensichtlichem Einfluß ist das Geschlecht der Befragten. Nur der Indikator "Jeder ist mit sich selbst beschäftigt" zeigt keine signifikante Differenz. Frauen sind eher zukunftspositiv als Männer, andererseits äußern sie weniger Einschränkungen in bezug auf die Geltung moralischer Normen heute und beim Interesse am Wohlergehen des Mitmenschen. Gleichzeitig bringen sie eine höhere allgemeine Verunsicherung zum Ausdruck (z.B. "Heute schaut man nicht mehr durch, was eigentlich passiert": Männer 48,1 % Zustimmung, Frauen 57,5 %). Auch der Berufsabschluß ist bedeutsam. Mit zunehmendem Qualifikationsgrad nimmt die Verunsicherung ab. Sehr deutlich unterscheiden sich Bürger mit Hochschulabschluß von den anderen Qualifikationsgruppen. Gravierenden Einfluß hat auch die Erwerbssituation, die sich natürlich mit dem Alter überlagert. Rentner und Bürger im Vorruhestand äußern über alle Indikatoren hinweg deutlich die massivsten Unsicherheiten. Nicht vom Alter beeinflusst ist die zu

beobachtende größere Orientierungsunsicherheit Arbeitsloser gegenüber Erwerbstätigen, so daß dieses Moment als eine der Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit zu sehen ist.

### 3.3.4. *Devianzen (Alkohol, Rauschgift)*

Neben der real vorkommenden Kriminalität interessieren die Kriminologie auch abweichende Verhaltensweisen (Devianzen), die häufig mit Kriminalität im Zusammenhang stehen bzw. die Bereitschaft zu kriminellern Handeln erhöhen könnten. In unserer Untersuchung haben wir nur auf zwei Problemkreise Wert gelegt. Zum einen interessierte, ob sich im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch der Alkoholkonsum verändert hat (Frage 38), und zum zweiten die aktuelle Situation des Rauschgiftgebrauches und die von den Befragten vermutete diesbezügliche Motivation (Fragen 39, 40).

7 % der Befragten betonen, daß in ihrem Bekanntenkreis der Alkoholkonsum abgenommen hat. Für die überwiegende Mehrheit (68,6 %) ist er gleich niedrig und für 14,0 % genau so hoch wie vor dem Umbruch. Aber bei 10,4 % wird jetzt im Bekanntenkreis mehr Alkohol getrunken. Bei Frauen hat sich der Alkoholkonsum etwas mehr erhöht als bei Männern. Dies ist auch eher in den jüngeren Altersgruppen zu beobachten (18 bis 24 Jahre).

Bei Teilfacharbeitern ist die Zunahme des Alkoholkonsums deutlich höher (21,9 %) als in den anderen Berufsgruppen; am geringsten sind die Veränderungen bei den Bürgern mit Hochschulabschluß. Bei den Arbeitslosen sind die Antworten am stärksten polarisiert. Bei 9,4 % der Arbeitslosen ist der Alkoholkonsum zurückgegangen, aber bei 17,8 % angestiegen.

1,6 % der Population (n = 35) hatten bis zum Befragungszeitpunkt bereits einmal Rauschgift genommen. Die prinzipielle Ablehnung von Rauschgift für die eigene Person wird von 78,7 % der Befragten betont. Eine Geschlechts- oder Qualifikationsabhängigkeit liegt nicht vor.

Natürlich spielt die Altersgruppe eine Rolle. Von den 14- bis 17jährigen haben 3,1 %, von den 18- bis 24jährigen 5,6 % und von den 25- bis 34jährigen 2,3 % die Rauschgifteinnahme zugestanden. Auf die Frage, warum es für manche Menschen interessant ist, einmal Rauschgift zu

probieren, werden vorgegebene Motivationen in folgender Häufigkeit bejaht (Mehrfachantworten waren möglich):

Tabelle 22: *Motivation zur Rauschgifteinnahme*

kurzzeitiges Vergessen der Probleme	52,6 %
Reiz, etwas "Verbotenes" zu tun	31,8 %
aus reiner Abenteuerlust	30,9 %
wegen der Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben	25,8 %
weil Freunde es auch tun und weil man mitreden können möchte	24,9 %
weil Freunde es auch tun und weil man sonst Außenseiter ist	21,4 %
weil man denkt, daß zwar viele Rauschgift nehmen, aber wenige tatsächlich drogenabhängig werden	20,5 %
aus Langeweile	16,3 %
weil man mit der Zeit gehen möchte, "in" sein möchte	13,9 %
weil es relativ einfach ist, an Drogen heranzukommen	12,4 %
weil von Personen, die als Idole oder Leitbilder angesehen werden, bekannt ist, daß sie Rauschgift nehmen	10,3 %

Es wird deutlich, daß Rauschgifteinnahme gegenwärtig vorrangig im Zusammenhang mit kurzzeitigem Vergessen individueller Probleme gesehen wird.

### 3.4. Haltungen zu Sanktionen sowie zu Instanzen öffentlicher Sozialkontrolle

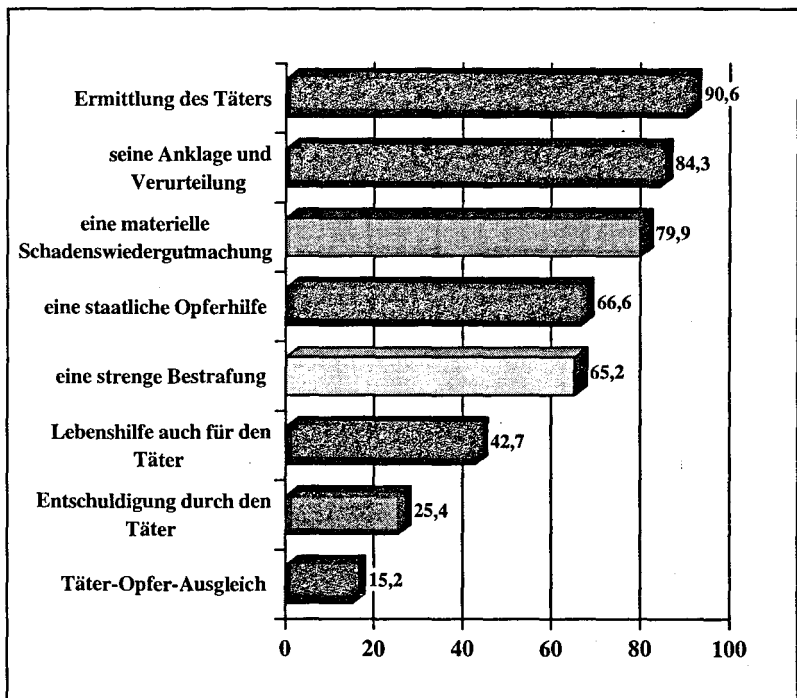
#### 3.4.1. Allgemeine Gewichtung kriminalitätskontrollierender Sanktionen

Um die Sanktionserwartungen in der Bevölkerung zu erfahren, wurde zuerst allgemein gefragt: "Stellen Sie sich vor, Sie wären Opfer einer Straftat. Welche Folgen wären für Sie wie wichtig?"- also ohne Bezug auf ein konkretes Delikt. Die geforderte "Vorstellung" schließt somit Bagatell-

delikte ebenso ein wie schwere Verbrechen, so daß eine undifferenzierte, bestenfalls durchschnittliche Gewichtung der Sanktionserwartungen ausgedrückt werden kann (abstrakte Sanktionsgewichtung). Dies ist gleich eingangs bemerkenswert, weil offenbar mit einer konkreten Deliktvorstellung oder tatsächlichen (nicht nur fiktiven) Opfererfahrung das Vergeltende zurückgenommen wird zugunsten der Wiedergutmachung und des Ausgleichs.

Für den Fall einer eventuellen Viktimisierung wurden die vorgegebenen Reaktionsvarianten (Frage 67) nach ihrer "Wichtigkeit" in folgender Häufigkeitsreihe uneingeschränkt bejaht:

Graphik 5: "Wichtigkeit" von Sanktionserwartungen



(Angaben in Prozent)

Gruppiert man diese Reihe, so dominieren (auf dem Dreiviertel-Niveau und höher) einerseits die Ermittlung und Schuldfeststellung des Täters sowie auf der anderen Seite die Schadenskompensation. Erst dann (auf dem Zweidrittel-Niveau) tritt eine "strenge Bestrafung" des Täters hinzu. Das verweist auf eine Struktur von Sanktionserwartungen, die für moderne Formen nichtrepressiver Reaktion aufgeschlossen ist. Dies gilt trotz der relativ niedrigen Gewichtung des Täter-Opfer-Ausgleichs, da diese Form nur für bestimmte Delikte geeignet ist, die aus der Allgemeinheit der Fragestellung nicht genügend abgehoben werden konnten. Schließlich scheint auch der Unterschied beachtlich zu sein zwischen (mehr generellen) Erwartungen an institutionelle Reaktionen und ausdrücklichen Sanktionserwartungen im herkömmlichen Sinn. In den Zwischenstufen gewinnt offenbar das Reaktionsverfahren selbst schon einen hinreichend sanktionierenden Charakter.

Sanktionserwartungen sind allgemein und in ihrer bevorzugten Differenzierung vom Niveau der rationalen Meinungsbildung zur Kriminalität abhängig. Mit höherer Bildung wächst die Bereitschaft, nichtrepressive Sanktionen zu akzeptieren. Sowohl bei Jugendlichen als auch bei Frauen und bei Erwachsenen hohen Alters fällt eine weniger repressive Sanktionserwartung auf.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich dann die Bejahung der Frage durch 58,2 % der Befragten, ob die Todesstrafe für bestimmte Straftaten befürwortet werde (Frage 76). Selbst wenn die lediglich dichotome Antwortstruktur (ja/nein) zu einer Polarisierung zwingt, die der realen Differenziertheit nicht Rechnung tragen kann, erscheint diese Zustimmung überraschend hoch. Sie relativiert sich in den Antworten auf die Ergänzungsfrage nach den Verbrechen, bei denen diese Strafe eventuell anzuwenden wäre. Über dem 20 %-Niveau werden nur noch drei Delikte genannt: Mord (49,2 %), Terrorismus (36,3 %) sowie erpresserischer Menschenraub/Geiselnahme (23,1 %), also Verbrechen, die elementar die individuelle Existenz gefährden. Trotzdem signalisieren die Antworten eine beachtliche Erwartung einfacher Vergeltung. Wenn es richtig ist, daß eine Zurücknahme solcherart Vergeltung weniger vom Erkenntnisfortschritt über ihre Wirksamkeit abhängt, sondern von den Einstellungen zur Moralität und Gerechtigkeit dieser Strafe (vgl. *Zimring & Hawkins* 1989, S. 167), so wird deutlich, daß sich in dieser wohl abstraktesten Strafvorstellung der Mangel an einer anspruchsvollen öffentlichen Diskussion des Problems ausdrückt.



Ob und welcher Art die Bevölkerung staatliche Reaktionen auf bestimmte Verhaltensweisen erwartet, widerspiegelt gleichsam das Bewußtsein von Rechtsgütern und deren Gewichtungshierarchie, schließlich auch die dahinter stehende Moral. Dieses Bewußtsein kann von der juristisch fixierten Rechtsgüterstruktur beachtlich abweichen. Das könnte Anlaß sein, die eingefahrene juristische Bewertung zu überdenken. Gerade unter den differenten Gesellschaftsverhältnissen der ehemals zwei deutschen Staaten wuchsen auch Unterschiede in den Wertvorstellungen. Diese Widersprüchlichkeit könnte in produktiver Weise zur Diskussion von (Ent-)Kriminalisierung und (De-)Pönalisierung genutzt werden.

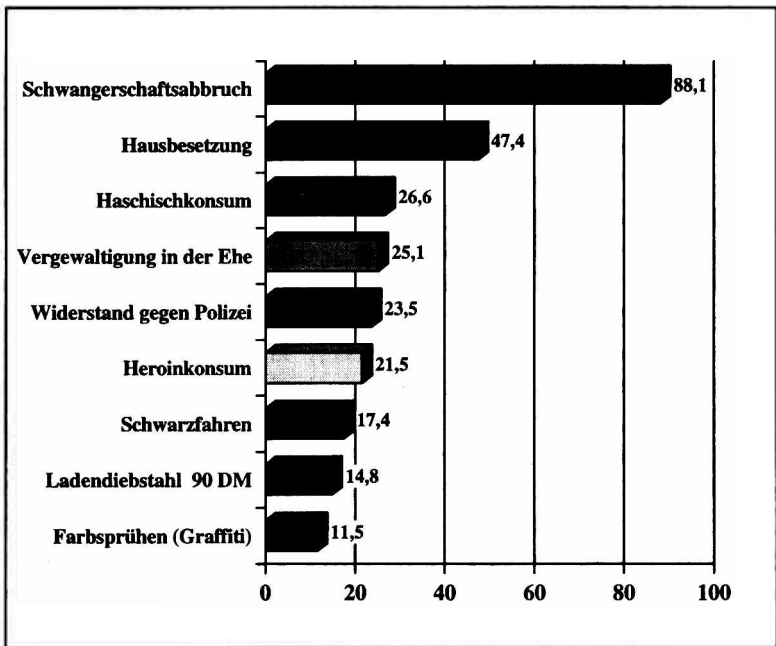
Zugleich jedoch reflektieren Sanktionserwartungen in bestimmtem Grade auch besondere Verunsicherungen im Transformationsprozeß der Gesellschaft, insbesondere aus anomischen Situationen bzw. dem Versagen von Schutzmechanismen. Diese Zusammenhänge kommen in ein differenzierteres Bild, wenn man sie auf konkretes Verhalten bezieht. In unserer Befragung wurden einundzwanzig verschiedene Delikte beschrieben (Frage 75), die Häufigkeitsdelinquenz ausmachen (wie Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Trunkenheit im Straßenverkehr, Handtaschenraub, Körperverletzung u.a.) oder in ihren Bewertungen besonders umstritten sind (wie Drogenkonsum, Hausbesetzung, Vergewaltigung in der Ehe, Schwangerschaftsabbruch). Jeder Verhaltensweise war ein Reaktionskatalog zugeordnet, der eine grobe, aber hinreichende Akzentuierung erkennen läßt, wie solche Delikte bewertet und welche staatlichen Reaktionen als hinreichend bzw. nötig angesehen werden. Sie sollen für die Interpretation in vier Hauptgruppen zusammengefaßt sein:

- I. Reaktionsverzicht, höchstensfalls Androhung einer künftigen Sanktion
- II. Wiedergutmachungs-/Ausgleichsleistungen statt Strafe
- III. Formelle Bestrafung ohne Freiheitsentzug
- IV. Freiheitsentzug.

Keine oder nur präventive Sanktionserwartungen (Gruppe I) werden von mehr als 10 % der Befragten als hinreichend angesehen für die in Graphik 6 genannten Delikte.

Eindeutig wird für eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs votiert.

Graphik 6: *Reaktionsverzicht, höchstensfalls Androhung einer künftigen Sanktion*



(Angaben in Prozent)

Die Zurückhaltung gegenüber repressiven Reaktionen in Auseinandersetzungen mit öffentlichen Instanzen (Hausbesetzung, Polizei) entspricht der allgemeinen Erwartung an die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes staatlicher Gewalt.

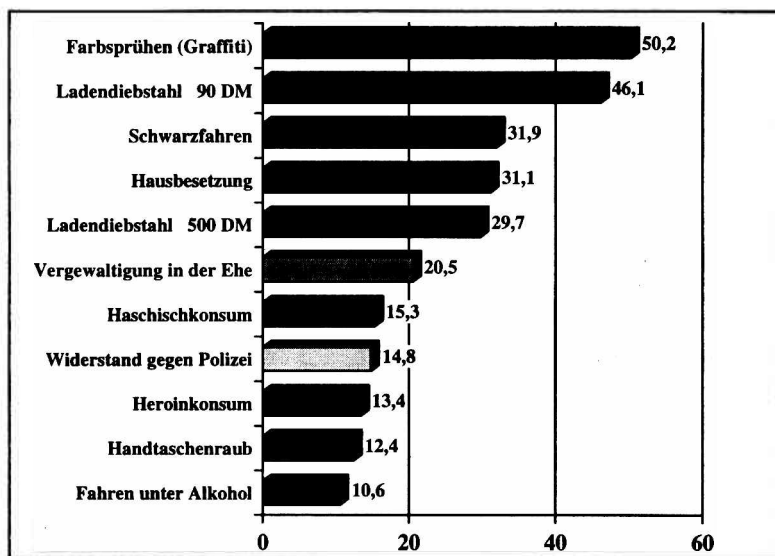
Die Nichtbestrafung des Konsums illegaler Drogen wird sicher eher aus der in der jüngeren Zeit weltweit geführten Diskussion dieser Materie begründet als aus praktischer Erfahrung. Dies wird auch durch die widersprüchliche Polarisierung der Aussagen bestätigt. Denn gleichzeitig fordern jeweils mehr als die Hälfte der Befragten eine formelle Bestrafung.

Überraschend hoch verbleibt der Widerstand gegen eine Kriminalisierung der Vergewaltigung in der Ehe, dem allerdings ebenfalls starke polare Forderungen nach Bestrafung entgegenstehen (mehr als 50 %).

Die unterhalb des 20 %-Niveaus verbleibenden Delikte des Schwarzfahrens, des Ladendiebstahls sowie des Farbsprühens (Graffiti) sprechen zwar für eine Zurücknahme formeller strafrechtlicher Reaktionen, machen jedoch auch beachtliche Sanktionserwartungen deutlich, die nicht durch eine Entkriminalisierung schlechthin getroffen werden können. Einmal mehr spricht dies für Zwischenformen unterhalb des herkömmlichen Strafrechts, die jedoch hinreichend normbekräftigend zu wirken haben. Ein solcher Weg könnte im Rahmen der Reform des Jugendstrafrechts zuerst beschritten werden (vgl. die Vorschläge der DVJJ-Kommission zur Reform des Jugendstrafrechts für den 22. Deutschen Jugendgerichtstag 1992, S. 10 f.).

Für Wiedergutmachungs-/Ausgleichsleistungen (Gruppe II) sprechen sich mehr als 10 % der Befragten bei folgenden Delikten aus:

Graphik 7: Wiedergutmachungs- und Ausgleichsleistungen



(Angaben in Prozent)

Dieses Bild läßt in gewisser Weise restitutive Bereitschaften erkennen anstatt oder in Ergänzung punitiver Reaktionen. Dies ist am eindeutigsten bei eigentums- bzw. vermögensverletzenden oder -beschädigenden Delikten (Farbsprühen, Ladendiebstahl, Schwarzfahren), wo offensichtlich Formen des materiellen Ausgleichs mit dem Geschädigten oder ähnliche Wiedergutmachungsleistungen recht hoch angesetzt werden.

Bemerkenswert ist auch die Erwartung, in Auseinandersetzungen mit öffentlichen Instanzen solche ausgleichende Begegnung zu suchen (so zur Polizei oder bei Hausbesetzungen).

Umgekehrt werden jedoch auch die Delikte deutlich, bei denen nur geringe Möglichkeiten solcher Reaktion gesehen werden, selbst wenn die beteiligten Seiten grundsätzlich dazu in der Lage wären. Dies trifft insbesondere auf (gefährliche) Körperverletzung und sexuelle Gewalt zu, also bei schweren Angriffen auf die körperliche Integrität. Zweifellos wird hier der Bruch in der Täter-Opfer-Beziehung am tiefsten empfunden. Bei der Körperverletzung könnten im ostdeutschen Umbruchprozeß auch die rapide Gewaltzunahme und Abwehrverunsicherung mitwirken. Das dürfte ähnlich die überraschend niedrige Ausgleichsbereitschaft beim Kraftfahrzeugdiebstahl erklären, ein Häufigkeitsdelikt in dieser Zeit bei niedriger Aufklärungsquote und noch erheblich verringerten individuellen Schutzmöglichkeiten.

Punitiv Haltungen (Reaktionsgruppen III plus IV) herrschen demgegenüber (mit Befürwortungen durch mehr als 60 % der Befragten) bei den in Graphik 8 genannten Delikten.

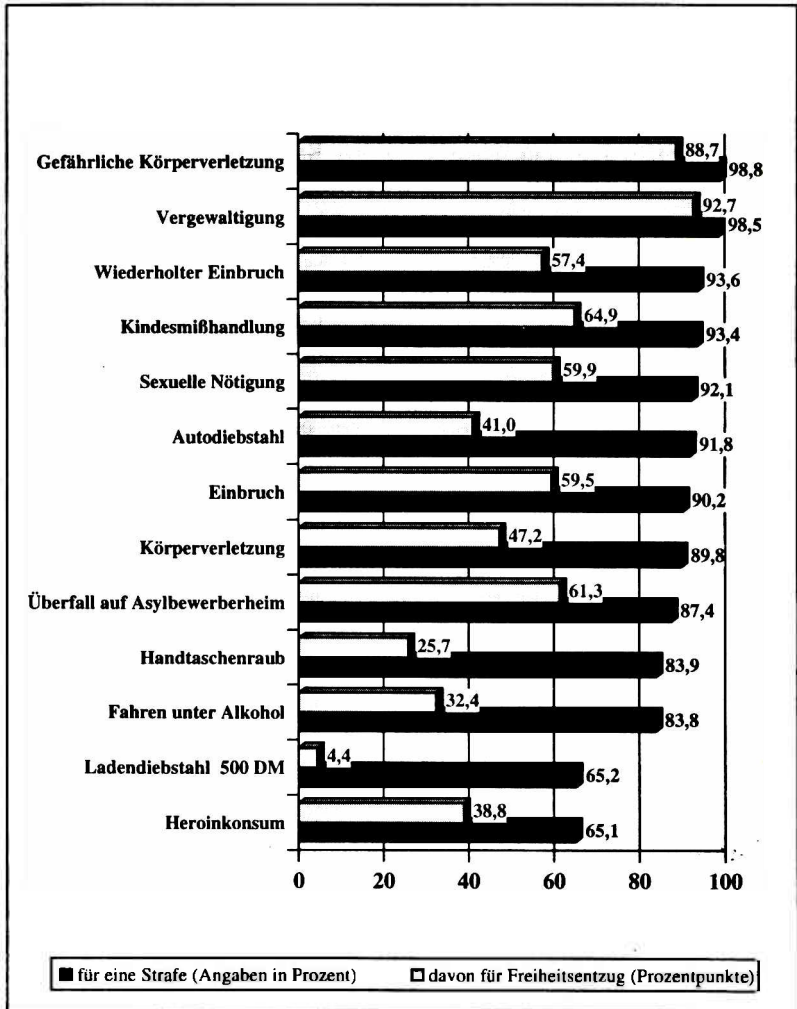
Diese Gruppierung dominierender Sanktionserwartungen läßt zugleich im jeweiligen Verhältnis zu den darin enthaltenen Befürwortungen unbedingten Freiheitsentzugs erhebliche innere Differenzen erkennen.

Erwartungen von Freiheitsentzug herrschen bei schweren Verletzungen der körperlichen Selbstbestimmung und der Gesundheit (wie Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung, Kindesmißhandlung, sexuelle Nötigung) sowie bei schweren Eingriffen in die persönliche Lebenssphäre mit dem großen Risiko der Eskalierung zu körperlichen Angriffen (wie Überfall auf ein Asylbewerberheim, Wohnungseinbruch).

Bei den restlichen Delikten bleiben nichtfreiheitsentziehende Sanktionen im Vordergrund, je nach Deliktscharakter die Geldstrafe (wie für Ladendiebstahl) oder eine zur Bewährung auszusetzende Freiheitsstrafe (wie für Fahren unter Alkohol, einfache Körperverletzung, Autodiebstahl). Die

relativ starken punitiven Haltungen gegenüber dem Fahren unter Alkohol und dem Autodiebstahl scheinen erheblich vom momentan massiven Anstieg dieser Delikte getragen zu sein.

Graphik 8: *Formelle Bestrafung ohne/mit Freiheitsentzug*



Bei dieser Differenzierung der Sanktionserwartungen nach Delikten zeigten sich geringe Differenzen zwischen Jena und Kahla. Im kleinstädtischen Kahla werden striktere Reaktionen auf Haschischkonsum und Farbsprühen erwartet, während auf Körperverletzung zurückhaltender reagiert wird.

Ein Vergleich der Geschlechter ergab etwa gleiche Sanktionserwartungen gegenüber folgenden Delikten: Fahren unter Alkohol, Haschischkonsum, Farbsprühen, Ladendiebstahl, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Körperverletzung mit Waffen, Vergewaltigung in der Ehe, Schwangerschaftsabbruch. Frauen zeigen weniger strikte Sanktionserwartungen als Männer in bezug auf Widerstand gegen Polizei, Wohnungseinbruch, einfache Körperverletzung, Heroinkonsum, Hausbesetzung, Raub, Autodiebstahl, wiederholten Einbruch, Überfall auf Asylbewerberheime. Andererseits erwarten Frauen eine strengere Reaktion auf Schwarzfahren und Kindesmißhandlung.

Eine Differenzierung nach dem Alter ergibt insgesamt auffällig verringerte Sanktionserwartungen bei Jugendlichen (14 bis 17 Jahre) und alten Menschen (über 75 Jahre). Von Jugendlichen werden strengere Sanktionen (bei durchgängig großer Entscheidungsunsicherheit) nur gefordert gegenüber Haschisch- und Heroinkonsum sowie beim Schwangerschaftsabbruch - Delikte, die bisher außerhalb der praktischen Erfahrung dieser Altersgruppe lagen.

Diese Differenzierung der Sanktionserwartungen nach dem Alter ist zweifellos beachtenswert. Sie kann nicht einfach als subjektive Fehlbeurteilung oder gar Abweisung von Verantwortlichkeit interpretiert werden. Wenn sich ein "Rechtsgut" aus einem Gegenstand, einem Werturteil und einem wertenden Subjekt konstituiert (vgl. *Amelung* 1991, S. 271), so greifen jugendspezifische Wertungen beachtenswert ein. Drängen nicht einige Gegenstände angesichts solch altersspezifischen Charakters zur Herausnahme aus dem strafrechtlichen Rechtsgutkatalog oder zu einem für diese Altersgruppe eigenständigen Deliktskatalog im Sinne einer Spezifizierung der Straftatvoraussetzungen der Deliktstatbestände (vgl. *Ostendorf* 1989, S. 331 - 334)? Zumindest erst einmal für Jugendliche könnte die vieldiskutierte Entkriminalisierung von Bagatellkriminalität erfolgen. Das Problem scheint nicht mehr im Gegenständlichen (den "Bagatellen") zu liegen, sondern in den historisch verbliebenen Wertungen, worin von den gesellschaftstragenden Generationen die vagen Bedenken am Leben gehalten werden, daß ein Verlust von general- und spezialpräventiven

Wirkungen eintreten könnte. Dem stehen inzwischen Ergebnisse der Präventionsforschung entgegen (vgl. *Heinz* 1989, S. 21 - 30; *Kerner* 1989).

Bagatellen waren in der ehemaligen DDR weitgehend entkriminalisiert (in der Form sogenannter Verfehlungen, z.B. erstmalige Eigentumsdelikte bis etwa 100 Mark Schaden, oder als Ordnungswidrigkeiten, wie das unbefugte Benutzen bestimmter Kraftfahrzeuge oder das Fahren ohne Führerschein). Problematische Anstiege dieser Erscheinungen finden jetzt auch gleichsam im Rechtlichen statt, nachdem anderes Strafrecht gilt, das im Unrechtsbewußtsein nicht zu reflektieren gelernt wurde. Ein Entkriminalisierungsschritt auf der Ebene der Jugendverfehlung könnte hilfreich sein. Er würde beitragen, das für Rechtssicherheit notwendige Strafrecht auf wirklich schwere Straftaten zu beschränken (vgl. *Naucke* 1985, S. 177, 200).

In die Bewertung von Rechtsgütern muß doch die Jugend selbst mit einbezogen sein. Sie kann ihr durch die ältere Generation nicht einfach vorgeschrieben werden. Jugendliche haben zu bestimmten herkömmlichen Gegenständen von Rechtsgütern ein spezifisches Verhältnis, das in den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eingehen muß. Sie sind aus diesem Verhältnis heraus vor extensiven Sanktionierungen zu bewahren (vgl. auch *Albrecht* 1987, S.110 f.). Jugend ist selbst ein Rechtsgut.

Mit ansteigendem Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau verringern sich repressive Sanktionserwartungen, lediglich nicht gegenüber Körperverletzung und dem Überfall auf Asylbewerberheime. Hierin könnte sich eine prononcierte Betonung des Grundwertecharakters der dabei verletzten Normen ausdrücken.

Wichtig zu vermerken ist an dieser Stelle ein signifikanter Zusammenhang zwischen Befragungsform und Sanktionserwartungen. Die schriftliche Befragung ergab striktere Erwartungen als die Interviews. Anscheinend verbleibt bei der anonymen und formelleren Schriftform, die eine Antwortsituation ohne unmittelbare menschliche Beziehung bietet, eine abstraktere Vorstellung von strafrechtlichen Reaktionserfordernissen in Art und Maß. In der unmittelbaren Kommunikation des Interviews geschieht offenbar eine intuitive Näherung an den erfragten Lebenssachverhalt, so daß Konflikte devianten Verhaltens lebensnäher ausgewogen werden; zumindest greifen latente soziale Erwartungen bzw. Erwünschtheiten stärker ein.

Auf dieser Linie liegt durchaus auch der Zusammenhang zwischen dem (Un-)Sicherheitsgefühl in der dunklen Wohngegend (Frage 44) und den

Sanktionserwartungen. Hohe Unsicherheit korreliert mit hohen Erwartungen an formelle Strafverfolgung (Ermittlung, Anklage, Bestrafung der Täter - Frage 67). Hierin äußert sich der Zusammenhang zwischen einer Entfremdung der Möglichkeiten, die eigene Sicherheit kontrollieren zu können, und dem Ruf nach Formen des herkömmlichen Strafrechts. Umgekehrt sind Bereitschaften zu individualisierten Sanktionsformen vom Stand solcher Möglichkeiten im eigenen Lebensraum abhängig, für Sicherheit sorgen zu können.

Insgesamt jedoch scheinen die Bereitschaften für ein differenzierendes Sanktionsverständnis recht gut ausgebildet zu sein (vgl. *Kury 1992b*, S. 60 f., zum Vergleich westdeutscher und ostdeutscher Sanktionseinschätzungen im Herbst 1990; zum allgemeinen Problem *Sessar 1992*). Somit gibt es keinen Grund, die Übergangsphase der Verunsicherung gegenüber Kriminalität und Sanktionen zum Anlaß für einen repressiveren Strafrechtseinsatz zu nehmen. Die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat ähnliche Situationen durchgemacht und bewiesen, daß jeweils in der ersten Phase gesellschaftlicher Umbrüche die Belebung solcher Repression vor sich ging - und letztlich versagte (so in der Französischen Revolution nach 1792 sowie nach den Revolutionen von 1848 und 1918/1919 - vgl. *Naucke 1990*, S. 251 f.; auch die DDR-Geschichte weist derartige Züge besonders Ende der 40er und in den 50er Jahren auf).

### 3.4.2. *Erwartungen von Opfern an Sanktionen*

Die aufgenommene Argumentationslinie findet sich auch in der Tatsache bestätigt, daß Nichtopfer von Straftaten signifikant häufiger eine strenge Bestrafung der (für sie abstrakt bleibenden) Täter (Frage 67) fordern. Durchaus entsprechend werden Formen eines Täter-Opfer-Ausgleichs dann am geringsten als hinreichende Reaktion angenommen. Andererseits offenbart eine Prüfung der Zusammenhänge zu den aufgelisteten Delikten der Opferrisikovermutung (Frage 65) eine besonders breite Streuung, die erkennen läßt, wie unsicher mit solchen Ausgleichsformen erst umgegangen werden kann.

Schließlich ergab die Befragung, daß die Sanktionsbedürfnisse wirklicher Opfer weniger repressiv orientiert sind, als es in den abstrakten Bevölkerungserwartungen und in klassischen Begründungen des Strafrechts zu



finden ist. In der von Opfern bevorzugten Reaktionsfolge (Frage 67) tritt sogar die materielle Schadenswiedergutmachung an die erste Stelle, und die "strenge Bestrafung" des Täters tritt im Vergleich zur Antwortstruktur aller von uns befragten Einwohner noch hinter die Lebenshilfe für den Täter zurück, während die restliche Struktur etwa gleich bleibt. Selbst Opfer von Gewaltdelikten äußern weniger repressive Sanktionsbedürfnisse als Befragte, die keine Erfahrung als Opfer einer Straftat hatten. Lediglich bei Körperverletzungen werden von Opfern strengere Sanktionen erwartet als von Nichtopfern. Hier spielt offenbar das entwürdigende Erleben des körperlichen Eingriffs, der nur sehr beschränkt wiedergutmacht werden kann, eine besondere Rolle.

Ansonsten jedoch ergeben sich kaum Zusammenhänge zwischen der Art des Delikts, dessen Opfer man geworden war, und der Art der (aufgelisteten) Sanktionserwartungen (Fragen 77, 81). Dies läßt folgern, daß eine vorherrschend abstrakt begründete Vorstellung eines Sanktionssystems existiert, die auf kriminell befundene Handlungen relativ unabhängig von deren Charakter angewandt wird. Darin zeigt sich die Macht historisch gewachsener, gleichsam Kultur gewordener Sanktionsvorstellungen.

Generell jedoch tritt bei Opfern zur Erwartung, daß der Täter verfolgt wird, stärker ein Bedürfnis nach opferbezogener Wiedergutmachung; die Offenheit für Konflikte des Täters nimmt zu. Es entsteht ein persönlicheres Verhältnis im und zum Konflikt. Vergeltende Sanktionen des Strafrechts treten zurück. Dies wird auch durch das Ergebnis bestärkt, wonach eine hohe Zurückhaltung der Opfer gegenüber einer Anzeige bei der Polizei ihre hauptsächlichen Gründe in der Bewertung der Tat als Bagatelle und in Formen selbständiger Erledigung des Konflikts findet (Fragen 79, 80 - vgl. 3.4.3.). Die Bagatelltoleranz ist überraschend hoch. Die Delikte werden von 43,5 % der Opfer, die keine Anzeige erstattet hatten, als "nicht schwerwiegend" bewertet.

### *3.4.3. Öffentliche Partizipation und Haltungen zu formellen Instanzen sozialer Kontrolle*

Normen des Gemeinschaftslebens werden nur in dem Maße akzeptiert und Bereitschaften, an der Lösung dabei auftretender Konflikte mitzuwirken,

sind nur so weit zu erwarten, wie an dieser Öffentlichkeit teilgenommen, wie sie mitgestaltet werden kann. Denn nur in tätiger, integrierender Gemeinschaftlichkeit wird der soziale Nutzen dieser Normen erlebt, praktiziert, zum gemeinsamen Wert erhoben. Gleichermaßen werden davon Nähe, Akzeptanz oder Fremdheit von formellen Instanzen sozialer Kontrolle bestimmt. Die Werte normierter Rechtsgüter können nur sehr beschränkt durch Dritte ausgereicht, moralisierend überbracht werden, auch wenn dieser Weg immer als nächstliegend erscheint. Sie müssen vielmehr in erster Linie praktisch erfahren werden. Solche Erfahrungsräume sind momentan eher diffus als einigermaßen gerichtet. Zwar brauchen die Partizipationsdefizite aus der ostdeutschen Vergangenheit einen längeren Weg solch tätiger Bewältigung, jedoch liegen eben aus dieser Vergangenheit auch brauchbare Erfahrungen aus der Gestaltung kollektiver Lebenswelten gleichsam "unterhalb" dieser defizitären politischen Mitbestimmung vor. So halten sich einerseits die oben beschriebenen Bereitschaften zu nichtrepressiven Sanktionen, aber andererseits neigen 14,4 % der Befragten dazu, Gewalt als ein durchaus taugliches Mittel anzusehen, um politischen Interessen Geltung zu verschaffen (Frage 37 K).

Es genügt nicht, politische Kultur zu fordern, wenn nicht zugleich reale, tätig erfahrbare Möglichkeiten unmittelbarer Interessenartikulation und Mitveränderung geboten sind. Solches Interesse, an städtischen Entscheidungsprozessen mitwirken zu können (Frage 37 I), ist mit 69,5 % positiver Antworten ("stimme eher zu" plus "stimme zu") sehr hoch, ähnlich auch noch das Interesse an übergeordneten politischen Entscheidungen mit 48,7 % solcher Zustimmungen (Frage 37 J). Allerdings werden die politischen Einflußmöglichkeiten von 94,7 % der Befragten generell als niedrig, und von 23,2 % als eher verringert gegenüber der Vergangenheit eingeschätzt, während nur 14,0 % erhöhte Möglichkeiten sehen (Frage 36). Solche Möglichkeiten politischer Artikulation und demokratischer Durchsetzung erscheinen also noch erheblich entfremdet. Dazu gehört auch, daß für 80,6 % ein Engagement in politischen Parteien "keine Bedeutung" hat, wogegen solche Verneinung gegenüber Berufsverbänden bzw. Gewerkschaften nur 57,3 % und sonstigen Interessenverbänden nur noch 34,6 % beträgt (Frage 33). Darin wird die jüngst im politischen Alltag deutlich werdende Tendenz zu bürgernäheren Formen von Interessenartikulation

bestätigt. Bei 85,0 % herrscht der Eindruck, daß sich die "meisten Politiker nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren" (Frage 37 G).

Im Hinblick auf die beiden bekanntesten formellen Instanzen der Kriminalitätskontrolle, Polizei und Strafjustiz, sind die Erwartungen gegenüber der Polizei sehr hoch. Unter zwölf vorgegebenen Vermutungen über Ursachen der Kriminalität (Frage 42) wurde dem "mangelnden Durchgreifen der Polizei" etwa gleichermaßen wie den "wirtschaftlichen Verhältnissen" eine beachtenswerte Rolle unmittelbar nach der führend eingestuftem "Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen" zugesprochen. Diese hohe Erwartung von Sicherheit durch Polizei konkretisiert sich schließlich darin, daß von zwölf vorgegebenen Aufgaben der Polizei (Frage 68) die der Strafverfolgung und des Schutzes vor Gewalt von jeweils über 90 % als "wichtig" herausgehoben werden (Tabelle 23).

Immerhin wird noch auf dem Zweidrittel-Niveau das Helfen und Beraten durch die Polizei als wichtig bewertet. Das sind hohe Erwartungen an ein bürgernäheres Polizeiverständnis, das international heute als *community policing* diskutiert und stellenweise praktiziert wird (so in Großbritannien, den Niederlanden, in Schweden, den USA, Kanada sowie Japan und inzwischen auch in Städten der Bundesrepublik, wie Offenbach, Bremen, Düsseldorf - vgl. zum letzteren *Plate u.a.* 1985, S.192; *Kaiser* 1990, S.253 f.; zum internationalen Vergleich *Graham* 1990, S.130 - 136). Eine so weit gehende Vorstellung von einer auf kommunale Lebensprobleme orientierten, konfliktnahen Arbeit scheint jedoch im Bevölkerungsbewußtsein - zumindest im Moment - noch unausgereift; Kontroll-, Sicherheits- und Verfolgungserwartungen herrschen erheblich vor.

Die Polizeiarbeit wurde zum Befragungszeitpunkt (Jahreswende 1991/1992) von 73,8 % noch eher als schlecht bewertet (Frage 69), während solche Unzufriedenheit für die Vergangenheit vor 1989 nur von 49,7 % geäußert wird (Frage 70). Dies erklärt sich zweifellos aus der obigen Gewichtung der Sicherheitserwartungen, die angesichts der langdauernden strukturellen und personellen Destabilisierung der Polizei besonders gering erfüllt wurden. Dieser verringerten "Tüchtigkeit" steht eine erheblich angestiegene "Beliebtheit" ("freundlich" und "verständnisvoll") gegenüber (Frage 71), die immerhin von 81,2 % bestätigt wird, gegenüber nur 37,9 % für die Zeit vor 1989 (Frage 72).

Tabelle 23: *Wichtige Polizeiaufgaben*

nach Straftätern fahnden und diese festnehmen	92,6 %
Menschen vor Gewaltangriffen schützen	92,1 %
durch Streifefahren und Fußstreife dem Bürger das Gefühl von Sicherheit geben	75,6 %
den Straßenverkehr regeln und überwachen	73,3 %
als Freund und Helfer jederzeit bereitstehen	64,4 %
Bürger beraten, wie man sich vor Straftaten schützen kann	62,1 %
gestohlene Gegenstände wieder auffinden	58,7 %
hilflose Personen unterstützen	53,9 %
ruhestörenden Lärm beseitigen	42,0 %
Streitigkeiten in der Öffentlichkeit schlichten	40,1 %
betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen	26,7 %
gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten	24,7 %

60,9 % aller antwortenden Opfer (bei hohen *Missing*-Werten in der Ausfüllung der Zusatzblätter des Fragebogens, die für Opferfälle vorgegeben waren) haben nach dem Straftaterlebnis "gar nichts" getan (Frage 79). Diese Anzeigequote von weniger als der Hälfte aller Opfersituationen liegt durchaus in der Nähe des Durchschnitts, wie er sich aus anderen Untersuchungen ermitteln läßt (vgl. *Heinz* 1993, S. 29). Von den vorgegebenen Gründen für solche Passivität (Frage 80) wurden von den Opfern folgende herausgehoben:

Tabelle 24: *Gründe für einen Anzeigeverzicht nach Viktimisierung*

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche	43,5 %
die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise	24,5 %
Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei	12,9 %
habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	6,5 %

Ausdrückliches Mißtrauen in die Effizienz der Polizeiarbeit oder generell gegen diese Instanz bleibt unter dem 5 %-Niveau und erhöht sich selbst bei den Zweifachopfern nicht (Fragen 84, 85). Vielmehr meinen etwa zwei

Drittel aller Opfer, daß die Sache nur eine Bagatelle war, kein Fall für die Polizei oder selbst geregelt werden konnte. Dieses Ergebnis liegt ebenfalls im Trend europäischer Untersuchungen des Anzeigeverhaltens (vgl. *Heinz* 1993, S. 30). Vor diesem Hintergrund relativieren sich Gegenüberstellungen von Dunkel- und Hellfeld. Es wird eine ausgewogene qualitative Beurteilung des Dunkelfeldes hinsichtlich des Charakters der latenten Delikte und der Motivationsstrukturen einer Nichtanzeige möglich, woraus überraschend starke Ansätze für eine aktive Teilnahme an informeller Bewältigung entnommen werden können.

Meinungen zur Strafjustiz sind offenbar schwieriger zu bilden. Die Zahl der Nichtbeantwortung entsprechender Fragen ist überdurchschnittlich hoch. Die justitielle Leistung der Strafverfolgung (Frage 73) wurde 1991 noch von 79,0 % der Antwortenden im Grunde als (zumindest "überwiegend") schlecht beurteilt, während eine solche Negativwertung für die Vergangenheit vor 1989 nur von 53,8 % mitgeteilt wird (Frage 74). Darin dürften sich hauptsächlich drei widerstreitende Erfahrungen äußern, zum einen die erhebliche Verzögerung der Verfahren wegen des Umbaus der Strafjustiz gerade im Befragungsjahr, zweitens Unsicherheit gegenüber der liberalen Strafpraxis nach dem neuen Recht und drittens aber auch Erfahrungen mit der ehemaligen DDR-Justiz in bezug auf die relativ zügige Verfahrenserledigung bei Delikten der allgemeinen Kriminalität.

### **3.5. Persönlichkeitsvariablen**

#### *3.5.1. Einordnung des Freiburger Persönlichkeitsinventars (FPI-R) in das Projektanliegen*

Eine Besonderheit unseres Herangehens im Rahmen des Gesamtprojektes liegt in dem Versuch, das Makrostrukturelle und die Veränderungen im sozialen Nahraum des Menschen mit den in der bisherigen Sozialisation gewachsenen Persönlichkeitsspezifika zu verknüpfen. Damit ist im Rahmen des theoretischen Gesamtkonzeptes die Analyse der personalen Dimension angezielt. Einige empirische Untersuchungen in den alten Bundesländern betonen ausdrücklich den Einfluß von Persönlichkeitsvariablen auf Kriminalitätsfurcht, Viktimisierungsprozesse und Anzeigerstattung. *Stephan* (1976)

beispielsweise fand mittels des FPI deutliche Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern (vgl. 2.1.).

Da es uns um den Zusammenhang von Persönlichkeitsmerkmalen, Bewältigung des sozialen Umbruchs und kriminalitätsrelevanten Sachverhalten geht, war ein Persönlichkeitsfragebogen einzusetzen, dessen Dimensionen diese Anforderungsbewältigung erfassen konnten. Die überarbeitete Form des Freiburger Persönlichkeitsinventars (FPI-R) mit seinen Skalen zu Lebenszufriedenheit, sozialer Orientierung, Leistungsorientierung, Gehemmtheit, Erregbarkeit, Aggressivität, Beanspruchung, körperlichen Beschwerden, Gesundheits Sorgen, Offenheit, Extraversion und Emotionalität scheint trotz aller Probleme, die beim Einsatz von Persönlichkeitsfragebogen zu bedenken sind, dem gestellten Anspruch gerecht zu werden.

Der FPI-R liegt, wie auch die beispielsweise zuvor entwickelte Form des FPI-A, in einer Fassung vor, die an einer westdeutschen Stichprobe normiert worden war. Mit der Testanwendung mußte also auch geprüft werden, ob die Anwendung dieser Normen zulässig ist, d.h. ob die Antworttendenzen in den neuen Bundesländern hiervon deutlich abweichen oder nicht.

Ebenso ist festzustellen, ob die unterschiedlichen Situationen der Beantwortung des FPI-R die Ergebnisse wesentlich beeinflußt haben. Im Interview ist die allgemein auch in der Diagnostik übliche Situation der Beantwortung gegeben: Die befragte Person füllt den Fragebogen in Anwesenheit des Versuchsleiters allein aus. Davon unterscheidet sich die Beantwortung bei einer schriftlichen Befragung, in der kein Versuchsleiter anwesend ist. In fünf der zwölf Skalen hatte die Befragungsform (getestet an den Staninewerten) Einfluß auf die Ergebnisse. Diese Unterschiede gehen in die gleiche Richtung wie die unter 2.8. dargestellten Unterschiede zwischen dem Antwortverhalten in der schriftlichen Befragung und dem Interview allgemein: Im Interview werden Tendenzen sozialer Erwartung und Erwünschtheit deutlicher. Die soziale Orientierung und die Lebenszufriedenheit werden im Interview stärker, dagegen wird Gehemmtheit weniger zum Ausdruck gebracht. Niedrige Extraversion und hohe Beanspruchung werden eher in der schriftlichen Befragung geäußert. Diese Ergebnisse könnten auf generelle Beantwortungstendenzen für einige Skalen bei Anwesenheit eines Versuchsleiters hindeuten. In der Mehrzahl der Skalen waren allerdings keine relevanten Unterschiede beobachtbar, so daß die

weitere Auswertung und Interpretation der FPI-R-Daten vertretbar erscheinen.

### 3.5.2. Darstellung und Diskussion der Skalenwerte des FPI-R

1.930 Bürger hatten den FPI-R im Rahmen der Gesamtuntersuchung beantwortet, so daß eine genügend große Stichprobe für ausführliche Interpretationen gegeben ist. Zunächst wurde die Gesamtsumme für jede Skala und jede Person berechnet (FPI-Rohwerte). Anschließend sind Mittelwerte und Streuung für jede Skala zunächst in der Gesamtstichprobe und dann für die vier Altersgruppen und jeweils für die zwei Geschlechter bestimmt worden, um zu sehen, wo Abweichungen in der Selbstschilderung der Bürger der neuen Bundesländer im Vergleich zur Normstichprobe besonders deutlich werden. Die folgende Übersicht (Tabelle 25) dokumentiert diesen Vergleich für die Gesamtstichprobe.

Da die Standardabweichungen in den Stichproben ebenfalls deutlich variieren, wobei interessanterweise bis auf eine Ausnahme in der Normstichprobe die höhere Varianz zu verzeichnen ist, sind Mittelwertvergleiche auf der Basis des üblichen t-Tests nicht möglich.

Deshalb haben wir, ausgehend von einer jeweiligen Stichprobengröße von  $n = 2.000$ , berechnet, welche Differenzgröße auf Signifikanz hinweist. Da es hier nicht um Testnormierung ging, genügte uns die Aussage, daß bei Unterschieden ab 0,3 tendenziell von Signifikanz auszugehen ist.

So kann man feststellen, daß in acht Skalen Größenunterschiede der Mittelwerte zu verzeichnen sind, die auf Signifikanz hinweisen. Deshalb wäre eigentlich eine separate Normierung notwendig, was uns aber im Rahmen dieses Projektes und seiner Zielstellungen nicht möglich war. Besonders deutlich zeigen sich Unterschiede in der sozialen Orientierung und in der Skala "Gesundheitssorgen". Die soziale Orientierung der Befragten in Jena/Kahla ist deutlich höher als die der westdeutschen Normstichprobe. Da nicht nur die Wortmarkierung, sondern die inhaltliche Ausrichtung der Testskalen für die Interpretation herangezogen werden soll, wie die Testautoren ausdrücklich betonen (vgl. *Fahrenberg, Hampel & Selg.* Testinstruktion), bedeutet dies, daß die Befragten in Jena/Kahla gegenüber der westdeutschen Normstichprobe in stärkerem Maße soziale Verant-

wortung für andere Menschen fühlen, auf die Sorgen anderer eher eingehen und eher motiviert sind, zu helfen. Da dem hohen Wert in der Skala "Gesundheitssorgen" andererseits reale körperliche Beschwerden auf einem wesentlich niedrigeren Niveau gegenüberstehen, ist zu vermuten, daß es sich hierbei, ähnlich wie bei der Kriminalitätsfurcht, um eine subjektive Übersteigerung handelt, die zugleich jedoch das beeinträchtigte Wohlbefinden in einer verunsicherten Lebenssituation ausdrückt.

Tabelle 25: *Vergleich der Stichprobe Jena/Kahla mit der Normstichprobe des FPI-R*

Variable	Stichprobe Jena/Kahla Mittelwert	Normstichprobe Mittelwert	Stichprobe Jena/Kahla Standard- abweichung	Normstichprobe Standard- abweichung
Lebenszufriedenheit	7,21	7,03	2,77	3,13
soziale Orientierung	7,31	6,47	2,52	2,82
Leistungsorientierung	7,31	6,88	2,75	3,07
Gehemmtheit	5,69	5,19	2,85	3,06
Erregbarkeit	5,70	5,48	3,00	2,98
Aggressivität	4,04	4,17	2,57	2,84
Beanspruchung	5,85	5,66	3,29	3,54
köorp. Beschwerden	3,65	4,04	2,42	3,05
Gesundheitssorgen	6,07	5,02	2,94	3,16
Offenheit	5,85	5,94	2,86	2,94
Extraversion	6,30	6,87	3,17	3,57
Emotionalität	6,68	6,17	2,94	3,55

Gegen vereinfachende Bewertungen der Vergangenheit spricht, daß die Zufriedenheit mit dem bisherigen Leben, verglichen mit der Normstichprobe, sogar einen leicht höheren Wert ausweist. Natürlich ist dabei zu beachten, welche Indikatoren hier Lebenszufriedenheit erfassen. Es sind in diesem Rahmen vor allem die Partnerbeziehung und die Zufriedenheit im Beruf gemeint. Aspekte politischer Mitbestimmung sind im FPI-R nicht erfaßt.

Die Befragten bezeichnen ihre Partnerbeziehung als gut und sind (waren) von ihrem Beruf voll befriedigt. Auch die Leistungsorientierung und



Leistungsmotivation erreichen einen höheren Wert als in der Normstichprobe. Man kann also sagen, daß sich die Befragungspopulation den veränderten Anforderungen aktiv stellt.

Beanspruchung, Aggressivität, Erregbarkeit und Offenheit weisen keine relevanten Unterschiede zwischen Befragungspopulation und Normstichprobe auf. Extraversion erreicht in der Stichprobe Jena/Kahla niedrigere und Gehemmtheit höhere Werte, d.h. die Befragungspopulation beschreibt sich weniger als "schlagfertig" und lebhaft, eher als ruhig statt impulsiv.

Die Befragten äußern auch etwas häufiger Selbstunsicherheit und Gehemmtheit im sozialen Kontakt. Beide Ergebnisse sind sicher sowohl Ausdruck der DDR-Sozialisation, in der viele Wege vorgegeben oder versperrt waren und damit das selbständige Durchsetzen von Ansprüchen weniger erlernt wurde, als auch Resultat aktueller Befindlichkeit. Der höhere Mittelwert der Skala "Emotionalität" in der Population Jena/Kahla weist auf das Erleben vieler Probleme und Konflikte hin, was ebenfalls aus den aktuellen Belastungen der Alltagsbewältigung erklärbar ist.

Interessant ist auch die Frage, wie sich die erkennbaren Unterschiede der Befragungspopulation zur Normpopulation über die Alters- und Geschlechtergruppen verteilen. Die höhere Emotionalität und niedrigere Extraversion sowie die höhere Gehemmtheit bei der ostdeutschen Befragungspopulation ziehen sich durch alle Altersgruppen, sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Befragten; einzig bei der Gruppe der Frauen ab 60 Jahre verschwinden diese Unterschiede. Die soziale Orientierung der Jenaer/Kahlaer ist ebenfalls, bis auf die Gruppe der Frauen ab 60 Jahre, generell sichtlich höher. Die stärkere Leistungsorientierung in der Befragungspopulation wird besonders deutlich bei den Frauen. Dies gilt für alle Altersgruppen.

Nach der Prüfung der Mittelwertsunterschiede auf der Basis der Skalenerohwerte des FPI-R wurden anhand der Normtabellen die Staninewerte bestimmt, obwohl dies aufgrund der geschilderten, z.T. deutlichen Unterschiede zwischen Norm- und Befragungspopulation problematisch ist. Die nachfolgende Übersicht (Tabelle 26) zeigt die Verteilung von niedrigen (1-3), mittleren (4-6) und hohen (7-9) Ausprägungen in den jeweiligen Skalen (in Prozent).

Tabelle 26: *Ausprägungsverteilungen in den Skalen des FPI-R*  
(m = männlich; w = weiblich)

	Gesamt stich- probe	m bis 24 Jahre	w bis 24 Jahre	m 25-44 Jahre	w 25-44 Jahre	m 45-59 Jahre	w 45-59 Jahre	m ab 60 Jahre	w ab 60 Jahre
<b>Lebenszufriedenheit</b>									
hoch	24,1	20,3	28,8	27,8	18,2	14,5	27,8	16,4	30,1
mittel	57,8	58,7	53,4	55,7	69,4	59,1	54,9	58,2	51,7
niedrig	18,1	21,1	17,8	16,5	12,5	26,4	17,3	25,4	18,2
<b>soziale Orientierung</b>									
hoch	35,0	26,4	38,0	22,6	45,7	33,9	33,1	29,8	17,1
mittel	49,9	48,8	46,5	61,4	46,2	61,6	60,9	62,8	61,9
niedrig	15,1	24,8	15,5	16,0	08,1	04,5	06,0	07,4	21,0
<b>Leistungsorientierg.</b>									
hoch	24,7	18,1	22,5	12,6	22,3	19,2	31,1	31,4	30,2
mittel	58,3	63,0	64,9	63,6	61,2	62,4	60,9	51,4	57,9
niedrig	17,0	18,8	12,6	23,8	16,5	19,4	08,1	17,2	11,9
<b>Gehemmtheit</b>									
hoch	29,7	39,1	27,1	24,9	32,0	28,5	23,4	31,4	10,2
mittel	54,8	50,4	58,0	64,5	55,2	55,0	57,7	54,5	71,6
niedrig	15,5	10,5	14,9	10,6	12,8	16,5	19,0	14,1	18,2
<b>Erregbarkeit</b>									
hoch	28,0	15,8	29,3	21,0	29,3	23,5	23,0	13,5	23,7
mittel	55,6	65,4	51,2	58,8	61,0	58,3	36,8	74,6	57,5
niedrig	16,4	18,8	19,5	20,2	19,7	18,2	30,2	11,9	18,8
<b>Aggressivität</b>									
hoch	16,8	18,1	24,7	13,1	16,1	14,1	19,0	12,0	27,8
mittel	65,7	65,4	64,4	55,5	65,9	51,2	64,1	53,7	64,2
niedrig	17,5	16,5	10,9	31,4	18,1	34,7	16,9	34,3	08,0

(m = männlich; w = weiblich)

	Gesamt stich- probe	m bis 24 Jahre	w bis 24 Jahre	m 25-44 Jahre	w 25-44 Jahre	m 45-59 Jahre	w 45-59 Jahre	m ab 60 Jahre	w ab 60 Jahre
Beanspruchung									
hoch	25,0	24,1	22,9	20,7	23,2	20,3	21,0	21,6	26,1
mittel	55,5	64,4	62,6	57,2	54,2	61,5	63,5	56,7	54,4
niedrig	19,5	11,3	14,5	22,1	21,6	18,2	16,5	21,6	29,5
körperl. Beschwerden									
hoch	13,5	31,6	20,6	13,9	13,7	14,9	18,5	05,2	08,0
mittel	64,8	58,6	47,1	76,0	69,6	59,5	66,1	73,2	56,4
niedrig	21,7	09,8	22,4	10,1	16,7	25,6	15,3	21,6	34,7
Gesundheitssorgen									
hoch	23,7	32,4	29,9	15,0	28,6	13,2	22,6	29,8	22,7
mittel	54,8	52,6	60,9	62,0	50,4	68,8	54,8	59,0	60,8
niedrig	21,5	15,0	09,2	23,0	21,0	18,2	22,6	11,2	16,5
Offenheit									
hoch	19,5	33,8	20,7	13,0	17,2	15,4	16,0	14,1	17,0
mittel	57,0	50,4	60,9	63,5	62,3	61,9	56,9	52,2	50,0
niedrig	23,5	15,8	18,4	23,5	20,6	22,7	26,2	33,6	33,0
Extraversion									
hoch	18,7	13,5	13,7	08,7	11,6	16,9	24,5	09,7	23,3
mittel	58,7	60,9	67,3	50,1	56,4	61,9	71,4	62,7	60,8
niedrig	22,6	25,6	19,0	41,2	32,0	21,2	14,1	27,6	15,9
Emotionalität									
hoch	19,9	24,0	29,2	18,0	28,2	23,2	17,0	20,9	19,3
mittel	64,4	67,7	54,7	72,2	61,8	66,1	68,5	68,7	54,0
niedrig	15,7	08,3	16,1	09,8	10,0	10,7	14,5	10,4	26,7

Diese Tabelle reflektiert eigentlich die Notwendigkeit, den Test für die Population in den neuen Bundesländern neu zu normieren. Dies sei an einem Beispiel erläutert: Die Skala "Aggressivität" weist für die Gesamtstichprobe keine signifikanten Mittelwertsunterschiede zur Normstichprobe auf. Bei der Einordnung der Staninewerte erscheinen die Frauen ab 60 Jahre jedoch als die Teilstichprobe mit der größten Anzahl von Personen (27,8 %), die hohe Ausprägungen von Aggressivität aufweisen. Da die Skala "Aggressivität" so aufgebaut ist, daß hierunter vor allem auch reaktives, sich durchsetzendes Verhalten erfaßt wird (vgl. Testinstruktion), liegt dem wahrscheinlich folgendes zugrunde: Die Frauen aus der westdeutschen Normstichprobe gaben weniger Antworten im Sinne dieses Skalenmodells, so daß bei Einordnung der Frauen aus der Befragungsstichprobe, die eher im Sinne dieses Konzeptes antworten, ein größerer Anteil (gemessen an der Normstichprobe) im Bereich hoher Skalenausprägung rangiert. Ähnliches gilt mit umgekehrtem Vorzeichen für diese Altersgruppe in der Skala "Körperliche Beschwerden". Die vermutlich höheren Angaben in der Normstichprobe führen hier zum höchsten Anteil (34,7 %) von Befragten mit niedrigen körperlichen Beschwerden in der Befragungspopulation. Die unterschiedlichen Lebensweisen und Erfahrungen der Frauen (insbesondere der älteren) können bei dieser Art von Testung und Vergleichen zur Fehlinterpretation führen. Dies gilt sicher nicht nur in bezug auf die Frauen, aber hier werden auf den ersten Blick solche Unterschiedlichkeiten in Norm- und Befragungspopulation deutlich.

### *3.5.3. Sekundärfaktorenlösung des FPI-R im Ergebnis unserer Befragung*

Im Rahmen der Testkonstruktion des FPI-R wurde auch eine Faktorenanalyse zweiter Ordnung (d.h. eine Faktorenanalyse der ermittelten Skalen) durchgeführt. Wir haben mit unserem Datenmaterial ebenfalls einen solchen Schritt versucht, um auch auf dieser abstrakteren Ebene unsere Befragungsstichprobe mit der Normstichprobe zu vergleichen und die psychische Situation in der Befragungspopulation noch weiter zu strukturieren. *Fahrenberg, Hampel* und *Selg* stellen folgende 3-Faktoren-Lösung vor, deren nur relative Bedeutung sie betonen:

**"Sekundärfaktor FPI-R-I**

Körperliche Beschwerden (8), Beanspruchung (7), Gesundheitssorgen (9), geringe Lebenszufriedenheit (-1). Es sind Facetten eines gestörten Allgemeinbefindens, wie es durch Überforderung und Krankheit oder als Ausdruck einer Lebensunzufriedenheit und allgemeinen Klagsamkeit verstanden werden kann.

**Sekundärfaktor FPI-R-II**

Offenheit (10), Aggressivität (6), Erregbarkeit (5). Hier ergibt sich ein Bild aggressiver Erregbarkeit mit egozentrischen Zügen. Offenheit kann in diesem Zusammenhang auch als Persönlichkeitsmerkmal interpretiert werden: eine Tendenz zu unkonventionellem, nicht-konformem Verhalten, das alltägliche Normverletzungen einschließt.

**Sekundärfaktor FPI-R-III**

Leistungsorientierung (3) und geringe Gehemmtheit (-4). Diese Skalen charakterisieren eine selbstsichere Aktivität" (Testinstruktion, S.29).

Die Faktorenanalyse am Befragungsmaterial unserer Jenaer/Kahlaer Stichprobe ergab nach Varimax-Rotation ein 4-Faktoren-Modell, das 55,8 % der Varianz aufklärt. In den folgenden Faktoren sind die jeweiligen Skalen hoch geladen.

**Faktor 1:**

Emotionalität	0,79;
Erregbarkeit	0,67;
Beanspruchung	0,63;
Offenheit	0,50;
Aggressivität	0,48;
Körperliche Beschwerden	0,48;
Lebenszufriedenheit	-0,47;
Gehemmtheit	0,33;

Dieser Faktor ist ähnlich dem in der Normstichprobe gefundenen Faktor I und beschreibt ein Bild angespannter psychischer Situation, das jedoch in

unserer Stichprobe auch Momente hoher Emotionalität und Erregbarkeit aufweist.

### Faktor 2:

Extraversion	0,84;
Leistungsorientierung	0,68;
Gehemmtheit	-0,65;
Aggressivität	0,32;

Die Nähe zum Sekundärfaktor III "selbstsichere Aktivität" ist erkennbar. Auch hier ist selbstsicheres, sich durchsetzendes Agieren typisch, welches sich mit impulsiven Momenten mischt. Die Faktoren 3 und 4 beschreiben spezifische Skalenverknüpfungen, die partiell Ähnlichkeit mit dem Sekundärfaktor II der Normstichprobe aufweisen.

### Faktor 3

Gesundheitssorgen	0,62;
soziale Orientierung	0,50;
Aggressivität	-0,40;
körperliche Beschwerden	0,27;
Offenheit	0,25;

### Faktor 4

soziale Orientierung	-0,62;
Gesundheitssorgen	0,57;
Aggressivität	0,45;
Offenheit	-0,25;

Faktor 4 könnte in Richtung eines aggressiv orientierten Sozialverhaltens interpretiert werden, während Faktor 3 eine soziale Grundorientierung mit unkonventionellen Zügen und kontrollierten, wenig aggressiven Tendenzen ausdrückt.

Im Gegensatz zur Normstichprobe ist bei unserer Sekundärfaktorenanalyse die Skala "Soziale Orientierung" in die Faktoren eingebunden und spielt in den Faktoren 3 und 4 eine beträchtliche Rolle. Es bedarf zusätzlicher Analysen, um die Ergebnisse des FPI-R an unserer Stichprobe auszufordern und weitergehend zu interpretieren.

### *3.5.4. Persönlichkeitsspezifika, individuelle Reflexion des gesellschaftlichen Umbruchs und kriminalitätsrelevante Einstellungen*

Es sollen nunmehr die Persönlichkeitsdaten, deren Kompliziertheit dargestellt wurde, in das Gesamtanliegen der Untersuchung eingeordnet werden. Dies wird versucht, indem Zusammenhänge über Kontingenztafeln ermittelt und für jede Skala getrennt ausgewiesen werden. (Dabei wurde mit den Staninewerten gerechnet.)

Die Skala "Lebenszufriedenheit" weist bei Frauen höhere Ausprägungen auf. Auch altersmäßig sind viele Differenzierungen zu beobachten. Am höchsten ist die Lebenszufriedenheit bei den 18- bis 24jährigen, stark polarisiert bei den 55- bis 65jährigen, und ab 75 Jahre nimmt sie deutlich ab.

Zum Qualifikationsniveau sind keine relevanten Unterschiede feststellbar, wogegen die Erwerbssituation offenkundig Einfluß hat. Arbeitslose äußern deutlich geringere Lebenszufriedenheit als Erwerbstätige; besonders niedrige Werte finden sich bei den Bürgern im Vorruhestand und besonders hohe Werte bei den wenigen Hausfrauen in der Population. Die Lebenszufriedenheit weist klare Zusammenhänge mit dem Erleben des sozialen Umfeldes und seinen umbruchsbedingten Veränderungen auf. Diejenigen, die eine Abnahme des Zusammenhalts am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft äußern, erreichen geringere Werte in der Skala "Lebenszufriedenheit". Auch die hohe Normenverunsicherung ist gekoppelt mit niedriger Lebenszufriedenheit. Indikatoren zur Kriminalitätsfurcht (nächtliche Furcht in der Wohnung bzw. in der Wohngegend; gedankliche Beschäftigung mit möglicher Opferwerdung) sind in ihrer hohen Ausprägung mit niedriger Lebenszufriedenheit verbunden. Sanktionserwartungen (Fragen 75, 76) sind bei geringer Lebenszufriedenheit repressiver.

Bezüglich der Opfersituation deutet sich die Tendenz an, daß vor allem Mehrfachopfer eine geringere Lebenszufriedenheit äußern (noch nicht signifikant). Dafür dürften die Veränderungen im sozialen Umfeld, die Verunsicherung und die Kriminalitätsfurcht relevant sein.

Die Skala FPI-R 2 "Soziale Orientierung" ist ebenfalls mit den erfragten Sachverhalten vielfach vernetzt. Sie weist bei Frauen höhere Ausprägungen auf und sinkt ab dem Alter von 55 Jahren deutlich. Hier wird ein Zusammenhang zum Berufsabschluß erkennbar: Die soziale Orientierung nimmt mit dem Berufsabschluß zu, so daß die Bürger mit Hochschulabschluß die stärksten Ausprägungen aufweisen. Auch die Erwerbssituation zeigt relevante Differenzierungen. Hohe Werte findet man vor allem bei Erwerbstätigen sowie Schülern und Studenten. Der Anteil solcher Ausprägungen ist bei Arbeitslosen geringer. Von den Veränderungen im sozialen Umfeld (Arbeitsplatz, Nachbarschaft, Öffentlichkeit) weisen die Zufriedenheit mit der Nachbarschaft und die Einschätzung des sozialen Zusammenhalts in der Öffentlichkeit signifikante Beziehungen auf. Unter denjenigen Befragten, die sehr unzufrieden mit ihrer Nachbarschaft sind, findet sich ein großer Anteil von Menschen mit geringer sozialer Orientierung und auch ein hoher Anteil mit ausgeprägter sozialer Orientierung (die offensichtlich ihr gehobenes Anspruchsniveau an Nachbarschaftskontakte nicht erfüllt sehen). Auch bei denjenigen, die eine Abnahme des Zusammenhalts in der Öffentlichkeit konstatieren, ist ein hoher Anteil von Bürgern mit starker sozialer Orientierung zu finden. Die Normenverunsicherung hatte zum Befragungszeitpunkt keinen Einfluß.

Die soziale Orientierung hat auch keinen nachweisbaren Einfluß auf die Opferwerdung und die Kriminalitätsfurcht. Dagegen weisen die Einschätzungen, welche Reaktionen nach einer Viktimisierung (Frage 67) besonders bedeutsam wären, interessante Beziehungen auf. Bei hoher sozialer Orientierung wird den ausgleichenden Maßnahmen, wie Schadenswiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich und Hilfen für den Täter, hoher Stellenwert beigemessen, während bei niedriger sozialer Orientierung die Anklage, Verurteilung und strenge Bestrafung des Täters favorisiert werden. Auch die allgemeinen Sanktionserwartungen (Frage 75) weisen zahlreiche Zusammenhänge zum diskutierten Merkmal auf. Delikte der allgemeinen Kriminalität, wie Diebstahl, Einbruch und Körperverletzung, aber auch die relativ ungewohnten Sachverhalte der Hausbesetzung und des Haschischkonsums



sollen nach der Meinung von gering sozial Orientierten härter bestraft werden. Beim Überfall auf ein Asylbewerberwohnheim stellt sich der Zusammenhang umgekehrt dar: Bei hoher sozialer Orientierung wird die härtere Strafe gefordert. Jedoch wird die Todesstrafe von den sozial Orientierten eher abgelehnt. Die soziale Orientierung, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Normenverunsicherung relativ unberührt bleibt, hat als Persönlichkeitsmerkmal einen gravierenden Einfluß auf Strafhaltungen.

Die Skala FPI-R 3 "Leistungsorientierung" weist im Gesamtrahmen der Befragung nur sehr wenige Zusammenhänge auf. Sie ist vom Geschlecht, der Altersgruppe und dem Qualifikationsgrad abhängig; ansonsten sind keine Zusammenhänge nachweisbar. Die Leistungsorientierung ist bei Frauen (und bei mittlerem Qualifikationsgrad, wie Meister, Fachschulabschluß) am höchsten. Die Altersgruppen über 35 Jahre weisen deutlichere Ausprägungen auf als die jüngeren; ab 75 Jahre ist jedoch natürlicherweise ein starker Rückgang zu verzeichnen.

Auch die Skala 4 "Gehemmtheit" zeigt nur wenig relevante Vernetzungen. Gehemmtheit ist bei Frauen geringer und nimmt mit hohem Qualifikationsgrad ab (schwach signifikant). Am höchsten ist die Unsicherheit im sozialen Umgang bei den 14- bis 17jährigen (!), was auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Umbruchs hinweist. Normenverunsicherung wird von unsicheren, kontaktscheuen Personen stärker erlebt als von selbstsicheren, kontaktbereiten. Die Kriminalitätsfurcht (in der Wohnung, in der Wohngegend) ist hoch, wenn "Gehemmtheit" stark ausgeprägt ist. Strafhaltungen sind von dieser Eigenschaft nicht beeinflusst.

Die Skala FPI-R 5 "Erregbarkeit" weist neben Geschlechts- und Altersspezifika auch Beziehungen zur Kriminalitätsfurcht auf. Frauen erreichen höhere Werte, d.h. sie reagieren (gemessen an den Normwerten) eher erregt, empfindlich und unbeherrscht.

Unbeherrschtes, empfindliches Verhalten findet sich besonders in den Altersgruppen 14 bis 17 Jahre und über 75 Jahre. Die nächtliche Furcht in der Wohnung, im Wohngebiet und die gedankliche Beschäftigung mit möglicher Opferwerdung erreichen hohe Ausprägungen mit zunehmender Erregbarkeit. Auch bei den Opfern von Straftaten, insbesondere bei den Mehrfachopfern, sind besonders häufig hohe Erregbarkeitswerte festzustellen. Die Strafeinstellungen zeigen nur einen Zusammenhang: Die

strenge Bestrafung des Täters wird bei hoher Erregbarkeit häufiger gefordert.

Die Skala FPI-R 6, die "Aggressivität" im Sinne von aggressiver Zieldurchsetzung, aber auch als spontanes und reaktives, sich durchsetzendes Verhalten versteht, zeigt vielfache Zusammenhänge im Untersuchungsfeld. Bei Frauen werden höhere Werte gefunden als bei Männern (vgl. 3.5.3. zum Problem der Normierung). Von den Altersgruppen fallen insbesondere die 14- bis 17jährigen und die 55- bis 75jährigen durch hohe Werte auf. Mit zunehmendem Qualifikationsgrad nimmt aggressive Zieldurchsetzung ab. Im Rahmen der Erwerbssituation wird die höchste "Aggressivität" bei Auszubildenden, Vorruehstählern, Rentnern und Arbeitslosen beobachtet. Die Einschätzungen zum sozialen Zusammenhalt weisen keine relevanten Beziehungen zu diesem Merkmal auf, bei starker Normenverunsicherung ist jedoch aggressives Verhalten häufiger. Diejenigen, die dem Radio, Kino/Video und den Illustrierten, also den unterhaltenden Medien, einen großen Einfluß auf ihre Einstellungen zu Kriminalität und Strafe einräumen, erreichen eher hohe Werte in der Aggressivitätsskala. Ferner steht die Opferwerdung mit dieser Dimension in Verbindung. Bei Opfern findet man häufiger hohe Aggressivitätswerte. Die Kriminalitätsfurchtindikatoren weisen in die gleiche Richtung: hohe Furcht und hohe Aggressivitätswerte.

Auch zu den Sanktionserwartungen hat diese Persönlichkeitsvariable vielfältige Kopplungen, die zwar denen ähnlich sind, die bei der sozialen Orientierung gefunden wurden, jedoch gleichsam mit umgekehrtem Vorzeichen. Strenge Bestrafung ist häufiger wichtig für Personen mit hoher Aggressivität, während Personen mit niedriger Aggressivität der Schadenswiedergutmachung, dem Täter-Opfer-Ausgleich und der Täterhilfe größeren Stellenwert einräumen. Die Todesstrafe wird bei hoher Aggressivität eher bejaht, und für zahlreiche Delikte der allgemeinen Kriminalität (wie z.B. Ladendiebstahl, Körperverletzung) wird bei hoher Aggressivität eher die härtere Sanktion gefordert. Beim Überfall auf ein Asylbewerberheim verlangen jedoch Personen mit niedriger Aggressivität mehr härtere strafrechtliche Sanktionen.

Die Skala FPI-R 7 "Beanspruchung" zeigt neben der Alters- und Geschlechtsspezifität (bei Frauen höher und in der Altersklasse 65 bis 74 Jahre am ausgeprägtesten) vor allem Beziehungen zu den Kriminalitätsfurchtindikatoren. Hohe Beanspruchung ist gekoppelt mit hoher

Kriminalitätsfurcht. Auch bei Opfern, insbesondere bei Mehrfachopfern, sind höhere Beanspruchungswerte beobachtbar.

Die Skala FPI-R 8 "Körperliche Beschwerden" weist nur wenige Zusammenhänge zu den befragten Sachverhalten auf. Frauen und Befragte der Altersgruppen bis 24 Jahre äußern häufiger körperliche Beschwerden (vgl. 3.5.3. zum Problem der Normwerte), ebenso Arbeitslose eher als Erwerbstätige. Am höchsten sind jedoch, bezogen auf die Erwerbssituation, die Ausprägungen bei Auszubildenden, Schülern und Studenten. Bei hoher Furchtausprägung werden auch mehr körperliche Beschwerden geäußert.

Die Werte der Skala FPI-R 9 "Gesundheitsorgen" sind ebenfalls bei Frauen stärker ausgeprägt und am höchsten in der Altersklasse 19 bis 24 Jahre sowie steigend ab 55 Jahre. Mit zunehmendem Qualifikationsgrad werden weniger gesundheitliche Sorgen geäußert, bezüglich der Erwerbssituation fallen Arbeitslose und Hausfrauen mit hohen Ausprägungen auf. Erhebliche Normenverunsicherung korrespondiert mit größeren Gesundheitsorgen. Kriminalitätsfurchtindikatoren weisen erhöhte Ausprägungen auf, wenn körperliche Beschwerden in starkem Umfang geäußert werden. Interessant sind auch die Zusammenhänge zum Medieneinfluß. Befragte, die Zeitschriften/Illustrierten, Rundfunk und Fernsehen einen hohen Stellenwert beimessen, äußern in verstärktem Maße Gesundheitsorgen. Diese Ergebnisse unterstützen die Hypothese, daß es sich dabei um ein von Normenverunsicherung und veränderten Lebensgewohnheiten gespeistes sowie durch den Medieneinfluß gefördertes Besorgnisssymptom handelt, wobei auch der reale Bedeutungszuwachs von Gesundheit für die Arbeitsplatzbehauptung zu sehen ist.

Für diese Hypothese sprechen auch die Zusammenhänge zu Sanktionserwartungen. Für alle Gewaltdelikte werden von Personen mit großen gesundheitlichen Befürchtungen höhere Strafen gefordert; Anklage und Verurteilung sowie die strenge Bestrafung des Täters, aber auch seine Entschuldigung, sind von besonderer Bedeutung.

Die Skala FPI-R 10 "Offenheit" mit den Polen "selbstkritisches Zugeben kleiner Schwächen" sowie "unkonventionelles Verhalten" (hohe Werte) und andererseits "verschlossen, auf guten Eindruck bedacht" (niedrige Werte) erbringt bezüglich der Erwerbssituation die höchsten Werte bei Auszubildenden, Schülern und Studenten, dagegen die niedrigsten bei Arbeitslosen und Rentnern. In den Altersgruppen sind die höchsten Ausprägungen bei den

14- bis 17-jährigen und die niedrigsten bei den 35- bis 44-jährigen zu beobachten. Anomie (im Sinne von Normenverunsicherung) befördert verschlossenes, auf guten Eindruck bedachtes Verhalten. Von den Kriminalitätsfurcht indizierenden Variablen zeigt hier nur der Indikator "nächtliche Furcht in der Wohnung" eine relevante Beziehung. Nächtliche Furcht in der Wohnung ist gepaart mit niedriger Offenheit. Opfer zeigen höhere Werte in der "Offenheitsskala", was auf einen aufgeschlossenen Umgang mit dieser spezifischen Situation hinweist. Da die Bejahung des Täter-Opfer-Ausgleichs mit niedriger Offenheit, also einem am "guten Eindruck" orientierten Verhalten, korrespondiert, ist diese Zustimmung eher vorsichtig zu werten.

Extravertiertes, unbeschwertes, impulsives Verhalten (FPI-R E) zeigt nur wenige relevante Zusammenhänge. Zahlreiche niedrige Ausprägungen finden sich in den Altersgruppen 25 bis 44 Jahre; Frauen weisen höhere Werte auf als Männer. Normenverunsicherung ist gekoppelt mit niedriger Extraversion, also zurückhaltendem, ernstem Verhalten. Opfer schildern sich dagegen häufiger als gesellig, impulsiv und unternehmungslustig, was sie häufiger in gefährdende Situationen bringen dürfte.

Abschließend sollen die Zusammenhänge, die die Skala "Emotionalität" (FPI-R N) aufweist, dargestellt werden. "Probanden mit niedrigem Skalenwert sind mit sich und ihrem Leben relativ zufrieden. Sie sind gelassen und nehmen die Dinge leicht. Probanden mit hohem Skalenwert lassen viele Probleme und innere Konflikte erkennen" (*Fahrenberg, Hampel & Selg.* Testinstruktion, S. 42). In unserer Population weisen, wie auch in der Normstichprobe, Frauen höhere Werte auf. Unter den Altersgruppen erreichen die 14- bis 34-jährigen hohe Werte, wobei die Gruppe der 14- bis 17-jährigen sehr stark polarisiert ist: Es finden sich hier auch viele Probanden mit niedrigen Ausprägungen. Mit zunehmender Qualifikation wird selbstvertrauendes, gelassenes Verhalten häufiger. Auch hier spielt die Normenverunsicherung eine Rolle. Sie korrespondiert mit starker Emotionalität. Das gleiche gilt für die Kriminalitätsfurcht. Hohe Ausprägungen finden sich auch hier gekoppelt mit emotionaler Labilität und stärkerem Konflikterleben.

Zusammenfassend hat sich gezeigt, daß der FPI-R im Gesamtkontext unseres Untersuchungsanliegens interessante Ergebnisse beisteuern konnte, auch wenn das Problem der Normierung ständig auftaucht. Mit Ausnahme der Skala "Offenheit" weisen alle anderen Skalen, z.T. im Gegensatz zur

Normierungsstichprobe, stärkere Ausprägungen bei Frauen auf, was erneut auf die Problematik der Normwerte hinweist. Frauen aus der Befragungspopulation antworten eher ähnlich den Männern in ihrer Stichprobe, aber da die Normen teilweise sehr unterschiedlich sind, erreichen die Frauen oftmals höhere Werte.

Drei Sachverhalte weisen eine besonders enge Beziehung zu partiell spezifischen Persönlichkeitsvariablen auf: die Normenverunsicherung, die Kriminalitätsfurcht und die Opferwerdung. Auch die Sanktionserwartungen sind beeinflusst. Die beobachteten Konstellationen sind in Tabelle 27 zusammengefaßt.

Diese Übersicht läßt erkennen, daß Normenverunsicherung bei den benannten psychischen Voraussetzungen intensiver erlebt wird bzw. daß sich diese Verunsicherung umgekehrt auch in Lebenshaltungen der Menschen niederschlägt. Kriminalitätsfurcht ist auf der Basis unserer Daten zu werten als ein komplexes Befinden, das in unserer Population durch die real ansteigende Kriminalität, die Mediendarstellung und aufgrund von bestimmten verunsichernden psychischen Eigenschaften der Menschen eine hohe Ausprägung erreicht hat.

Die Zusammenhänge einiger der untersuchten Persönlichkeitsvariablen zur Viktimisierung, die insbesondere bei Mehrfachopfern relevant werden, sind als Indikator für bestimmte ganzheitliche Lebensstile und deren Opfergefährdung zu verstehen, und nicht nur für sich genommen. Diese Merkmalskonstellation erfordert zusätzliche Analysen, um zu weitergehenden Aussagen kommen zu können. Auf die Sanktionserwartungen hat vor allem die soziale Orientierung als Persönlichkeitsmerkmal Einfluß. Eine hohe soziale Orientierung der Menschen, d.h. Verantwortungsgefühl für den Mitmenschen, "helfen wollen", läßt ausgleichende Maßnahmen, wie Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich, bevorzugen. Da die soziale Orientierung in der Befragungspopulation hoch ausgeprägt ist, bietet sich eine gute Basis für entsprechende kommunale Bemühungen. Ausgleichsformen, ihre praktische Realisierung und ihre Wirkungen sind deshalb auch in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen, um an diese Grundhaltungen anknüpfen zu können. Einige unserer Ergebnisse sind vergleichbar mit den von *Stephan* gefundenen Zusammenhängen von Persönlichkeitsvariablen, Kriminalitätsfurcht und Opferwerdung, z.B. der Zusammenhang zwischen hoher Kriminalitätsfurcht und hoher Gehemmtheit.

Tabelle 27: Zusammenhänge zwischen FPI-R-Variablen und kriminalitätsrelevanten Sachverhalten

	Anomie	Kriminalitätsfurcht	Opferwerdung	Sanktionserwartungen
Lebenszufriedenheit (hoch)	gering	gering	—	geringe Lebenszufriedenheit → hohe Straftaten
soziale Orientierung	—	—	—	sozial geringe Orientierung → hohe Strafen hohe Orientierung → ausgleichende Maßnahmen
Leistungsorientierung	—	—	—	—
Gehemtheit (hoch)	hoch	hoch	—	—
Erregbarkeit (hoch)	—	hoch	hoch (Mehrfachopfer)	hohe Erregbarkeit → strenge Bestrafung des Täters
Aggressivität (hoch)	hoch	hoch	hoch	hohe Aggressivität → hohe Strafen
Beanspruchung (hoch)	—	hoch	hoch (Mehrfachopfer)	—
Körp. Beschwerden (hoch)	—	hoch	—	—
Gesundheits Sorgen (hoch)	hoch	hoch	—	große Gesundheits Sorgen → bei Gewaltdelikten hohe Strafen
Offenheit (hoch)	niedrig	—	hoch	—
Extraversion (hoch)	niedrig	—	hoch	—
Emotionalität (hoch)	hoch	hoch	hoch	niedrige Emotionalität → hohe Strafen bei einigen Delikten

*Stephan* kommt zum Ergebnis, daß die Kriminalitätswahrnehmung entscheidend durch die gesamte Persönlichkeitsstruktur determiniert ist: "Personen, die wenig optimistisch sind, wenig Selbstvertrauen aufweisen, ängstlich, unsicher und irritierbarer erscheinen, erleben ihre Umwelt eher als bedrohlich und sehen viel mehr negative Entwicklungen als Personen, die selbstvertrauend und weniger pessimistisch sind. Personen, die zurückhaltend, schüchtern und verzagt sind, setzen sich auch für schärfere Verbrechenskontrolle ein, sprechen sich eher für die Todesstrafe aus ..." (*Stephan* 1976, S.161). Obwohl *Stephan* mit der älteren Version des FPI arbeitete und auch die Indikatoren zur Kriminalitätswahrnehmung größtenteils anders formuliert waren, gehen unsere Ergebnisse in die gleiche Richtung. Wir konnten zeigen, daß Persönlichkeitsmerkmale das Erleben von Normenverunsicherung, Kriminalitätsfurcht und auch Sanktionserwartungen beeinflussen und daß auch die Opferwerdung (insbesondere die Mehrfachopferwerdung) davon berührt wird. Daß Persönlichkeitsmerkmale Aussagen über Opferdispositionen zulassen, wird gleichfalls bestätigt.

## 4. Exkurse

### 4.1. Datenstrukturierung durch Faktorenanalyse

Die Indikatoren des Fragebogens sind nach einem theoretischen Gesamtkonzept ausgewählt und formuliert, das Opferwerdung und kriminalitätsrelevante Einstellungen in den Gesamtzusammenhang der gravierenden Veränderungen in den zentralen Tätigkeits- und Lebensbereichen sowie individuumsspezifischen Werten und Lebensgrundhaltungen zu stellen sucht. Es bietet sich zumindest an, über eine Faktorenanalyse (auf der Basis von Rangdaten) die Vielzahl von Einzelzusammenhängen zu strukturieren bzw. zentrale Zusammenhangsmuster zu finden. Nur in diesem Sinn ist die Faktorenstruktur zu interpretieren.

Zehn Faktoren klären nach Varimax-Rotation 40 % der Gesamtvarianz auf, was bei der Vielzahl von Variablen und für die Interpretationszwecke als noch ausreichend angesehen wird. Die Faktoren haben folgende Struktur (V = Variable; die nachfolgende Zahl ist jeweils identisch mit der Nummer der Frage im Fragebogen):

#### Strafeinstellungen I

<b>Faktor 1:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 75-16	Körperverletzung mit Waffe	0,61
V 75-12	Vergewaltigung	0,60
V 75-13	sexuelle Nötigung	0,59
V 75-14	Raub	0,59
V 75-15	Autodiebstahl	0,58
V 75-6	Wohnungseinbruch	0,54
V 75-17	Kindesmißhandlung	0,54
V 75-8	Körperverletzung	0,52
V 75-18	wiederholter Einbruch	0,51
V 75-21	Asylbewerberheim überfallen	0,45

Dieser Faktor 1 umfaßt Strafeinstellungen vor allem zu Gewalttaten. Er ordnet sich in andere Untersuchungsergebnisse ein, die eine hohe



Wichtigkeit des Autos dokumentieren, da der Autodiebstahl hier ebenfalls eingeschlossen ist. Bei diesen schweren Delikten werden auch überwiegend eingriffsintensive Strafen (Bewährungsstrafe oder Freiheitsstrafe) gefordert.

Psychische Beanspruchung.

<b>Faktor 2:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
FPI-R N	Emotionalität	0,77
FPI-R 5	Erregbarkeit	0,68
FPI-R 7	Beanspruchung	0,64
FPI-R 10	Offenheit	0,53
FPI-R 6	Aggressivität	0,44
FPI-R 8	körperliche Beschwerden	0,44
FPI-R 1	Lebenszufriedenheit	-0,43
FPI-R 4	Gehemmtheit	0,26
V 66	gedankliche Beschäftigung mit Opferwerdung	0,18
V 50	Opfer	0,14

Dieser Faktor entspricht dem Faktor 2 aus der Sekundärfaktorenanalyse des FPI-R im Rahmen unserer Stichprobe. Psychische Beanspruchung beeinträchtigt das Wohlbefinden und auch die Lebenszufriedenheit. Diese Konstellation ist bei Opfern etwas häufiger zu finden und steht in Bezug zur gedanklichen Beschäftigung mit einer möglichen Opferwerdung (wobei diese Zusammenhänge statistisch nur schwach nachweisbar sind).

Strafeinstellungen II

<b>Faktor 3:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 75-9	Ladendiebstahl 90 DM	0,64
V 75-3	Ladendiebstahl 500 DM	0,62
V 75-2	Schwarzfahren	0,55
V 75-7	Graffiti	0,54
V 75-5	Haschischkonsum	0,45
V 75-10	Heroinkonsum	0,45

<b>noch Faktor 3:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 75-11	Hausbesetzung	0,36
V 75-6	Wohnungseinbruch	0,34
V 75-15	Autodiebstahl	0,26
V 75-18	wiederholter Einbruch	0,24
V 75-14	Raub	0,20
V 75-8	Körperverletzung	0,18

Hier sind die Strafeinstellungen zusammengefaßt, bei denen weniger eingriffsintensive Sanktionen bevorzugt werden. Interessant ist, daß in die Zusammenhangsmuster Strafeinstellungen I und II die Todesstrafenakzeptanz oder -ablehnung nicht eingebunden ist.

#### Medienfaktor

<b>Faktor 4:</b>	<b>Ladung im Faktor</b>	
V 48 D	Einfluß von Fernsehsendungen	0,74
V 48 C	Einfluß von Rundfunksendungen	0,74
V 48 A	Einfluß von Tageszeitungen	0,73
V 48 B	Einfluß von Zeitschriften/Illustrierten	0,67
V 48 E	Einfluß von Kino/Video	0,22
FPI-R 9	Gesundheitssorgen	0,17
V 2 A	Altersgruppe	0,10

Faktor 4 beschreibt die Medieneinflüsse auf die Einstellungen zu Kriminalität und Strafe. Es wird erkennbar, daß Kino und Video hier den geringsten Einfluß besitzen. Es deutet sich ein Zusammenhang in der Richtung an, daß mit zunehmendem Alter den Medien für die Meinungsbildung ein größeres Gewicht zukommt und daß bei hohem Medieneinfluß auch über gesundheitliche Probleme stärker reflektiert wird.

Der Faktor 5 beschreibt über alle Indikatorenbereiche des Fragebogens hinweg ein Einstellungsmuster, das bei geistiger Arbeit typisch ist. Auf der Basis einer hohen sozialen Orientierung und selbstbestimmten persönlichen Weltanschauung wird Gewalt in starkem Maße abgelehnt und auch die

Anwendung der Todesstrafe verneint. Normenverunsicherung spielt weniger eine Rolle.

### Spezifisches Einstellungsprofil bei geistiger Arbeit

<b>Faktor 5:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 10	Berufsabschluß	0,59
V 19 C	geistige Arbeit	0,56
V 37 E	Akzeptanz von Gewalt gegenüber Ausländern	-0,53
FPI-R 2	soziale Orientierung	0,48
V 37 K	Gewaltakzeptanz zur Durchsetzung polit. Interessen	-0,36
V 76	Todesstrafe (abgelehnt)	0,35
V 37 A	Normenverunsicherung	-0,31
V 48 E	Einfluß von Kino/Video	0,31
V 48 H	Einfluß der persönlichen Weltanschauung	0,23

### Geschlechtsspezifisches Einstellungsprofil

<b>Faktor 6:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 1	Geschlecht	0,72
V 43	nächtliche Furcht in der Wohnung	0,72
V 44	nächtliches Sicherheitsgefühl in der Wohngegend	-0,71
V 66	gedankliche Beschäftigung mit Opferwerdung	0,45
V 32	Belästigung durch gewalttätige Gruppen	0,28
V 37 A	Normenverunsicherung	0,23
V 10	Berufsabschluß	-0,19

Geschlechtsspezifisch wird im Faktor 6 ein besonders auf Kriminalitätsfurcht zugeschnittenes Einstellungsprofil deutlich. Frauen (vor allem mit geringem Berufsabschluß) haben eine höhere Kriminalitätsfurcht und fühlen sich durch gewalttätige Gruppen in stärkerem Maße beeinträchtigt. Normenverunsicherung spielt in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle.

## Selbstbewußtsein und Leistungsorientierung

<b>Faktor 7:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
FPI-R E	Extraversion	0,81
FPI-R 3	Leistungsorientierung	0,66
FPI-R 4	Gehemmtheit	-0,66
FPI-R 6	Aggressivität	0,32
FPI-R 1	Lebenszufriedenheit	0,27
FPI-R 8	Gesundheitssorgen	-0,16
V 1	Geschlecht	0,20
V 50	Opfer	0,15

Faktor 7 reflektiert den Faktor 2 der Sekundärfaktorenanalyse des FPI-R in unserer Stichprobe. Selbstbewußtes und leistungsorientiertes Verhalten steht hier im Mittelpunkt. Damit im Zusammenhang ist Lebenszufriedenheit ausgeprägt, und Gesundheitssorgen sind seltener. Diese Konstellation findet sich etwas häufiger bei Frauen (vgl. 3.5.3. zum Problem der Unstimmigkeit der Normwerte) und ist teilweise auch bei Opfern zu finden.

## Altersspezifisches Einstellungsprofil

<b>Faktor 8:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 2 A	Altersgruppe	-0,60
V 75-19	Vergewaltigung in der Ehe	0,51
V 32 B	Ungenügende Freizeitmöglichkeiten f. Kinder/Jug.	0,48
V 75-5	Haschischkonsum	0,39
V 75-10	Heroinkonsum	0,38
V 37 A	Normenverunsicherung 1	-0,25
FPI-R 8	Körperliche Beschwerden	0,23
V 75-17	Kindesmißhandlung	0,23
V 75-12	Vergewaltigung	0,22
V 75-15	Autodiebstahl	-0,20
V 10	Berufsabschluß	0,20
FPI-R 2	soziale Orientierung	0,19

<b>noch Faktor 8:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 26	Umfang sozialer Kontakte (Veränderung)	0,19
V 48 F	Einfluß eigener Erfahrungen	0,18

In diesem Faktor widerspiegelt sich ein altersspezifisches Einstellungsprofil. Jüngere Menschen erleben bei höherer sozialer Orientierung eine geringere Normenverunsicherung. Sie haben mehr soziale Kontakte und messen ihren eigenen Erfahrungen größeren Raum bei der Beurteilung der Kriminalität und Strafe ein. Ungenügende Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden von ihnen stärker als belastend erlebt. Sie kommen zu einer höheren Verurteilung von Kindesmißhandlungen, Vergewaltigung, Vergewaltigung in der Ehe und Rauschgiftdelikten, während sie Autodiebstähle weniger bestraft sehen wollen.

#### Desorganisationssyndrom

<b>Faktor 9:</b>	<b>Ladung im Faktor</b>	
V 32 C	Belastung durch gewalttätige Gruppen	-0,51
V 32 A	Belastung durch Verwahrlosung der Wohngegend	-0,51
V 26	Umfang sozialer Kontakte (Veränderung)	0,49
V 25	Zusammengehörigkeit in der Nachbarschaft	0,46
V 28	Zusammengehörigkeit in der Öffentlichkeit	0,43
V 76	Todesstrafe	0,28
V 32 B	ungenügende Freizeitmöglichkeiten f. Kinder/Jug.	-0,27
V 50	Opfer	-0,27
V 37 A	Normenverunsicherung 1	-0,22
FPI-R 1	Lebenszufriedenheit	0,21
V 75-10	Heroinkonsum	0,20
V 75- 5	Haschischkonsum	0,19
V 6 B	gedankliche Beschäftigung mit Opferwerdung	-0,17
V 1	Geschlecht	0,17
V 10	Berufsabschluß	0,17

Dieser Faktor ist konstituiert durch ein intensives Erleben sozialer Desorganisation im Wohngebiet und in der Öffentlichkeit. Verwahrlosung der Wohngegend, ungenügende Freizeitangebote und gewalttätige Gruppen stehen in Verbindung mit einer Abnahme der eigenen sozialen Kontakte und mit einem Erleben von abnehmendem Zusammengehörigkeitsgefühl in der Nachbarschaft und in der Öffentlichkeit. In dieser Konstellation wird Normenverunsicherung in starkem Maße erlebt, die Lebenszufriedenheit ist gering, und die Todesstrafe wird eher bejaht. Auch der Zusammenhang dieser allgemeinen Verunsicherung zur Kriminalitätsfurcht und zur Opferwerdung (insbesondere Mehrfachopferwerdung) deutet sich in diesem Faktor an, was auch im Sinne zunehmender Verunsicherung bei mehrfacher Opferwerdung interpretiert werden kann.

#### Erfahrungsgeleitetes Einstellungsprofil

<b>Faktor 10:</b>		<b>Ladung im Faktor</b>
V 48 G	Einfluß von Gesprächen	0,65
V 48 F	Einfluß von eigenen Erfahrungen	0,57
V 48 H	Einfluß der eigenen Weltanschauung	0,45
V 75-5	Haschischkonsum	-0,36
V 75-10	Heroinkonsum	-0,36
V 2 A	Altersgruppe	-0,32
V 50	Opfer	0,30
V 75-20	Schwangerschaftsabbruch	-0,24
V 66	gedankliche Beschäftigung mit Opferwerdung	0,24

Der Faktor 10 beschreibt ein erfahrungsgeleitetes Einstellungsbild. Die Haltung zu Kriminalität und Strafe wird vor allem von Gesprächen, eigenen Erfahrungen und der persönlichen Weltanschauung und weniger von den Medien bestimmt. Dies ist für jüngere Menschen und auch für Opfer von Straftaten besonders typisch. Erneut bestätigt sich, daß Opfer ihre Haltungen zu Kriminalität und Strafe in starkem Maße von sachlichen Aspekten leiten lassen; das Nachdenken über eine mögliche Opferwerdung spielt jedoch eine Rolle. Rauschgiftkonsum und Schwangerschaftsabbruch sollen bei dieser

Konstellation gar nicht oder nur zurückhaltend strafrechtlich verfolgt werden.

Ein interessantes Ergebnis der Faktorenanalyse ist das Herauskrystallisieren verschiedener spezifischer Profile, die zeigen, wie die komplexen und zahlreichen Einzelzusammenhänge in Verbindung stehen und sich natürlich überlagern. Ein spezifisches Einstellungsprofil bei geistiger Arbeit, ein geschlechts- und ein altersspezifisches Einstellungsprofil, ein Profil bei starkem Desorganisationserleben sowie ein erfahrungsgelitetes Einstellungsprofil scheinen die Beantwortung der Indikatoren generell zu beeinflussen. Daran anknüpfend wären weitere Untersuchungen nötig, um die kriminalitätsrelevanten Zusammenhänge innerhalb solcher Einstellungsprofile detaillierter aufzuzeigen.

## **4.2. Gewaltkriminalität und Gewaltakzeptanz**

Gewalt ist die momentan am intensivsten reflektierte Erscheinung. Die Gewaltkriminalität stieg seit 1990 augenscheinlich an. Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik Thüringens weist einen Anstieg der Häufigkeitsziffer auf etwa das 5-fache aus, wobei der Anteil der Gewaltkriminalität an der Gesamtkriminalität 1991 erst nur 1,6 % ausmachte (in Jena 1,9 %), während er in den alten Bundesländern (incl. Gesamt-Berlin) bei 2,7 % lag. Die Thüringer Häufigkeitsziffer von 60 Fällen pro 100.000 Einwohner blieb 1991 noch bei etwa einem Drittel der Häufigkeit in den alten Bundesländern mit 194, der sich Jena mit einer Ziffer von 139 jedoch bereits erheblich näherte. Hier gehen augenscheinlich sehr verkürzt nachholende Prozesse vor sich, die in den alten Bundesländern Jahrzehnte in Anspruch nahmen. Dort liegt die registrierte Gewaltkriminalität heute etwa zweieinhalbmal so hoch als vor einem Vierteljahrhundert, als die Häufigkeitsziffer noch etwa der heutigen Thüringer Zahl entsprach.

60,3 % der von uns Befragten vermerken gewaltbereite Gruppen als ein ihr Wohnumfeld belastendes Problem (Frage 32); der Ausbreitung aggressiver Gruppen wird innerhalb einer Vorgabe von zwölf Vermutungen über Kriminalitätsursachen das größte Gewicht beigemessen (Frage 42). Offensichtlich handelt es sich hierbei um den sensibelsten Bereich von Kriminalitätserleben. Aus der bisherigen Erfahrung ist die hauptsächlich

ansteigende Straßengewalt am ungewohntesten. Das Risiko, Opfer einer Körperverletzung oder eines Raubes zu werden, wird 14-fach bzw. 29-fach höher vermutet als die reale Opferrate sich darstellt. Da diese Risikovermutung auf die Zukunft (des nachfolgenden Jahres) gerichtet ist, wird darin ein weiterer Gewaltanstieg antizipiert; zugleich werden präventive Wirkungen der Gesellschaft und staatliche Schutzpotentiale offenbar gering angesetzt. Es findet eine subjektive Übersteigerung der Bedrohtheit statt.

Bei den Befragten, die Opfer mehrerer Straftaten geworden waren, fällt auf, daß gegenüber der ersten Viktimisierung (Frage 77) häufiger Körperverletzungen angegeben werden (Frage 82), eine besondere Gewaltbelastung, die sich bei der dritten Viktimisierung (Frage 87) noch erhöht. Dies bestätigt, daß für das Opfererleben Gewaltsituationen besonders gravierend sind. Ihnen scheinen vor allem Mehrfachopfer zu unterliegen, also eine bestimmte Gruppe, die als sozial und personal besonders schwach vermutet werden könnte. Diese Vermutung konnte jedoch schließlich aus unseren Ergebnissen nicht ohne weiteres bestätigt werden. Einerseits nimmt die Gewaltviktimisierung mit steigendem Qualifikationsgrad und dem damit meist verbundenen höheren sozialen Status ab. Umgekehrt haben wir eine Beziehung zwischen gering qualifizierter (schwerer körperlicher) Arbeit und erhöhter Gewaltakzeptanz feststellen können. Dies geht in die von *Heitmeyer* vermerkte Richtung, Tätigkeitsinhalte, das Nicht-ausgefüllt-Sein durch Arbeitstätigkeit im Ursachensyndrom der Gewaltbereitschaft zu beachten (vgl. 1992, S. 82). Andererseits unterscheidet sich die Opferbelastung der Geschlechter nicht, was wiederum das bereits mehrfach gefundene Ergebnis stützt, wonach dieser durchschnittlichen Opferbelastung eine höhere Kriminalitätsfurcht gegenübersteht, die sich somit hauptsächlich aus einer soziokulturellen Rollenzuschreibung erklären lassen muß (vgl. *Boers* 1991, S. 353).

Gewaltopfer erweisen sich in bezug auf Persönlichkeitsvariablen (vgl. 3.5.) als offener und mobiler (höhere Erregbarkeit, Aggressivität, Beanspruchung, Offenheit, Extraversion, bei geringerer Lebenszufriedenheit und niedrigerer oder auch höherer sozialer Orientierung). Darin deuten sich Opfer-Täter-Zusammenhänge an, und es ist eher davon auszugehen, daß Gewalt für den Versuch der Bewältigung von Lebenskonflikten genommen wird, der sich nicht auf soziale Randgruppen beschränkt.



Der höchste Anteil der Gewaltopfer findet sich bei den 14- bis 24jährigen (= 24,5 % aller Befragten dieser Altersgruppe), im Schwerpunkt bei den 18- bis 24jährigen (13,2 Prozentpunkte), also im Alter besonderer sozialer Aktivität. Bereits bei den 25- bis 34jährigen nimmt die Opferbelastung rapide ab (nur noch 6,3 % dieser Gruppe eines Altersjahrzehnts.) Sie fällt bei den folgenden Altersjahrzehnten unter 4 %, steigt jedoch bei den 65- bis 74jährigen noch einmal auf 5,1 %, was ebenfalls keine Dramatisierung von Opferfurcht begründen kann, ohne die besonderen Schutzbedürfnisse zu verkennen.

Es scheint, daß hier ein bereits in anderen Untersuchungen gefundener Zusammenhang höhere Beachtung verdient: Gewalttäter sind auch häufiger Gewaltopfer, und es gibt eine "gewisse Affinität der für das Erleiden von Gewaltdelikten relevanten Persönlichkeitsmerkmale zu jenen, die auch für das Begehen von Gewaltdelikten Bedeutung haben" (*Villmow & Stephan* 1983, S. 480).

So gesehen, begegnet dem Täter in der Person des Opfers immer zugleich eine andere Seite seiner selbst. Das scheint psychologisch und sozial ein wichtiger (natürlich nicht hinreichender) Ansatz für produktive Konfliktarbeit und schützt vor einseitigen Orientierungen auf den Täter oder auf das Opfer. Dieser meist verdeckt bleibende Zusammenhang entwickelt sich generell auch in einer ansteigenden Risikobereitschaft junger Menschen gegenüber ihrem eigenen Leben (als eine Form nach innen gerichteter Gewalt gegen sich selbst), ob in lebensriskierenden "Wettbewerben" oder in Risiken bei Straftaten.

Nicht zuletzt deutet sich diese Instrumentalisierung von Gewalt auch darin an, daß die Vermutung, "eher wahrscheinlich" oder "sehr wahrscheinlich" Opfer einer Körperverletzung bzw. eines bewaffneten Angriffs zu werden (Frage 65), etwa auf gleicher Risikohöhe (Eindrittel-Niveau) bejaht wird.

14,4 % der Bürger sehen in Gewalt ein durchaus taugliches Mittel, politische Interessen durchzusetzen (Frage 37 K). Wir versuchten, diese Gruppe der Zustimmungenden zu differenzieren, was natürlich nur noch Ergebnisse erwarten ließ, die auf der deskriptiven Ebene verbleiben. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigten sich nicht. Signifikante Unterschiede offenbarten dagegen die Altersgruppen. Die höchste Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Interessen findet sich

bei den 18- bis 24jährigen (16,9 %) und erstaunlicherweise im Alter über 65 Jahre. Ob es sich dabei um einen Effekt der etwas komplizierten und eventuell mißverständlichen Formulierung des Indikators handeln könnte, wurde durch einen Vergleich der Ergebnisse von Interview und schriftlicher Befragung festzustellen versucht. Dabei bestätigten sich jedoch auch im Interview (in dem Fehleintragungen durch den Interviewer minimiert gewesen sein dürften) diese Zusammenhänge deutlich: 21,7 % der 65- bis 75jährigen und 16,7 % der über 75jährigen äußern im Rahmen der Interviews Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Mit zunehmender Qualifikation wird Gewalt deutlicher abgelehnt; einzig die Gruppe der Meister fällt aus diesem Trend mit der höchsten Gewaltakzeptanz (25,0 %) heraus. Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen sind hier nicht feststellbar, so daß kurzschlüssige Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Gewalt nicht gezogen werden dürfen.

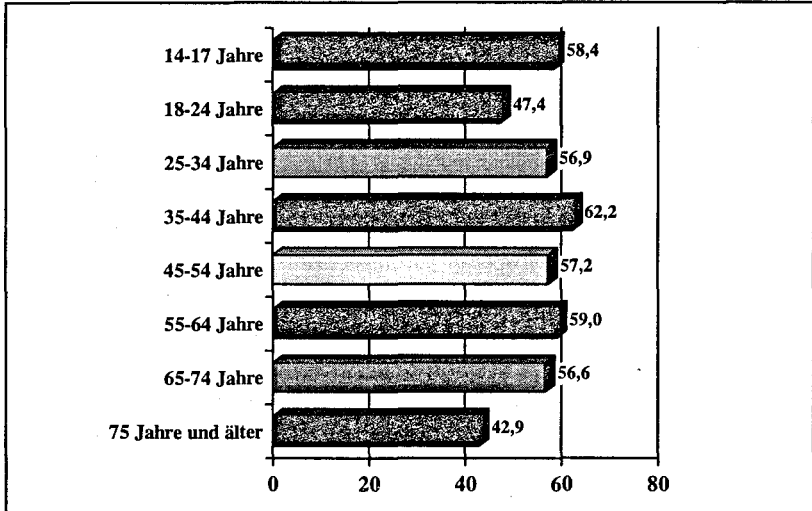
Setzt man jüngere, gesamtdeutsche Untersuchungsergebnisse hinzu, so ist anzunehmen, daß diese Gewaltbereitschaften eher allgemeiner Natur, nicht auf bestimmte Regionen beschränkt und nicht nur als Jugend-, geschweige denn als vordergründig strafrechtliches Problem zu begreifen sind – vgl. z.B. die deutschlandweite Umfrage des Forsa-Instituts vom Herbst 1992, wonach 9 % der Befragten Gewalt für die Artikulation oder gar Lösung gesellschaftlicher Probleme für zulässig halten (vgl. Stern 40/1992, S. 38). Somit bedarf es eben einer breiteren Sicht, um die übergreifenden Ursachen und Zusammenhänge in den Blick zu bekommen und entsprechend auf ein abgestimmtes System gesellschaftlicher sowie regional-präventiver und (dem untergeordnet) kontrollierender Reaktionen zugehen zu können. Dafür ist ermutigend, daß die übergroße Mehrheit der von uns Befragten (85,5 %) solcherart Gewalt ablehnt.

Bereits Mitte 1991, als der Fragebogen konzipiert wurde, legten neuartige Gewalterscheinungen nahe, Indikatoren der Akzeptanz von Ausländern aufzunehmen. Die Aussage "In der heutigen Zeit dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden" (Frage 37 E) ergab eine sehr verteilte Antwortstruktur: 16,8 % stimmen ihr zu, 26,6 % stimmen eher zu, während 25,6 % diese Aussage eher ablehnen und 31,1 % sie sogar deutlich ablehnen.

Damit sind etwa 43,3 % im Grunde gegen eine weitere Aufnahme von Ausländern, während 56,7 % die Aufnahme befürworten. Frauen akzeptieren signifikant häufiger die Ausländeraufnahme (64,4 %, dagegen nur 52,7 %

der Männer). Das gleiche gilt für Bürger mit höherem Qualifikationsgrad; mit Hochschulabschluß erreicht die Zustimmung zur Ausländeraufnahme 75,7 %. Der signifikante Einfluß der Altersgruppe wird durch eine wellenartige Kurve skizziert.

Graphik 9: Akzeptanz der Ausländeraufnahme



(Angaben in Prozent)

Deutlich abweichend verhalten sich die Altersgruppen 18 bis 24 Jahre und ab 75 Jahre, wohinter sicher unterschiedliche Argumentationen stehen dürften. Für die 18- bis 24jährigen als Einsteiger in das Berufsleben ist die Konkurrenz mit ausländischen Arbeitnehmern zweifellos ein besonders gewichtiges Moment. Arbeitslose fallen gegenüber Erwerbstätigen durch deutliche Zurückhaltung gegenüber der Ausländeraufnahme auf; nur 47,3 % sind für eine Ausländerintegration, aber 57,8 % der Erwerbstätigen. Bei Schülern und Studenten herrscht eine hohe Akzeptanz mit 71 %.

Immerhin 13,3 % der Befragten bringen zum Ausdruck, daß sie Leute verstehen, "die Ausländer aus dem Land prügeln" (Frage 37 E). Diese Meinung ist in erheblichem Maße geschlechts- und altersspezifisch. Frauen stimmen ihr nur zu 9,4 % zu, und bei den Altersgruppen ist die hohe

Zustimmung in den Gruppen der 14- bis 17jährigen mit 16,1 %, der 18- bis 24jährigen mit 24,2 % und der 24- bis 34jährigen mit 15,9 % bedenklich. Bei den anderen Altersgruppen findet man nur geringe Unterschiede; die Bejahung liegt zwischen 8 und 11 %. Mit zunehmendem Qualifikationsgrad sinkt die Bereitschaft, Gewalt gegen Ausländer zu akzeptieren. Bürger mit Hochschulabschluß stimmen nur mit 6 % zu, bei Teilfacharbeitern liegt diese Zahl bei 30 %.

Die Erwerbssituation zeigt ebenfalls erhebliche Differenzierungen bezüglich dieser Haltung. Arbeitslose akzeptieren Gewalt gegen Ausländer mit 18 % deutlich häufiger als Erwerbstätige mit 12,5 %. Als besonders gravierend muß aber die Zustimmung von 40 % der Auszubildenden und 50 % der Wehr- und Zivildienstleistenden betrachtet werden. (Dabei ist die geringe Häufigkeit in der Befragungspopulation zu beachten.) Die hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern bei jungen Menschen wird also besonders durch diese Gruppen getragen. Bei Schülern und Studenten erreicht der vergleichbare Wert 13,5 %. Die Vermutung, daß die Zustimmung zur Gewalt im Rahmen politischer Interessen und zur Gewalt gegenüber Ausländern weithin von den gleichen Personen getragen wird (die Prozentzahlen von jeweils ca. 14 % Zustimmung legen das nahe), hat sich nicht bestätigt. Wir haben es mit unterschiedlichen Konstellationen der Gewaltakzeptanz zu tun. Nur 3,5 % der Befragten akzeptieren in beiden erfragten Konstellationen Gewalt. Um den Gründen für eine Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern näher zu kommen, wurde versucht, die typische Merkmalskombination in diesem Zusammenhang (und auf der Basis der von uns erhobenen Daten) zu finden.

Mit Hilfe von Diskriminanzanalysen (da es sich vorwiegend um Rangdaten handelt, wurde auf der Basis von kategorialen Analysen gerechnet) konnten folgende Indikatoren herausgehoben werden, die Befragte mit Akzeptanz von Gewalt gegenüber Ausländern von der größeren Mehrheit, die dies nicht akzeptierten, trennen:

Diese Konstellation verweist auf eine Verbindung individueller und sozialstruktureller Merkmale. Gewalt gegen Ausländer wird überdurchschnittlich häufig von jungen Männern befürwortet, die schwere körperliche Arbeit verrichten und sich in ihren Einstellungen und Haltungen in starkem Maße von Fernsehsendungen beeinflussen lassen. Ihre Lebenszufriedenheit und soziale Orientierung sind gering, ihre Aggressivität ist hoch.

Tabelle 28: *Indikatoren für Akzeptanz von Gewalt gegen Ausländer*

Merkmal	p-Werte
Alter bis 24 Jahre	0,011
männlich	0,000
Normenverunsicherung hoch	0,001
Einfluß von Fernsehsendungen hoch	0,046
Ausübung schwerer körperlicher Arbeit	0,029
FPI-R 1 Lebenszufriedenheit niedrig	0,058
FPI-R 2 soziale Orientierung niedrig	0,000
FPI-R 6 Aggressivität hoch	0,000

## 5. Konsequenzen für städtische Kriminalitätsvorbeugung und -kontrolle

Die Ergebnisse unserer Untersuchung genügen natürlich allein nicht, um systematische Konsequenzen für Strukturen und Inhalte städtischer Kriminalitätsvorbeugung herzuleiten. Sie ergänzen jedoch in spezifischer Weise die vor allem in den 80er Jahren international gewachsenen Publikationen zur *community crime prevention* und tragen zu deren Diskussion bei.

- Kommunale Gemeinschaften erweisen sich als weit gewichtigere Präventionspotentiale als in der deutschen Wirklichkeit mit ihrem Konzept einer eher zentralistisch verstandenen "inneren Sicherheit" bisher zugestanden (vgl. *Albrecht* 1992, S. 36) und andernorts bereits praktiziert (vgl. z.B. *Graham* 1990; *Hope & Shaw* 1988; *Wikström* 1990). Wenn es richtig ist, daß die unmittelbar verhaltensorientierenden Kriminalitätseinstellungen "eher mit konkreten, persönlichen Erfahrungshorizonten als mit generalisierten, sozialen oder politischen Einstellungsmustern zusammenhängen" (*Boers* 1991, S. 345), dann wird der Stellenwert dieses Vorbeugungsfeldes deutlich.

Heute dürften die Grenzen einer engeren kriminologischen Sicht als erwiesen gelten können. Zum einen genügt es nicht, unmittelbare Tatgelegenheiten reduzieren und das individuelle Schutzverhalten qualifizieren zu wollen. Solcherart Viktimisierungsschutz verringerte kaum die Kriminalität oder die Kriminalitätsfurcht, weil er nicht in weiterreichende soziale Konzepte eingebunden war (vgl. *Boers* 1991, S. 336). Und zum zweiten sind auch nicht so sehr die funktional-technischen Bedingungen von Raumgestaltung, Architektur und Sicherheitsvorkehrungen von Bedeutung, sondern sozialstrukturelle und -kulturelle Momente (vgl. *Keim & Meyer-Franck* 1981, S. 246; *Sachs Pfeiffer* u.a. 1989, S. 22 f.; *Kube* 1991, S. 121 f.). Weitergreifende Konzepte sind also nötig.

Kriminalität folgt in entwickelten Gesellschaften heute weniger aus unmittelbarer materieller Not, sondern aus erheblichen Fähigkeitsunterschieden und Unterbefähigungen angesichts der sehr beweglich gewordenen und gestiegenen Anforderungen an die soziale Kompetenz in Arbeit, Kooperation, zwischenmenschlichen Beziehungen und Konflikt-

lösung. Selbst raumgestalterisch angelegte Studien stoßen auf diese "neue Form" einer weniger durch das materielle Einkommen als vielmehr durch Aktions- und Interaktionsmangel charakterisierten "sozialen Armut" (vgl. *Sachs Pfeiffer* u.a. 1989, S. 26, 33).

Da entsprechende Fähigkeiten nur in eigenaktiver Tätigkeit wachsen können, liegt der Ausweg hauptsächlich in solchen Tätigkeits- und Kooperationsmöglichkeiten. Folglich wirken stadtstrukturelle Veränderungen letztlich nur in dem Maße kriminalpräventiv, wie sie Tätigkeitsangebote eröffnen und sozial-kommunikative Begegnung zulassen. Solche Möglichkeiten müssen nötiger als je zuvor Freiräume sein, die selbst gestaltet werden können. Das gilt gleichermaßen für Angebote an Gruppen oder Personen, die besonderer Sozialarbeit bedürfen.

Auch wenn sich somit der Blick nicht auf das Problem der Arbeitslosigkeit beschränken darf, bleiben Angebote einer existenzsichernden und fähigkeitsfördernden Arbeit eine wesentliche kommunale Sorge, vor allem für Jugendliche.

- Von der tätigen Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten hängt die Akzeptanz dieser Öffentlichkeit und ihrer Normen erheblich ab. In bezug auf abstraktere Formen kommunalpolitischer Partizipation geht es nicht mehr nur um Teilnahme an Diskussionen und Anhörungen, sondern weitergehend um Abstimmungs- und Aktionspartizipation im Sinne tätiger Teilhabe an Projekten, die die eigene Lebenswelt tangieren (vgl. *Sachs Pfeiffer* u.a. 1989, S. 91 - 93, 300).

Auf dieser Ebene liegt auch, neben den Bedingungen elementarer Ordnung städtischen Lebens die Hintergrundkonflikte kommunalpolitisch offen zu artikulieren und die Beteiligten einzubeziehen in das Austragen dieser Konflikte (beginnend z.B. bei Bau- und Rekonstruktionsentscheidungen im Wohngebiet bis hin zur Nutzung und Pflege von Außenanlagen).

In den ostdeutschen Ländern wird Partizipation noch stärker mit dem unmittelbaren Nachbarschafts- und Kleingruppenleben verbunden als mit abstrakteren Demokratieformen. Das macht Gesellungs- und Aktivitätsräume besonders nötig. Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen im kommunalen Umfeld, die oft nur unter Spitzenleistungsdruck agieren, haben sich wieder als lebensnahe Erfahrungswelten zu öffnen.

Eine Voraussetzung für die Bereitschaft, an Kriminalitätsprävention mitzuwirken, ist schließlich das nötige Sachwissen über Kriminalität. Kommunale Öffentlichkeitsarbeit muß solche sachliche Information bieten. Dies dürfte in Jena erleichtert sein durch die Kooperation mit dem kriminologischen Potential der Universität.

- Jede eindimensionale Ausrichtung der Kommunikation in der Stadt auf nur bestimmte Zwecke oder nur bestimmte Gruppen hat versagt, weil es die kollektive Erfahrung (von sozialen, Alters- oder anderen Gruppen) behinderte (vgl. *Becker* 1985, S. 119).

Die größte Beharrung ist offenbar gegenüber der sich erheblich verändernden Mentalität junger Menschen verblieben, zum einen im Umfang der Angebote, zum zweiten aber auch in den Nutzungsvorgaben. Starke Reglementierungen und Erwartungen gleichgerichteten Funktionierens lassen solche Angebote entfremdet erscheinen und begünstigen gewaltsame Gegenreaktionen (vgl. *Keim & Meyer-Franck* 1981, S. 11, 242, 244, 251, 266).

Es ist damit zu rechnen, daß sich der allgemein wachsende Vorbehalt gegen bereits fest strukturierte und öffentlich kontrollierte Einrichtungen von Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit (vgl. *Sachs Pfeiffer* u.a. 1989, S. 307) intensiver als Forderung nach Räumen für selbstbestimmte, selbstbestätigende und eigene Lebenswelten gestaltende Tätigkeit artikuliert. Diesem Vorgang kann nicht moralisierend begegnet werden.

- Besonderer Mühe um Mitgestaltung der eigenen Umwelt bedürfen sozial Schwache in sich absondernden Wohnlagen. Sie sind überproportional von ökonomischen, infrastrukturellen und kulturellen Mangelsituationen betroffen (vgl. *Korte* 1986, S. 90, 95, unter Hinweis auf einen Vergleich von zwölf deutschen Städten durch *Herlyn* u.a.), jedoch zusätzlich in ihren Fähigkeiten zu eigenaktiver Partizipation eingeschränkt. So ergibt sich eine doppelt begründete kommunale Verantwortung, die materiellen Bedingungen und spezielle Partizipationsangebote anzuheben.

Natürlich sind darin Formen der Selbsthilfe zu fördern, um Devianzen mit Lebenssinnverlust bewältigen zu helfen. Aber gerade hier ist das Selbsthilfepotential wegen der überdurchschnittlichen Schwäche der



sozialen Aktivität bzw. der Artikulations- und Selbstorganisierungsfähigkeit geringer (vgl. *Naroska* 1988, S. 266).

Es geht nicht einfach nur um sozialfürsorgerische Betreuung. Eine Beschränkung darauf kann soziale Passivität stärken und soziale Distanz vergrößern, entfremdet also und macht besonders verletzlich.

- Die heutige Individualisierung von Lebensstilen auf der Suche nach Lebenssinn und selbst gestaltbaren Umwelten verlangt Erprobungsmöglichkeiten für alternative Formen. Dazu gehören z.B. selbstverwaltete soziokulturelle Treffpunkte, die gleichsam als Teil des "politisch-kulturellen Marktplatzes" von Städten auch für marginalisierte Gruppen geöffnet sind, um ihr Milieu darstellen und diskutieren zu lassen (vgl. *Niess* 1985, S. 132 f.). Gerade zu solchen Gruppen (das bestätigt unsere Gewaltstudie) darf die Kommunikation nicht abreißen, sollen sie nicht in Anti-Haltungen bestärkt werden.

Solche, sicher auch riskanten und möglicherweise kurzfristigen Projekte sind unverzichtbar. Angesichts des Werte- und Kulturwandels, der hier durch den gesellschaftlichen Umbruch noch beschleunigt wird und vor allem von der ostdeutschen Jugend als Neuformierung ihrer Generationsmentalität durchzumachen ist, gibt es dazu keine Alternative. Es geht um soziodemographische Vorgänge im historischen Kontext. Sie verlangen Akzeptanz, Einfühlung und aktivierende Bewältigungshilfen.

- Erhebliche soziale Differenzierungen führten von jeher zur Segregation der schwachen Bevölkerungsgruppen in bestimmten Wohnarealen bis hin zu deren Marginalisierung. Vor allem in US-amerikanischen Städten konnte verfolgt werden, wie solche Gemeinwesen dann über *Filtering-down*-Prozesse sozial verfallen können: ökonomische Unterbefähigung, hohe Mobilität, soziokulturelle Instabilität, Verengung auf rein existentielle Lebenssicherungsbedürfnisse usw. .

Einerseits schafft das Leben unter Menschen ähnlicher Grundbefähigung und Lebenslage ohne akute existentielle Gefährdungen bis zu einem bestimmten Punkt durchaus Lebenssinn, Bewältigungsmotive, Gemeinschaftserlebnisse, soweit darin der Widerspruch zwischen gesellschaftlich vorhandener Möglichkeit und der individuellen Eingeschränktheit in die Lebensstilähnlichkeiten gleichsam "abgesenkt" werden kann

(vgl. *Friedrichs* 1977, S. 260). Wird zu diesem Vorgang noch die Erfahrung gesetzt, daß die Einordnung von Menschen solcher Lebenslagen in eine Wohnbevölkerung mit höherem sozialen Status zu konfliktträchtigen Belastungen führt, so liegt es nahe, eine homogene soziale Zusammensetzung von Bewohnergruppen zu empfehlen (wie *Keim & Meyer-Franck* 1981, S. 246). Dies hat sich in den westdeutschen Ländern als Fehler erwiesen (vgl. *Schwind* 1992, S. 87). Vielmehr erwachsen daraus Distanzen ganzer Gruppen mit den Folgen brechender Kommunikation und Kooperation. Folglich sollte verhindert werden, was gewachsene Mischbevölkerung auflösen oder selbst Subkulturen in homogene Wohnareale abdrängen könnte (vgl. *Schwind* u.a. 1990, S. 196).

Ein solcher Vorgang ist in Jena noch nicht so deutlich erkennbar. Soziale Nivellierung und fürsorgliche Interventionen ließen die Stadt noch mehr oder weniger sozial angenähert bzw. gemischt. So war bisher die verfallende Altbausubstanz des Stadtkerns bevorzugt auch an Unterbefähigte vergeben, jedoch neben insbesondere jungen Menschen mit alternativen Lebensvorstellungen und erstaunlichen Normtoleranzen (vgl. allgemein zu diesem Phänomen *Friedrichs* 1988, S. 69). Heute lebt in der Innenstadt nur etwa noch ein Prozent der Jenaer Bevölkerung. Mit der Sanierung des Kerns wird eine schnelle Verdrängung dieser Menschen in preisniedrigere Gebiete erfolgen, d.h. eine Konzentration in sogenannten Neubaugebieten (was andernorts bereits stattfindet - vgl. *Naroska* 1988, S. 159 - 263). Zweifellos wird es noch einige Jahre dauern, bis die Neubaugebiete in den östlichen Bundesländern diese Veränderung durchmachen. Immerhin beherbergen sie auch in Jena noch die besonders aktiven Bevölkerungsgruppen nach Alter, Qualifikation und Einkommen. Mittelfristig ist jedoch mit Umschichtungen zu rechnen, die nicht in erster Linie durch eine Steuerung sozial-räumlicher Mischungen zu beherrschen sind. Zur Notwendigkeit fähigkeitsanhebender Tätigkeitsangebote tritt dann noch das Paradoxon, daß die Reproduktionsbedingungen gerade für diejenigen geringer ausgelegt sind, die sich im eigentlichen fähigkeitserweiternd reproduzieren müßten. Das sollte bei infrastrukturellen Entscheidungen bedacht sein.

- Das stabilere Lebensklima in den Einzugsgebieten ehemaliger Gemeinden, die jetzt zur Stadt Jena gehören, im Verhältnis zum

Stadtzentrum und zu den sogenannten Neubaugebieten unterstreicht einmal mehr den Wert der gewachsenen, generations- und gruppenübergreifenden Nachbarschaften. Solche Nachbarschaftsmodelle sind zu fördern. Sie entwickeln ein hohes Potential der Selbstorganisation über aktive Bewahrung und Gestaltung der überschaubaren, erlebten Umgebung und darin auch Momente einer positiven Sozialkontrolle durch konfliktnahen Disput und die Bewahrung der Wohnumwelt, so daß normentschärfende Grauzonen rücksichtslosen Verhaltens (wie Sachbeschädigungen, Umweltverschmutzung, wildes Parken) nicht expandieren können.

Wesentlich für solche Gemeinschaftlichkeit sind hinreichende Möglichkeiten für gesuchte oder zufällige Kontakte und gemeinsame Tätigkeiten. Dies ist angesichts der hohen sozial-kommunikativen Orientierung der hiesigen Bevölkerung hier besonders nötig, aber auch eine zusätzliche Integrationschance.

Umgekehrt produzieren unüberschaubare, fremd bleibende Nachbarschaften über Kommunikationsverarmung auch Unsicherheit, Mißtrauen, Angst und entsprechend verstärkte Isolierung, was schließlich die Zuschreibung von Ursachen für das eigene Lebensgefühl auf wahrnehmbare Gruppen, wie Jugendliche, Ausländer, sozial Desintegrierte, fördert (vgl. *Sachs Pfeiffer* u.a. 1989, S. 21). Unübersichtlichkeit und Fremdheit lassen kaum Verantwortung für solchen Lebensraum aufkommen. Überdurchschnittlicher Vandalismus ist eine Folge. Auch hieraus empfiehlt sich, Konzentrationen von sozial Schwachen und ethnisch anderen in Hochhausgebieten zu vermeiden.

- Zweifellos haben die Konzepte einer kriminalitätsabwehrenden Architektur und Raumgestaltung die anfänglich hochgestellten Erwartungen nicht erfüllen können. Konzepte dieses *defensible space* bleiben zu sehr reaktiv, einigend, abwehrend (vgl. *Plate, Schwinges & Weiß* 1985, S. 184 f.; *Rolinski* 1990, S. 214, 216). Selbst die höher angesetzten, durch *social engineering* aufwendigen, unmittelbar in die Wohnumwelt eingesetzten Kontrollnetzwerke, die an soziale Beziehungen anknüpfen sollten, haben enttäuscht (vgl. *Graham* 1990, S. 116).

Aspekte des Zusammenhangs von Raumgestaltung, Gemeinschaftsgeist und informeller sozialer Kontrolle bleiben jedoch beachtlich (vgl. die Übersicht bei *Schneider* 1987, S. 341 - 358). Dies wird besonders an

zwei Jenaer Räumen deutlich: zum einen an der Innenstadt mit nur noch geringer Wohnbevölkerung und einer von 1991 auf 1992 um durchschnittlich 11 % zurückgegangenen Zahl der Innenstadtbesucher (vgl. Meyer 1992, S. 6), jedoch mit konzentrierter Geschäftsstruktur öffentlichen oder zumindest halböffentlichen Charakters, zum zweiten an den sogenannten Neubaugebieten mit ihrer funktionalistischen, kommunikationsbehindernden Baustruktur. Die anstehende Rekonstruktion dieser Gebiete muß von vornherein kriminalökologische Aspekte berücksichtigen. Nachbarschaften brauchen überschaubare, relativ abgegrenzte Wohngebiete, in denen Mitgestaltung zum persönlichen Interesse werden kann. Diese Gebiete sind in ihren privaten, halbprivaten und halböffentlichen Anteilen deutlicher durch symbolische Begrenzungen bis zu Hindernissen (wie verkehrsberuhigte Räume und Sackgassen) zu strukturieren und den Gestaltungsrechten der Anlieger zu öffnen. In Wohnhochhäusern, in denen das Mehrfache an Kriminalität geschieht, bedürfen insbesondere die Flure, Treppen und Aufzüge bestimmter Zugangskontrollen, wenn nicht im Verlaufe der zu erwartenden Charakterveränderung dieser Wohngebiete ein permanenter Vandalismus zu wesentlich höheren Reparaturausgaben führen soll als solche Kontrollierbarkeit kostet, abgesehen von den nicht meßbaren Verlusten in den menschlichen Beziehungen. Aktivitätsflächen und -räume für Kinder und Jugendliche müssen besonders großzügig angeboten und bewahrt werden, wenn sie eine integrierende und schützende Wirkung entfalten sollen.

- Eine Zentrierung von Präventionskonzepten um äußere Sicherheitsmomente kann über deren Prononcierung selbst Kriminalität fördern. So kann ein Vermeiden öffentlicher Räume dazu führen, daß sie stärker für kriminelles Verhalten genutzt werden (vgl. Boers 1991, S. 336, unter Bezug auf den Kreislauf des *crime-causes-crime-model* nach Goodstein & Shotland 1982), und eine "Übersicherung" durch Polizeipräsenz kann sogar zu weiter eskalierenden Gefährdungsvermutungen und Repressiverwartungen führen (vgl. Plate u.a. 1985, S. 188, sowie den dortigen Verweis auf Kerner; vgl. auch Boers 1991, S. 337).

Begrenzt bleiben Konzepte von Bürgerwachen, wie die großflächige *neighbourhood watch* in den USA. Die Ferne vom wirklichen Konflikt produziert sogar Risiken von Selbstjustiz u.ä. (vgl. die Zusammenstellung

bei Kaiser 1990, S. 252 f.). Außerdem funktionieren solche Konzepte nur in sozial stabilen, relativ homogenen Nachbarschaften, die gerade nicht zu den Konzentrationspunkten von Kriminalität gehören.

- Als ein sehr praktisches Problem wird diskutiert, daß die Sozialdienste eher von kommunal-strukturellen Gesichtspunkten als vom betroffenen Individuum her aufgebaut sind. Der einzelne wird gleichsam an verschiedene Dienste aufgeteilt. Der Ausweg wird international heute in einer ganzheitlichen, der Lebensumwelt näheren Arbeit gesehen (vgl. Wikström 1990 zum Stockholm-Projekt; Plate, Schwinges & Weiß 1985, S. 185 f., sowie Kaiser 1990, S. 253, die mit den *neighbourhood service centers* in den USA argumentieren). Es sollen quartierspezifische ambulante und stationäre Dienstleistungen angeboten werden (Information, Beratung, Weiterverweis an Behörden und Hilfsgruppen, ambulante Betreuung, Konfliktschlichtung und -training), was zugleich die Kooperation der tangierten kommunalen und gemeinnützigen Sozialdienste nicht nur ermöglicht, sondern herausfordert (vgl. Plate, Schwinges & Weiß 1985, S. 185 f.).
- Die internationalen Bemühungen um ein *community policing* sind mit guten Gründen gerichtet auf eine bürger- und konfliktnahe Polizeiarbeit, die durch solche Nähe im Vorfeld einen weniger reaktiven, strafverfolgenden Charakter zu erreichen sucht. So kann die äußere Ordnungsgarantie überschritten werden hin zu frühzeitigeren Sachlösungen. Die praktische Form von wohngebietsnahen Polizeieinrichtungen scheint sich inzwischen bewährt zu haben.

Die dringendsten Bürgererwartungen in den zentralen Opferrisikobereichen richten sich gegenwärtig auf Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr sowie auf den Schutz vor physischer Gewalt in der Öffentlichkeit.

Um das nötige Hintergrundwissen für solcherart Polizeiarbeit zu erwerben, sollte auf Landesebene die Polizeiliche Kriminalstatistik regelmäßig (zumindest in 3-Jahres-Intervallen) durch Dunkelfelduntersuchungen der vorliegenden Art ergänzt werden.

- Eine relativ eigenständige Kultur kommunaler Konfliktbewältigung kann bis in die Art und Weise der justitiellen Austragung hinein reichen. Selbst

die strafgesetzlichen Interpretationsräume sind im sozialen, kulturellen und politischen Kontext der Region augenscheinlich weiter als vermutet. Sie offenbaren Möglichkeiten für eine erhebliche Beachtung kommunaler Angebote bei der strafrechtlichen (oder eben vor- bzw. außerjustitiellen) Sozialkontrolle. Als ein wesentlicher Teil solch eigentümlicher Atmosphäre des Konfliktumgangs zählt zweifellos auch eine bestimmte regionale Rechtskultur, verstanden in einem weiteren Sinn. Dies gilt um so mehr in Jena mit einer Rechtswissenschaftlichen Fakultät als traditioneller Teil der Universität und einer ehemals starken Verankerung im klassischen Rechtsdenken sowie mit einer Strafjustiz, deren Einbindung in die regionale Lebenswelt erhebliche Impulse für Ausgewogenheit, Maß und Gerechtigkeit im öffentlichen Leben geben kann. Institutionen der strafrechtlichen Sozialkontrolle und vorzugsweise Formen der Diversion (im Sinne außerjustitieller Erledigung) bedürfen der Anreicherung mit solchen kommunalen Verantwortungen, Angeboten, Hilfen. Alternativen zur Freiheitsstrafe sind anders nicht denkbar. Das ist bereits für die Formen der Bewährung offensichtlich. Wenn Wiedergutmachung die Chance haben soll, zur oft zitierten "dritten Spur" der Rechtsfolgen zu werden, so ist zwingend nötig, die Abstraktheit von Justiz und Strafe zurückzunehmen in die konkreten, unmittelbaren Beziehungen des Täters zu seinem Umfeld in der Gestalt des Opfers bzw. des Schadens für die Gemeinschaft. Das ist beim Täter-Opfer-Ausgleich augenscheinlich, gilt jedoch selbst für Formen der "symbolischen" Wiedergutmachung, deren Gemeinnützigkeit dem Täter nur in dem unmittelbaren Gemeinwesen bewußt werden kann, in dem er lebt (ob es z.B. um den Adressaten einer Geldzuwendung oder den Sinn von Arbeitsleistungen geht). Die Arbeit der Schiedsstellen in Jena sowie Bemühungen um qualifizierte Einrichtungen des Täter-Opfer-Ausgleichs verdienen solche Aufmerksamkeit.

- So bleibt schließlich die andauernde Überlegung, wie alle Instanzen und Träger kriminalpräventiver Verantwortung gebündelt werden könnten. Dafür sind sicher die zuerst in Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen etablierten Räte für Kriminalitätsvorbeugung interessant (vgl. *Graham* 1990, S. 119, 124). Als erste deutsche Einrichtung dieser Art arbeitet ein Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein auf Landesebene (vgl. *Jäger* 1992, S. 69 - 72). In ähnlicher Form sind sie

natürlich auch für Kommunen denkbar. Es sei auch verwiesen auf das von der UNO und dem Europarat unterstützte European Forum of Local Authorities for Urban Safety, das mit seinen nordamerikanischen Partnern im November 1991 bereits die zweite internationale Konferenz über städtische Sicherheit, Drogen und Kriminalitätsvorbeugung durchführte. In der Abschlußerklärung wurden folgende "Sieben Schritte auf dem Weg zu mehr Sicherheit in den Gemeinden der Welt" begründet:

1. Die Regierungen müssen jetzt investieren, um die sozial-ökonomischen und städtischen Bedürfnisse zu erfüllen, insbesondere die Bedürfnisse entfremdeter Gruppen wie gefährdete junge Menschen.
2. Die Regierungen müssen nationale Präventionsstrukturen schaffen, die verbesserte landesweite Verfahrensweisen empfehlen, Forschung und Entwicklung betreiben und die Einführung von effektiven Präventionsprogrammen stärken, insbesondere in den Städten.
3. Die Städte und Gemeinden müssen Präventionsstrukturen schaffen, um die auf örtlicher Ebene für die Wohnungs-, Schul-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik sowie für das Polizei- und Gerichtswesen Zuständigen zu mobilisieren.
4. Die Öffentlichkeit muß durch die Regierungen auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene, durch internationale Institutionen und Organisationen ermutigt werden, sich an ganzheitlicher Prävention zu beteiligen, und die Bedeutung verbesserter Sicherheit für die Stadtentwicklung begreifen.
5. Die entwickelten Länder sollten die Einrichtung eines internationalen Zentrums für Verbrechensvorbeugung unterstützen, welches sich an den Zielen der Vereinten Nationen ausrichten und an sie angegliedert werden könnte.
6. Das Ministertreffen der Vereinten Nationen über effektive Zusammenarbeit im Bereich der Prävention und der Behandlung von Straftätern wird gebeten, an die Generalversammlung mit der Bitte heranzutreten, umfassende Verbrechensvorbeugung innerhalb des nächsten Jahrzehnts zu einem sichtbaren und wichtigen Bestandteil ihres Programms zu machen.
7. Das Europäische Forum der Gebietskörperschaften für Sicherheit in den Städten, die Konferenz der Bürgermeister der Vereinigten Staaten

und die Föderation der kanadischen Städte wird Maßnahmen ergreifen, um diese Erklärung umzusetzen" (zitiert nach *Jäger* 1992, S. 73).

Solche Konzentration offizieller Instanzen kann Koordinierungshilfen bieten, muß aber von einer starken informellen Basisarbeit (auch kritisch) begleitet sein. Nur in diesem Spannungsfeld kann die stete Gefahr bewußt und begrenzt bleiben, in vereinfachende Anpassungskonzepte auszugleiten.

Der Kriminalität ist schließlich und wirklich nur dort vorzubeugen, wo sie entsteht. Das sind die unmittelbaren Lebensverhältnisse des Menschen, die eben durch das Verhalten dieser Menschen konstituiert und zu verändern sind. Insgesamt bietet Jena von seinen gewachsenen Gemeindestrukturen, seiner sozial-kommunikativen Atmosphäre, seiner tradierten Kultur und aktiven Orientierung her Voraussetzungen für eine produktive, offen-tolerante und zugleich rechtsgutschützende Gemeinschaft.



## Literatur

- Albrecht, G.* (1990). Theorie sozialer Probleme im Widerstreit zwischen "objektivistischen" und "rekonstruktionistischen" Ansätzen. *Soziale Probleme*, 1, S. 5-20.
- Albrecht, G.* (1993). Kriminalgeographie, Städtebau und Kriminalität. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch* (S. 226-236). Heidelberg.
- Albrecht, H.-J.* (1992). Gemeinde und Kriminalität - Perspektiven kriminologischer Forschung. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle* (S. 33-54). Freiburg i. Br.
- Albrecht, P. A.* (1987). *Jugendstrafrecht*. München.
- Amelung, K.* (1991). Rechtsgutverletzung und Sozialschädlichkeit. In: H. Jung, H. Müller-Dietz & U. Neumann (Hrsg.), *Recht und Moral* (S. 269-279). Baden-Baden.
- Ammer, A.* (1990). Kriminalität in Landau. Analyse und (Re-)Konstruktion des Kriminalitätsbildes einer Kleinstadt mit hoher Kriminalitätsbelastung. Holzkirchen.
- Ammer, A.* (1992). *Kommunale Kriminalitätsprophylaxe*. Mainz.
- Arnold, H.* (1992). Die deutsche Vereinigung und der Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen: zum (möglichen) Beitrag einer vergleichend orientierten viktimologischen Forschung. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle* (S. 291-330). Freiburg i. Br.
- Averkorn, S., & Claus, Th.* (1992). *Kinder- und Jugendreport Magdeburg*. Magdeburg: Jugendamt Magdeburg und Projektgruppe "Meinungsforschung" der Universität Magdeburg.

- Baethge, M.* (1985). Individualisierung als Hoffnung und als Verhängnis. Aporien und Paradoxien der Adoleszenz in spätbürgerlichen Gesellschaften oder: die Bedrohung der Subjektivität. *Soziale Welt*, 36, S. 299-313.
- Beck, U.* (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Becker, H.* (1985). Kommunikation in der Stadt. Arbeitsgruppenbericht. In: O. Schwenke (Hrsg.), *Neue "Wege zur menschlichen Stadt"* (S. 119-123). Rehburg-Loccum.
- Bilsky, W., Pfeiffer, Ch., & Wetzels, P.* (1992). Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Erhebungsinstrumentarium der KFN-Opferbefragung 1992. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Bluck, C., & Kreikenbom, H.* (Hrsg.) (1991). Die Jenaer Wahlbefragungen 1990. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft, unveröffentlichter Tabellenband.
- Böhnisch, L., Bretschneider, H., Wolf, B., & Schmidt, R.* (Hrsg.) (1992). Gesellungsformen Jugendlicher und Gewalt. Dresden: Sächsischer Jugendring und Lehrstuhl für Sozialpädagogik der Universität Dresden.
- Boers, K.* (1991). Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler.
- Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., & Sessar, K.* (1992). Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit Blick auf die Auswirkungen auf Deutschland als Ganzes. Berlin, unveröffentlichter Arbeitsbericht.
- Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalstatistik für die Jahre 1990 und 1991. In: Bulletin der Bundesregierung Nr. 47 vom 7. Mai 1991 sowie Nr. 56 vom 29. Mai 1992. Bonn.
- Diewald, M.* (1990). Von Klassen und Schichten zu Lebensstilen - ein neues Paradigma für die empirische Sozialforschung. Berlin: AG Sozialberichterstattung.
- Dijk, J.J.M. van, Mayhew, P., & Killias, M.* (1990). Experiences of Crime across the World. Key findings from the 1989 International Crime Survey. Deventer, Boston.

- Esser, H.* (1988). Sozialökologische Stadtforschung und Mehr-Ebenen-Analyse. In: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung* (S. 56-77). Opladen.
- Ewald, U.* (1992). Perspektiven und Probleme kriminologischer Forschung auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg i. Br.
- Ewald, U.* (1993). Kriminalität nach der Wende - Bild und Wirklichkeit in den neuen Bundesländern. *Neue Justiz*, 47, S. 106-109.
- Fahrenberg, I., Hampel, R., & Selg, H.* (ohne Jahresangabe) *Das Freiburger Persönlichkeitsinventar*. Handanweisung, 4. revidierte Auflage. Göttingen, Toronto, Zürich.
- Förster, P., & Schubarth, W.* (1991). Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Lebensbedingungen und Einstellungen im Wandel. In: H. Gotschlich, I. Hoffmann, R. Pastille, V. Saupe, K. Starke, I. Steiner & F.D. Stolt (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern* (S. 59-66). Berlin.
- Frehsee, D.* (1978). Strukturbedingungen urbaner Kriminalität. Eine Kriminalgeographie der Stadt Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität. Göttingen.
- Friedrichs, J.* (1977). *Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*. Reinbeck bei Hamburg.
- Friedrichs, J.* (1988). Makro- und mikrosoziale Theorien der Segregation. In: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung* (S. 56-77). Opladen.
- Friedrich, W., & Förster, P.* (1991). Ostdeutsche Jugend 1990. *Deutschlandarchiv*, 24, S. 349-360.
- Frister, S., Kallabis, H., & Liljeberg, H.* (1992). *Struktur der Arbeitslosigkeit in Ost-Berlin und dem Land Brandenburg*. Studie des Unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Info GmbH. Berlin.
- Gensicke, Th.* (1992). *Werte und Wertewandel im Osten Deutschlands*. Dokumentation 1991. Berlin: Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien, Verwaltungshochschule Speyer.
- Giesen, B., & Leggewie, C.* (Hrsg.) (1991). *Experiment Vereinigung*. Ein sozialer Großversuch. Berlin.

- Graham, J.* (1990). *Crime Prevention Strategies in Europe and North America*. Helsinki.
- Gurr, T.R.* (1976). *Rogues, Rebels, and Reformers. A Political History of Urban Crime and Conflict*. Beverly Hills, London.
- Gutsche, G.* (1992). Von der Revolution zur Resignation? Tendenzen der Anpassung und Abweichung im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: M. Brie, G. Gutsche & Th. Hanf, *Transformation staatssozialistischer Gesellschaft und Konfliktlagen im Umbruch. Materialien der Kriminologischen Forschungsstelle Berlin* (S. 29-41). Berlin.
- Haferkamp, H.* (1989). Werte, Kriminalität und Strafsanktionen im Wandel: zur zukünftigen Neuorientierung der kriminologischen Forschung. In: J.J. Savelsberg (Hrsg.), *Zukunftsperspektiven der Kriminologie in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 34-70). Stuttgart.
- Heide, F. von der, & Lautsch, E.* (1991a). Entwicklung der Straftaten und Aufklärungsquote in der DDR von 1985 bis 1989. *Neue Justiz*, 45, S. 11-15.
- Heide, F. von der, & Lautsch, E.* (1991b). Entwicklung und Struktur der Tatverdächtigen in der ehemaligen DDR von 1985 bis 1989. *Neue Justiz*, 45, S. 344-348.
- Heide, F. von der* (1993). Zur Kriminalstatistik 1991 für die neuen Bundesländer. *Neue Justiz*, 47, S. 19-21.
- Heinz, W.* (1989). JGG-Reform durch die Praxis - Standortbestimmung aus jugendstrafrechtlicher, jugendkriminologischer und rechtsvergleichender Sicht. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), *Jugendstrafrechtsreform durch die Praxis* (S. 13-44). Bonn.
- Heinz, W.* (1993). Anzeigeverhalten. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch* (S. 27-33). Heidelberg.
- Heitmeyer, W.* (1989). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim, München.
- Heitmeyer, W.* (1992). Soziale Desintegration und Gewalt. Lebenswelten und -perspektiven von Jugendlichen. *DVJJ-Journal*, 3, S. 76-84.
- Herlyn, U.* (1988). Individualisierungsprozesse im Lebenslauf und städtische Lebenswelt. In: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung* (S. 111-131). Opladen.

- Hoffmann, A.* (1991). Jugend und schulische Bildung. In: H. Gotschlich, I. Hoffmann, R. Pastille, V. Saupe, K. Starke, I. Steiner & F.D. Stolt (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern* (S. 80-83). Berlin.
- Hope, T., & Shaw, M.* (Eds.) (1988). *Communities and Crime Reduction*. London.
- Jäger, J.* (1992). Kommunale Kriminalpolitik. In: *Kriminalprävention - Neue Wege in der Kriminalitätskontrolle*. Münster: Polizei-Führungsakademie.
- Jenaer Kulturstudie. *Entwicklung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse der Bevölkerung Jenas* (1986). Jena: Forschungsgruppe Kulturtheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, unveröffentlichte Studie.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1990). *Anders und doch gleich. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Eine erste gesamtdeutsche Schülerbefragung*. Presseinformation. Hamburg.
- Kahl, A., Wilsdorf, St.H., & Wolf, H.F.* (1984). *Kollektivbeziehungen und Lebensweise*. Berlin.
- Kaiser, G.* (1989). *Kriminologie*. Heidelberg.
- Kaiser, G.* (1990). *Die gefährliche Stadt?* In: P. Zeller (Hrsg.), *Stadt der Zukunft* (S. 245-256). Zürich.
- Karger, Th.* (1992). Vergleichende Kriminalitätsforschung: National repräsentative versus Gemeinde-Stichproben. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg i. Br.
- Keim, K.D., & Meyer-Franck, D.* (1981). *Stadt und Gewalt. Problemstruktur - Fallstudien - Vorschläge*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Kerner, H.-J.* (1980). *Kriminalitätseinschätzung und innere Sicherheit. Eine Untersuchung über die Beurteilung der Sicherheitslage und über das Sicherheitsgefühl in der Bundesrepublik Deutschland mit vergleichenden Betrachtungen zur Situation im Ausland*. Wiesbaden.
- Kerner, H.-J.* (1988). *Kriminologische Forschung an den Universitäten*. In: G. Kaiser, H. Kury & H.-J. Albrecht (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 80er Jahren* (S. 113-137). Freiburg.
- Kerner, H.-J.* (1989). *Unbeabsichtigte und unerwünschte Nebenfolgen der JGG-Reform durch die Praxis, insbesondere das Beispiel der Auswei-*

- tion des Netzes sozialer Kontrolle. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Jugendstrafrechtsreform durch die Praxis (S. 265-292). Bonn.
- Korfes, G.* (1992). Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern - Überlegungen zu einem aktuellen Phänomen. In: U. Ewald & K. Woweries (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht (S. 165-183). Bonn.
- Korte, H.* (1986). Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre. Darmstadt.
- Kräupl, G.* (1990). Soziale Desintegration und rechtliche Reaktion - zu den Anforderungen rechtssoziologischer Erkenntnisse. In: W. Hoffmann-Riem, K.-A. Mollnau & H. Rottleuthner (Hrsg.), Rechtssoziologie in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland (S. 155-167). Baden-Baden.
- Kräupl, G.* (1992a). Beschränkte Verhältnisse sozialer Tätigkeit und Gewalt. In: U. Ewald & K. Woweries (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht. Bonn.
- Kräupl, G.* (1992b). Zur Theorie kriminologischer Untersuchung städtischer Gemeinwesen. In: H. Kury (Hrsg.), Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle (S. 13-32). Freiburg i. Br.
- Kräupl, G., Ludwig, H., & Lewandowski, I.* (1992). Gruppengewalt Jugendlicher. Eine Untersuchung in Thüringen 1992. Jena, unveröffentlichte Studie.
- Kreuzer, A., & Schneider, H.* (1992). Dunkelfeldforschung in Jena, Potsdam und Gießen. Ziele, Erfahrungen, erste Befunde aus einem Forschungsprojekt. In: H. Kury (Hrsg.), Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle (S. 605-620). Freiburg i. Br.
- Kube, E.* (1991). Architecture and Crime Prevention. In: E. Kube & H.U. Störzer, Police Research in the Federal Republic of Germany (S. 113-123). Berlin, Heidelberg.
- Kühnel, W.* (1991). Der Wandel generativer Lebenslagen - Generationsbeziehungen der 80er Jahre. In: H. Gotschlich, I. Hoffmann, R. Pastille, V. Saupe, K. Starke, I. Steiner & F.D. Stolt (Hrsg.), Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern (S. 26-33). Berlin.

- Kury, H.* (Hrsg.) (1992a). Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle. Das Erste deutsch-deutsche kriminologische Kolloquium. Freiburg i. Br.
- Kury, H.* (1992b). Kriminalität und Viktimisierung in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse der ersten vergleichenden Victim Survey in der ehemaligen DDR und BRD. In: H. Kury (Hrsg.) (1992), Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle. Freiburg i. Br.
- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., & Würger, M.* (1992). Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer Vergleich von Viktimisierungen, Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost und West vor der Vereinigung. Wiesbaden.
- Langer, P.* (1983). Kriminalität als Indikator sozialgeographischer Raumstrukturen. Neuwied.
- Lehnert, G., & Schumacher, H.* (1991). Kriminalitätsentwicklung in den fünf neuen Bundesländern. Kriminalistik, 45, S. 339-341.
- Maaz, H.-J.* (1990). Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin.
- Meyer, G.* (1992). Aufschwung Ost in Jena. Die Zukunft der City steht auf dem Spiel. Alma Mater Jenensis, 4, Nr. 1 - 2, S. 6.
- Meyer, S., & Schulze, E.* (1992). Familie im Umbruch. Zur Lage der Familien in der ehemaligen DDR. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Mühlich, E., Zinn, H., Kröning, W., & Mühlich-Klinger, I.* (1978). Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten im Wohn- und Umweltbereich. Bonn, Bad Godesberg.
- Musil, J.* (1988). Der Status der Sozialökologie. In: J. Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung (S. 18-34). Opladen.
- Muszynski, B.* (Hrsg.) (1991). Deutsche Vereinigung. Probleme der Integration und der Identifikation. Opladen.
- Naroska, H.-J.* (1988). Urban Underclass und "neue" soziale Randgruppen im städtischen Raum. In: J. Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung (S. 251-271). Opladen.
- Narr, W.-D.* (1983). Über Notwendigkeit und Möglichkeiten, Gewalt zu bewerten. In: J. Calließ (Hrsg.), Gewalt in der Geschichte (S. 37-72). Düsseldorf.

- Naucke, W.* (1985). Die Wechselwirkung zwischen Strafziel und Verbrechensbegriff. Stuttgart.
- Naucke, W.* (1990). Über die Zerbrechlichkeit des rechtsstaatlichen Strafrechts. Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 73, S. 244-259.
- Niederländer, L.* (1990). Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR. Neue Justiz, 44, S. 16-18.
- Niess, W.* (1985). Großstadt und soziale Bewegungen. Arbeitsgruppenbericht. In: O. Schwencke, Neue "Wege zur menschlichen Stadt" (S. 128 - 133). Rehbürg-Loccum.
- Ostendorf, H.* (1989). Zukunft des Jugendstrafrechts. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Jugendstrafrechtsreform durch die Praxis (S. 325-337). Bonn.
- Otto, M., & Wenzke, G.* (1992). Punks, Heavys, Skinheads, Grufties - informelle Gruppen in der DDR. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Bd. 3. Opladen.
- Pappi, F.U., & Melbeck, Ch.* (1988). Die sozialen Beziehungen städtischer Bevölkerungen. In: J. Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung (S. 223-250). Opladen.
- Pfeiffer, Ch., & Savelsberg, J.J.* (1989). Regionale und altersgruppenbezogene Unterschiede der Strafzumessung. In: Ch. Pfeiffer & M. Oswald (Hrsg.), Strafzumessung. Empirische Forschung und Strafrechtsdogmatik im Dialog (S. 18-41). Stuttgart.
- Plate, M., Schwinges, U., & Weiß, R.* (1985). Strukturen der Kriminalität in Solingen. Wiesbaden.
- Polizeiliche Kriminalstatistik Thüringens 1991. Erfurt: Landeskriminalamt Thüringen.
- Reiss Jr., A. J.* (Hrsg.) (1986). Communities and crime. Chicago.
- Rolinski, K.* (1990). Wohnhausarchitektur und Kriminalität. Wiesbaden.
- Sachs Pfeiffer, T., Böhm, B., Engels, A., Köppe, G., Knutzen, J., Rotter, G., Scharbert, H., & Wurster, M.-L.* (1989). Neue Bewohnbarkeit. Erste Schritte zur Überwindung der Kultur der Abhängigkeit. Pilotstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Rahmen des Forschungsvorhabens "Probleme hochver-



- dicteter Neubausiedlungen aus den 60er und 70er Jahren". Bonn, unveröffentlichte Studie.
- Sack, F.* (1973). Stadtgeschichte und Kriminalsoziologie. Eine historisch-soziologische Analyse abweichenden Verhaltens. In: P.Ch. Ludz (Hrsg.), *Soziologie und Soziologiegeschichte* (S. 357-385). Opladen.
- Sack, F.* (1990). Der moralische Verschleiß des Strafrechts. *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, 73, S. 327-343.
- Schäfers, B.* (1988). Stadt und Kultur. In: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung* (S. 95-110). Opladen.
- Schmidt, H.-D.* (1985). *Grundriß der Persönlichkeitspsychologie*. Berlin.
- Schneider, H. J.* (1987). *Kriminologie*. Berlin, New York.
- Schwarzenegger, C.* (1992). Die Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität und Verbrechenskontrolle. Freiburg i. Br.
- Schwind, H.-D.* (1992). Kriminologie städtischer Gemeinwesen aus kriminalgeographischer Sicht. Forschungsergebnisse mit Praxisbezug - ein kurzer Diskussionsbeitrag. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle* (S. 83-92). Freiburg i. Br.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Eger, H.-J., Jany, U., Pudol, U., & Weiß, R.* (1975). Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/1974. Eine Opferbefragung zur Aufhellung des Dunkelfeldes und zur Erforschung der Bestimmungsgründe für die Unterlassung von Strafanzeigen. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R.* (Hrsg.) (1978). *Empirische Kriminalgeographie. Kriminalitätsatlas Bochum*. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R.* (1989). Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/1987. Eine Replikationsstudie. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D., Baumann, J., u.a.* (Hrsg.) (1990). Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. I (bis IV). Berlin.
- Sessar, K.* (1992). Wiedergutmachen oder strafen. Einstellungen in der Bevölkerung und der Justiz. Ein Forschungsbericht. Pfaffenweiler.
- Shelley, L.I.* (1981). *Crime and Modernization*. Carbondale.
- Skogan, W. G.* (1987). *Disorder and community decline*. Evanston.

- Stadt und Kultur. Beiträge zur Geschichte Jenas und Thüringens im Feudalismus (1986). Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 35, S. 208-421.
- Stephan, E.* (1976). Die Stuttgarter Opferbefragung. Eine kriminologisch-viktimologische Analyse zur Erforschung des Dunkelfeldes unter besonderer Berücksichtigung der Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität. Wiesbaden.
- Thüringen in der deutschen Geschichte (1986). Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 35, S. 532-691.
- Vahlenkamp, W.* (1989). Kriminalitätsvorbeugung auf kommunaler Ebene. Wiesbaden.
- Villmow, B., & Stephan, E.* (1983). Jugendkriminalität in einer Gemeinde. Eine Analyse erfragter Delinquenz und Viktimisierung sowie amtlicher Registrierung. Freiburg i. Br.
- Vorschläge der DVJJ-Kommission zur Reform des Jugendstrafrechts für den 22. Deutschen Jugendgerichtstag 1992. DVJJ-Journal, 3, S. 4-39.
- Wikström, P.-O.H.* (Ed.) (1990). Crime and Measures against Crime in the City. Stockholm.
- Zapf, W., Breuer, S., Hampel, J., Krause, P., Mohr, H.M., & Wiegand, E.* (1987). Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Zapf, W.* (1990). Modernisierung und Modernisierungstheorien. Berlin: AG Sozialberichterstattung.
- Zapf, W.* (Hrsg.) (1991). Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.
- Ziemring, F. E., & Hawkins, G.* (1989). Capital Punishment and the American Agenda. Cambridge, New York, New Rochelle, Melbourne, Sydney.
- Zinnecker, J.* (1992). Deutsche Jugend heute. Eine Porträtskizze. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland (S. 23-32). Bd. 1. Opladen.
- Zinnecker, J., & Fischer, A.* (1992). Jugendstudie '92. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.),

- 
- Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland (S. 213-306). Bd. 1. Opladen.
- ZUMA-Handbuch 1983. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V.



## Anlage Tabellen der Primärdaten

### V1 *Geschlecht*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1002	45,7
2	1179	53,7
Missing	13	0,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

### V2 A *Altersgruppe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	132	6,0
2	234	10,7
3	444	20,2
4	454	20,7
5	402	18,3
6	255	11,6
7	156	7,1
8	84	3,8
Missing	33	1,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

### V3 *Familienstand*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	415	18,9
2	116	5,3
3	1430	62,2
4	124	5,7
5	97	4,4
6	1	0,0
Missing	11	0,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

## V4 Anzahl der Kinder

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
0	144	6,6
1	585	26,7
2	758	34,5
3	208	9,5
4	68	3,1
5	15	0,7
6	6	0,3
7	3	0,1
9	2	0,1
Missing	405	18,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

## V5 Schulabschluß

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	112	5,1
2	43	2,0
3	17	0,8
4	451	20,6
5	813	37,1
6	727	33,1
Missing	31	1,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V6 Haushaltmitglieder  
(Gesamtzahl)

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	221	10,1
2	674	30,7
3	617	28,1
4	544	24,8
5	84	3,8
6	19	0,9
7	7	0,3
9	1	0,0
11	1	0,0
Missing	26	1,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V6A Haushaltmitglieder  
unter 14 Jahren

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
0	339	15,5
1	518	23,6
2	245	11,2
3	24	1,1
4	9	0,4
5	2	0,1
7	1	0,0
Missing	1056	48,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V6 B *Haushaltsmitglieder von 14 bis unter 18 Jahre*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
0	428	19,5
1	368	16,8
2	46	2,1
3	3	0,1
4	1	0,0
7	1	0,0
Missing	1437	61,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V6 C *Haushaltsmitglieder ab 18 Jahre*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
0	1	0,0
1	288	13,1
2	1396	63,6
3	343	15,6
4	73	3,3
5	8	0,4
6	1	0,0
Missing	84	3,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V7 *Haushaltsstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1041	47,4
2	806	36,7
3	250	11,4
4	17	0,8
5	18	0,8
Missing	62	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V8 *Haushaltsnettoeinkommen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	33	1,5
2	97	4,4
3	129	5,9
4	301	13,7
5	389	17,7
6	367	16,7
7	344	15,7
8	324	14,8
9	102	4,6
10	37	1,7
Missing	71	3,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 9 *Finanzielle Möglichkeiten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	673	30,7
2	518	23,6
3	423	19,3
4	524	23,9
Missing	56	2,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 11 *Erwerbssituation*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1223	55,7
2	203	9,3
3	44	2,0
4	339	15,5
5	78	3,6
6	164	7,5
7	55	2,5
8	10	0,5
9	11	0,5
Missing	67	3,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 10 *Berufsabschluss*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	250	11,4
2	33	1,5
3	875	39,9
4	105	4,8
5	479	21,8
6	423	19,3
Missing	29	1,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 12 A *Länge der Arbeitslosigkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	633	2,9
2	13	0,6
3	50	2,3
4	62	2,8
5	27	1,2
Missing	1979	90,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



*V 12 B Umschulung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	97	4,4
2	152	6,9
Missing	1945	88,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 12 C Zuletzt ausgeübter Beruf*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1	0,0
2	5	0,2
3	75	3,4
4	5	0,2
5	50	2,3
6	30	1,4
7	34	1,5
8	81	3,7
Missing	1913	87,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 A Minderwertigkeitsgefühle gegenüber Berufstätigen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	72	3,3
Missing	2122	96,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 B Gefühl der Perspektivlosigkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	116	5,3
Missing	2078	94,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 C Zukunftsangst*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	128	5,8
Missing	2066	94,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 D Zunehmende Aggressivität*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	34	1,5
Missing	2160	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 E Verminderte Leistungsfähigkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	68	3,1
Missing	2126	96,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 F Verarmung sozialer Kontakte*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	85	3,9
Missing	2109	96,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 13 G Finanzielles Auskommen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	62	2,8
Missing	2132	97,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 14 Ausbildungsziel*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	2	0,1
2	16	0,7
3	29	1,3
4	26	1,2
5	15	0,7
6	9	0,4
7	25	1,1
8	10	0,5
Missing	2062	93,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 15 Umfang der Berufstätigkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1163	53,0
2	75	3,4
3	37	1,7
4	38	1,7
5	95	4,3
Missing	786	35,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 16 Ausgeübter Beruf*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1	0,0
2	98	4,5
3	229	10,4
4	146	6,7
5	236	10,8
6	159	7,2
7	184	8,4
8	172	7,8
Missing	969	44,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 17 Berufliche Stellung

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	50	2,3
2	29	1,3
3	344	15,7
4	901	41,1
5	10	0,5
Missing	860	39,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 18 Anwendbarkeit bisheriger Kenntnisse

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	213	9,7
2	807	36,8
3	159	7,2
4	34	1,5
5	85	3,9
6	43	2,0
Missing	853	38,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 19 A Schwere körperliche Arbeit

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	664	30,3
2	312	14,2
3	243	11,1
4	89	4,1
Missing	886	40,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 19 B Nervliche Anspannung bei der Arbeit

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	127	5,8
2	367	16,7
3	569	25,9
4	2466	11,2
Missing	885	40,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 C Überwiegend geistige Arbeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	172	7,8
2	242	11,0
3	543	24,7
4	342	15,6
Missing	895	40,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 D Arbeit verlangt Eigeninitiative*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	32	1,5
2	139	6,3
3	622	28,4
4	532	24,2
Missing	869	39,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 E Zusammenarbeit mit Kollegen möglich*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	55	2,5
2	132	6,0
3	602	27,4
4	548	25,0
Missing	857	39,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 F Zusammenarbeit mit Kollegen macht Freude*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	40	1,8
2	105	4,8
3	732	33,4
4	458	20,9
Missing	859	39,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 G Kontakte über die Arbeit hinaus*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	260	11,9
2	622	28,4
3	337	15,4
4	112	5,1
Missing	863	39,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 I Arbeit ist interessant*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	46	2,1
2	113	5,2
3	653	29,8
4	530	24,2
Missing	852	38,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 H Angemessene Bezahlung der Arbeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	409	18,6
2	467	21,3
3	396	18,0
4	60	2,7
Missing	862	39,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 19 J Arbeitszufriedenheit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	56	2,6
2	121	5,5
3	861	39,2
4	312	14,2
Missing	844	38,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V20 Arbeit entspricht  
Ausbildungsabschluß*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	974	44,4
2	221	10,1
3	121	5,5
Missing	878	40,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V21 Veränderung von  
Arbeitsanforderungen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	86	3,9
2	66	3,0
3	272	12,4
4	314	14,3
5	591	26,9
Missing	865	39,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V22 Veränderungen Zusammenhalt  
am Arbeitsplatz*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	354	16,1
2	394	18,0
3	508	23,2
4	56	2,6
5	28	1,3
Missing	84	38,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V23 Wohndauer in jetziger  
Wohnung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	44	2,0
2	289	13,2
3	1675	76,3
4	176	8,0
Missing	10	0,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 24 Zufriedenheit mit der Nachbarschaft*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	157	7,2
2	319	14,5
3	1175	53,6
4	518	23,6
Missing	25	1,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 25 Veränderungen der Zufriedenheit mit der Nachbarschaft*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	463	21,1
2	1622	73,9
3	67	3,1
Missing	42	1,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 26 Veränderungen des Umfangs sozialer Kontakte*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	554	25,3
2	1450	66,1
3	168	7,7
Missing	22	0,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 27 A Kontakt mit Eltern*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	19	0,9
2	175	8,0
3	22	1,0
4	1416	64,5
Missing	562	25,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 27 B Kontakt mit Geschwistern*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	105	4,8
2	482	22,0
3	120	5,5
4	1017	46,4
Missing	470	21,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 27 C Kontakt mit Verwandten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	222	10,1
2	901	41,1
3	131	6,0
4	749	34,1
Missing	191	8,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 27 D Kontakt mit Freunden*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	168	7,7
2	397	18,1
3	361	16,5
4	1110	50,6
Missing	158	7,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 27 E Kontakt mit Bekannten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	748	34,1
2	555	25,3
3	220	10,0
4	554	25,3
Missing	117	5,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 28 Zusammengehörigkeitsgefühl in der Öffentlichkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1489	67,9
2	571	26,0
3	97	4,4
Missing	37	1,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 29 Wohndauer im Wohnort*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	40	1,8
2	68	3,1
3	149	6,8
4	495	22,6
5	1424	64,9
Missing	18	0,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



V 30 *Wohngegend*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	260	11,9
2	855	39,0
3	226	10,3
4	185	8,4
5	420	19,1
6	222	10,1
Missing	26	1,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 31 *Bindung an den Heimatort*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1708	77,8
2	164	7,5
3	102	4,6
4	44	2,0
5	35	1,6
6	71	3,2
7	45	2,1
Missing	25	1,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 32 A *Verwahrlosung der Wohngegend*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	305	13,9
2	271	12,4
3	767	35,0
4	630	28,7
Missing	221	10,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 32 B *Ungenügende Freizeitmöglichkeiten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	279	12,7
2	366	16,7
3	647	29,5
4	656	29,9
Missing	246	11,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 32 C Gewalttätige Gruppen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	379	17,3
2	378	17,2
3	457	20,8
4	693	31,6
Missing	287	13,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 A Lebensziel: Hohes gesellschaftliches Ansehen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	967	44,1
2	829	37,8
3	256	11,7
4	44	2,0
Missing	98	4,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 B Lebensziel: Karriere machen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1107	50,5
2	700	31,9
3	222	10,1
4	53	2,4
Missing	112	5,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 C Lebensziel: Leben genießen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	135	6,2
2	809	36,9
3	768	35,0
4	396	18,0
Missing	86	3,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 D Lebensziel: Öfter was Neues erleben*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	208	9,5
2	725	33,0
3	745	34,0
4	43	19,9
Missing	80	3,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 E Lebensziel: Sich nach der Mode kleiden*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	470	21,4
2	1106	50,4
3	427	19,5
4	112	5,1
Missing	79	3,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 F Lebensziel: Sich ein bißchen Luxus leisten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	217	9,9
2	1298	59,2
3	516	23,5
4	88	4,0
Missing	75	3,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 G Lebensziel: Guten Freundeskreis haben*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	104	4,7
2	490	22,3
3	820	37,4
4	719	32,8
Missing	61	2,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 H Lebensziel: zufriedenstellender Arbeit nachgehen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	125	5,7
2	50	2,3
3	680	31,0
4	1204	54,9
Missing	135	6,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 I Lebensziel: Materiell gesichert leben*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	26	1,2
2	127	5,8
3	821	37,4
4	1174	53,5
Missing	46	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 J Lebensziel: Sich in politischen Parteien engagieren*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1695	77,3
2	333	15,2
3	52	2,4
4	24	1,1
Missing	90	4,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 K Lebensziel: Sich gewerkschaftlich engagieren*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1200	54,7
2	720	32,8
3	143	6,5
4	33	1,5
Missing	98	4,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 L Lebensziel: In Interessenverbänden engagieren*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	728	33,2
2	973	44,3
3	308	14,0
4	95	4,3
Missing	90	4,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 M Lebensziel: Unter allen Umständen persönliche Wünsche durchsetzen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	647	29,5
2	977	44,5
3	388	17,7
4	95	4,3
Missing	87	3,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 N Lebensziel: Anderen Menschen uneigennützig helfen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	63	2,9
2	755	34,4
3	994	45,3
4	327	14,9
Missing	55	2,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 O Lebensziel: Für die Familie sorgen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	39	1,8
2	95	4,3
3	592	27,0
4	1417	64,6
Missing	51	2,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 P Lebensziel: Familiäres  
Leben pflegen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	52	2,4
2	128	5,8
3	628	28,6
4	1342	61,2
Missing	44	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 33 Q Lebensziel: Für eine  
größere Anschaffung  
sparen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	229	10,4
2	598	27,3
3	794	36,2
4	507	23,1
Missing	66	3,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 34 Bedeutung der Familie*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	32	1,5
2	1324	60,3
3	790	36,0
Missing	48	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 35 Politische  
Einflußmöglichkeiten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	2037	92,8
2	110	5,0
Missing	47	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 36 Änderungen der  
politischen Einflußmöglichkeiten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	498	22,7
2	1344	61,3
3	299	13,6
Missing	53	2,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 A Normenverunsicherung 1*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	434	19,8
2	575	26,2
3	715	32,6
4	427	19,5
Missing	43	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 B Normenverunsicherung 2*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	503	22,9
2	637	29,0
3	637	29,0
4	377	17,2
Missing	40	1,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 C Normenverunsicherung 3*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	121	5,5
2	277	12,6
3	925	42,2
4	840	38,3
Missing	31	1,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 D Normenverunsicherung 4*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	239	10,9
2	522	23,8
3	808	36,8
4	565	25,8
Missing	60	2,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 E Akzeptanz von Gewalt gegen Ausländer*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1568	71,5
2	299	13,6
3	174	7,9
4	112	5,1
Missing	41	1,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 F Normenverunsicherung 5*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	393	17,9
2	525	23,9
3	730	33,3
4	505	23,0
Missing	41	1,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 G Politikerinteresse für einfache Leute*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	90	4,1
2	232	10,6
3	647	29,5
4	1185	54,0
Missing	40	1,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 H Akzeptanz der Aufnahme von Ausländern*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	667	30,4
2	550	25,1
3	568	25,9
4	360	16,4
Missing	49	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 I Mitwirkungsinteresse an städt. Entscheidungsprozessen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	348	15,9
2	303	13,8
3	852	38,8
4	634	28,9
Missing	57	2,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 J Mitwirk.-inter. an übergeordneten Entscheidungsprozessen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	591	26,9
2	503	22,9
3	664	30,3
4	372	17,0
Missing	64	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 K Gewaltakzeptanz, um politische Interessen durchzusetzen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	211	9,6
2	96	4,4
3	297	13,5
4	1526	69,6
Missing	64	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 L Toleranz von Notdiebstahl*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1207	55,0
2	529	24,1
3	310	14,1
4	95	4,3
Missing	53	2,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 M Normenverunsicherung 6*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	343	15,6
2	637	29,0
3	791	36,1
4	377	17,2
Missing	46	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 37 N Normenverunsicherung 7*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	556	25,3
2	705	32,1
3	614	28,0
4	277	12,6
Missing	42	1,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 38 Veränderungen im Alkoholkonsum*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	150	6,8
2	1472	67,1
3	301	13,7
4	223	10,2
Missing	48	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 39 A Ausprobieren von Rauschgift: weil man mitreden möchte*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	546	24,9
Missing	1648	75,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 39 B Ausprobieren von Rauschgift: um Probleme zu vergessen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1153	52,6
Missing	1041	47,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 39 C Ausprobieren von Rauschgift: wegen Reiz des "Verbotenen"*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	697	31,8
Missing	1497	68,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 39 D Ausprobieren von Rauschgift: man ist sonst Außenseiter*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	469	21,4
Missing	1725	78,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 39 E Ausprobieren von Rauschgift: aus Langeweile*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	357	16,3
Missing	1837	83,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



V 39 F Ausprobieren von Rauschgift: weil man "in" sein möchte

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	304	13,9
Missing	1890	86,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 39 G Ausprobieren von Rauschgift: wegen des Erlebens eines Glücksgefühls

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	566	25,8
Missing	1628	74,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 39 H Ausprobieren von Rauschgift: aus reiner Abenteuerlust

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	677	30,9
Missing	1517	69,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 39 I Ausprobieren von Rauschgift: nicht alle werden abhängig

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	450	20,5
Missing	1744	79,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 39 J Ausprobieren von Rauschgift: weil Idole/Leitbilder auch Rauschgift nehmen

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	225	10,3
Missing	1969	89,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 39 K Ausprobieren von Rauschgift: weil es einfach ist, Rauschgift zu bekommen

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	272	12,4
Missing	1922	87,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 40 Rauschgifteinnahme

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	35	1,6
2	428	19,5
3	1714	78,1
Missing	17	0,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 41 Veränderungen in der Kriminalität der Stadt*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	15	0,7
2	54	2,5
3	2111	96,2
Missing	14	0,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 A Ursache für Kriminalitätszunahme: Gerichtsnachgiebigkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	593	27,0
2	414	18,9
3	442	20,1
4	522	23,8
Missing	223	10,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 B Ursache für Kriminalitätszunahme: mangelndes Durchgreifen der Polizei*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	59	2,7
2	149	6,8
3	535	24,4
4	1376	62,7
Missing	75	3,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 C Ursache für Kriminalitätszunahme: gestörte Familienverhältnisse*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	79	3,6
2	183	8,3
3	802	36,6
4	1014	46,2
Missing	116	5,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 D Ursache für Kriminalitätszunahme: hohe Bevölkerungsdichte*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	877	40,0
2	591	26,9
3	337	15,4
4	214	9,8
Missing	175	7,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 E Ursache für Kriminalitätszunahme: Verfall der Moral*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	225	10,3
2	452	20,6
3	807	36,8
4	590	26,9
Missing	120	5,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 F Ursache für Kriminalitätszunahme: Einnahme von Drogen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	155	7,1
2	400	18,2
3	781	35,6
4	743	33,9
Missing	115	5,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 G Ursache für Kriminalitätszunahme: häufiger Ortswechsel der Bevölkerung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1070	48,8
2	616	28,1
3	216	9,8
4	117	5,3
Missing	175	7,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 H Ursache für Kriminalitätszunahme: mangelnde Möglichkeiten in der Freizeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	185	8,4
2	318	14,5
3	795	36,2
4	782	35,6
Missing	114	5,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 I Ursache für Kriminalitätszunahme: wirtschaftliche Verhältnisse*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	47	2,1
2	104	4,7
3	625	28,5
4	1344	61,3
Missing	74	3,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 J Ursache für Kriminalitätszunahme: Verlockung durch reiches Warenangebot*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	77	3,5
2	230	10,5
3	717	32,7
4	1077	49,1
Missing	93	4,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 K Ursache für Kriminalitätszunahme: aggressives Verhalten bestimmter Gruppen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	17	0,8
2	54	2,5
3	425	19,4
4	1628	74,2
Missing	70	3,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 42 L Ursache für Kriminalitätszunahme: Zunahme des Ausländeranteils der Bevölkerung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	492	22,4
2	594	27,1
3	524	23,9
4	473	21,6
Missing	111	5,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 43 Nächtliche Furcht in der Wohnung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1177	53,6
2	798	36,4
3	118	5,4
4	94	4,3
Missing	7	0,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 45 Auswirkungen auf die Lebensgewohnheiten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	677	30,9
2	388	17,7
3	299	13,6
4	594	27,1
5	210	9,6
Missing	26	1,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 44 Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit in der Wohnggend*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	436	19,9
2	1045	47,6
3	615	28,0
4	80	3,6
Missing	18	0,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 46 Besuch von Bekannten und Freunden am Abend*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	149	6,8
2	966	44,0
3	513	23,4
4	435	19,8
5	110	5,0
Missing	21	0,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 47 *Abendliches Ausgehen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	458	20,9
2	1093	49,8
3	343	15,6
4	244	11,1
5	40	1,8
Missing	16	0,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 48 A *Einfluß von Tageszeitungen auf die Einstellung zur Kriminalität*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	330	15,0
2	776	35,4
3	728	33,2
4	240	10,9
Missing	120	5,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 48 B *Einfluß von Zeitschriften und Illustrierten auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	568	25,9
2	899	40,5
3	425	19,4
4	140	6,4
Missing	172	7,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 48 C *Einfluß von Rundfunksendungen auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	388	17,7
2	945	43,1
3	510	23,2
4	159	7,2
Missing	192	8,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 48 D Einfluß von Fernsehsendungen auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	172	7,8
2	495	22,6
3	915	41,7
4	510	23,2
Missing	102	4,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 48 E Einfluß von Kino/Video auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1194	54,4
2	481	21,9
3	152	6,9
4	136	6,2
Missing	231	10,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 48 F Einfluß von eigenen Erfahrungen auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1073	48,9
2	513	23,4
3	238	10,8
4	154	7,0
Missing	216	9,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 48 G Einfluß von Gesprächen auf die Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	346	15,8
2	863	39,3
3	644	29,4
4	181	8,2
Missing	160	7,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 48 H Einfluß der persönlichen  
Weltanschauung auf die  
Kriminalitätseinstellung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	375	17,1
2	355	16,2
3	715	32,6
4	571	26,0
Missing	178	8,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 49 A Fahrradbesitz*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	425	19,4
2	481	21,9
3	306	13,9
4	181	8,2
5	24	1,1
6	11	0,5
7	2	0,1
8	1	0,0
9	2	0,1
Missing	761	34,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 49 B Moped- und  
Motorradbesitz*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	368	16,8
2	25	1,1
3	5	0,2
4	6	0,3
6	1	0,0
7	1	0,0
Missing	1788	81,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 49 C Autobesitz*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1325	60,4
2	327	14,9
3	34	1,5
4	14	0,6
5	2	0,1
6	1	0,0
7	1	0,0
Missing	490	22,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



*V 50 A Moped- und Motorrad-  
diebstahl (Befragter selbst betr.)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	18	0,8
2	9	0,4
3	494	22,5
4	1587	72,3
Missing	85	3,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 50 B Moped- und Motorrad-  
diebstahl (Haushaltsmitglied b.)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	23	1,0
2	11	0,5
3	433	19,7
4	1553	70,8
Missing	174	7,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 51 A Autodiebstahl (Befragter  
selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	13	0,6
2	4	0,2
3	1642	74,8
4	436	19,9
Missing	99	4,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 51 B Autodiebstahl  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	8	0,4
2	5	0,2
3	1476	67,3
4	412	18,8
Missing	293	13,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 52 A Fahrraddiebstahl  
(Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	34	1,5
2	6	0,3
3	1469	67,0
4	591	26,9
Missing	94	4,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 52 B Fahrraddiebstahl  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	46	2,1
2	8	0,4
3	1294	59,0
4	572	26,1
Missing	274	12,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 53 A Diebstahl aus dem Auto  
(Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	134	6,1
2	56	2,6
3	1460	66,5
4	432	19,7
Missing	112	5,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 53 B Diebstahl aus dem Auto  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	93	4,2
2	36	1,6
3	1308	59,6
4	406	18,5
Missing	351	16,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 54 A Sachbeschädigung des  
Autos (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	162	7,4
2	74	3,4
3	1429	65,1
4	423	19,3
Missing	106	4,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 54 B Sachbeschädigung des  
Autos (Haushaltsmitglied betroff.)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	102	4,6
2	33	1,5
3	1286	58,6
4	402	18,3
Missing	371	16,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 55 A Versuchter Einbruch  
(Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	90	4,1
2	19	0,9
3	2023	92,2
Missing	62	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 55 B Versuchter Einbruch  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	39	1,8
2	5	0,2
3	1756	80,6
Missing	394	17,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 56 A Einbruch (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	28	1,3
2	5	0,2
3	2109	96,1
Missing	52	2,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 56 B Einbruch (Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	12	0,5
2	4	0,2
3	1805	82,3
Missing	373	17,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 57 A Raub/versuchter Raub (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	27	1,2
2	4	0,2
3	2106	96,0
Missing	57	2,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 57 B Raub/versuchter Raub (Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	23	1,0
2	1	0,0
3	1802	82,1
Missing	368	16,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 58 A Diebstahl (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	93	4,2
2	13	0,6
3	2025	92,3
Missing	63	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 58 B Diebstahl (Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	70	3,2
2	13	0,6
3	1728	78,8
Missing	383	17,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 59 A Betrug (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	226	10,3
2	174	7,9
3	1725	78,6
Missing	69	3,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 59 B Betrug (Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	94	4,3
2	96	4,4
3	1561	71,1
Missing	443	20,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 60 A Körperverletzung ohne Waffen (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	46	2,1
2	18	0,8
3	2082	94,9
Missing	48	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 60 B Körperverletzung ohne Waffen (Haushaltsmitglied betr.)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	40	1,8
2	16	0,7
3	1773	80,8
Missing	365	16,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 61 A Körperverletzung mit Waffen (Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	35	1,6
2	4	0,2
3	2108	96,1
Missing	47	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 61 B Körperverletzung mit Waffen (Haushaltsmitglied betr.)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	13	0,6
2	5	0,2
3	1812	82,6
Missing	364	16,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 62 A Sexuelle Belästigung  
(Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	10	0,5
2	2	0,1
3	2146	97,8
Missing	36	1,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 62 B Sexuelle Belästigung  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	16	0,7
2	3	0,1
3	1810	82,5
Missing	365	16,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 63 A Vergewaltigung/ versuchte  
Vergewaltigung (Befragter selbst  
betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	6	0,3
2	0	0,0
3	2146	97,8
Missing	42	1,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 63 B Vergewaltigung/versuchte  
Vergewaltigung  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	4	0,2
2	1	0,0
3	1820	83,0
Missing	369	16,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 64 A Opfer ungenannter Delikte  
(Befragter selbst betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	28	1,3
2	10	0,5
3	2096	95,5
Missing	60	2,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 64 B Opfer ungenannter Delikte  
(Haushaltsmitglied betroffen)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	16	0,7
2	3	0,1
3	1796	81,9
Missing	379	17,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 A Wahrscheinlichkeit:  
Fahrraddiebstahl*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	915	41,7
2	514	23,4
3	411	18,7
4	74	3,4
Missing	280	12,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 B Wahrscheinlichkeit:  
Autodiebstahl*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	461	21,0
2	707	32,2
3	697	31,8
4	99	4,5
Missing	230	10,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 C Wahrscheinlichkeit:  
Moped-/Motorradiebstahl*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1102	50,2
2	191	8,7
3	156	7,1
4	32	1,5
Missing	713	32,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 D Wahrscheinlichkeit:  
Diebstahl auf der Straße*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	189	8,6
2	710	32,4
3	1013	46,2
4	192	8,8
Missing	90	4,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 E Wahrscheinlichkeit:  
Wohnungseinbruch*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	159	7,2
2	929	42,3
3	913	41,6
4	119	5,4
Missing	74	3,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 F Wahrscheinlichkeit:  
Sachbeschädigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	117	5,3
2	573	26,1
3	1178	53,7
4	245	11,2
Missing	81	3,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 G Wahrscheinlichkeit:  
Betrug*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	162	7,4
2	659	30,0
3	941	42,9
4	359	16,4
Missing	73	3,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 H Wahrscheinlichkeit:  
Körperverletzung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	293	13,4
2	1111	50,6
3	586	26,7
4	112	5,1
Missing	92	4,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 I Wahrscheinlichkeit:  
Angriffe mit Waffe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	326	14,9
2	1047	47,7
3	619	28,2
4	105	4,8
Missing	97	4,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 J Wahrscheinlichkeit:  
Beleidigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	184	8,4
2	656	29,9
3	952	43,4
4	318	14,5
Missing	84	3,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 K Wahrscheinlichkeit:  
Vergewaltigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1131	51,5
2	691	31,5
3	205	9,3
4	38	1,7
Missing	129	5,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 L Wahrscheinlichkeit:  
sexuelle Belästigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1071	48,8
2	654	29,8
3	314	14,3
4	39	1,8
Missing	116	5,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 M Wahrscheinlichkeit: Raub*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	263	12,0
2	989	45,1
3	741	33,8
4	105	4,8
Missing	96	4,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 N Wahrscheinlichkeit: Opfer eines Verkehrsdelikts*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	85	3,9
2	290	13,2
3	1130	51,5
4	606	27,6
Missing	83	3,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 65 O Wahrscheinlichkeit: Opfer einer ungenannten Straftat*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	157	7,2
2	154	7,0
3	105	4,8
4	54	2,5
Missing	1724	78,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 66 Gedankliche Beschäftigung mit möglicher Opferwerdung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	390	17,8
2	748	34,1
3	697	31,8
4	178	8,1
5	40	1,8
Missing	141	6,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 A Reaktion auf Straftat: Ermittlung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	11	0,5
2	13	0,6
3	177	8,1
4	1942	88,5
Missing	51	2,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



*V 67 B Reaktion auf Straftat: Anklage und Verurteilung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	12	0,5
2	49	2,2
3	272	12,4
4	1796	81,9
Missing	65	2,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 C Reaktion auf Straftat: strenge Bestrafung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	37	1,7
2	209	9,5
3	487	22,2
4	1376	62,7
Missing	85	3,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 D Reaktion auf Straftat: Schadenswiedergutmachung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	15	0,7
2	54	2,5
3	359	16,4
4	1699	77,4
Missing	67	3,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 E Reaktion auf Straftat: Entschuldigung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	544	24,8
2	672	30,6
3	347	15,8
4	531	24,2
Missing	100	4,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 F Reaktion auf Straftat: staatliche Opferhilfe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	62	2,8
2	131	6,0
3	518	23,6
4	1416	64,5
Missing	67	3,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 G Reaktion auf Straftat: Täter-Opfer-Ausgleich*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	688	31,4
2	654	29,8
3	441	20,1
4	320	14,6
Missing	91	4,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 67 H Reaktion auf Straftat:  
Hilfe für den Täter*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	195	8,9
2	270	12,3
3	749	34,1
4	903	41,2
Missing	77	3,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 A Polizeiaufgabe:  
Unterstützung hilfloser Personen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	75	3,4
2	257	11,7
3	658	30,0
4	1158	52,8
Missing	46	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 B Polizeiaufgabe:  
Ingewahrsamnahme Betrunkener*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	139	6,3
2	708	32,3
3	725	33,0
4	573	26,1
Missing	49	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 C Polizeiaufgabe: Schutz vor  
Gewaltangriffen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	5	0,2
2	5	0,2
3	161	7,3
4	1984	90,4
Missing	39	1,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 D Polizeiaufgabe:  
Streifefahren/Fußstreife*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	19	0,9
2	120	5,5
3	390	17,8
4	1635	74,5
Missing	30	1,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 E Polizeiaufgabe: Schlichtung  
von Streit in Öffentlichkeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	101	4,6
2	368	16,8
3	809	36,9
4	856	39,0
Missing	60	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 F Polizeiaufgabe: Fahndung nach gestohlenen Gegenständen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	27	1,2
2	133	6,1
3	727	33,1
4	1263	57,6
Missing	44	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 G Polizeiaufgabe: Freund und Helfer*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	47	2,1
2	188	8,6
3	532	24,2
4	1386	63,2
Missing	41	1,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 H Polizeiaufgabe: Beseitigung von ruhestörendem Lärm*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	55	2,5
2	361	16,5
3	831	37,9
4	903	41,2
Missing	44	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 I Polizeiaufgabe: Fahndung nach Straftätern*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	5	0,2
2	10	0,5
3	145	6,6
4	2002	91,2
Missing	32	1,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 J Polizeiaufgabe: Verkehr regeln und überwachen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	18	0,8
2	71	3,2
3	487	22,2
4	1584	72,2
Missing	34	1,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 K Polizeiaufgabe: Schlichtung gewalttätigen Familienstreits*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	179	8,2
2	598	27,3
3	837	38,1
4	530	24,2
Missing	50	2,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 68 L Polizeiaufgabe: Bürger beraten*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	35	1,6
2	150	6,8
3	633	28,9
4	1340	61,1
Missing	36	1,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 69 Einschätzung der gegenwärtigen Polizeiarbeit*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	628	28,6
2	925	42,2
3	430	19,6
4	121	5,5
Missing	90	4,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 70 Einschätzung der Polizeiarbeit bis 1989*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	446	20,3
2	611	27,8
3	794	36,2
4	275	12,5
Missing	68	3,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 71 Einschätzung heute: Freundlichkeit der Polizei*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	43	2,0
2	350	16,0
3	1527	69,6
4	167	7,6
Missing	107	4,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 72 Einschätzung der Polizeifreundlichkeit bis 1989*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	447	20,4
2	876	39,9
3	739	33,7
4	68	3,1
Missing	64	2,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 73 Einschätzung der gegenwärtigen Arbeit der Straffjustiz*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	722	32,9
2	895	40,8
3	347	15,8
4	82	3,7
Missing	148	6,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 74 Einschätzung der Straffjustiz bis 1989*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	527	24,0
2	572	26,1
3	774	35,3
4	173	7,9
Missing	148	6,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75:

Anmerkung: Bei den Fragen 75-1 bis 75-21 wurden die Antwortalternativen 3, 4 und 5 im Fragebogen (Wiedergutmachungs-/Ausgleichsleistungen) jeweils zusammengefaßt und unter 3 in der Tabelle registriert. Somit entspricht die jetzige Alternative 4 der Alternative 6 (Geldstrafe) im Fragebogen, 5 entspricht 7 (Freiheitsstrafe auf Bewährung) und 6 entspricht somit 8 (Freiheitsstrafe).

*V 75-1 Fahren unter Alkohol*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	5	0,2
2	114	5,2
3	226	10,3
4	402	18,3
5	697	31,8
6	692	31,5
Missing	58	2,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 75-2 Schwarzfahren*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	96	4,4
2	283	12,9
3	691	31,5
4	1054	48,0
5	28	1,3
6	17	0,8
Missing	25	1,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-3 Ladendiebstahl 500,- DM

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	14	0,6
2	95	4,3
3	644	29,4
4	831	37,9
5	485	22,1
6	96	4,4
Missing	29	1,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-5 Haschisch konsumieren

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	179	8,2
2	368	16,8
3	314	14,3
4	146	6,7
5	356	16,2
6	695	31,7
Missing	136	6,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-4 Polizei Widerstand leisten

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	15	0,7
2	485	22,1
3	315	14,4
4	323	14,7
5	580	26,4
6	411	18,7
Missing	65	3,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-6 Wohnungseinbruch

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	4	0,2
2	36	1,6
3	172	7,8
4	126	5,7
5	532	24,2
6	1279	58,3
Missing	45	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-7 Graffiti

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	68	3,1
2	178	8,1
3	1082	49,3
4	624	28,4
5	133	6,1
6	71	3,2
Missing	38	1,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-9 Ladendiebstahl 90,- DM

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	39	1,8
2	279	12,7
3	987	45,0
4	650	29,6
5	155	7,1
6	30	1,4
Missing	54	2,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-8 Körperverletzung

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1	0,0
2	31	1,4
3	188	8,6
4	176	8,0
5	740	33,7
6	1015	46,3
Missing	43	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 75-10 Heroin konsumieren

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	126	5,7
2	312	14,2
3	274	12,5
4	125	5,7
5	413	18,8
6	792	36,1
Missing	152	6,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-11 Hausbesetzung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	306	13,9
2	689	31,4
3	654	29,8
4	198	9,0
5	187	8,5
6	68	3,1
Missing	92	4,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-13 Sexuelle Nötigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	5	0,2
2	70	3,2
3	93	4,2
4	63	2,9
5	626	28,5
6	1280	58,3
Missing	57	2,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-12 Vergewaltigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1	0,0
2	9	0,4
3	23	1,0
4	14	0,6
5	110	5,0
6	1994	90,9
Missing	43	2,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-14 Handtaschenraub*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	4	0,2
2	75	3,4
3	267	12,2
4	463	21,1
5	786	35,8
6	552	25,2
Missing	47	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



*V75-15 Autodiebstahl*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	2	0,1
2	29	1,3
3	143	6,5
4	333	15,2
5	758	34,5
6	880	40,1
Missing	49	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-17 Kindesmißhandlung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	3	0,1
2	84	3,8
3	55	2,5
4	35	1,6
5	576	26,3
6	1390	63,4
Missing	51	2,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-16 Körperverletzung mit Waffe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	2	0,1
2	7	0,3
3	17	0,8
4	14	0,6
5	202	9,2
6	1907	86,9
Missing	45	2,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V75-18 Wiederholter Einbruch*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	6	0,3
2	27	1,2
3	103	4,7
4	199	9,1
5	575	26,2
6	1230	56,1
Missing	54	2,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 75-19 Vergewaltigung in der Ehe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	247	11,3
2	281	12,8
3	432	19,7
4	41	1,9
5	551	25,1
6	551	25,1
Missing	90	4,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 75-20 Schwangerschaftsabbruch*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1658	75,6
2	131	6,0
3	73	3,3
4	52	2,4
5	75	3,4
6	42	1,9
Missing	162	7,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 75-21 Asylbewerberheim überfallen*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	16	0,7
2	76	3,5
3	197	9,0
4	64	2,9
5	471	21,5
6	1307	59,6
Missing	63	2,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 Befürwortung der Todesstrafe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1247	56,8
2	897	40,9
Missing	50	2,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 1B Todesstrafe für Mord*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	1079	49,2
Missing	1115	50,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 2B Todesstrafe für Vergewaltigung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	222	10,1
Missing	1972	89,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 3B Todesstrafe für bewaffneten Raub*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	120	5,5
Missing	2074	94,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 4B Todesstrafe für Brandstiftung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	49	2,2
Missing	2145	97,8
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 5B Todesstrafe für Hochverrat*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	177	8,1
Missing	2017	91,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 6B Todesstrafe für erpresserischen Menschenraub*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	507	23,1
Missing	1687	76,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 7B Todesstrafe für Terrorismus*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	796	36,3
Missing	1398	63,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 8B Todesstrafe für organisierten Drogenhandel (Heroin)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	235	10,7
Missing	1959	89,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 76 9B Todesstrafe für andere Delikte*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	409	18,6
Missing	1785	81,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 77 Art des Delikts einer  
Opferverwundung (50-64 entsprechen  
V50-V64)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
50	12	0,5
51	12	0,5
52	27	1,2
53	125	5,7
54	128	5,8
55	28	1,3
56	35	1,6
57	9	0,4
58	86	3,9
59	98	4,5
60	24	1,1
61	10	0,5
62	4	0,2
63	6	0,3
64	10	0,5
Missing	1580	71,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 78 Ort des Delikts*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	324	14,8
2	95	4,3
3	106	4,8
4	75	3,4
5	15	0,7
Missing	1579	71,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 79 Anzeigeerstattung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	13	0,6
2	49	2,2
3	146	6,7
4	24	1,1
5	360	16,4
Missing	1602	73,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 80 Gründe des Verzichts auf eine Anzeige*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	162	7,4
2	24	1,1
3	48	2,2
4	10	0,5
5	91	4,1
6	18	0,8
8	13	0,6
9	6	0,3
Missing	1822	83,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 A Reaktionserwartung: Ermittlung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	35	1,6
2	41	1,9
3	119	5,4
4	391	17,8
Missing	1616	73,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 B Reaktionserwartung: Anklage und Verurteilung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	88	4,0
2	106	4,8
3	119	5,4
4	253	11,5
Missing	1628	74,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 C Reaktionserwartung: strenge Bestrafung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	123	5,6
2	129	5,9
3	124	5,7
4	186	8,5
Missing	1632	74,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 D Reaktionserwartung: Schadenswiedergutmachung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	27	1,2
2	33	1,5
3	113	5,2
4	400	18,2
Missing	1621	73,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 E Reaktionserwartung:  
Entschuldigung des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	186	8,5
2	153	7,0
3	95	4,3
4	130	5,9
Missing	1630	74,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 F Reaktionserwartung:  
staatliche Opferhilfe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	106	4,8
2	76	3,5
3	148	6,7
4	234	10,7
Missing	1630	74,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 G Reaktionserwartung:  
Täter-Opfer-Ausgleich*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	206	9,4
2	151	6,9
3	111	5,1
4	94	4,3
Missing	1632	74,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 81 H Reaktionserwartung:  
kümmern um den Täter*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	98	4,5
2	86	3,9
3	174	7,9
4	206	9,4
Missing	1630	74,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 82 Art des 2. Delikts einer  
Opferwerdung (50-64 = V50-V64)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
50	1	0,0
51	3	0,1
52	1	0,0
53	15	0,7
54	22	1,0
55	7	0,3
56	7	0,3
57	3	0,1
58	18	0,8
59	36	1,6
60	11	0,5
61	9	0,4
62	5	0,2
64	3	0,1
Missing	2053	93,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 83 Ort der zweiten Opferwerdung

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	61	2,8
2	25	1,1
3	33	1,5
4	16	0,7
5	4	0,2
Missing	2055	93,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 84 Anzeigerstattung bei zweiter Opferwerdung

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	4	0,2
2	6	0,3
3	28	1,3
4	4	0,2
5	91	4,1
Missing	2061	93,9
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 85 Gründe des Anzeigeverzichts bei zweiter Opferwerdung

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	28	1,3
2	14	0,6
3	13	0,6
4	7	0,3
5	19	0,9
6	6	0,3
8	3	0,1
9	5	0,2
Missing	2099	95,7
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

V 86 A Reaktionserwartung bei zweitem Delikt: Ermittlung des Täters

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	17	0,8
2	11	0,5
3	19	0,9
4	84	3,8
Missing	2063	94,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 B Reaktionserwartung bei  
zweitem Delikt: Anklage und  
Verurteilung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	29	1,3
2	23	1,0
3	29	1,3
4	48	2,2
Missing	2065	94,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 C Reaktionserwartung bei  
zweitem Delikt: strenge Bestra-  
fung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	35	1,6
2	23	1,0
3	28	1,3
4	42	2,0
Missing	2065	94,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 D Reaktionserwartung bei  
zweitem Delikt:  
Schadenswiedergutmachung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	20	0,9
2	8	0,4
3	26	1,2
4	76	3,5
Missing	2064	94,1
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 E Reaktionserwartung bei  
zweitem Delikt: Entschuldigung  
des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	46	2,1
2	30	1,4
3	14	0,6
4	38	1,7
Missing	2066	94,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>



*V 86 F Reaktionserwartung bei zweitem Delikt: staatliche Opferhilfe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	39	1,8
2	13	0,6
3	28	1,3
4	47	2,1
Missing	2067	94,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 G Reaktionserwartung bei zweitem Delikt: Täter-Opfer-Ausgleich*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	56	2,6
2	30	1,4
3	17	0,8
4	28	1,3
Missing	2063	94,0
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 86 H Reaktionserwartung bei zweitem Delikt: kümmern um den Täter*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	34	1,5
2	19	0,9
3	338	1,7
4	37	1,7
Missing	2066	94,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 87 Art des dritten Delikts einer Opferwerdung (50-64 entsprechen V50-V64)*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
52	1	0,0
53	2	0,1
54	1	0,0
55	2	0,1
56	2	0,1
58	2	0,1
59	3	0,1
60	13	0,6
61	5	0,2
64	5	0,2
Missing	2158	98,3
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 88 Ort der dritten  
Opferwerdung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	11	0,5
2	9	0,4
3	6	0,3
4	8	0,4
5	2	0,1
Missing	2158	98,4
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 89 Anzeigerstattung bei  
dritter Opferwerdung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
2	1	0,0
3	10	0,5
4	2	0,1
5	17	0,8
Missing	2164	98,6
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 90 Gründe des  
Anzeigeverzichts bei dritter  
Opferwerdung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
2	7	0,3
3	4	0,2
5	1	0,0
6	2	0,1
8	2	0,1
9	1	0,0
Missing	2177	99,2
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 A Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: Ermittlung des  
Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	5	0,2
2	2	0,1
3	4	0,2
4	23	1,0
Missing	2160	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 B Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: Anklage und  
Verurteilung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	10	0,5
2	1	0,0
3	4	0,2
4	19	0,9
Missing	2160	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 C Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: strenge Bestrafung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	8	0,4
2	4	0,2
3	9	0,4
4	13	0,6
Missing	2160	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 D Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt:  
Schadenswiedergutmachung*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	6	0,3
2	2	0,1
3	8	0,4
4	18	0,8
Missing	2160	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 E Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: Entschuldigung  
des Täters*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	13	0,6
2	4	0,2
3	4	0,2
4	12	0,5
Missing	2161	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 F Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: staatliche  
Opferhilfe*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	8	0,4
2	3	0,1
3	7	0,3
4	15	0,7
Missing	2161	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 G Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: Täter-Opfer-  
Ausgleich*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	18	0,8
2	7	0,3
3	2	0,1
4	6	0,3
Missing	2161	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

*V 91 H Reaktionserwartung bei  
drittem Delikt: kümmern um den  
Täter*

Kategorie	Häufigkeit	Prozent
1	8	0,4
2	5	0,2
3	7	0,3
4	13	0,6
Missing	2161	98,5
<b>Total</b>	<b>2194</b>	<b>100,0</b>

## Anlage Fragebogen

Bei dem folgenden Fragebogen handelt es sich um den Originalfragebogen, wie er zur Bevölkerungsbefragung Jena/Kahla eingesetzt wurde. Er besitzt seine eigene Numerierung und beginnt mit folgendem Anschreiben:

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Rechtswissenschaftliche Fakultät

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Vielleicht haben Sie bereits in den letzten Tagen einer der Thüringer Tageszeitungen entnehmen können, daß eine wissenschaftliche Befragung von Bürgern zu deren Erfahrungen mit Kriminalität und zur Meinung, wie man ihr begegnen kann, erfolgen soll. Wir wollen herausfinden, wie die Situation in Ihrer Stadt und Ihrer unmittelbaren Lebensumwelt gesehen wird.

Die Untersuchung wird vom Magistrat Ihrer Stadt unterstützt und soll sowohl für Ihre Stadt als auch für das Land Thüringen wertvolle Erkenntnisse bringen.

Im Rahmen dieser Untersuchung möchten wir auch Sie befragen. Ihre Adresse haben wir durch eine von den örtlichen Behörden genehmigte Zufallsauswahl aus dem Einwohnermelderegister erhalten.

Bitte beantworten **nur Sie selbst** den Fragebogen, da **Ihre** Alltagserfahrungen und **Ihre** Meinung zum Gelingen der Untersuchung wesentlich beitragen können. Den ausgefüllten Fragebogen schicken Sie uns bitte **ohne** Absender zurück, so daß die Anonymität Ihrer Angaben gewährleistet ist. Die Kosten der Rückantwort übernehmen wir, der entsprechende Umschlag ist beigelegt. Zu den einzelnen Fragen ist jeweils erläutert, wie Sie Ihre Meinung dazu kenntlich machen können.

Seien Sie sicher, daß Ihre Angaben nur wissenschaftlichen Zwecken dienen und dem gesetzlichen Datenschutz unterliegen. Die Umfrage ist natürlich freiwillig. Bedenken Sie jedoch, daß nur die Einwohner als die Betroffenen selbst mit ihrer persönlichen Meinung ausdrücken können, was in der Stadt gegen Kriminalität getan werden müßte.

Ergebnisse dieser Untersuchung werden im Frühjahr 1992 vorliegen. Wir werden in der Tagespresse darüber informieren. Außerdem werden wir mitteilen, auf welchem Weg Interessenten einen ausführlichen Untersuchungsbericht erhalten können.

Wir wissen es zu schätzen, wenn Sie in einer Zeit, in der jeder sehr angespannt ist, unser Vorhaben unterstützen. Bitte senden Sie den beantworteten Fragebogen möglichst bis zum 5.12.1991 an uns zurück. Für Ihre Mithilfe danke ich Ihnen herzlich.

Die Untersuchung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Instituts in Freiburg/Breisgau. Dort findet eine gleiche Umfrage statt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kräupl

Prof. Dr. G. Kräupl

# FRAGEBOGEN

V 1 Welches ist Ihr Geschlecht?

- männlich . . . . .   
weiblich . . . . .

V 2 Wie alt sind Sie?

. . . . . Jahre

V 3 Wie ist Ihr Familienstand?

- ledig . . . . .   
in Lebensgemeinschaft lebend . . . . .   
verheiratet . . . . .   
geschieden / getrennt lebend . . . . .   
verwitwet . . . . .

V 4 Wieviele Kinder haben Sie?

Anzahl: .....

V 5 Welchen Schulabschluß haben Sie?

- noch in Ausbildung . . . . .   
unter 8. Klasse POS/keinen Abschluß . . . . .   
Polytechnische Hilfsschule/Sonderschule . . . . .   
8. Klasse POS / Hauptschule . . . . .   
10. Klasse POS / Realschule . . . . .   
Abitur / Hochschulreife/Fachhochschulreife . . . . .

V 6 Aus wievielen Personen - Sie selbst eingerechnet - besteht Ihr Haushalt?

. . . . . Personen

Wieviele sind davon

- V 6 A unter 14 Jahren? . . . . .  
V 6 B von 14 bis unter 18 Jahre? . . . . .  
V 6 C 18 Jahre und älter? . . . . .

V 7 Wie ist Ihre Stellung im Haushalt?

- Haushaltsvorstand (HV) = (der/diejenige,  
der/die, meistens Verträge, z.B. Kaufver-  
träge, Versicherungsverträge usw. unterschreibt) . . . . .   
Ehefrau/Ehemann des Hv/Lebensgefährte/tin . . . . .   
Kind . . . . .   
Verwandte . . . . .   
sonstige Mitbewohner . . . . .

V 8 Wie hoch ist ungefähr das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts insgesamt (nach Abzügen, für alle Einkommen)?

- unter 500 DM . . . . .
- 500 bis unter 750 DM . . . . .
- 750 bis unter 1.000 DM . . . . .
- 1.000 bis unter 1.500 DM . . . . .
- 1.500 bis unter 2.000 DM . . . . .
- 2.000 bis unter 2.500 DM . . . . .
- 2.500 bis unter 3.000 DM . . . . .
- 3.000 bis unter 4.000 DM . . . . .
- 4.000 bis unter 5.000 DM . . . . .
- über 5.000 DM . . . . .

V 9 Wie schätzen Sie ihre finanzielle Möglichkeiten ein?

- ich habe nach Abzug der notwendigen Lebenshaltungskosten (Ernährung, Kleidung, Miete, etc.) heute einen größeren finanziellen Spielraum zur Freizeitgestaltung als vor zwei Jahren . . . . .
- ich habe diesbezüglich einen genauso großen Spielraum wie vor zwei Jahren . . . . .
- ich habe diesbezüglich einen genauso geringen Spielraum wie vor zwei Jahren . . . . .
- ich habe diesbezüglich einen geringeren Spielraum . . . . .

V 10 Welchen beruflichen Ausbildungsabschluß haben Sie?

- noch in Schule/Ausbildung . . . . .
- keine abgeschlossene Berufsausbildung . . . . .
- Teilfacharbeiter . . . . .
- Facharbeiter . . . . .
- Meister . . . . .
- Fachschule . . . . .
- Hochschule/Universität . . . . .

V 11 Beschreiben Sie bitte Ihre derzeitige Erwerbssituation. Falls mehreres auf Sie zutrifft, so kreuzen Sie bitte das Entsprechende an.

- erwerbstätig (auch selbständig) . . . . .
- arbeitslos . . . . .
- Hausfrau/-mann . . . . .
- Rentner / Pensionär . . . . .
- Vorruhestand . . . . .
- Schüler, Student . . . . .
- Auszubildender . . . . .
- Wehr-,Zivildienst . . . . .
- sonstiges, was? . . . . .

Wenn Sie nicht arbeitslos sind, machen Sie bitte weiter mit Frage 14.



V 12 Wenn Sie arbeitslos sind:

V 12 A ) seit wann sind Sie arbeitslos?

Seit ..... (Monat/Jahr)

V 12 B ) Befinden Sie sich in Umschulung oder sonstiger Maßnahme?

ja .....   
nein .....

V 12 C ) Welches war Ihr zuletzt ausgeübter Beruf?

.....

V 13 Wenn Sie arbeitslos oder von Null-Stunden-Kurzarbeit betroffen sind, welche Folgen beobachten Sie an sich selbst?

*(Mehrfachnennungen sind möglich.)*

V 13 A Minderwertigkeitsgefühle gegenüber den Berufstätigen .....

V 13 B Gefühl der Perspektivlosigkeit .....

V 13 C Zukunftsangst .....

V 13 D zunehmende eigene Aggressivität gegenüber Mitmenschen .....

V 13 E Gefühl vermindelter Leistungsfähigkeit .....

V 13 F Verarmung sozialer Kontakte .....

V 13 G ich habe mein finanzielles Auskommen .....

Wenn Sie arbeitslos sind, machen Sie jetzt bitte weiter mit der Frage 23 !

V 14 Falls Sie Auszubildender oder Student sind, welchen Ausbildungs- bzw. Studienabschluß streben Sie an?

Ausbildung zum: .....

V 15 In welchem Umfang sind Sie zur Zeit tätig?

- ganztags .....
- halbtags .....
- stundenweise .....
- als Kurzarbeiter .....
- als Null-Stunden-Kurzarbeiter .....

V 16 Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?

.....

V 17 In welcher beruflichen Stellung sind Sie zur Zeit tätig?

- Selbständiger .....
- mithelfendes Familienmitglied .....
- Arbeiter .....
- Angestellter .....
- Beamter .....

V 18 Wie schätzen Sie die Anwendbarkeit Ihrer in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in Ihrer heutigen beruflichen Tätigkeit ein?

mein Wissen und meine Fähigkeiten werden nicht ausgeschöpft .....

mein Wissen und meine Fähigkeiten reichen aus, um die veränderten Anforderungen zu meistern .....

die praktischen Fähigkeiten in meinem Arbeitsgebiet helfen mir heute, das theoretische Wissen ist unzureichend gewesen .....

das theoretische Wissen ist ausreichend, aber die praktischen Fähigkeiten wurden ungenügend vermittelt .....

meine in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind gemessen an der heutigen Situation völlig unzureichend gewesen .....

ich habe meine Ausbildung völlig oder zu großen Teilen erst nach 1989 absolviert .....

V 19 Falls Sie berufstätig sind, sagen Sie uns bitte etwas über Ihre Arbeit.

Wie läßt sich Ihre Tätigkeit beschreiben?

Nehmen Sie bitte zu jeder der folgenden Aussagen anhand nachfolgender Skala Stellung!

		trifft nicht zu	trifft kaum zu	trifft über- wiegend zu	trifft stark zu
V 19 A	meine Arbeit ist mit schwerer körperlicher Anstrengung verbunden . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 B	sie bringt große nervliche Anspannung mit sich . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 C	sie ist überwiegend geistige Arbeit . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 D	meine Arbeit verlangt Eigeninitiative . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 E	meine Tätigkeit ermöglicht die Zusammenarbeit mit anderen Kollegen/Kolleginnen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 F	die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen/Kolleginnen macht mir Freude . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 G	es gibt zwischen den Kollegen/Kolleginnen Kontakte über die Arbeit hinaus . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 H	ich werde für meine Arbeit angemessen bezahlt . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 I	meine Arbeit ist interessant . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 19 J	alles in allem bin ich mit meiner Arbeit zufrieden . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

V 20 Arbeiten Sie in einer Tätigkeit,

- die Ihrem Ausbildungsabschluß entspricht . . . . .
- die einen geringeren Abschluß erfordert . . . . .
- die einen höheren Abschluß erfordert? . . . . .

V 21 Wenn Sie an die Zeit vor November 1989 denken, wie würden Sie die Anforderungen an Ihrem heutigen Arbeitsplatz einschätzen?

- sie haben deutlich abgenommen . . . . .
- sie haben leicht abgenommen . . . . .
- sie sind gleichgeblieben . . . . .
- sie haben leicht zugenommen . . . . .
- sie haben deutlich zugenommen . . . . .

- V 22 Hat sich das Zusammengehörigkeitsgefühl seit November 1989 unter den Menschen an Ihrem Arbeitsplatz gegenüber vorher verändert?

es hat deutlich abgenommen . . . . .   
 es hat leicht abgenommen . . . . .   
 es ist gleichgeblieben . . . . .   
 es hat leicht zugenommen . . . . .   
 es hat deutlich zugenommen . . . . .

Nun möchten wir gerne einige Fragen zu Ihrer Wohn- und Lebenssituation stellen.

- V 23 Wie lange wohnen Sie ungefähr schon in Ihrer jetzigen Wohnung?

bis 3 Monate . . . . .   
 bis zu 2 Jahren . . . . .   
 mehr als 2 Jahre . . . . .   
 seit meiner Geburt . . . . .

- V 24 Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Nachbarschaft, also mit Ihren unmittelbaren Nachbarn?

sehr unzufrieden . . . . .   
 etwas unzufrieden . . . . .   
 ziemlich zufrieden . . . . .   
 sehr zufrieden . . . . .

- V 25 Wenn Sie die Zeit seit November 1989 betrachten, wie würden Sie das Zusammengehörigkeitsgefühl in Ihrer Nachbarschaft einschätzen?

es hat abgenommen . . . . .   
 es ist gleichgeblieben . . . . .   
 es hat zugenommen . . . . .

- V 26 Hat sich der Umfang Ihrer sozialen Kontakte (Umgang mit Freunden / Bekannten) seit November 1989 gegenüber vorher verändert?

er hat abgenommen . . . . .   
 er ist gleichgeblieben . . . . .   
 er hat zugenommen . . . . .

- V 27 Wie sehen diese Kontakte seit November 1989 aus?  
Nehmen Sie bitte für die folgenden Kontakte, soweit sie zutreffen, Einstufungen vor.

(Mehrfachnennungen sind möglich)

		sich nur grüßen	sich besuchen	etwas un- ternehmen	sich helfen
V 27 A	Eltern . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 27 B	Geschwister . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 27 C	Verwandte . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 27 D	Freunde . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 27 E	Bekannte . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

- V 28 Wenn Sie die Zeit seit November 1989 betrachten, wie würden Sie das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Menschen in der Öffentlichkeit Ihrer Stadt einschätzen?

hat abgenommen . . . . .   
 ist gleichgeblieben . . . . .   
 hat zugenommen . . . . .

- V 29 Wie lange wohnen Sie ungefähr schon in Jena?

Seit: ..... (Monat/Jahr)

- V 30 In welcher Gegend Jenas wohnen Sie?

Stadtzentrum . . . . .   
 Neulobeda(Ost und West),  
 Neubaugebiet Winzerla . . . . .   
 Zwätzen, Löbstedt, Ziegenhain, Ammerbach,  
 Lichtenhain, Göschwitz, Burgau,  
 Alt-Winzerla, Wöllnitz, Altlobeda . . . . .   
 Kernbergviertel, Schlegelsberg,  
 Landgrafenviertel, Ringwiese . . . . .   
 Westviertel, Jena-Ost, Beutenberg . . . . .   
 Nord I und Nord II . . . . .

V 31 Wie ist Ihre Bindung an Jena?

ich fühle mich in Jena heimisch . . . . .

ich würde lieber in einer anderen  
Gegend der Stadt wohnen, . . . . .

und zwar in . . . . .

ich würde lieber in ein Dorf ziehen . . . . .

ich würde lieber in eine kleinere  
Stadt ziehen . . . . .

ich würde lieber in eine größere  
Stadt ziehen . . . . .

ich würde lieber in die westlichen  
Bundesländer ziehen . . . . .

ich würde lieber auswandern . . . . .

V 32 Wenn Sie den Stadtteil betrachten, in dem Sie wohnen, welche der nachfolgend genannten Probleme belasten Sie dort?



V 32 A allgemeine Verwahrlosung  
der Wohngegend . . . . . ---------------

V 32 B ungenügende Freizeitmöglichkeiten  
für Kinder und Jugendliche . . . . . ---------------

V 32 C Gewalttätige Gruppen . . . . . ---------------

andere Probleme:

Welche . . . . . ---------------

V 33 Welche Bedeutung haben die folgende Lebensziele für Sie?

Kreuzen Sie bitte in jeder Zeile das Zutreffende an!

		keine Bedeutung	etwas Bedeutung	große Bedeutung	sehr große Bedeutung
V 33 A	hohes gesellschaftliches Ansehen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 B	Karriere machen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 C	das Leben genießen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 D	öfter mal was Neues erleben (Abenteuer, Reisen) . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 E	sich nach der Mode kleiden . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 F	sich ein bißchen Luxus leisten . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 G	einen Kreis guter Freundinnen/ Freunde haben . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 H	einer zufriedenstellenden Arbeit nachgehen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 I	materiell gesichert leben . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 J	sich in politischen Parteien engagieren . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 K	sich in Berufsverbänden bzw. gewerkschaftlich engagieren . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 L	sich in Interessensverbänden engagieren (z.B. Umweltschutz) . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 M	persönliche Wünsche und Ansprüche durchsetzen unter allen Umständen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 N	anderen Menschen helfen (uneigennützig, d.h. ungeachtet der persönlichen Vorteile) . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 O	für die Familie sorgen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 P	familiäres Leben pflegen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 33 Q	sparen für eine größere Anschaffung (Haus, Wohnung, Auto) . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

V 34 Wenn Sie die Zeit seit November 1989 betrachten, wie wichtig ist Ihnen Ihre Familie?

- hat abgenommen . . . . .
- ist gleichgeblieben . . . . .
- hat zugenommen . . . . .

V 35 Wie schätzen Sie Ihre politischen Einflußmöglichkeiten gegenwärtig ein

- niedrig . . . . .
- hoch . . . . .

V 36 Hat sich das im Vergleich zur Zeit vor November 1989 geändert?

- hat abgenommen . . . . .
- ist gleichgeblieben . . . . .
- hat zugenommen . . . . .

V 37 Im folgenden finden Sie wieder einige Aussagen. Wir bitten Sie, Ihre Meinung dazu deutlich zu machen.

Kreuzen Sie bitte das für Sie jeweils Zutreffende an !

- |   | lehne<br>ab           | lehne<br>eher ab      | stimme<br>eher zu     | stimme<br>zu          |
|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
|   |                       |                       |                       |                       |
| V 37 A In der heutigen Zeit schaut man nicht mehr durch, was eigentlich passiert. . . . .                               | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 B Die Dinge sind heute so schwierig geworden, daß man nicht mehr weiß, was los ist. . . . .                        | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 C Die meisten Menschen kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht. . . . .  | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 D Moralische Grundsätze gelten heute nicht mehr. . . . .   | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 E Ich kann Leute verstehen, die Ausländer aus dem Land prügeln. . . . .  | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 F Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll. . . . .                  | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 G Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute. . . . . | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| V 37 H In der heutigen Situation dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden. . . . .                                | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |



- |        |   | lehne<br>ab | lehne<br>eher ab | stimme<br>eher zu | stimme<br>zu |
|--------|---|-------------|------------------|-------------------|--------------|
| V 37 I | Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen Entscheidungsprozessen zu haben. . . . .  | ○           | ○                | ○                 | ○            |
| V 37 J | Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an übergeordneten politischen Entscheidungen zu haben. . . . .   | ○           | ○                | ○                 | ○            |
| V 37 K | In der heutigen Zeit ist Gewalt ein untaugliches Mittel, um politische Interessen durchzusetzen . . . . .   | ○           | ○                | ○                 | ○            |
| V 37 L | Wenn die wirtschaftliche Situation Menschen in eine Notlage gebracht hat, sollte man schon einmal ein Auge zudrücken, wenn sie etwas stehlen. . . . . | ○           | ○                | ○                 | ○            |
| V 37 M | Wenn man an die Zukunft denkt, kann man eigentlich sehr zuversichtlich sein. . . . .  | ○           | ○                | ○                 | ○            |
| V 37 N | Heute ist jeder so mit sich selbst beschäftigt, daß er nicht an morgen denken kann. . . . .   | ○           | ○                | ○                 | ○            |

Nun möchten wir zu einigen Problembereichen kommen, die im Moment in der öffentlichen Diskussion stehen.

- V 38 Haben die gesellschaftlichen Veränderungen dazu geführt, daß sich in Ihrem Bekanntenkreis der Alkoholkonsum geändert hat?

*(Zutreffendes bitte ankreuzen)*

- er hat abgenommen . . . . . ○  
er ist gleich niedrig geblieben . . . . . ○  
er ist gleich hoch geblieben . . . . . ○  
er hat zugenommen . . . . . ○

V 39. Was glauben Sie, warum ist es für manche Menschen interessant, einmal Rauschgift auszuprobieren?

*(Zutreffendes bitte ankreuzen)*

- V 39 A weil es Freunde und Bekannte auch tun  
und man über die Erfahrung mitreden möchte.....
- V 39 B weil die Hoffnung besteht, dadurch Probleme  
wenigstens für kurze Zeit vergessen zu können.....
- V 39 C wegen des Reizes,etwas "Verbotenes" zu tun.....
- V 39 D weil Freunde und Bekannte es tun und man als  
Außenseiter angesehen wird, wenn man nicht mitmacht.
- V 39 E aus Langeweile.....
- V 39 F weil man mit der Zeit gehen möchte, "In-Sein" möchte. .
- V 39 G wegen der Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles  
Glücksgefühl zu erleben.....
- V 39 H aus reiner Abenteuerlust.....
- V 39 I weil man denkt, daß zwar viele Rauschgift nehmen,  
aber nur wenige tatsächlich drogenabhängig werden. . .
- V 39 J weil auch von Personen, die als Idole oder Leitbilder  
gelten, bekannt ist, daß sie Rauschgift nehmen. . . . .
- V 39 K weil es relativ einfach ist, an Drogen heranzukommen. . .

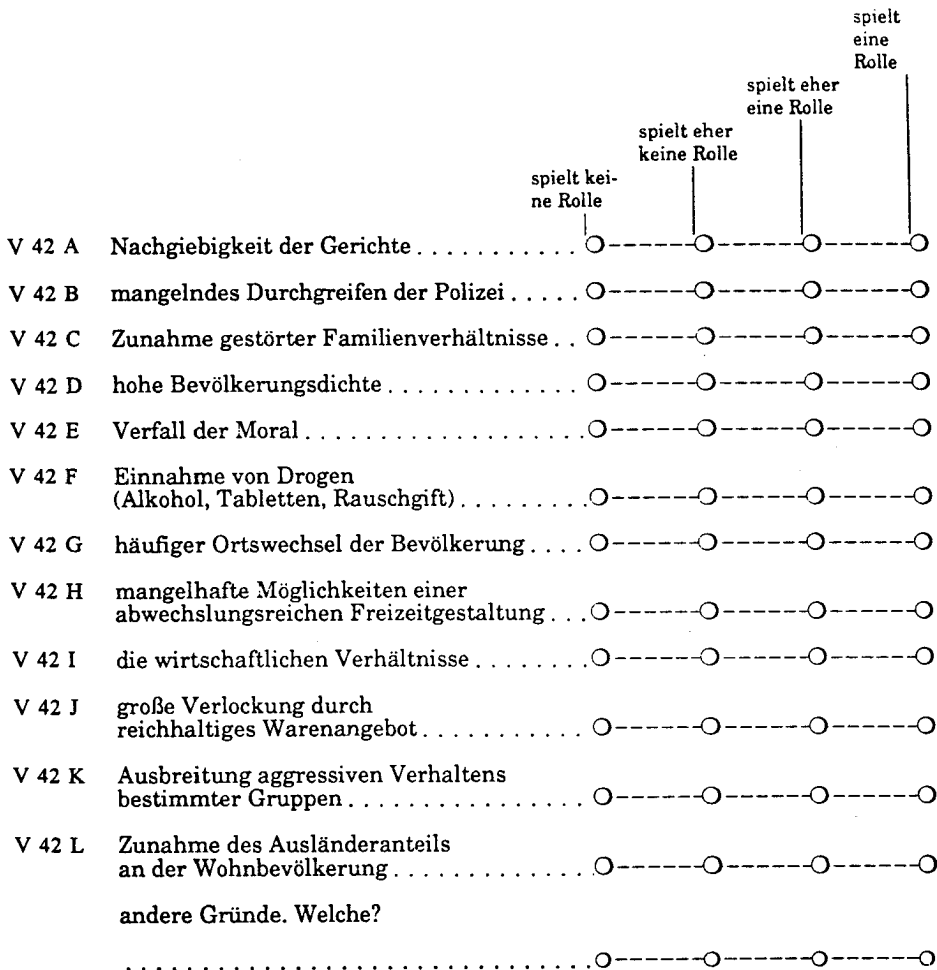
V 40 Haben Sie schon einmal Rauschgift (Haschisch, Heroin oder ähnliches) genommen?

- ja.....
- nein.....
- Rauschgift lehne ich prinzipiell für mich ab.....

V 41 Glauben Sie, daß sich die Kriminalität in Ihrer Stadt in den letzten zwei Jahren verändert hat?

- sie hat abgenommen.....
- sie ist gleich geblieben.....
- sie hat zugenommen.....

V 42 Wenn die Kriminalität in Ihrer Stadt schlimmer geworden ist, was meinen Sie, spielt dabei eine Rolle?



V 43 Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?

- nie . . . . .
- manchmal . . . . .
- meistens . . . . .
- immer . . . . .

V 44 Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?

- sehr unsicher . . . . .   
 etwas unsicher . . . . .   
 ziemlich sicher . . . . .   
 sehr sicher . . . . .

V 45 Wirkt sich das auf Ihre Lebensgewohnheiten aus?

- eigentlich gar nicht . . . . .   
 ich gehe abends nicht alleine aus . . . . .   
 auch in Begleitung gehe ich abends  
 nur aus dem Haus, wenn es unbedingt  
 notwendig ist . . . . .   
 ich gehe abends aus, bin jedoch vorsichtig  
 in bezug auf Zeit und Weg . . . . .   
 ich gehe abends aus, bin aber auf meine  
 Verteidigung im Angriffsfall eingerichtet . . . . .

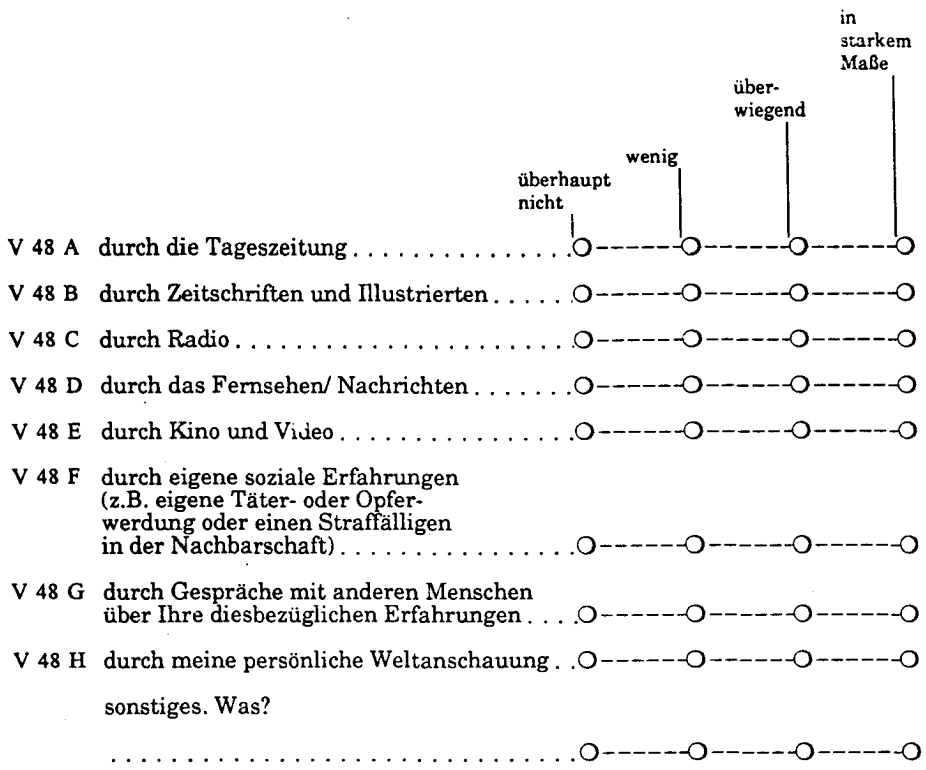
V 46 Wie oft besuchen Sie abends in Ihrer Freizeit Freunde oder Bekannte von Ihnen?

- nie . . . . .   
 selten . . . . .   
 mindestens einmal im Monat . . . . .   
 mindestens einmal die Woche . . . . .   
 fast jeden Tag . . . . .

V 47 Wie oft gehen Sie abends aus (in ein Lokal, Restaurant oder ins Kino)?

- nie . . . . .   
 selten . . . . .   
 mindestens einmal im Monat . . . . .   
 mindestens einmal die Woche . . . . .   
 fast jeden Tag . . . . .

V 48 Was meinen Sie, wovon ist Ihre Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflusst?



Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu Straftaten stellen, von denen Sie oder jemand in Ihrem Haushalt möglicherweise während des letzten Jahres, also etwa seit November 1990 bis heute, betroffen wurden.

V 49. Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushalts über folgende Fahrzeuge?

(Wenn Sie mehrere besitzen, geben Sie bitte jeweils die Anzahl an.)

- V 49 A Fahrrad (Anzahl: .....
- V 49 B Moped/Motorrad (Anzahl: .....
- V 49 C Auto (Anzahl: .....

- V 50. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Moped/Motorrad gestohlen worden?

	A	B
	ist mir persönlich passiert	ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein Moped/Motorrad vorhanden . . . . .		<input type="radio"/>

Falls Sie persönlich das Opfer eines Moped/Motorraddiebstahls geworden sind, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus!  
Danach weiter mit Frage 51.

- V 51. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Auto gestohlen worden?

	A	B
	ist mir persönlich passiert	ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein Auto vorhanden . . . . .		<input type="radio"/>

Falls Sie persönlich das Opfer eines Autodiebstahls geworden sind, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus!  
Danach weiter mit Frage 52.

- V 52. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Fahrrad entwendet worden?

	A	B
	ist mir persönlich passiert	ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein Fahrrad vorhanden . . . . .		<input type="radio"/>

Falls Sie persönlich das Opfer eines Fahrraddiebstahls geworden sind, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus!  
Danach weiter mit Frage 53.

V 53 Ist Ihnen seit November 1990 etwas aus Ihrem Auto gestohlen worden oder wurden Teile davon (Seitenspiegel, Scheibenwischer, Reifen) entwendet?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein Auto .....		<input type="radio"/>

Falls Sie persönlich das Opfer eines Diebstahls aus dem Auto geworden sind, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus!  
Danach weiter mit Frage 54.

V 54 Von Diebstählen abgesehen, ist seit November 1990 ein Auto Ihres Haushalts absichtlich demoliert oder beschädigt worden?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein Auto vorhanden .....		<input type="radio"/>

Falls Sie persönlich das Opfer einer Beschädigung am Auto geworden sind, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus!  
Danach weiter mit Frage 55.

V 55 Haben Sie Anzeichen bemerkt, daß jemand erfolglos versuchte, in Ihre Wohnräume einzudringen? Das heißt, haben Sie einmal bemerkt, daß ein Schloß oder eine Tür aufgebrochen, eine Fensterscheibe eingeschlagen war, oder daß die Tür um das Schloß zerkratzt war?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie .....	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 56.

- V 56 Ist es seit November 1990 vorgekommen, daß jemand ohne Ihre Erlaubnis in Ihre Wohnräume eingedrungen ist und dort etwas gestohlen hat, oder zu stehlen versucht hat?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 57.

- V 57 Ist Ihnen seit November 1990 persönlich passiert, daß jemand mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt Ihnen etwas entrissen (z.B. die Tasche) oder zu entreißen versucht hat?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 58.

- V 58 Daneben gibt es viele Arten von Diebstahl persönlichen Eigentums, wie beispielsweise Taschendiebstahl, Diebstahl von Geldbörsen, Brieftaschen, Kleidungsstücken, Schmuck oder Sportartikel, sei es am Arbeitsplatz, in Schulen, Gaststätten oder auf der Straße.

Sind Sie seit November 1990 Opfer eines solchen Diebstahls geworden?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 59.



- V 59 Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand getäuscht hat, um für etwas mehr Geld zu bekommen, als der Gegenstand wert war?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 60.

- V 60 Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Fäusten oder Fußtritten, aber ohne Waffen angegriffen und dabei verletzt hat oder verletzen wollte?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 61.

- V 61 Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Waffen (z.B. Schußwaffen, Messer, Stock, Werkzeug etc.) angegriffen und Sie dabei verletzt hat oder verletzen wollte?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 62.

- V 62 Ist es seit November 1990 vorgekommen, daß Sie jemand in sexueller Absicht auf unverschämte Art gepackt oder betastet hat?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 63.

- V 63 Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß jemand Sie vergewaltigt hat, bzw. versucht hat, Sie zu vergewaltigen?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

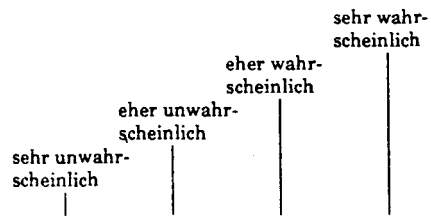
Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 64.

- V 64 Sind Sie seit November 1990 Opfer irgendeines anderen, nicht genannten Delikts geworden?

	A ist mir persönlich passiert	B ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ja, mehrmals . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nein, noch nie . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Falls Ihnen dies persönlich passiert ist, füllen Sie bitte das Extrablatt am Ende des Fragebogens aus.  
Danach weiter mit Frage 65.

V 65 Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Ihnen innerhalb der nächsten 12 Monate eine der folgenden Situationen passiert?



- V 65 A    daß Ihr Fahrrad gestohlen wird . . . . . ---------------
- V 65 B    daß Ihr Auto gestohlen wird . . . . . ---------------
- V 65 C    daß Ihr Moped oder Motorrad  
gestohlen wird . . . . . ---------------
- V 65 D    daß Sie auf der Straße bestohlen werden . . ---------------
- V 65 E    daß in Ihre Wohnung eingebrochen wird . . ---------------
- V 65 F    daß Ihr Eigentum beschädigt wird . . . . . ---------------
- V 65 G    daß Sie betrogen werden . . . . . ---------------
- V 65 H    daß Sie zusammengeschlagen werden . . . . ---------------
- V 65 I    daß Sie mit einem Messer,  
einem Revolver oder einem Stock  
angegriffen werden . . . . . ---------------
- V 65 J    daß Sie bis zur Beleidigung  
angepöbelt werden . . . . . ---------------
- V 65 K    daß Sie vergewaltigt werden . . . . . ---------------
- V 65 L    daß Sie sexuell belästigt werden . . . . . ---------------
- V 65 M    daß Sie ausgeraubt werden . . . . . ---------------
- V 65 N    daß Sie durch rücksichtsloses  
verkehrswidriges Verhalten anderer,  
Opfer eines Verkehrsunfalles werden . . . . ---------------
- V 65 O    daß Sie Opfer einer anderen, noch nicht  
genannten Straftat werden. Welcher?  
..... ---------------

V 66 Wie oft denken Sie daran Opfer einer Straftat zu werden?

- nie .....
- selten .....
- manchmal .....
- oft .....
- sehr oft .....

V 67 Stellen Sie sich vor, Sie wären Opfer einer Straftat. Welche Folgen wären für Sie wie wichtig?

- |        | unwichtig  | eher unwichtig | eher wichtig | wichtig |
|--------|--|----------------|--------------|---------|
| V 67 A | daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>  |                |              |         |
| V 67 B | daß der Täter angeklagt und verurteilt wird . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>  |                |              |         |
| V 67 C | daß der Täter auch streng bestraft wird . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>  |                |              |         |
| V 67 D | daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>  |                |              |         |
| V 67 E | daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>  |                |              |         |
| V 67 F | daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> |                |              |         |
| V 67 G | daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>               |                |              |         |
| V 67 H | daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>   |                |              |         |

- V 68 Im folgenden sind eine Reihe von Aufgaben der Polizei aufgeführt. Worum sollte sich die Polizei Ihrer Meinung nach hauptsächlich kümmern? Bitte kreuzen Sie an, für wie wichtig Sie die einzelnen Aufgaben halten!

		unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
V 68 A	hilflose Personen unterstützen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 B	betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 C	Menschen vor Gewaltangriffen schützen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 D	durch Streifenfahren und Fußstreifen dem Bürger das Gefühl von Sicherheit geben . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 E	Streitigkeiten in der Öffentlichkeit schlichten . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 F	gestohlene Gegenstände wieder auffinden . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 G	als Freund und Helfer jederzeit bereitstehen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 H	ruhestörenden Lärm beseitigen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 I	nach Straftätern fahnden und diese festnehmen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 J	den Straßenverkehr regeln und überwachen . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 K	gewalttätige Familien- streitigkeiten schlichten . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 68 L	Bürger beraten, wie man sich vor Straftaten schützen kann . . . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V 69	Wie würden Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen?				
	schlecht . . . . .	<input type="radio"/>			
	überwiegend schlecht . . . . .	<input type="radio"/>			
	überwiegend gut . . . . .		<input type="radio"/>		
	gut . . . . .			<input type="radio"/>	

V 70 Wie würden Sie die Arbeit der Polizei vor dem Herbst 1989 in Ihrer Stadt einschätzen?

- schlecht . . . . .   
 überwiegend schlecht . . . . .   
 überwiegend gut . . . . .   
 gut . . . . .

**Welche Meinung haben Sie zu den folgenden Aussagen?**

V 71 Im allgemeinen sind heute die Polizisten freundlich und verständnisvoll

- dem stimme ich überhaupt nicht zu . . . . .   
 dem stimme ich nicht zu . . . . .   
 dem stimme ich zu . . . . .   
 dem stimme ich voll zu . . . . .

V 72 Im allgemeinen waren die Polizisten vor dem Herbst 1989 freundlich und verständnisvoll

- dem stimme ich überhaupt nicht zu . . . . .   
 dem stimme ich nicht zu . . . . .   
 dem stimme ich zu . . . . .   
 dem stimme ich voll zu . . . . .

V 73 Wie werden Ihrer Meinung nach Gerichte und Staatsanwaltschaften gegenwärtig ihren Aufgaben der Strafverfolgung gerecht?

- schlecht . . . . .   
 überwiegend schlecht . . . . .   
 überwiegend gut . . . . .   
 gut . . . . .

V 74 Wie wurden Ihrer Meinung nach Gerichte und Staatsanwaltschaften vor November 1989 ihren Aufgaben der Strafverfolgung gerecht?

- schlecht . . . . .   
 überwiegend schlecht . . . . .   
 überwiegend gut . . . . .   
 gut . . . . .

V 75 Im folgenden werden verschiedene Verhaltensweisen genannt. Bitte kreuzen Sie aus den möglichen staatlichen Reaktionen diejenige an, die Sie für angemessen halten.

V 75-1 UNTER ERHEBLICHEM ALKOHOLEINFLUSS EIN FAHRZEUG FAHREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-2 OHNE FAHRKARTE EIN ÖFFENTLICHES VERKEHRSMITTEL BENUTZEN (SCHWARZFAHREN)

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-3 EINEN LADEN-/WARENHAUSDIEBSTAHL VON 500.-DM BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-4 DER POLIZEI WIDERSTAND LEISTEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-5 HASCHISCH KONSUMIEREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-6 ZUM STEHLEN IN EINE WOHNUNG EINBRECHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .



## V 75-7 WANDE, MAUERN MIT FARBE BESPRÜHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-8 EINE ERWACHSENE PERSON SO SCHLAGEN, DAB SIE ZUM ARZT MUß

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-9 EINEN LADEN-/WARENHAUSDIEBSTAHL VON 90.-DM BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-10 HEROIN KONSUMIEREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-11 EIN LEERSTEHENDES HAUS BESETZEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-12 EINE VERGEWALTIGUNG BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-13 EINE PERSON ZU SEXUELLEN HANDLUNGEN (KEINE VERGEWALTIGUNG) ZWINGEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-14 EINER PERSON MIT GEWALT EINE HANDTASCHE ENTREIBEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-15 EIN AUTO STEHLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-16 EINE PERSON MIT EINEM MESSER ODER EINEM REVOLVER VERLETZEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-17 EIN KIND IN DER FAMILIE SO SCHLAGEN, DAB ES IN ÄRZTLICHE BEHANDLUNG MUB

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 75-18 ZUM ZWEITEN MAL EINEN EINBRUCH BEGEHEN UND DABEI EINEN FERNSEHER STEHLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-19 SEINE EHEFRAU ZUM GESCHLECHTSVERKEHR ZWINGEN (VERGEWALTIGUNG IN DER EHE)

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-20 EINE UNGEWOLLTE SCHWANGERSCHAFT ABBRECHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

## V 75-21 EIN ASYLANTENHEIM ÜBERFALLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren . . . . .
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe . . . . .
- der Täter soll nur den Schaden begleichen . . . . .
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und  
ihre Wiedergutmachung besprechen,  
dann soll kein Gerichtsverfahren statt finden  
(Täter- Opfer-Ausgleich) . . . . .
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose  
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt) . . . . .
- Geldstrafe . . . . .
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe . . . . .
- Gefängnisstrafe . . . . .

V 76 Befürworten Sie die Todesstrafe für bestimmte Straftaten?

ja .....

nein .....

wenn ja, für welche Straftaten

*(Mehrfachnennungen sind möglich)*

V 76 1B Mord .....

V 76 2B Vergewaltigung .....

V 76 3B Bewaffneter Raub .....

V 76 4B Brandstiftung .....

V 76 5B Hochverrat .....

V 76 6B erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme .....

V 76 7B Terrorismus .....

V 76 8B organisierter Drogenhandel (Heroin) .....

V 76 9B andere Straftaten. Welche?

.....

Wir danken Ihnen für die Mitarbeit und für Ihre Geduld beim Ausfüllen dieses Fragebogens !

# EXTRABLATT 1

V 77 Geben Sie bitte an, welcher Straftat Sie zum Opfer gefallen sind.

.....

V 78 Wo ist es Ihnen passiert?

- zu Hause oder in der Nähe .....
- im Stadtteil .....
- anderswo in der Stadt .....
- anderswo im Inland .....
- im Ausland .....

V 79 Wenn Sie Opfer geworden sind, was haben Sie anschließend getan, wenn Sie mehrmals Opfer geworden sind, beziehen Sie sich bitte auf das letzte Delikt.

mit einem Brief bei der Polizei  
Anzeige erstattet .....

bei der Polizei telefonisch  
Anzeige erstattet .....

persönlich bei der Polizei  
bzw. einem Polizisten auf der Straße  
Anzeige erstattet .....

versucht, bei der Polizei Anzeige zu erstatten,  
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt .....

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?

.....

gar nichts .....

V 80 Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/  
Kinderstreiche .....

habe es selbst geregelt, Täter war mir  
bekannt .....

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei .....

- ich war nicht versichert . . . . .
- die Polizei hätte auch nichts machen können/  
keine Beweise . . . . .
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan . . . . .
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/  
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben . . . . .
- habe mich nicht getraut  
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters) . . . . .
- ich hatte andere Gründe. Welche?  
. . . . .

**V 81** Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
V 81 A	daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 B	daß der Täter angeklagt und verurteilt wird . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 C	daß der Täter auch streng bestraft wird . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 D	daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 E	daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 F	daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 G	daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 81 H	daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			

**Gehen Sie jetzt bitte zum Fragebogen zurück und machen Sie an der Stelle weiter, an der Sie aufgehört hatten.**

EXTRABLATT 2

V 82 Geben Sie bitte an, welcher Straftat Sie zum Opfer gefallen sind.

.....

V 83 Wo ist es Ihnen passiert?

- zu Hause oder in der Nähe .....
- im Stadtteil .....
- anderswo in der Stadt .....
- anderswo im Inland .....
- im Ausland .....

V 84 Wenn Sie Opfer geworden sind, was haben Sie anschließend getan, wenn Sie mehrmals Opfer geworden sind, beziehen Sie sich bitte auf das letzte Delikt.

mit einem Brief bei der Polizei  
Anzeige erstattet .....

bei der Polizei telefonisch  
Anzeige erstattet .....

persönlich bei der Polizei  
bzw. einem Polizisten auf der Straße  
Anzeige erstattet .....

versucht, bei der Polizei Anzeige zu erstatten,  
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt .....

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?

.....

gar nichts .....

V 85 Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/  
Kinderstreiche .....

habe es selbst geregelt, Täter war mir  
bekannt .....

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei .....



ich war nicht versichert . . . . .

die Polizei hätte auch nichts machen können/  
keine Beweise . . . . .

die Polizei hätte doch nichts dagegen getan . . . . .

habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/  
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben . . . . .

habe mich nicht getraut  
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters) . . . . .

ich hatte andere Gründe. Welche?  
. . . . .

**V 86** Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

wichtig  
|  
eher  
wichtig  
|  
eher  
unwichtig  
|  
unwichtig

V 86 A daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden . . . . . ---------------

V 86 B daß der Täter angeklagt und verurteilt wird . . . . . ---------------

V 86 C daß der Täter auch streng bestraft wird . . . . . ---------------

V 86 D daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht . . . . . ---------------

V 86 E daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt . . . . . ---------------

V 86 F daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist . . . . . ---------------

V 86 G daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann . . . . . ---------------

V 86 H daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern ---------------

**Gehen Sie jetzt bitte zum Fragebogen zurück und machen Sie an der Stelle weiter, an der Sie aufgehört hatten.**

V 87 Geben Sie bitte an, welcher Straftat Sie zum Opfer gefallen sind.

.....

V 88 Wo ist es Ihnen passiert?

- zu Hause oder in der Nähe .....   
 im Stadtteil .....   
 anderswo in der Stadt .....   
 anderswo im Inland .....   
 im Ausland .....

V 89 Wenn Sie Opfer geworden sind, was haben Sie anschließend getan, wenn Sie mehrmals Opfer geworden sind, beziehen Sie sich bitte auf das letzte Delikt.

mit einem Brief bei der Polizei  
 Anzeige erstattet .....

bei der Polizei telefonisch  
 Anzeige erstattet .....

persönlich bei der Polizei  
 bzw. einem Polizisten auf der Straße  
 Anzeige erstattet .....

versucht, bei der Polizei Anzeige zu erstatten,  
 wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt .....

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?

.....

gar nichts .....

V 90 Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/  
 Kinderstreiche .....

habe es selbst geregelt, Täter war mir  
 bekannt .....

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei .....

ich war nicht versichert .....

- die Polizei hätte auch nichts machen können/  
keine Beweise . . . . .
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan . . . . .
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/  
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben . . . . .
- habe mich nicht getraut  
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters) . . . . .
- ich hatte andere Gründe. Welche?  
. . . . .

V 91 Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
V 91 A	daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 B	daß der Täter angeklagt und verurteilt wird . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 C	daß der Täter auch streng bestraft wird . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 D	daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 E	daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 F	daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 G	daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann . . . . . <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			
V 91 H	daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/> ----- <input type="radio"/>			

**Wenn Sie jetzt alle drei Extrablätter ausgefüllt haben und Opfer von weiteren Straftaten geworden sind, brauchen Sie für die folgenden kein Extrablatt mehr auszufüllen. Ignorieren Sie die Hinweise im Text, die das Extrablatt betreffen und machen Sie im Fragebogen ganz normal bis zum Ende weiter.**

# KRIMINOLOGISCHE FORSCHUNGSBERICHTE

aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales  
Strafrecht, Freiburg      Herausgegeben von Prof. Dr. Günther Kaiser

---

---

Band 49

*Frieder Dünkel:*

**Empirische Beiträge und Materialien zum Strafvollzug.**

Bestandsaufnahmen des Strafvollzugs in Schleswig-Holstein  
und des Frauenvollzugs in Berlin.

Freiburg 1992, 455 Seiten. ISBN 3-922498-58-2

DM 29,80

Band 50

*G. Kaiser, H. Kury, H.-J. Albrecht (Hrsg.):*

**Victims and Criminal Justice.**

Victimological Research: Stocktaking and Prospects.

Freiburg 1991, 762 Seiten. ISBN 3-922498-52-3

DM 29,80

Band 51

*G. Kaiser, H. Kury, H.-J. Albrecht (Hrsg.):*

**Victims and Criminal Justice.**

Legal Protection, Restitution and Support.

Freiburg 1991, 788 Seiten. ISBN 3-922498-53-1

DM 29,80

Band 52

*G. Kaiser, H. Kury, H.-J. Albrecht (Hrsg.):*

**Victims and Criminal Justice.**

Particular Groups of Victims.

Freiburg 1991, 2 Teilbände, 951 Seiten. ISBN 3-922498-54-X

DM 29,80

Bände 50, 51 und 52 zusammen

DM 75,00

Band 53

*Michael Kaiser:*

**Die Stellung des Verletzten im Strafverfahren.**

Implementation und Evaluation des "Opferschutzgesetzes".

Freiburg 1992, 401 Seiten. ISBN 3-922498-59-0

DM 29,80

Band 54

*Helmut Kury (Hrsg.):*

**Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrung,  
Straffälligkeit und soziale Kontrolle.**

Das Erste deutsch-deutsche Kriminologische Kolloquium.

Freiburg 1992, 536 Seiten. ISBN 3-922498-60-4

DM 39,80

## KRIMINOLOGISCHE FORSCHUNGSBERICHTE

aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales  
Strafrecht, Freiburg Herausgegeben von Prof. Dr. Günther Kaiser

---

Band 55

*Christian Schwarzenegger:*

**Die Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität  
und Verbrechenskontrolle.**

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der  
Zürcher Kantonsbevölkerung im internationalen Vergleich.

Freiburg 1992, 402 Seiten. ISBN 3-922498-61-2

DM 29,80

Band 60

*Philippe Robert:*

**Crime and Prevention Policy.**

Research and Evaluation.

Freiburg, 1993, 280 Seiten. ISBN 3-86113-003-3

DM 29,80

Band 63

*Jürgen Rüdiger Smettan:*

**Kriminelle Bereicherung in Abhängigkeit von Gewinnen, Risiken,  
Strafen und Moral.**

Eine empirische Untersuchung.

Freiburg 1992, 328 Seiten. ISBN 3-86113-006-8

DM 29,80

Band 64

*Axel Dessecker:*

**Gewinnabschöpfung im Strafrecht  
und in der Strafrechtspraxis.**

Freiburg 1992, 456 Seiten. ISBN 3-922498-007-6

DM 29,80

Band 65

*Kai Ambos:*

**Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien,  
Perú und Bolivien.**

Eine kriminologische Untersuchung aus Sicht der Anbauländer  
unter besonderer Berücksichtigung der Drogengesetzgebung.

Freiburg 1993, 466 Seiten. ISBN 3-86113-009-2

DM 39,80

Band 66

*Günther Kaiser, Helmut Kury (Hrsg.):*

**Kriminologische Forschung in den 90er Jahren.  
Criminological Research in the 1990's.**

Beiträge aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und  
internationales Strafrecht, Freiburg i. Br.

Freiburg, 1993, 2 Teilbände, insges. 775 Seiten. ISBN 3-86113-010-6

DM 39,80